

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

Leben in der Gemeinde

45



Jänner 1990 / 10. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 40 „38—88“
- Heft 41 „Demokratie und Kontrolle“
- Heft 42 „Pflicht und Gehorsam“
- Heft 42a „Vom Patriarchat zur Partnerschaft“
- Heft 43 „Bewußter Leben“
- Heft 44 „Frauenbild und Männerwelt im Umbruch“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:
Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,
Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER HAIDER
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPFER
Univ.-Prof. Dr. Wilfried SKREINER
Univ.-Prof. Dr. Ota WEINBERGER
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt und Autoren:

Editorial	1
Josef Krainer	
Zusammenleben in der Gemeinde	2
Hermann Kröll	
Volks-Partei sein	3
Dieter Schoeller	
Die Gemeinde — Netzwerk mit Leitbild	4
Leopold Neuhold	
Gemeindepolitik und Wertwandel	6
Johannes Hawlik	
Verwalten reicht nicht mehr	9
Reiner Haubenhofer	
Pläne ohne Planer und ohne Ziel?	10
Manfred Prisching	
Teilnehmen am öffentlichen Leben —	
Über Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen	11
Karl Albrecht Kubinzky	
Kommunale Eliten	18
Ludwig Heck	
Städterneuerung — Stadtgestaltung	21
Erich Edegger	
Der harte Weg zur „sanften Mobilität“	23
Reinhold Christian	
EG und Gemeindeumwelt	25
Alois Oswald	
Die wichtigsten Gesetze zum Schutze der Umwelt und ihre	
Anwendung in der Gemeinde	27
Karl Pusterhofer	
Hohe Qualität zu tragbaren Kosten	30
Franz Josel	
25 Empfehlungen zur Qualitätssicherung bei Bauvorhaben	31
Karl Glawischnig	
Das Ortsbild	32
Karl-Heinz Feil	
Wirtschaftsförderung	33
Werner Taurer	
Braucht eine Region ein touristisches Leitbild?	34
Helmut Moser	
Einige Überlegungen zum Tourismus	35
Johannes Roßbacher	
Sanfter Tourismus	36
Karl Harnoncourt und Charlotte Keil	
Gesund leben durch Weckung der Eigenverantwortung	38
Michael Hasiba	
Der Hausarzt im sozialen Netzwerk der Gemeinde	39
Kurt Hörmann	
Mitreden und mitbestimmen in der Gemeinde	41
Marielouise Gregory	
Kind-sein in der Gemeinde	43
Ingeborg Hiel	
Kinder sind Spiegelbilder der Erwachsenen	45
Ridi Steibl	
Familienfreundliche Gemeinde	46
Helmut Oberrauner	
Modelle — Ideen — Projekte — Initiativen	47
Bürgermut vor Fürstenthronen	60
1990 — Das Jahr der Abfallvermeidung	61
Ludwig Kapfer	
Wir erarbeiten ein Zukunftsprogramm für unsere Gemeinde	62

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener
größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell
Steiermark“ vorgegeben sind.

EDITORIAL

„Leben in der Gemeinde“ steht als Motto einer Veranstaltungsreihe, als Leitmotiv der bevorstehenden Gemeinderatswahl sowie als Aufgabenfeld für die Kommunalpolitik schlechthin. Dieses Motiv haben wir auch für das vorliegende Heft gewählt, in dem ein Gedankenaustausch zwischen Politikern, Wissenschaftlern, Verwaltungsleuten, Kulturschaffenden oder auch „einfachen“ Bürgern fortgesetzt werden soll, der in vielfacher Weise bereits im Gange ist.

Das vorliegende politicum ist weder eine vollständige Gedankensammlung zu allen Lebensbereichen, noch nimmt es für sich in Anspruch, alle kommunalpolitisch interessierten Autoren in diesem Heft zu vereinen. Der Themen gibt es mehr und auch der durchaus kompetenten kommunalpolitischen Denker. Die Auswahl hat sich hauptsächlich durch die Tagungen, Seminare, Workshops und Arbeitskreise, die im Lauf des letzten Jahres im Josef-Krainer-Haus stattgefunden haben, ergeben.

In Arbeitskreisen haben Kommunalpolitiker über die einzelnen Lebensbereiche der Menschen und der sich daraus ergebenden kommunalpolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten nachgedacht, Ideen formuliert und Aktionen vorbereitet. Diese Vielfalt von Maßnahmen zu den einzelnen kommunalpolitischen Feldern werden verklammert durch grundsätzliche Artikel im ersten Teil des Heftes.

Ein besonderes Signal wollen wir mit der Hereinnahme von Kinderaussagen und Kinderfotos setzen. In den Diskussionen über Politik, nicht nur in der Gemeinde, muß es wohl immer um die Zukunft gehen und damit um die Lebensumstände der Kinder. Arno und Elfriede Hofer, Anneliese Edlinger und den Kindern, die in einem ganztägigen Workshop im Josef-Krainer-Haus gedacht, gewerkt, geschrieben haben, sei hier sehr herzlich gedankt.

Für die redaktionelle Arbeit haben sich vor allem Roswitha Preininger, Kurt Hörmann, Reiner Haubenhofer und Helmut Wolf verdient gemacht.

Zur Weiterentwicklung der vielen vorliegenden Ideen darf aufgefordert werden.



ZUSAMMENLEBEN IN DER GEMEINDE

Die politische Arbeit in den 544 steirischen Gemeinden ist für unsere Landsleute jener Teil der Politik, der am überschaubarsten ist und ihre Lebensumstände am unmittelbarsten betrifft. Auch zählt die Persönlichkeit der Mandatäre am meisten.

Kommunalpolitik ist die erste und direkteste Begegnung mit dem Staat. Es geht dabei um die eigentliche Heimat des Menschen.

Das ist keine Erkenntnis jüngster Zeit. Schon im Artikel 1 des provisorischen Gemeindegesetzes von 1849 hieß es: „Die Grundlage des freien Staates ist die freie Gemeinde.“

Der „Mikrokosmos“ der Gemeinden ist die „dritte Haut des Menschen“, wo sich kommunalpolitisches Engagement in besonderem Maße zeigt, wo vor allem die Einheit von Reden und Handeln im Interesse der Bürger unmittelbar erfahren werden kann.

Speziell in diesen Monaten, in denen wir den großartigen demokratischen Aufbruch unserer Nachbarn in Mittel- und Osteuropa erleben dürfen und uns zu besonderer Solidarität verpflichtet fühlen, wird uns der Wert einer freien gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung besonders bewußt. Dies gilt ganz besonders für die Selbstverwaltung und die Demokratie in unseren Gemeinden.

Jede Demokratie erlebt ihre Bewährung in der Gemeinde, dieser unmittelbaren und ersten Ebene des öffentlichen Zusammenlebens. Hier ist zu spüren, was den Bürger bewegt.

Im Interesse der Mitbürger haben wir trotz aller Gegensätze in weltanschaulichen und ideologischen Fragen gelernt, Problemen der Gemeinden als solche und somit auch des Landes gemeinsam zu lösen!

Das verstehen wir unter Demokratie, die von den Bürgern getragen und unterstützt wird.

So kommt den Gemeinden als erste, überschaubarste Ebene der Politik mit ihren vielfältigen Möglichkeiten zur Mitgestaltung eine besondere Bedeutung zu. Denn es besteht ohne Zweifel eine positive Wechselwirkung zwischen Überschaubarkeit und Eigeninitiative. Je überschaubarer Politik für den Menschen ist, umso mehr wird er mitgestalten.

Als Landeshauptmann sehe ich daher eine enge Kooperation mit den Bürgermeistern und eine partnerschaftliche Unterstützung der Gemeinden durch die Landespolitik als eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben an.

Deshalb habe ich 1980 in guter steirischer

Tradition das Gemeindereferat der Landesregierung übernommen.

Wir wissen auch um die große wirtschaftliche Bedeutung der Gemeinden als Investoren. Das jährliche Budgetvolumen der steirischen Gemeinden beträgt 17 Milliarden Schilling und liegt somit bei über 60 Prozent des Landesbudgets.

Der Hauptanteil dieser Mittel fließt von den Gemeinden direkt in die Wirtschaft und zwar in Form von Aufträgen und Infrastrukturinvestitionen.

Der Beschäftigungseffekt, welcher durch die steirischen Gemeinden im Jahr 1989 erzielt werden konnte, liegt bei rund 23.000 Arbeitsplätzen. Rechnet man die rund 7.000 Direktbeschäftigten in den Gemeinden hinzu, so konnten die steirischen Gemeinden durch ihre nachfragewirksamen Ausgaben inklusive der Gemeindebediensteten im Jahr 1989 insgesamt rund 30.000 Arbeitsplätze sichern.

Unsere steirischen Gemeinden wirtschaften auch gut. Bei einem Vergleich des Schuldenstandes der steirischen Gemeinden mit dem anderer Länder pro Kopf der Bevölkerung zeigt sich, daß die steirischen Gemeinden mit 8.903,- Schilling weit unter dem österreichischen Durchschnitt an vorletzter Stelle liegen.

Daher haben wir auch im Landesbudget 1990 wiederum entscheidende Akzentsetzungen für unsere Gemeinden vorgenommen.

Insgesamt wurden in den letzten fünf Jahren aus dem steirischen Landesbudget für die 544 steirischen Gemeinden 36 Milliarden Schilling bereitgestellt: in Schwerpunktprogrammen wie Schulbau und Schulerhaltung sowie Straßen- und Wegerhaltung; auch zur Kindergartenförderung, zum Umweltschutz, für Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen, den Wohnbau und die Feuerwehr.

In diesen Zahlen kommt auch zum Ausdruck, daß alle Landesregierungsmitglieder der Steirischen Volkspartei — Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, die Landesräte Franz Hasiba, Waltraud Klasnic und Hermann Schaller — in ihren Bereichen den Gemeinden und der Zusammenarbeit mit ihnen besonderes Augenmerk schenken.

Unsere Absicht ist es, den Föderalismus weiter auszubauen, wobei Länder und Gemeinden die natürlichen Verbündeten in einer bürgernahen Aufgabenerfüllung sind.

Diese Feststellung gilt für die gesamte Föderalismus-, Finanzverfassungs- und EG-Diskussion.

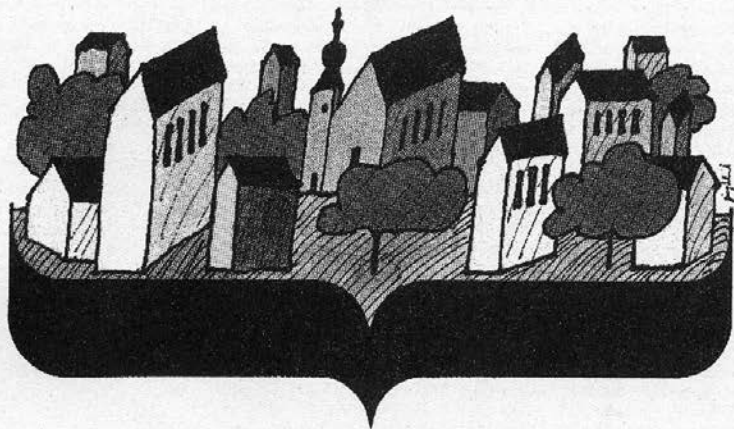
Im Arbeitsprogramm der 1987 gebildeten Bundesregierung heißt es: „Der Föderalismus ist ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil der staatlichen Ordnung. Die Kompetenzverteilung ist in Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zeitgemäß weiterzuentwickeln.“ Wenn dies ernst gemeint und kein Lippenbekenntnis ist, dann muß seitens des Bundes insbesondere auch in der zentralen Frage der Finanzverfassung eine Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten für Länder und Gemeinden erreicht werden. Um als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden, verlangen wir auch eine Verankerung des Zustimmungsrechtes der Länder und Gemeinden zum Finanzausgleich.

Für die große Bedeutung, die wir den Gemeinden beimessen, habe ich auch im September 1989 beim letzten Landesparteitag der Steirischen Volkspartei ein besonderes Signal setzen können. 3 Bürgermeister — die einzige weibliche Bürgermeisterin der Steiermark, Adelheid Springer aus St. Lorenzen bei Scheifling, Bürgermeister Siegfried Keinprecht aus Pichl-Preunegg und Bürgermeister Werner Reiter aus Bad Radkersburg — wurden mit überwältigender Mehrheit zu Landesparteiobermannstellvertretern gewählt. Gemeinsam mit der Grazer Stadträtin Ruth Feldgrill kommen damit 4 von 6 der Landesparteiobermannstellvertreter aus dem Kreis der Kommunalpolitik und vertreten gemeinsam mit dem engagierten und bewährten Obmann der KPV, Bürgermeister Hermann Kröll, und unserem erfolgreichen Grazer Vizebürgermeister Erich Edegger die spezifischen Interessen der steirischen Gemeinden aller Größenordnungen und Regionen im Landespartei Vorstand.

In dieser Gesinnung der Gemeinsamkeit und der Zusammenarbeit in und mit den Gemeinden wird es uns auch gelingen, die neuen großen Aufgaben der 90er Jahre, des letzten Jahrzehntes im ausklingenden Jahrtausend zu bewältigen.

„Wenn ich Bürger-meiden wäre, dann dürften die Kinder ihre Schule ignorieren, leuten machen, und nicht so genau...“

GEMEINDE ZUHAUSE



Hermann Kröll

VOLKS-PARTEI SEIN

„Wir meinen nicht ein Kartell der Ärgerlichen vor Neuem, sondern wir brauchen eine Konzentration der besten Kräfte, die mutig und sensibel die großen Fragen der Zeit aufgreifen und auch die ständige Begegnung mit dem Bürger durch verstärkte direktdemokratische Elemente suchen.“

Dieses Zitat von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer möchte ich voranstellen, weil dessen Inhalt nicht nur für die „große“ Politik zu gelten hat, sondern mit gleicher Gültigkeit und Vehemenz gleichsam für die Kommunalpolitik steht.

Denn so wie die Familie die Keimzelle der Gesellschaft ist, sind die Gemeinden die Basis des Staates, wie es auch im Artikel 1 des Gemeindegesetzes von 1849 heißt: „Grundlage des freien Staates ist die freie Gemeinde.“

Wir wissen, jede Demokratie erlebt ihre Bewältigung in der Gemeinde, dieser unmittelbaren und ersten Ebene des öffentlichen Zusammenlebens. Hier ist zu spüren, was den Bürger bewegt.

So ist es der große Auftrag unserer Kommunalpolitik — neben der Vermittlung des Gefühls der notwendigen Verankerung des Bürgers in der überschaubaren Gemeinschaft, darum besorgt zu sein, daß immer mehr Menschen mit Überzeugung sagen können: „Meine Gemeinde ist auch mein Zuhause.“

Das beste Kapital unserer Steiermark für die Orientierung ins nächste Jahrtausend ist unser Reservoir an Talenten und Begabungen, an kreativen Persönlichkeiten, die Leistung erbringen, gestaltend und schöpferisch tätig sind, fleißig und tüchtig.

Seit den Gemeinderatswahlen 1985 ist einschließlich der Landeshauptstadt Graz die Volkspartei die führende

kommunalpolitische Kraft und hat mit 47,14 Prozent der Stimmen das Traumergebnis von 1985 fast übertroffen.

Die Volkspartei in diesem Lande ist die Bürgermeisterpartei. Gemeinderatswahlen sind eben Persönlichkeitswahlen! Und ohne komplizierte Wahlprognosen wenige Wochen vor diesem wichtigen 25. März 1990 anstellen zu wollen, sei eines doch klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: dort, wo man auf Gemeindeebene tagtäglich gute und konkrete Arbeit geleistet hat, dort, wo man den notwendigen „Themenwechsel“ glaubhaft und konsequent vollzogen hat — ich denke dabei an die so wichtigen sensiblen Bereiche wie Umweltschutz, Gesundheit, Soziales oder Wohnbau — und schließlich dort, wo auf eine optimale Listenstellung mit der Ausschau nach neuen, unkonventionellen Mitarbeitern, Frauen und Jugend, Bedacht, überall dort werden sich unsere örtlichen Volksparteien auch in wenigen Wochen wieder bester Erfolge erfreuen können.

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer hat neben seinem umfassenden Einsatz für unser Land vor allem aber immer wieder Herz und Verständnis für die Sorgen und Probleme der steirischen Gemeinden unter Beweis gestellt und dadurch einen wesentlichen Beitrag geleistet, daß in der steirischen Landespolitik, auch in der Kommunalpolitik, viele beispielhafte Pionierschritte für ganz Österreich gesetzt werden konnten.

In keinem anderen Bundesland gibt es so viele herzeigbare und (i)ebenswerte „Modellgemeinden“ wie in der Grünen Mark.

Denn: Was uns Steirer auszeichnet, ist die kräftige „dynamische“ Gestaltung unseres Zusammenlebens, unser Zusammenhalt und der Rückhalt, den wir in unserer schönen Heimat finden.

DIE GEMEINDE NETZWERK MIT LEITBILD

Beim Wort Netz denkt man für gewöhnlich zuerst an die vielen Knoten und die vielen Verbindungen dazwischen: alles hängt mit allem zusammen. Diese Struktur gibt auch der heute moderne Begriff Vernetztheit wieder. Da tut man sich auch bei einer sprachlichen Beschreibung schwer, weil man nur hintereinander reden kann, von Knoten zu Knoten; das Vernetzte muß man sich dazudenken.

Ein Beispiel: Eine Gemeinde besitzt eine Hauptschule. Wie kann man die Lehrer (als Kulturträger, als wirtschaftliche Faktoren) im Ort halten? Durch Wohnbau, möglichst durch einen der Erwartungshaltung der Lehrer entsprechenden. Was entsteht durch im Ort wohnende Lehrer oder sonstige gehobene Arbeitnehmer? Müll; man braucht eine Deponie. Wie kann man diese zusätzlich nutzen? Durch die Verwertung des Deponiegases einer Ortswärmeverorgung. Das wird dann noch wirtschaftlicher, wenn öffentliche Gebäude zentral und nicht weit voneinander liegen. Dieser Forderung entspricht die Revitalisierung eines schönen alten, aber leerstehenden Bauernhauses im Ortskern zu einem Gemeinschaftshaus, einem Dorfhof. Wie kann dieser mit Leben erfüllt werden? Durch Aktivitäten von Gruppen und Programmangebote, vielleicht initiiert und betreut vom örtlichen Volksbildungswerk. Wer ist der Träger eines solchen vierten Bildungshorizontes (neben Vorschul-, Schul- und Hochschulebene)? Vielfach der Hauptschuldirektor mit seinen Lehrern, womit sich der Kreis, besser der Rösselsprung durch das Netzwerk der Gemeinde, schließt.

Aktive Menschen denken beim Wort Netz weniger an einen Zustand, eher an ein Wirkungsfeld. Wenn man das Netz an einem Punkt bewegt, bewegt sich alles andere mit. Das Netz aus Energielinien und Energiepunkten.

Schon unsere Vorfäter haben sich die Erde überzogen mit solchen Energienetzen gedacht. Sie meinten, man könne diese Netze durch Markierungen an den Knotenpunkten, z.B. durch heilige Steine, aktivieren. Und ganz in der Nähe liegt die selbe Vorstellung für den menschlichen Körper: Aktivierung durch Akupunktur, -pressur und ähnliches. Sie alle kennen den Streit um die Akupunktur. Manche schwören darauf, andere halten sie für Schlarlatanie. Einen Zugang zu der westlichen Heilkunst hat ihr der mit Graz sehr verbundene Mediziner und Wissenschaftler Alfred Pischinger eröffnet mit dem System der Grundregulation. Es ist das größte den menschlichen Orga-

nismus ganzheitlich durchziehende System. Es sorgt für die Ernährung der Zellen und ihre Entsorgung. Gleichzeitig steuert es die Entzündungs- und Abwehrvorgänge, und zwar durch biochemische Information. Wenn das Netz dieser Informationsströme irgendwo gestört ist, dann muß man entweder Störfelder behandeln (Narben!) oder die Informationsweitergabe anregen — z.B. durch Akupunktur! Es scheint also wirklich die Möglichkeit zu geben, die Grundfunktion lebender Systeme dadurch zu regeln bzw. die Störungen zu behandeln, daß man sie an gewissen Punkten und Bereichen anregt. Ein Bürgermeister oder ein Bildungswerkleiter als gemeindebezogener Netzwerk-Therapeut kann also einiges zur Aktivierung tun:

Vor der Planung des Wohnbaus gibt es einige Aktivitäten zur Ortsbildpflege, und Vorträge und Beratung über gesundes Wohnen. Dabei lernen die zukünftigen Wohnungswerber eine Gruppe zu bilden, die dann nicht nur als Jury bei einem kleinen Wettbewerb für diese Siedlung auftritt, sondern sie auch gemeinsam baut. Der Obmann dieser Interessengemeinschaft ist ein Computerspezialist aus einem Ort nicht weit entfernt; auf die Frage, warum er nicht bei sich daheim bleibt und dort baut, sagt er: Hier ist etwas los. Aktivierung?

Die Ortswärmeverorgung wird durch eine Breitband-Energieberatung begleitet, eine bäuerliche Hackschnitzelgemeinschaft bildet sich, überhaupt wird die Sensibilität für die Verbesserung der Infrastruktur gehoben.

Im Dorfhof vollzieht sich — neben vielen Freizeitangeboten in der Gemeinde — ein reges Programm für Weben, Kunsthandwerk, aber auch Kurse und Interessensrunden. Eine dieser Projektgruppen stellt Überlegungen für eine moderne Form eines Heimatmuseums an, nicht mehr als Depot für altes Gerümpel, sondern als Präsentation der Gemeinde, so, wie sie wirklich ist.

Bis genau zu diesem Punkt ist alles klar und begrüßenswert.

Man kann den Gemeindevätern zu diesem lebendigen Netzwerk aus neugegründeten Initiativgruppen und verdienten Vereinen, aus Einzelkämpfern und Familienbetrieben nur gratulieren. Es funktioniert auf der Sachebene und weitgehend auch auf der Beziehungsebene, es verbessert sich alles ständig.

Strapazieren wir noch einmal den Vergleich mit dem Netz — das hat nämlich auch eine problematische Eigenschaft: man kann etwas oder jemanden damit fangen — sich selbst fangen. Dann

gibt es zwar wilde Bewegungen, aber kein Weiterkommen mehr. Dann zappelt man und hat Angst.

Angst im weitesten Sinne haben heute viele Menschen. Und neben Formen ganz konkreter Angst gibt es auch Angst vor dem Unerklärlichen — dem Unerklärlichen der Vergangenheit und der Zukunft. Eine letzte Querverbindung zur Medizin: nicht von ungefähr erleben wir in der Heilkunst eine Zunahme jener etwas undefinierten Berufe, wo sich Psychoanalytik und -therapie mit Lebens-, Familien- und Berufsberatung mischt. Kinder des Seelenforschers Sigmund Freud und des Zukunftsforschers Robert Jungk sozusagen.

Leben bedeutet nicht nur, den Bestand zu bewahren und zu verbessern. Man braucht auch Erklärungen für die Entwicklung bisher: wie und warum ist alles so gelaufen, wie es ist, welche Auswirkungen hat das auf mich, warum bin ich so wie ich bin? Und man braucht Hoffnung für die Zukunft: Wie würde es aller Wahrscheinlichkeit nach weitergehen, wenn ich nichts tue, und was muß ich tun, damit es gut weitergeht? Natürlich kann sich jeder in sein Privatbiedermeier zurückziehen, vielleicht ist es da auch schön warm.

Aber viele Leute meinen, sie hätten den Überblick verloren. Sie fühlen sich wie der verlorene Schwimmer im Meer, der im Kreis schwimmt, immer nur den Horizont als qualvollen Strich vor Augen. Um sich zu orientieren, dürfte der Schwimmer nicht ein Punkt in der Fläche sein, sondern müßte hoch über ihr schweben, wie ein Vogel.

Anders ausgedrückt: Zu dem quirligen Querschnitt durch die Gemeinde, den wir Netzwerk genannt haben und wo es um das tägliche Leben und Wirken geht, müssen wir noch eine zweite Achse einführen, einen Längsschnitt von der Vergangenheit in die Zukunft. Es geht um die Frage nach dem Woher und nach dem Wohin, nach der Gestaltung der Zukunft. Ein kurzer Exkurs: In einer Untersuchung ist das Steirische Volksbildungswerk der Frage nachgegangen, wie stark das örtliche Entwicklungskonzept als Zukunftsvorstellung einer Gemeinde im Bewußtsein des Bürgermeisters und in den Köpfen der Bevölkerung verankert ist. Hatte es die Chance, Allgemeingut zu werden?

Von den rund 20 Themen, also den Plänen der Gemeinde, die in einem durchschnittlichen Entwicklungskonzept abgehandelt werden, konnten die Bürgermeister auf Anhieb nur noch zehn nennen,

und die Interviewpartner aus der Bevölkerung davon wieder die Hälfte, nämlich fünf.

Während in den Entwicklungskonzepten die Themen annähernd gleich auf die kommunalpolitischen Bereiche (Umlandbeziehungen, Naturraum, Wirtschaft, Besiedlung, Infrastruktur oder Gemeinschaftseinrichtungen) verteilt waren, ergab sich bei der Befragung der Bürgermeister eine deutliche Schwerpunktsetzung auf Wirtschafts- und Infrastrukturthemen.

Die Bevölkerung wußte auf die Frage, welche Pläne ihre Gemeinde hätte, nur von der Infrastruktur zu berichten. Leser von Gemeindezeitungen schnitten mit der Zahl ihrer Nennungen eindeutig besser ab (wer mehr liest, weiß mehr), offenbar berichten die Gemeindenachrichten aber hauptsächlich von Wasserleitungen und Kanälen.

Obwohl der Durchschnittsbürger über die Pläne seiner Gemeinde nur wenig informiert ist, macht er sich durchaus Gedanken über die Zukunft. Auf die Frage, wie es in Zukunft weitergehen solle, werden vorwiegend Wirtschaftsthemen genannt (ein Bereich, über den die Bevölkerung von der Gemeinde eher schwach informiert wird), dann Fragen der Infrastruktur und der Gemeinschaftseinrichtungen. Kaum ein Gemeindebürger hat irgendwem mitgeredet, wenn in der Gemeinde Pläne geschmiedet wurden. Nur 15 von 100 Bürgern waren beteiligt. Die Bereitschaft, in Zukunft mitzuarbeiten, ist zwar auch nicht überwältigend, aber immerhin wären 36 von 100 Bürgern dazu bereit. Interessant ist die wechselnde Bereitschaft zur Mitarbeit je nach Zukunftserwartungen: Von der Gruppe, die glaubt, in Zukunft bliebe alles gleich, wollen nur 23 % mitarbeiten; von der Gruppe, die eine schlechte Zukunft befürchtet, sind es 42 %; am offensten für eine Mitarbeit ist jene Gruppe, die eine bessere Zukunft erwartet, 59 % wollen sich beteiligen.

Die Frage für den Kommunalpolitiker lautet: Wie verhindert er, daß es zwar Zufriedenheit über Erfolge im Detail, aber Unsicherheit über die Entwicklung insgesamt gibt? Wie verbessert er nicht nur den Bestand, sondern entwickelt auch neue Chancen? Wie bringt er das lebendige Netzwerk Gemeinde in Bewegung und wohin?

Wir haben in den letzten drei Jahren zu dieser Problemstellung einige Erfahrungen sammeln können. Die Aktion Ortsenerneuerung, 1985 vom damaligen Landesrat Josef Riegler gestartet und jetzt unter der Patronanz von Landesrat Hermann Schaller, ist die steirische Auflage eines internationalen Hits namens Dorferneuerung, trägt aber ebenfalls international anerkannte eigene Züge.

Wir — eine Ko-Produktion der Fachabteilung Ib und des Volksbildungswerkes — bemühen uns, Ortsenerneuerung behutsam und umfassend (Netzwerk!), vor allem unter starker Bürgerbeteiligung (lebendig!) voranzutreiben. Es gibt Projekte,

die man angreifen kann, aber auch solche der geistigen Ortsenerneuerung.

Der Kern der Sache aber, und dabei schauen uns bundesdeutsche Wissenschaftler und Dorferneuerer über die Schulter, ist unser Anspruch, in den Modellgemeinden gemeinsam mit den Bürgern ein Leitbild zu entwickeln.

Das Leitbild einer Gemeinde darf nichts Darübergestülptes sein. Es kann nur auf das örtliche Selbstverständnis aufbauen, auf den Grundkonsens, der eine Gemeinde zu einer Gemeinschaft macht. Vor vielen Jahren habe ich dafür das Wort Ortsidee gefunden, was neben der Gemeinschaft der Ortsbewohner auch die Gemeinschaft zwischen Bewohnern und dem Ort an sich, mit seiner Landschaft, seiner Geschichte, seiner Bau- und Lebenskultur bezeichnen soll.

Da ist der Ort in der steirischen Themenregion. Die Ortsidee ist geprägt durch viel Sonne, bestens entwickelte Landwirtschaft, aber auch hohe Gastlichkeit (Sommerfrische). Leider, kein Thermalwasser. Was tun? Mit hohen Einsätzen auf tiefe Bohrungen spekulieren? Aktive Bürger entwerfen ein Leitbild, das alle interessanten Möglichkeiten kultiviert und in einen Begriff zu fassen ist: das Kräuterdorf. In der Gesundenregion wird die Heilkraft des Erdinneren mit der Stärke der Natur verbunden. Den Rahmen für dieses Leitbild bilden duftende, würzige Heilkräuter — als Tee, Schnaps und Speiseverbesserer, als Füllung von Kopfpöstern und Badezusatz, als Lehrpfad oder Ortsbildschmuck, die Palette von Gestaltungs- und Erwerbsmöglichkeiten läßt sich bis zu kosmetischen Betrieben fortsetzen. Eine Heilsalbe gibt es bereits. Dieses Leitbild ist sehr klar. Andere sind offener.

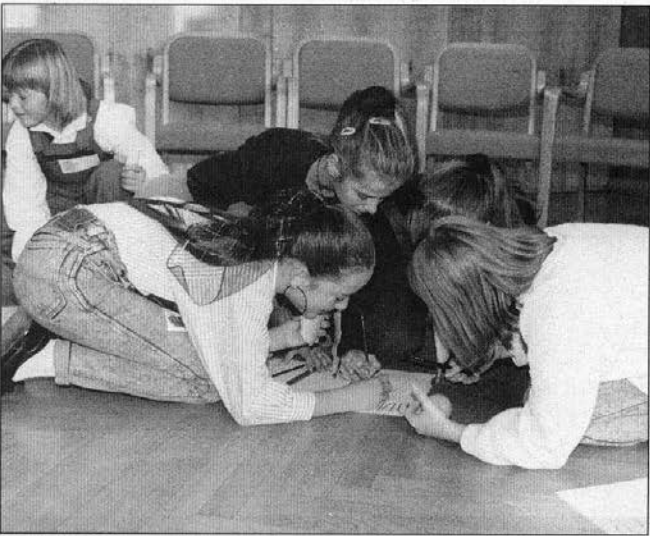
Wenn ein Ort an einem Murübergang liegt, nicht weit, aber deutlich distanzirt

zur mächtigen Landeshauptstadt, wenn es dort durch Mauteinnahmen und Handel ein gesundes Selbstbewußtsein gegeben hat, das durch die Nähe zu den entwicklungsgeschichtlichen Wurzeln des Landes bis zum Slogan „Der Kaiser und wir“ gesteigert wurde — dann sind die Konturen der Ortsidee gezeichnet. Zu der Philosophie einer solchen Gemeinde werden einige Leitbilder besonders gut passen, die das Unverwechselbare noch besser profilieren und damit die Schwerpunkte eines zukünftigen Weges bestimmen. Der rote Faden in diesem Netzwerk könnte sein, eine „Versuchsanstalt für Innovationen“ zu sein, die aber gleichzeitig sehr lebenswert ist. Ein Kontrapunkt zur Landeshauptstadt — eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält.

Leitbilder ohne die Basis beweglicher, verzweigter und lebendiger Netzwerke werden bestenfalls bunte Luftballons mit Reklamaufdruck sein. Andererseits werden noch so lustige Ortsgemeinschaften etwas orientierungslos wirken, wenn sie zwar bemüht, aber ohne Leitstern herumruden.

Gescheite Leitbilder sollen der geistigen Orientierung dienen, aber auch wirtschaftliche Chancen erschließen. Sie sollen vorhandene Talente kultivieren und verborgene Schätze heben. Dazu müssen sie den Mut zur Schwerpunktsetzung haben, und man muß sie der Gemeinde, bzw. den Menschen dort, auch abnehmen.

Das Unverwechselbare einer Gemeinde muß in ihrem Leitbild erkennbar werden. Das geht nicht von heute auf morgen, da muß man sich herantasten. Ein Leitbild muß wachsen. Aber dann hat die Gemeinschaft als lebendiges Netzwerk vielleicht ihre Wurzeln und Visionen gefunden, und aus Zukunftsangst wird Aufbruchsstimmung.



GEMEINDEPOLITIK UND WERTWANDEL

Ein wichtiger Zug der Entwicklung der Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg zielt auf Großbetriebe und Großgebilde. Das **Große** ist erstrebenswert, weil es Verwaltungserleichterung und größere Effizienz bedeutet und auch der technischen Entwicklung entspricht. Dieser Zug zu großen Strukturgebilden zeigt sich auf der Ebene der Gemeindepolitik etwa in den Gemeindezusammenlegungen, aber auch daran, daß die Gemeindepolitik insgesamt nicht so sehr als vollwertige Politik, sondern eher als Vorbereitung auf die Politik, als Politik in den Kinderschuhen galt und zum Teil heute noch gilt.

Dieser Orientierung an Großgebilden tritt eine Orientierung an kleineren Strukturen entgegen. E. F. Schumachers Buch „Small is beautiful“ ist ein markanter Markstein dieser wenigstens teilweise Umorientierung, die das **Kleine**, das Überschaubare, die kleinen Lebenswelten aufwertet. Diese Orientierung am Kleinen spiegelt sich auch in den Werthaltungen der Bürger wider, die auf eine Höherbewertung der Familie und des Freundeskreises hinauslaufen, größeren Gebilden wie dem Staat, der Wirtschaft aber mit Skepsis und teilweiser Angst gegenüberstehen.

In dieser Entwicklung ist auch die Gemeinde wieder vermehrt in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Aktionen der **Dorferneuerung**, die über die Renovierung alter Häuser und Dorfbildverschönerung hinausgehen und wesentlich auch in einer Wiederbesinnung auf die Werte des gemeinsamen Lebens im Dorf und auf eine Gewinnung einer neuen Perspektive aus der Besinnung auf die Tradition bestehen, geben Zeugnis von dieser Umorientierung. Es ist also ein Wertwandel festzustellen. Um die mit diesem Wertwandel gegebenen Chancen nutzen zu können, auch dadurch, daß man gewisse Gefahren in den Blickpunkt zu bekommen versucht, sollen in diesem Artikel in einem 1. Punkt einige Wertwandelstränge in bezug auf die Gemeindepolitik betrachtet werden, in einem 2. Punkt versuche ich einige Konsequenzen daraus auf den speziell politischen Prozeß der Gemeindepolitik zu ziehen.

Wertwandelstränge und Gemeinde

Pluralisierung der Werte

Ein Kennzeichen der heutigen Zeit ist die **Vielfalt** an Meinungen und Werten. Verschiedene Gruppen vertreten Verschiede-

nes, mitunter zum Teil Widersprechendes. Dies zeigt sich auch in der Gemeindepolitik. Eine Gemeinde ist kein homogenes Gebilde, wo alle an einem Strang ziehen, sondern eine Vielfalt von verschiedenen Gruppen. Dies gilt auch in bezug auf eine Partei, in der Gruppen mit verschiedenen Werten verschiedene Ziele verfolgen. Nicht umsonst steigert man: Feind — Todfeind — Parteifeind. Dies hängt auch zusammen mit der Entwicklung der Parteien zu **Volksparteien**, denen es oft in erster Linie um die Befriedigung von **Interessen**, erst dann um das Vertreten von Werten geht. Auch bei innerparteilichen Gruppen erfolgt die Formierung meist über ganz konkrete Interessen.

Solche Vielfalt von Gruppen ist wenigstens in zweierlei Hinsicht wichtig: einmal, weil eine Vielfalt von Gruppen zur **Verlebendigung** und auch zur Artikulierung verschiedener wichtiger Aspekte in der Politik führt, dann, weil eine Partei angesichts einer solchen Vielfaltentwicklung aufgefordert ist, nach den die verschiedenen Gruppen umgreifenden **Grundwerten** zu fragen und zur Wahrung ihrer Identität im Notfall auch Grenzziehungen vorzunehmen. Hier kann nun ein erster Filter für eine Interessengruppe in bezug auf das Gemeinwohl eingeführt werden, indem man sich einmal die Frage stellt: Wollen wir das überhaupt?, bevor man fragt: Was bringt uns das? Diese letzte Frage wird dazu meist noch auf sehr kurze Sicht gestellt. Viele spätere Korrekturen könnten überflüssig werden, würde man sich früh genug auf Grundwerte besinnen.

Die Vielfalt von Werten zeigt sich auch darin, daß in verschiedenen gesellschaftlichen **Bereichen** verschiedene Werte vorherrschen, die einzelnen Bereiche damit in einer Eigendynamik stehen, die das Ganze mitunter aus dem Blick geraten läßt. Am Beispiel der Gemeindepolitik gezeigt: Die Politik hat ein Eigenleben entwickelt wie auch die Wirtschaft oder die Kultur.

Da kann es dann passieren, daß der parteipolitische Aspekt bei einer Entscheidung so sehr im Vordergrund steht, daß nach der Sinnhaftigkeit des Projektes, über das entschieden wird, gar nicht mehr gefragt wird. Viele Gemeindebauten, die entweder überdimensioniert, unangepaßt oder total falsch am Platz sind, zeugen von solch politischer Eigendynamik der Macht, wo es nur um das Gewinnen einer Entscheidung, nicht aber um die Frage wozu ging. Politik wie auch andere Bereiche gehen ohne **Rückbindung**

an das Ganze an den Bedürfnissen der Menschen vorbei.

Verlust der Selbstverständlichkeit

Werte haben ihren Selbstverständlichkeitscharakter eingebüßt. Die Geltung von Werten ist an **Bedingungen** angeknüpft. Es genügt nicht, daß es sich um einen Wert handelt, damit er gilt, vielmehr müssen **Gründe** dafür namhaft gemacht werden, warum dieser Wert Geltung haben soll. Damit Hand in Hand geht ein Autoritätsverlust von Institutionen, auch der Institution des Bürgermeisters oder des Gemeinderates. Das Wort des Bürgermeisters hat weiterhin bedeutendes Gewicht, es wird aber nicht unhinterfragt als zu befolgend angenommen. Vermehrt müssen Gründe für die Entscheidung der Bevölkerung plausibel gemacht werden, damit Entscheidungen angenommen werden, und zwar Gründe auf den verschiedensten Ebenen und von verschiedensten Seiten. Damit wird ein neuer Stil von Politik notwendig; nicht so sehr der **Herrschaftstyp**, der nur Entscheidungen setzt, darf im Vordergrund stehen, sondern der **Überzeugungstyp**, der die Notwendigkeit und Richtigkeit der Maßnahmen vermitteln kann. Dies ist auch in bezug auf den Inhalt von politischen Entscheidungen wichtig. In einer sehr differenzierten Gesellschaft ist ein Entschluß immer von verschiedensten Folgen begleitet, die für den einzelnen nicht mehr abschätzbar sind. Hier ist eine Notwendigkeit von Argumenten auf den verschiedensten Seiten gegeben.

Weiters ist es notwendig, vom sogenannten Denken in besten Lösungen Abstand zu nehmen, weil durch ein solches Denken oft die Weiterentwicklung blockiert wird. Der dauernde Wandel ruft nach dauernder Entwicklung auch der Lösungen für die einzelnen Probleme. Problemlosigkeit ist damit immer **unabgeschlossen**. Dies darf natürlich nicht in Entscheidungsschwäche münden, sondern bedarf einer gegenseitigen Ergänzung der Tugenden der **Entschiedenheit** und der **Bescheidenheit**; oder auf den Aspekt der Selbstverständlichkeit gebracht, es bedarf **vorläufiger Selbstverständlichkeiten**, die den Kern der Lösungen festhalten, aber die jeweils beste, den Umständen angepaßte Realisationsform suchen. Gemeindepolitik wird dadurch auch in vermehrtem Maße eine Politik der Gemeindebürger sein müssen, insofern als die Bürger vermehrt in den Entscheidungsprozeß eingebunden werden. Selbst Parteimitglieder, die ungefragt die Entscheidungen der Partei mittragen, werden selten.

Auf der Ebene der Institutionen zeigt sich der Verlust der Selbstverständlichkeit als sogenannte **partielle Identifikation**. Nicht alle Werte einer Institution werden angenommen, sondern einige aus dem Werteangebot ausgewählt. Auf der Ebene der Parteien zeigt sich dies als eine **Lockerung der Lagerbindung**, ein verstärktes Wechselwählerturn, weil verschiedene Parteien über die Identifikation mit einigen Werten den einzelnen offenstehen. Eine Partei kann also nicht rechnen, in all ihren Werten Gefolgschaft bei den Parteimitgliedern zu finden, vielmehr wird die Anhänglichkeit eine flexible sein, die vor allem im interessegebundenen Akzeptieren gewisser Werte ihren Ausdruck findet. Es bedarf eines **dauernden Bemühens** um die eigenen Mitglieder und auch Nichtparteilmitglieder — gerade auch deshalb, weil eine geringere Identifikation mit der Partei stärkere Auswirkungen in Bezug auf Frustration durch die Partei hat, ein Parteiaustritt oder —übertritt deshalb leichter erwogen wird. Das Verlassen auf alteingesessene Anhänger und das Umwerben nur der anderen kann darin münden, daß man wirklich auch von den Kernschichten verlassen wird.

Das Auseinanderklaffen von Werten und Handeln

Wenn heute oft von einem Verfall der Werte geklagt wird, so ist dies sehr differenziert zu betrachten. Werte und Visionen gibt es viele, woran es aber mangelt, ist an der **Umsetzung dieser Werte** ins Handeln. Werte schweben oft verbindungslos mit der Wirklichkeit in der Luft, die Mühe, den **Werten Beine zu machen**, wird oft nicht auf sich genommen. Dies gilt auch in Bezug auf die Politik, wo die Sonntagsebene der Wertverkündung und die Werktagsebene des Handelns mitunter beziehungslos nebeneinander stehen. Dies ist nicht nur mangelnder Wille, sondern das hängt auch mit den in einer differenzierten und in vielen Zusammenhängen gelagerten Gesellschaft gegebenen Sachzwängen zusammen. Dabei gilt es natürlich zwischen vorgeschobenen und echten Sachzwängen zu unterscheiden. Denn was sich auf den ersten Blick als Sachzwang zeigt, ist sehr oft nur schwer, aber mit entsprechendem Willen und entsprechender Einsatzbereitschaft doch zu Veränderndes. Aber es gibt vermehrt auch wirkliche Sachzwänge. Am Beispiel des Gemeindebudgets gezeigt: Die besten Werthaltungen können in einem Budget oft nicht zum Ausdruck kommen, weil eben vorhandene Altlasten das Budget zum Großteil vorgeben.

Dazu ist noch die Rolle der **Massenmedien** zu sehen, die in ihrer teilweise Orientierung am Allgemeinen aufmerksamkeitserregende Wertverkündigungen eher belohnen als das alltägliche, oft unspektakuläre Bemühen um die kleinen konkreten Umsetzungsschritte. Der große „Wechsel“ ist eben spektakulärer als das

alltägliche „Kleingeld“, in das er umgemünzt werden muß.

Solches Auseinanderklaffen von Werten und Handeln zeigt sich auch in der Gemeinde, wo sehr oft über das Ankündigen von Aktionen die Aktionen vergessen werden. Dabei besteht in der Gemeinde eine größere Chance der Deckung von Werten und Handeln. Einmal ist der Verantwortliche für die Umsetzung leichter auszumachen, dann ist in der Gemeinde ein Konkretisierungsrahmen für Werte gegeben. Hier kann Politik augenscheinlich konkret gemacht werden. Dieser **Schritt der Konkretisierung** der Werte wird aber sehr oft unterlassen, weil er mit Mühen und auch mit Kompromissen, die mit der Konfrontation von Ideal- und Real faktoren notwendig sind, verbunden ist. Ein Schweben im „Rausch der reinen Werte“ (G. Höhler) entbindet von solchen Mühen und Kompromissen, überläßt aber die de-facto-Gestaltung der Politik anderen.

Es gilt also immer wieder, die Werte hinein in die ganz konkrete Wirklichkeit der Gemeinde zu verlängern, um hier eine Form der Verwirklichung dieser Werte zu finden.

Ein anderes Phänomen ist mit dem Auseinandertreten von Werten und Handeln zu sehen: Werte werden mitunter lautstark verkündet, die Verwirklichung dieser Werte wird aber von anderen, meist anonymen Gebilden wie dem Staat, der Gesellschaft, der Partei, der Kirche, der Gemeinde usw. gefordert. Aus den Werten resultierende Ansprüche werden nicht an sich, sondern für sich gestellt. Solches **Anspruchsdanken** ist besonders in der Politik sehr stark und findet besonderen Widerhall im Politikverständnis des Österreichers, das A. Grinschkl einmal mit dem Wort: „Raunzen und Handaufhalten — that's Austrian way of life“ umschrieb. Solches Anspruchsdanken ist auf allen Ebenen gegeben, in der Gemeindepolitik ebenso, wo ganz konkrete Erwartungen an die Politik geknüpft sind. Hier auf der Ebene der Gemeinde besteht aber auch die Chance, deutlicher als in anderen Feldern zu zeigen, daß Politik nicht nur etwas von denen da oben zu Leistenden ist, sondern ganz konkret Aufgabe auch für jeden einzelnen, weil hier die Notwendigkeit des Mitwirkens des einzelnen noch gegenwärtiger und weil das zu gestaltende Ganze noch überblickbar und damit beeinflussbarer auch für den einzelnen ist.

Die Oberflächlichkeit des Einbaus der Werte in Persönlichkeitssysteme

Heute stürzt so vieles auf den einzelnen ein, daß es für ihn sehr schwer ist, all das, was auf ihn zukommt, zu verkraften, geschweige denn, zu seiner Sache zu machen. Wellenartig drängen verschiedene **Moden** an ihn heran und erheischen Befolgung; wie sie ausgetaucht sind, verebben sie aber wieder, oft ohne große Wirkung zu erreichen. Dies läuft auch in der Politik so. Die Orientierung erfolgt rela-

tiv selten an Werten, sondern an schnelllebigen Moden, der **Augenblickserfolg** zählt, was „in“ ist, wird ausgeschlachtet, bis das leere Gerippe dasteht und dann verstoßen wird, bald kommt wieder eine neuere Welle. Mit hängender Zunge läuft man dem Fortschritt nach, ohne ihn einholen zu können. Dies geschieht auch in der Gemeindepolitik, wo verschiedene Ziele sich abwechseln und Politik mitunter als punktuwieses **Reagieren** und nicht so sehr als dauerhafte Strukturen schaffendes **Agieren** betrieben wird. Gerade in der Gemeinde ist aber die Möglichkeit zum Aufbau solch dauerhafter Strukturen größer, ist das zu gestaltende Feld doch überschaubarer und die gewünschte Entwicklungsrichtung leichter absehbar.

Der Individualismus als Herausforderung an die Politik

H. Klages faßt die Richtung des Wertwandels als einen Übergang von Pflicht- und Akzeptanz- hin zu Selbstentfaltungswerten. Werte der **Unter- und Einordnung** in Gemeinschaften werden schwächer, während die Orientierung am **eigenen Selbst** stärker wird. An den Erziehungswerten läßt sich dies deutlich zeigen. Waren früher Gehorsam und Pflicht stärker verfolgte Erziehungswerte, so sind es heute Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und Durchsetzungsvermögen. Diese Orientierung am Individuum ist wichtig, weil das letzte Ziel der Politik wie anderer gesellschaftlicher Aktivitäten nur die **Person** sein kann, allerdings muß die Person auch in ihrer sozialen Ausrichtung als Beziehungsgefüge gesehen werden, und das Gemeinwohl als die Basis der Entwicklung aller Einzelwohle darf nicht außer Blickweite geraten. In der Entwicklung hin zu einem unbegrenzten Individualismus und daraus resultierend einem zügellosen Egoismus tritt das **Gemeinsame** in den Hintergrund. Das ist eine Herausforderung an jegliche Politik, gilt der Politik doch die Kultivierung der gemeinsamen Ordnung als Ziel. Das grundsätzliche Herangehen an öffentliche Problemlagen mit der Frage: „Was gibt mir das?“ und „Was habe ich davon?“ und das Ausklammern der Frage „Was kann ich einbringen, damit alle und dann auch ich etwas davon haben?“ bringt große Schwierigkeiten mit sich. Damit soll nicht einem kritiklosen **Unterordnen** das Wort gesprochen werden, wohl aber einem kritischen, das Ganze mitbedenkenden **Einordnen** ins Ganze. Eine auf Individualismus aufbauende Politik wird nur zu leicht zum Erfüllungsgelhilfen der Interessen einzelner und von gruppenegoistisch organisierten Interessen degradiert. Götz Briefs beschreibt die Folgen solcher Einstellung mit einem treffenden Bild aus der nordischen Sage: „Im Gewirr der an ihn (Staat) herandrängenden Ansprüche und Forderungen kann er nur schwer vernünftige und dem Gemeinwohl dauernd dienende Entscheidungen treffen. Wie das Eichhörnchen Rattatöskr auf der Ei-

che Ydrasil in der nordischen Sage rennt er hin und her, stopft hier ein Loch und reißt da ein anderes auf; und so ist er dauernd „on call“ für jeweilige mächtige Interessen und für die von ihnen Geschädigten.“ Was hier Götz Briefs vom Staat sagt, gilt auch für die Gemeinde, wie ein Blick auf die kaum noch zu stopfenden Schuldenlöcher so mancher Gemeinde zeigt. Die Befriedigung individueller Interessen kann auf Kosten des **Gemeinwohls** gehen.

Noch ein anderer Punkt des Individualismus soll aufgezeigt werden. Auch in kleinen Landgemeinden ist der Zusammenhalt unter den Gemeindebewohnern oft schwach geworden. Auch in kleinen Gemeinden leben die Menschen oft nebeneinander, und viele kennen das Haus der Nachbarn nicht von innen. Einer der wichtigsten Punkte der Erneuerung der Dorfkultur dürfte gerade die Pflege der Werte des Gemeinsamen im Aufbau tragender Nachbarschaftsbeziehungen unter den Gemeindebewohnern sein. Diese Beziehungen müssen aber über den seichten Tratsch, der am anderen nur insofern Interesse hat, als es seinem Sensationsbedürfnis in der Befriedigung des „Weißt Du schon?“ entgegenkommt, hinausgehen und im Tragen von Verantwortung für das Ganze münden.

Entwicklungen in der Politik als Herausforderungen an die Gemeindepolitik

In diesem Punkt sollen im Anschluß an die Betrachtung des Wertwandels einige ausgewählte Entwicklungen in der Politik betrachtet und diese dann in ihrem Herausforderungscharakter für die Gemeindepolitik dargestellt werden.

Abstraktheit der Politik

Politik bleibt für sehr viele ein Bereich, unter dem sie sich außer den oft berichteten Skandalen **nicht viel** vorstellen können. Politik ist nämlich etwas, was mit „denen da oben“ identifiziert wird, die „große“ Politik, die man nicht durchschaut, weil sie so kompliziert ist, und deren Regeln für den Normalverbraucher nicht erkennbar sind. Dazu trägt auch die Berichterstattung über Politik in den Medien bei, die oft nur jene Bereiche der Politik im Auge hat, die vom einzelnen relativ weit entfernt sind, die Weltpolitik, die hohe Staatspolitik. Auf der Ebene der Gemeindepolitik kann nun Politik für den einzelnen leichter erfahrbar und mit konkretem Inhalt ausgestattet werden, Politik kann mitverfolgt und in ihren Auswirkungen erkannt werden. Gemeindepolitik kann so zur **Politik konkret** werden.

Ohnmachtsgefühle in der Politik

Zur Abstraktheit der Politik und oft auch durch sie bewirkt kommen **Ohnmachtsgefühle**. Angesichts des Apparates erscheint der einzelne oft machtlos. Er kann das System nicht einmal durch-

schauen, geschweige denn etwas ändern. Das abgehobene Bild von Politik führt oft zur Resignation hinsichtlich der eigenen Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Politik. Dies hängt auch damit zusammen, daß dem Normalbürger **Informationen** darüber, wie er Politik mitgestalten könnte, oft nicht so ohne weiteres zugänglich sind. Nach einer „Zeit im Bild“ weiß er, wie die USA und die UdSSR gegenseitige Schwierigkeiten beilegen könnten, was er ganz konkret zur Verbesserung des Zusammenlebens in der Gemeinde tun könnte, erfährt er nicht. Dabei können auf dieser Ebene der Gemeindepolitik Ohnmachtsgefühle relativ leichter abgebaut werden, weil der sich engagierende Bürger hier leichter Möglichkeiten der **Mitgestaltung und Mitverantwortung** findet. Die Gemeinde ist in vielen Fällen durchschaubarer, Ansätze für Veränderungen im politischen Prozeß sind leichter erkennbar. Dazu kommt noch, daß dieser Bereich oft so direkt betroffen macht, daß die Schwelle der Inaktivität leichter überwunden werden kann.

Gegenwartsbezug der Politik

Politik bleibt meist sehr **gegenwartsbezogen**, weil der augenblickliche Erfolg zählt, die Zukunft stellt sich in der großen Politik meist als Schicksal dar, das man eben auf sich zukommen lassen muß. Dabei wird Politik meist auch als auf Probleme, die auftauchen, reagierend und nicht aktiv die Weichenstellungen mitbestimmend erfahren. Auf der Ebene der Gemeinde kann nun leichter erfahren werden, daß die Zukunft nicht Schicksal, sondern **Gestaltungsaufgabe** ist. Einmal kann hier das gewünschte Bild der Zukunft leichter ausgezogen werden, weil der einzelne einfach im kleineren Bereich klarere Vorstellungen in Bezug auf zukünftige Gestaltungen hat. Dann kann auf dem überschaubaren Bereich auch jenem **Fatalismus**, der sich in der Anschauung äußert, daß man sowieso nichts tun kann, leichter begegnet werden.

In diesem Zusammenhang ist an das **gespaltene Bild der Zukunft** zu erinnern, wie es sich etwa aus manchen Jugendumfragen ergibt. Fragt man Jugendliche, wie sich die Welt so im allgemeinen entwickeln werde, so herrschen pessimistische Stimmen, die von Umweltzerstörung, von Krieg und von allgemeiner Arbeitslosigkeit ausgehen, vor. Fragt man jedoch nach der persönlichen Zukunft, so zeigt sich ein sehr viel optimistischeres Bild nach dem Motto: „Das werden wir schon schaffen.“

Die Gemeinde ist eher jener Bereich, wo das Gefühl, daß man etwas gestalten kann, im Vordergrund steht.

Anonymität in der Politik

Politik hat in vielen Fällen den Charakter des Anonymen und Kalten an sich, in dem der einzelne nur eine vernachlässigte Nummer ist, die ganz konkreten Folgen aber zu tragen hat. Wenn man mit K. Jaspers davon ausgeht, daß **Heimat** der

Ort ist, wo man versteht und verstanden wird, so kann die Politik in den meisten Fällen nicht dieser Ort sein. In Bezug auf die Gemeinde ist es leichter, dieses Gemeinschafts- und Vertrautheitsgefühl zu erhalten, das Voraussetzung für Identifikation ist.

Allerdings kann diese Identifikation auch zu weit gehen, wenn im Sinne einer **Totalidentifikation** das Wohl und Wehe von ganz konkreten politischen Ergebnissen abhängig gemacht wird. Gerade in der Gemeindepolitik brechen manche Freundschaften an einer solchen **Distanzlosigkeit** zur Politik, die das politische Element für das ganze Leben nimmt. Hier wäre etwas von der oft bemängelten Haltung der Politiker anzunehmen, die sich im Parlament streiten, aber an der Milchbar des Parlaments wieder gut Freund sind, abgesehen davon, daß die Konfliktkultur eine höhere sein könnte. In vielen Fällen zeigt sich diese Distanzlosigkeit auch dort, wo ein **ganz konkretes, persönliches Interesse** als politisch durchzusetzen und somit als einziger Inhalt der Politik betrachtet wird. Bei Nichterfüllung dieses Interesses ist oft ein Rückzug aus der Politik oder ein Wechseln der Fronten die Folge. Auch hier ist also ein **ausgewogenes Verhältnis** von Nähe und Distanz erforderlich.

Schlußbemerkung

Gemeindepolitik ist keine defekte Form von Politik, sondern vielmehr ein wichtiges **Realisationsfeld von Politik**, das gerade angesichts des Wertwandels neue Chancen besitzt. Im Bewußtsein, etwas bewirken zu können, kann hier der Ausgangspunkt einer Gestaltung der Gesellschaft gewonnen werden. Allerdings müssen dazu die Verbindungslinien zwischen den einzelnen Bereichen der Politik wieder klarer aufgezeigt werden. Eine Gestaltung der Politik von **unten nach oben** stellt eine wesentliche Aufgabe für die Gemeindepolitik dar. Im Wertwandel zeigen sich nun Chancen für eine solche Politik. Sie auch im Setzen von kleinen Schritten wahrzunehmen, bleibt wesentliche Gestaltungsaufgabe.

„Wenn ich Bürger =
meisterin wäre, würden
behindernde Kinder mit
uns in normale Schulen
gehen...“

VERWALTEN REICHT NICHT MEHR

Wirtschaftliches Wachstum und technischer Fortschritt der letzten 30 Jahre haben jene Vorteile, die früher das Leben in der Stadt bot, über das ganze Land verbreitet und dadurch die Städte aus den großen Teilen ihrer Besonderheit und ihrer Anziehungskraft beraubt: Früher hatte nur die Stadt intakte Verkehrsmittel zum schnellen Wechsel zwischen Wohnung und Arbeitsplatz; heute können diese 100 km auseinanderliegen und die Fahrtzeit beträgt doch nur eine Stunde und immer noch kommt man schneller voran als in der Stadt; überall fließt warmes Wasser aus der Wand; überall gibt es dieselben Produkte zu kaufen, überall dieselben Zeitungen und Informationen.

Was früher die Stadt ausmachte, nämlich Markt zu sein für Waren, Arbeit und Informationen, gibt es jetzt überall. Stadt ist überall. Nur die Nachteile der Städte sind ihnen allein geblieben: Enge Bebauung, Mangel an Grün, Verkehrsstauungen, Parkplatzen, schlechte Luft, Lärm, vergiftete Deponien; schlicht: Lebensbeeinträchtigung und -bedrohung.

Früher mag es in einer Gemeinde wohl genügt haben, Flächenwidmungspläne aufzustellen, Art und Maß der Bebauung vorzuschreiben, Grenzwerte festzulegen, Vor- und Entsorgungsunternehmen zu betreiben, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen, Schulen und Straßen zu bauen etc. und im übrigen den Markt für sich arbeiten zu lassen. Heute reichen diese Mittel nicht mehr ganz zum Überleben und zum Wohlergehen einer Stadt (Gemeinde) aus, was zum Flair, zur Bekanntheit einer Stadt beiträgt, muß organisiert werden, sei es nun Schaffung und Gestaltung von Fußgängerzonen oder das berühmte Musikfestival oder die traditionellen Kultur-Festwochen, seien es die Bemühungen um Ortsbild, Stadterneuerung und Stadtbelebung, kurzum alle Anstrengungen, die eine Qualität besonders hervorheben (Umweltmusterstadt, Kulturstadt, kinderfreundliche Stadt, u.a.) müssen gemanagt werden. Dabei muß man sich von den Fesseln des öffentlichen Rechts befreien, sich selbständig machen, die Stadt als eigenen Wirtschaftskörper betrachten, Unternehmen neuer Art und eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Ziele aktiv verfolgen.

In dem Buch „Die amerikanische Stadt als Unternehmer“ schreibt Samuel R. Pierce, daß die Stadt als eigenes Wirtschaftsobjekt betrachtet werden müsse, das mit anderen darum konkurriert, Menschen und Geschäfte an sich zu ziehen. Das bedeutet aber, daß immer mehr Aufgaben, die derzeit von der Gemeinde erfüllt werden, auch an andere Träger abgegeben werden müssen: Früher genügte es einfach, den Müll abzuführen. Heute sind zusätzlich auch alle Aktivitäten im Bereich Müllverwertung und Müllentsor-

gung vonnöten. Das erfordert ein „Müll-Management“. Früher genügte die Eröffnung eines Parks oder das Anlegen eines Waldes zur Sicherung gesunder Umweltbedingungen. Heute ist ein ganzes Maßnahmenbündel in verschiedenen Bereichen dafür notwendig. Der Bau von Kindergärten allein sichert einer Stadt (Gemeinde) auch nicht mehr den Ruf einer kinderfreundlichen Gemeinde. Es gehören eine Reihe anderer Maßnahmen dazu, die beileibe nicht im Baubereich liegen. Das Theaterspiel in den traditionell dafür vorgesehenen Häusern allein führt auch nicht mehr dazu, daß man von einer Kulturstadt spricht.

Wenn die Stadt der Zukunft als ein Unternehmen zu bezeichnen ist, so ist der Bürgermeister der oberste Chef eines Unternehmens, d.h. die Stadt muß von unternehmerischen Chefsmanagern geführt werden, die keine Angst davor haben, Risiken einzugehen und Verantwortung zu übernehmen. Wenn wir dieses Zukunftsbild einer Stadt vor Augen haben, muß sich einiges ändern:

— **Management statt Verwaltung**
Wer in einem Gemeinderatsausschuß sorgfältig nachprüft, wie viele Stellen ein Akt durchläuft, der muß das Werk ausufernder Bürokratie bewundern — nämlich, daß es den Akt noch gibt und er noch nicht versickert ist.“ (Herzmanovsky-Orlando).

Damit die Stadt als Unternehmen agieren kann, braucht sie die dafür notwendigen Voraussetzungen: Manager, klare und übersichtliche Zielvorgaben (Projektmanagement) und ein Budget, mit dem man wirtschaftlich agieren kann und wo es nicht einen zeitraubenden, organisationsaufwendigen Aktenlauf gibt.

Weiters wäre eine Zusammenfassung zu einem Projektmanagement zur Lösung einer bestimmten Aufgabe von Vorteil.

— „Mentale Entstaatlichung“

Der Staat hat in Österreich seit den Zeiten Josefs II. einen ganz besonderen Stellenwert. Trotz der Skepsis gegenüber der staatlichen Leistungskraft, dem Ärger über mangelnde Servicequalität, der Verbitterung über die hohen Kosten, dominiert ein aus der Monarchie nachwirkender Glaube an die Rolle des Staates, der Regierung und der Bürokratie. Obrigkeitstaatliche Erwartungshaltungen setzen sich im wohlstandsstaatlichen Versorgungsgedanken fort.

Diese Mentalität der Ärmelschoner verhindert unternehmerisches Denken in allen Bereichen. Verstärkt wird diese Tendenz wohlstandsstaatlichen Versorgungsgedankens durch eine Verfilzung zwischen Staat, Interessensvertretungen und Parteien.

Ein Journalist hat einmal pointiert formuliert: „Ohne eine Unterstützung einer Partei oder zumindest mächtigen Freunde

in dieser, kann man in Österreich vielleicht Nobelpreisträger werden, sicher aber nicht Straßenarbeiter in Niederösterreich oder Leiter eines Sozialdienstes in Wien. Und natürlich auch nicht Direktor einer kleinen Schule oder gar Primararzt.“

Ohne die private Initiative wären in den USA die vielen Nationalparks nicht denkbar. Unermüdliche „grüne Vereine“ kämpfen um die Erhaltung aussterbender Tier- und Pflanzengattungen. Die blühende Museumslandschaft in amerikanischen Städten ist ohne Freiwilligen-Arbeit und ohne private Geldgeber ebenso undenkbar wie die Arbeit amerikanischer Selbsthilfegruppen auf dem Sozialgebiet, ohne deren hilfreiche Tätigkeit das Sozial- und Gesundheitssystem in Amerika zusammengebrochen wäre.

„Neue politische Aktionsformen“

Wenn heute viele Stadtverwaltungen in Österreich sich „bürgernah“ geben und eigene Servicestellen — Büros für Bürgerinitiativen — eingerichtet haben, wenn in Gemeindeordnungen Instrumente der direkten Demokratie aufgenommen oder erweitert werden, kurzum, wenn dem Bürger mehr Rechte eingeräumt werden, ist es auch notwendig, politische Aktionsformen anzupassen.

In diesem Sinne sollten in Zukunft Wahlprogramme in den Gemeinden weniger Versprechungen enthalten (die ohnehin nicht mehr geglaubt werden), sondern Politiker sollten mit ihren Bürgern einen Vertrag abschließen. Bürgervertrag. Dieser sollte die Grundlage für das gemeinsame Gespräch und das gemeinsame Handeln sein. Kein Wahlprogramm mit Versprechungen, sondern eine Aufforderung an die Bürger zu aktiver Teilnahme, weil Probleme in einer Stadt (in einer Gemeinde) auch nur gemeinsam von Politikern und Bürgern gelöst werden können: Keine Stadt der Welt kann mit noch so viel Geld gesunde Umweltbestimmungen sicherstellen, wenn nicht die Bürger selbst durch umweltbewußtes Handeln zur Erhaltung der Natur beitragen; keine Stadt der Welt kann mit noch so viel Geld eine vernünftige Verkehrspolitik machen und öffentliche Verkehrsmittel ausbauen, wenn die Bürger nicht auf ihr Auto verzichten wollen; keine Stadt der Welt kann mit noch so viel Geld für die Gesundheit ihrer Bürger sorgen, wenn diese selbst mit ihrer Gesundheit sorglos umgehen. In dem Bürgervertrag muß jeder Vertragspartner einen Beitrag für das Wohl der Gemeinschaft und ihrer Zukunft leisten. Die Bürger unserer Städte sollen zu Unternehmern werden, d.h. sie sollen aktiv etwas tun, etwas unternehmen, statt notwendige Tätigkeiten zu unterlassen.

PLÄNE OHNE PLANER UND OHNE ZIEL?

oder wie sinnvoll kann Kommunalpolitik, kann in der Kommunalpolitik geplant werden?

In unserer Welt der Massen und Normen halten sich Selbständigkeiten und Abhängigkeiten die Waage. Bestand haben aber nicht abgegrenzte Ordnungen, sondern deren fortwährende Änderung. Dabei spielen Plan und Zufall selbst aufeinander wirkende Rollen, sagen uns die Naturwissenschaftler. Das läßt für uns Alltagsbürger den Schluß zu, daß Plänen die Chancen gezielter Veränderung und damit einer gesunden Entwicklung erhöht.

Die kommende Gemeinderatswahl im März 1990 hat die steirischen Gemeinden veranlaßt, die sachlichen Schwerpunkte, die Orientierung ihrer kommunalpolitischen Arbeit, ihr — politisches — Erscheinungsbild zu überdenken und so etwas wie Visionen für ein Zuhause von Morgen zu entwickeln. Viele Gemeinden haben ihre Kräfte in Seminaren gesammelt und Erneuerungen der Zielvorstellungen, der politischen Strategie und ihrer Akteure überlegt. Häufig waren Baupläne, Zukunftsmodelle für ein besseres Gemeindegeld, mittelfristige Konzepte, die über das Wahljahr hinausreichen, aber auch Wahlprogramme, konkrete Aktionen und neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit die ersten Erfolge. Natürlich sind die sachlichen Inhalte wichtig. Für den Wahlausgang ausschlaggebend sind aber deren Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bürger und die Wirkung der handelnden Personen.

In dieser Erfahrung können auch einige Grundsätze für die kommunalpolitische Arbeitsvorbereitung formuliert werden:

— Planung ist notwendig, um unter Möglichkeiten auszuwählen.

— Planung soll miteinander erfolgen, um möglichst viele Ideen zu sammeln, möglichst viele Mitarbeiter zu gewinnen und möglichst breite Zustimmung bei den Bürgern für unsere Anliegen zu erhalten.

— Planung muß wertbedacht sein, denn eine wertfreie Planung ist wertlos.

— Planung soll Gelegenheit bieten, die Gemeinde als selbständige, unverwechselbare Einheit zu begreifen und ihr eine „Idee“ zu geben, wie wir dies im Rahmen der Ortserneuerung auch versuchen.

— Planung soll die Gemeinde und ihre Aufgaben auch in ihrem Netz von inneren und äußeren Wirkungen und Abhängigkeiten zeigen und die Stör- und Zerstörbarkeit durch unsere Politik.

— Planung muß auf das individuelle rationale Verhalten wirken, um die Lebens-

bedingungen der Gemeinschaft verbessern zu können.

— Planung soll Raum und Zeit bieten, das eigene Wahrnehmungsvermögen zu schärfen und unser Bewußtsein für die natürliche, soziale und kulturelle Umwelt zu erweitern, das heißt, die Umweltverträglichkeit unserer Entscheidungen zu prüfen.

— Planung soll uns aber auch helfen, uns belehren zu lassen, unsere Denkmuster zu revitalisieren und unsere eigene Persönlichkeit zu entfalten, indem wir bereit sind, unsere Grundsätze von Vorurteilen und anderen Beschränkungen zu entsorgen und unsere Einstellungen und Wertvorstellungen zu korrigieren.

Die Beweggründe, sich für Programmarbeit, für gemeinsam geplantes Vorgehen zu entschließen, sind so verschieden wie die Menschen. Für junge, in der Hierarchie vorwärtsdrängende Kräfte kann es bedeuten, in die Zentren der Entscheidungsentstehung vorzustoßen; für Etablierte kann es dazu dienen, die Machtbasis zu verbreitern, Zustimmung und Mitarbeit zu erreichen. In der Praxis ergibt sich aber oft, daß einerseits Überfütterung, Trägheit und Verdrossenheit den Drang zu politischer Arbeit bremsen, andererseits die obersten Hierarchie-Instanzen rasch altern und zunehmend Merkmale der Senilform zeigen.

Die Lösung von Problemen steckt in den Widersprüchen. Nichts erklärt sich allein aus einer Richtung, alles aus einem System von Wirkungen. In den kommunalpolitischen Seminaren können Politiker und Interessierte konzentriert und konzentriert die sachlich technischen, die ökologischen und ökonomischen, die sozialen und kulturellen Strukturen der Gemeindebevölkerung, die Persönlichkeiten, die entscheiden, auch das Wahlverhalten in ihren Beziehungen und in ihrer Gegenseitlichkeit verstehen und das Handeln darauf abstimmen lernen. Je größer dabei die Spannweite der übergeordneten Zielgebung ist, desto dauerhafter werden die Ergebnisse. Je mehr sich in den Entscheidungsgewaltigen, also im Gemeinderat, die Struktur, die Organisation und die Aufgaben der Gemeindebürger widerspiegeln, desto umfassender wird das Resultat.

Sich nur auf kurzfristige, auf den jeweiligen Wahlgang oder auf bestimmte Gruppen oder gar nur auf die eigene Partei abgesteckte Ziele zu konzentrieren, mag durchaus zu kurzlebigen Erfolgen führen,

auf Dauer wird sich Mißerfolg einstellen und das, was wir heute als politisches Unbehagen, Unzufriedenheit und Ratlosigkeit spüren.

Wer meint noch, daß Mut zu mehr persönlicher Demokratie wirklich schaden könnte? Es ist natürlich schwieriger, Mehrheiten für einzelne oder umfassende Entscheidungen ohne „einfarbige“ Organisation und ohne Parteizwang zu erreichen, aber um einiges menschlicher, interessanter und letztlich sinnvoller.

Es ist daher auch notwendig und legitim, die eigenen Fähigkeiten, Anliegen und Grundsätze in die Arbeit für die Gemeinde einzubringen und zu verwirklichen, und, wenn möglich, auch den Führungsanspruch dafür zu stellen. Doch gilt das nicht für alle — guten — Kräfte? Es wäre kühn, die Konkurrenz nicht bloß im Wettbewerb um den Wähler und um die Macht mit Siegern und Verlierern, sondern im Zusammenwirken von Möglichkeiten sehen. Damit rücken gemeinsame und vielleicht auch neue Ziele in den Brennpunkt der verschiedenen Interessen, gewinnt Planung als Voraussetzung für deren Beschreibbarkeit an Bedeutung. Nicht die Planer oder Berufsplaner, auch wenn sie viel zur Stimulans und Methodik beitragen können, sind unentbehrlich, sondern der Gestaltungswille der Gemeinschaft.

Die Chancen erfolgreicher Änderungen sinken ohnehin mit der Zahl der Beteiligten, Funktionen und deren Abhängigkeiten. Sie schwinden ganz, wenn die Gruppe, die Partei oder die Gemeinde nur mehr Selbstzweck sind und nicht Einrichtungen, mit denen neue Ziele erreicht werden können.

„... müssen stehen lassen.“

TEILNEHMEN AM ÖFFENTLICHEN LEBEN

Über Bürgerinitiativen und neue soziale Bewegungen

Bürger werden zuweilen initiativ.¹ Wenn wir von unserem Vorverständnis, das auf Erfahrungen und Erlebnissen als Zeitgenossen von Bürgerprotesten und Bürgerinitiativen beruht, ausgehen, so ersparen wir es uns, an Definitionen herumzubahnen, die das leisten sollen, was doch kaum zu bewerkstelligen ist: Bürgerinitiativen exakt zu definieren und von anderen direktdemokratischen Bewegungen abzugrenzen. Denn die „klassischen“ Bürgerinitiativen — als thematisch und örtlich begrenzte lose Assoziationen von Bürgern, die sich durch politische Maßnahmen betroffen fühlen und dagegen wehren — vermischen sich in den letzten Jahren mit einer unüberschaubaren Vielfalt von „neuen sozialen Bewegungen“, „Protestgruppen“ und „neuen Parteien“.² Das Initiativwerden der Bürger erfolgt nicht nur im Rahmen der verfassungsgesetzlich vorgesehenen politischen Institutionen, sondern auch außerhalb dieser Einrichtungen und in „informeller“ Weise. Was hier interessiert, ist aber nicht ein Aufbegehren in einem Maße, das den Umsturz einer politischen Ordnung herbeiführt. Dort, wo ein lähmender Totalitarismus über Jahrzehnte alle politischen Regungen unterdrückt hat, regen sich neuerdings die Bürger in revolutionärem Aufbegehren; dort suchen sie Elemente jener demokratischen Verfahrensweisen zu installieren, die im Westen bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind.³ Diese Revolutionen überschreiten den Rahmen jener Phänomene, die als neue soziale Bewegungen oder Bürgerinitiativen bezeichnet werden können. Aber auch in den westlichen Staaten herrscht Unruhe innerhalb des repräsentativ-demokratischen Verfassungsrahmens,⁴ auch dort melden die Mitglieder des jeweiligen Gemeinwesens an allen Ecken und Enden ihre partizipativen Wünsche an. Die Bürgerinitiativen sind nur ein Teil dieser Unruhe, die auch in demokratiepolitischem Sinn eine durchaus produktive sein kann, dies aber wohl nicht immer ist.

Ich möchte zunächst auf die Vorgeschichte dieser Protestgruppierungen in den letzten Jahrzehnten eingehen; sodann die Gründe für das Entstehen von Bürgerinitiativen behandeln und einige Aspekte ihrer Arbeitsweise illustrieren; schließlich auf einige Probleme und Gefahren hinweisen, die sich mit diesen Formen der Bürgerbeteiligung verbinden; und zuletzt die Frage beantworten, ob sich Bürgerini-

tiativen, wie zuweilen zu hören ist, am Ende der 80er Jahre schon wieder im Niedergang befinden oder ob sie zu einem dauernden Kennzeichen des politischen Prozesses in den entwickelten Demokratien werden.

Zur Vorgeschichte des „bürgerlichen“ Protestes

Um die Entwicklung dieser Bewegungen in den letzten Jahrzehnten zu verstehen, ist es angebracht, einen Blick auf die Vorgeschichte des Bürgerprotestes zu werfen. Wir müssen dabei nicht allzu weit zurückgreifen, denn es genügen jene zwei oder drei Jahrzehnte, in denen die Politik — nach einer Zeit des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg — gewissermaßen in Bewegung geraten ist. Die Bürger haben sich insofern selbst für mündig erklärt, als sie auch im Rahmen einer durch Repräsentativmechanismen abgefederten politisch-rechtlichen Ordnung eine Reihe von Angelegenheiten in ihre eigene Verantwortung übernehmen wollten, statt sie den Repräsentanten, den gewählten Vertretern, den „Berufspolitikern“ zu überlassen. Der Protest fand zunächst in Amerika statt.⁵ In den späten 50er und in den 60er Jahren gewann die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten an Kraft; damals waren die USA — allem konstitutionellen Selbstbewußtsein und allen Menschenrechtsproklamationen zum Trotz — ein rassistisches Regime, mit getrennten Restaurants und Bus-sitzplätzen für Weiße und Schwarze. Die Berichte über den Vietnam-Krieg haben in den 60er Jahren der Rassenspaltung Zündstoff hinzugefügt und der Bewegung Friedensaktivisten zugeführt. Über den Atlantik ist die Protestwelle nach Europa herübergeschwappt und hat sich mit Themen wie der Universitätsreform verbunden — die europäischen Universitäten waren in der Tat nicht auf der Höhe der Zeit. Ihren Kulminationspunkt haben die Proteste der Jugendlichen im berühmten „Fast-Revolution“ 1968 erreicht. Die Studentenbewegung, die vorwiegend in marxistischen Gesamterklärungsmodellen geeignete Grundlagen zur Analyse gesellschaftlicher Vorgänge zu finden meinte, vermittelte den Industriestaaten, die von diesem Protest der jüngeren Generation — unter ihnen wiederum ausgerechnet der ohnehin bessergestellten Gesellschaftsmitglieder — höchst überrascht waren, Veränderungsimpulse mit erstaun-

lich tiefgreifenden Folgen; die Auswirkungen sind bis hinein in den Lebensalltag — bei der Veränderung von Lebensformen, beim Sexualverhalten, bei der Führung von Organisationen, im kulturellen Leben — spürbar. Nicht zuletzt wegen der beachtlichen Erfolge dieser Bewegung erlahmte allerdings die Schwungkraft des massenhaften Aufbegehrens in den frühen 70ern: Die rechtliche Situation der Schwarzen in den USA wurde verbessert; der Vietnamkrieg beendet; die Universitäten wurden reformiert. Neue Themen — Grenzen des Wachstums, Ökologie, Atomenergie — erregten Aufmerksamkeit.

Aber schon in diesen Jahren machte sich ein Antiinstitutionalismus breit, der von einem lebensweltlich-kulturrkritischen Gefühl getragen wurde; eine Einstellung, die damals noch von polit-ökonomischen Kategorien verdeckt blieb (oder unter Verwendung dieser Kategorien rationalisiert wurde), aber jenes Unbehagen an der Moderne schlechthin bereits ankündigte, das in der Identitätssuche der Jüngeren in der Gegenwart so deutlich zum Ausdruck kommt. Zugleich entwickelten sich an spezifischen Interessen orientierte Komitees, lose Vereinigungen, Gruppen von Bürgern, häufig aus Anlässen wie dem Bau einer neuen Straße oder der Belästigung durch einen Wirtschaftsbetrieb. Sie hatten teil an dem politischen Engagement, das allenthalben zu verzeichnen war, ein Engagement, das nun sogar in positiver Weise bewertet wurde. Es begann zum „Image“ zu gehören, jung, progressiv und kritisch zu sein, und verbale Attacken gegen „die Gesellschaft“ oder gegen spezielle Institutionen waren keineswegs mehr karrierefördernd, sondern durchaus eine Empfehlung für höhere Aufgaben. Die grundsätzlich positive Bewertung des politischen Engagements diffundierte sogar in die ältere Generation hinein, die nach den Jahren des Nationalsozialismus vorsichtige Politikern bewahrt hatte und nun gerade anhand konkreter Anliegen ihre Partizipationsfreude — nach langen „ruhigen“ Jahren — wiederentdeckte. Diese Bürgergruppen teilten die Methoden, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen, zu einem großen Teil mit anderen Protestbewegungen.⁶ Ihr Ansatzpunkt waren vor allem kommunalpolitische Anliegen, und sie fanden sich oft in losen Organisationsformen zusammen, manchmal auch zu „Bürgerlisten“, die zuweilen sogar bei

kommunalen Wahlen kandidierten.⁷ Die Studentenbewegung selbst war aber auch bereits Ausdruck eines tiefergreifenden Wandels in den westlichen Industriestaaten, die ihre „Nachkriegsphase“ in den 60er Jahren beendeten. Auf der Grundlage jener Wiederaufbauanstrengungen, die mit berechtigtem Erstaunen über die eigene Leistung als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurden, wurde eine „reiche“ Konsumgesellschaft geschaffen, deren materielle Errungenschaften den Angehörigen der jüngeren Generation, die in diesem Wohlstand aufgewachsen waren, als Selbstverständlichkeit erscheinen müssen. Folgerichtig achteten die Bürger dieser reichen Gesellschaftsformation auf andere – fortbestehende oder neu auftauchende – „Defizite“ dieser gesellschaftlichen Ordnung, auf Themen wie Ökologie, alternatives Leben, Gleichberechtigung der Frauen usw. Die Ansprüche an die äußeren Lebensbedingungen stiegen. Es veränderte sich beides; einerseits die Perspektive der Individuen selbst, die auf die Qualitätsaspekte des Wachstums stärker zu achten begannen, nachdem der quantitative Mangel beseitigt war. Andererseits wurden auch objektive Veränderungen wirksam: In manchen Bereichen – so etwa in Umweltangelegenheiten – wurden Spürbarkeitsschwellen überschritten; Belastungen häuften sich unmerklich an, werden zunächst geduldet, bis sie an einen Punkt geraten, an dem die Betroffenen sich zu wehren beginnen.

Es handelt sich also um zwei Aspekte: erstens um eine Reorientierung, die heute in vielen Untersuchungen als „Wertwandel“⁸ bezeichnet wird: als Hinwendung der Jugend zu Werten wie Sensibilität, Kreativität, Spontaneität, Subsidiarität, Heimat, Askese, Mystik, Irrationalismus, Partizipation und so fort.⁹ Das ist, wenn man so will, das irrationale Moment. Zweitens gibt es aber auch ein rationales Moment des Wandels: Man akzeptiert nicht mehr die früheren Zustände, weil man dies in einer „reichen“ Gesellschaft wie der unseren nicht mehr als notwendig erachtet. Die Steigerung der Ansprüche – so kann man sagen – ist also durchaus vernünftig, solange sie nichts ins Illusionäre abgleitet.

Jenen Anliegen, deren Erfüllung ohnehin „garantiert“ ist, muß verständlicherweise keine sonderlich intensive Aufmerksamkeit zuteil werden. Die Zwänge und Eigenheiten der Industriegesellschaft bringen hingegen „Abwehrorientierungen“ gegen bestimmte Phänomene dieser rationalisierten und technisierten Welt zum Vorschein. Je technisierter das Leben, desto stärker kommt etwa die Sehnsucht nach der unberührten Natur zum Ausdruck; je komplexer die Umwelt, desto intensiver ist das Verlangen nach der Einfachheit und Überschaubarkeit; in je stärkerem Maße das Leben „international“ wird, desto naheliegender wird die Suche nach der regionalen, lokalen, nationalen Identität; je stärker das Leben des einzel-

nen in den Strudel der dynamischen Modernisierung aller sozialen Verhältnisse hineingezogen wird, desto wichtiger erscheint die Identitätsvergewisserung in der näheren Umgebung und in der eigenen Geschichte; je prekärer der Zustand der natürlichen Umwelt sich darstellt, desto dringlicher wird das ökologische Engagement zur Bewahrung überkommener Flecken, Schluchten und Flüsse. Die traditionellen weltanschaulichen Konfliktlinien und Deutungsmuster verblasen, sie beherrschen nicht mehr die Szene des politischen Wettstreits. Es beginnt die Suche nach neuen Ausdrucksformen einer authentischen Politik.¹⁰

Thematisierungsdefizit der Politik

Das ist der Hintergrund, die Vorgeschichte der Bürgerinitiativen-Bewegung. Darin klingen bereits die Gründe für die Entstehung und die Charakteristiken der „Arbeitsweise“ von Bürgerinitiativen an. Ein erster entscheidender Grund für das Entstehen protestierender Bürgergruppen ist der Umstand, daß die Politik den beschriebenen Veränderungen des öffentlichen Bewußtseins – die zum Teil den Erfordernissen der Realität, zum Teil aber auch nur der Dynamik des Massenbewußtseins entsprungen sind – nicht auf den Fersen geblieben ist. Sie hat den Abschied von der Nachkriegszeit nicht rechtzeitig geschafft. Sie hat sich allzu lange auf die Werte des Wiederaufbaus konzentriert, angespornt von den Erfolgen, die damit lange Zeit erzielt werden konnten: Einkommenssteigerung, Wirtschaftswachstum, Technik und Fortschritt, Wohlfahrtsstaat. Als dieser „sozialliberale Konsens“¹¹ den Bedürfnissen der Bürger nicht mehr zureichend erschien, nahmen sie – da und dort, vor allem aber im Falle konkreter Betroffenheit – die Sache selbst in die Hand. Die Politik hat bestimmte Themen verschlafen: die sich verschärfenden Umweltprobleme, Fragen der Stadtentwicklung, die Ressourcenthematik. Freilich gilt das auch für die meisten Bürger; auch sie haben diese Themen lange Zeit verschlafen, so etwa in den 60er Jahren. Aber manche von ihnen sind aus der Routine der zukunftsoptimistischen Wohlstandsgesellschaft früher aufgeschreckt und haben die „neuen Themen“ rasch zum Gegenstand der politischen Diskussion gemacht, zu einem Zeitpunkt, als die Politiker noch glaubten, „politics as usual“ betreiben zu können. Dies war ein so rascher Wechsel der Einstellung, daß die Politiker überrascht waren, die neuen Themen nicht mehr mit einigen lockeren Sprüchen abtun zu können.

Pluralisierung der politischen Anforderungen

Trotz dieser Einschränkungen sind die Erfolge des auf Hochtouren getrimmten

Interventionsstaates in den letzten Jahrzehnten beachtlich, gerade in den „konventionellen“ Politikbereichen. Doch durch die Reichweite und Tiefe seiner Eingriffe hat sich der intervenierende Staat neue Angriffspunkte geschaffen. Die Rechtfertigung von Maßnahmen durch Mehrheitsverfahren hängt davon ab, ob diese Eingriffe „jedenfalls im Prinzip revidierbar, reversibel oder hinsichtlich ihrer potentiellen negativen Konsequenzen korrigierbar“ sind.¹² Wenn aber Festlegungen getroffen werden, die den politischen Weg der Gemeinschaft auf lange Zeit bestimmen und am Ende gar noch die nächsten Generationen betreffen, gibt es keinen Grund dafür, daß sich eine dissentierende Minderheit diesen von einer Mehrheit getragenen Beschlüssen beugt, nur deswegen, weil die Entscheidungen in einem Verfahren getroffen worden sind, das der Mehrheitsgruppe die Entscheidungsfreiheit für eine ohnehin nur begrenzte Zeitdauer einräumt. Entscheidungen über ökologische Fragen aber sind meist generationsübergreifend – und dann kann man sich auch auf jene „Mehrheit“ berufen, welche die nächsten Generationen, einschließlich der noch gar nicht Geborenen, umfaßt. Das aber beanspruchen neue soziale Bewegungen.

Allerdings muß es in einer solchen Situation wohl bei der bloßen Behauptung bleiben, die „wahren“ Wünsche einer fiktiven Mehrheit zu vertreten. Dies gilt auch für den Fall, in dem unterschiedliche Intensitäten konfligierender Wünsche vorliegen – auch Präferenzintensitäten können nicht empirisch vermessen werden. Es ist nicht klar, was im Sinne demokratischer Spielregeln getan werden soll, wenn einer weitgehend gleichgültigen Mehrheit, die sich für eine Maßnahme ausspricht, eine Minderheit gegenübersteht, der die Ablehnung eines bestimmten Vorschlags sehr viel bedeutet; das aber sind typischerweise jene Situationen, die beim Bau einer Straße oder bei der Geruchsbelästigung durch einen Betrieb auftreten. Folgt man in solchen Fällen immer den Mehrheiten, kommt es möglicherweise zu einer Minderung des kollektiven Wohlstands, weil durch die spärlichen Wohlfahrtsgewinne der Mehrheit die Härten, die für die Minderheit entstehen, nicht aufgewogen werden. Folgt man in solchen Fällen immer den Minderheiten, führt dies zu Ineffizienzen, weil sich – da doch immer belastete Gruppen vorhanden sind – keine politischen Anliegen mehr durchsetzen lassen. Der Interventionsstaat gerät aber durch seine Eingriffe immer stärker in Bereiche, in denen sich die Interessen pluralisieren, also vielgestaltiger werden, und in denen unterschiedliche Intensitäten der Wünsche von Mehrheiten und Minderheiten stärker in Konflikt geraten. In dieser Konstellation werden sich Bürgerinitiativen formieren und Resonanz gewinnen.

Politikverdrossenheit

Nicht nur der Umstand, daß die Politik den Einstieg in die „neuen Themen“ verschlafen hat, erregt den Unmut der Bürger, bietet die Grundlage für das Entstehen neuer, spezialisierter „Politikanbieter“ und läßt einzelne Gruppen zu politischen „Selbsthilfemaßnahmen“ greifen; es gibt einen weiteren Aspekt: In den 70er und 80er Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation verändert, und selbst die „alten“ Leistungen, deren sich die politischen Instanzen immer so gerühmt hatten, waren ab der Mitte der 70er Jahre — nach dem Ölchock und dem Wirtschaftseinbruch — nicht mehr kompetent zu erbringen. Dazu kamen Korruptionsfälle und Privilegienaffären, die das Vertrauen in den politischen Apparat aufs schwerste erschütterten.¹³ Das Management der Parteien erwies sich — gemessen an den eigenen Ansprüchen — als zu schwach, und von einer weltanschaulichen Geborgenheit konnte kaum mehr eine Rede sein. Es entstand der Eindruck, daß die Parteien den Themen der Zeit nachlaufen, daß sie nur noch reagieren statt zu regieren. Die ideologisch breitgelagerten Integrationsparteien erzeugen — trotz ihrer Alternativlosigkeit im Hinblick auf die Regierungsfähigkeit — ein gewisses Unbehagen: „Die Volksparteien erweisen sich als strukturell unfähig, dem Bürger das Notwendige zuzumuten. Für politische Überzeugungsfeldzüge und offensive

Meinungswerbung sind sie nicht gerüstet. Sie vermeiden es sorgsam, sich auf nicht mehrheitsfähige Positionen festlegen zu lassen. Politische Überzeugungsträger sind in ihren Reihen wenig gefragt. Es dominiert der Typus des profilarmen, überzeugungsschwachen Erwartungserfüllungspolitikers.“¹⁴

In dieser Situation verbreitet sich das Gefühl, daß viele Politiker weder die „neuen“ Probleme verstehen noch auch nur die „alten“ bewältigen können, daß sie vielmehr den expandierenden Staat als wohlfeilen Selbstbedienungsladen betrachten.¹⁵ Die politischen Parteien werden in dieser Sicht als Agenturen des institutionalisierten Opportunismus angesehen, die sich selbst jeden medienwirksamen Trick und jede umfragegeleitete Wende zutrauen — und denen daher auch die Bürger schlechthin alles zutrauen, jede Unanständigkeit und jede Gemeinheit. Das ist oft sehr ungerecht, angesichts ihrer beachtlichen Leistungen in den letzten Jahrzehnten. Aber Politikverdrossenheit — im Sinne einer Aversion gegen die etablierten politischen Kräfte — hat sich im Volke verbreitet, vor allem aber Parteien- und Staatsverdrossenheit; das ist eine Tatsache. Wenn es denn schon Politik sein muß, dann wird die Angelegenheit lieber selbst in die Hand genommen. Mißtrauen gegen „die da oben“ herrscht vor, läßt sich auch für billige Populismen instrumentalisieren. Die traditionelle Politik gerät unter Streß, sie ist

mit neuen Pressionen und neuen Konkurrenten konfrontiert.¹⁶

Protestrepertoire und Medien-gesellschaft

Der vierte Grund für das Entstehen von Bürgerinitiativen liegt nicht im eigentlich politischen Bereich, sondern in den Strukturbedingungen der Öffentlichkeit. Für die hier in Betracht stehenden Formen des politischen Handelns ist im Zuge der letzten Jahrzehnte ein unkonventionelles Protestrepertoire entwickelt worden, das auf die politischen Aktivitäten der Bürgerinitiativen zugeschnitten ist. Konventionelle Politik bedeutet: Parteiorganisation, viele Gremien und Sitzungen, Vorfeldorganisationen, Wählerversammlungen, langsame Aufstiegsmuster und dergleichen. Das „direkte“ Politikmachen hingegen kennt andere Methoden, um die Entscheidungen über politische Sachverhalte in der gewünschten Richtung zu beeinflussen: Unterschriftenlisten, Leserbriefe, persönliche oder „offene“ Schreiben an Politiker, Pressekonferenzen, Protestresolutionen, wilde Streiks, Straßenblockaden, Häuser- und Betriebsbesetzungen, Boykotte, Demonstrationen, Straßenschlachten, Abgabenverweigerung, Gag-Aktionen mit hinreichender Presseresonanz und vieles andere.¹⁷ Bei diesem zum Teil durchaus effizienten, im einzelnen auch kombinierba-



ren und politikstrategisch zu handhaben. Das Aktionsrepertoire handelt es sich um eine „soziale Erfindung“ der letzten Jahrzehnte, um ein neues Instrumentarium der Interessendurchsetzung, das den Verlaufsmustern des politischen Prozesses in der gegenwärtigen Gesellschaft angepaßt ist.

Dieses Aktionsrepertoire ist auf die Massenmedien angewiesen. Der Erfolg von Bürgerinitiativen wäre daher auch nicht möglich gewesen ohne die Medien, besser: ohne eine medienzentrierte Politiklandschaft.¹⁸ Diese Form des Politikmachens ist jedoch für alle westlichen Demokratien kennzeichnend geworden.¹⁹ Was nicht in den Medien ist, ist keine Politik, und umgekehrt: Ein guter Medienauftritt, eine gelungene Inszenierung ist politisch wirksamer als vieles andere. Bürgerinitiativen sind nun der rentabelste Weg, in einer medienorientierten Politikszene bestimmte Interessen durchzusetzen. Aktivitäten in den etablierten Parteien bedürfen eines großen Aufwandes und stehen unter dem Diktat der Kompromißhaftigkeit. Die „direkte Aktion“ hingegen ermöglicht einen themenzentrierten Durchstoß zu den Medien und politischen Instanzen; man muß sich nicht in Gremien, Sitzungen und Parteihierarchien abquälen. Die Forderungen müssen nicht kompromißhaft abgewogen werden, wie dies in einer integrativen Partei vonnöten ist; es ist im Gegenteil sogar vorteilhaft, sie sehr pointiert vorzutragen. Die Aktionen sind lustbetonter, spontaner, oft auch „festlich“ garniert; kein Vergleich mit dem langweiligen Parteiengagement. Die „harten Kerne“ der Bürgerinitiativen stehen natürlich – auch wenn sie beanspruchen, eine „ganz andere“ Politik zu machen – unter denselben Zwängen wie professionelle Politikstrategen: Sie müssen Anhängerschaft gewinnen, sie zum Mitmachen motivieren und bei der Stange halten. „Da Bürgerinitiativen eine ‚fluktuierende‘, formal kaum gebundene Mitgliedschaft haben, die sich zudem nur vorübergehend für eine Sache zu engagieren bereit ist, muß der ‚harte Kern‘ den Konflikt emotionalisieren, moralisieren und personalisieren. Dadurch werden Kompromisse mit der Verwaltung erschwert (es geht um ‚alles oder nichts‘), der Konflikt eskaliert.“²⁰

Die Durchsetzungschancen für die propionierten Anliegen stehen besser, wenn die Protestierer außerhalb der etablierten Organisationen bleiben: Die Politik ist, wie bereits erwähnt worden, solchen Forderungen gegenüber recht sensibel, wenn sie ihren Niederschlag in den Massenmedien finden. Bürgerinitiativen haben daher eine beachtliche Erfolgswahrscheinlichkeit. Das unkonventionelle politische Engagement ist mit einer hohen Rentabilität versehen, wenn sich Politiker, die sich bei ihrem Tun auch noch eines guten „demokratischen“ Gewissens versichern, nach Umfrageergebnissen orientieren und vor kritisierenden²¹ Zeitungsglossen erzittern.

Bürgerinitiativen (und auch die anderen genannten Varianten protestierender Gruppen) haben demzufolge erkannt, daß es sinnvoll ist, Mehrfachstrategien anzuwenden, d. h., das ins Auge gefaßte Vorhaben auf den verschiedensten Wegen gleichzeitig voranzutreiben. So werden lockere, „spontane“, auf öffentliche Resonanz und Unterstützung zielende Demonstrationen veranstaltet, es wird aber auch in den etablierten Parteien argumentiert; man beteiligt sich an parteipolitischen Programmdiskussionen und besucht Veranstaltungen der den Parteien vorgelagerten Organisationen; manchmal werden sogar „Bürgerlisten“ gegründet oder „richtige“ Parteien. Es wird der direkte Zugang zu den Medien, zur Bürokratie und zu den politischen Instanzen genutzt, die Bekanntheit mit Journalisten, mit Informationsvermittlern, Freunden, Insidern aus der Verwaltung, die Verbindung zu grün-alternativen Gruppierungen und so fort. Spielerisch wird mit den verschiedenen Optionen hantiert, denn ein steter Tropfen höhlt die politischen Steine. Politik wird dadurch vielgestaltiger und spannender; freilich auch noch um etliches komplizierter.

Bildung und Protest-Know-how

Ein fünfter Aspekt bezieht sich auf die Kompetenz zum Protest. Bürgerinitiativen sind unter anderem ein Ergebnis der Bildungsrevolution – viele Bürger verfügen über bessere Informations- und Artikulationsmöglichkeiten als früher, und sie stehen nicht an, diese zu nutzen. Bekanntlich lassen sich typische Unterschiede bei der Organisationsfähigkeit der Anliegen verschiedener sozialer Gruppen feststellen: Man muß dazu in der Lage sein, das oben erörterte Protestrepertoire geschickt zu handhaben. Es ist nicht überraschend, daß es hierbei zu schichtspezifischen Verzerrungen kommt: Bürgerinitiativen und ähnliche Gruppierungen sind üblicherweise eine Angelegenheit der oberen Mittelschicht, Personen, die dem öffentlichen Dienst und dem Bildungsbereich entstammen, sind überrepräsentiert. Denn die Angehörigen dieser bessergestellten Gruppen verfügen über den Zugang zur erforderlichen Infrastruktur und vor allem über das nötige Know-how, um einen Protest zu organisieren. Um eine Bürgerinitiative zu gründen und eine Protestveranstaltung über die Bühne zu bringen, gilt es, Flugblätter zu schreiben; man benötigt den Zugang zu Kopiermaschinen; man muß die Zeitungsleute anrufen und die zuständigen Politiker; ein Konzept für die Pressekonferenz muß erstellt, ein Forderungskatalog formuliert werden... Arbeitslose Hilfsarbeiter tun sich bei diesen organisatorischen und intellektuellen Erfordernissen zweifelsohne weit schwerer als Bessergeladene, beispielsweise Lehrer. Dieser Hinweis auf schichtspezifische Verzerrungen bedeutet freilich nicht, daß

Forderungen von Bürgerinitiativen immer klassenspezifisch verengt oder in jedem Falle unberechtigt sind – allein es bleibt empirisch die Tatsache, daß vor allem die politischen Anliegen jener Gruppen, die diese Instrumente nützen können, in der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Konkrete Politik

Sechstens gilt es festzuhalten, daß sich nicht alle Themen gleichermaßen zur politischen Forcierung durch Bürgerinitiativen eignen: Es bedarf vielmehr konkreter Kristallisationspunkte, es muß ein Objekt zum „Angreifen“ – im doppelten Sinne des Wortes – vorhanden sein. Schwer organisierbar sind üblicherweise „allgemeine“ Anliegen (wie etwa die Ziele des Konsumentenschutzes), leichter lassen sich Protestgruppierungen aufbauen, wenn es um den Neubau einer bestimmten Straße, die Verhinderung einer Mülldeponie oder um ein ganz bestimmtes Wasser- oder Kernkraftwerk geht. Dies hängt auch mit der Tatsache zusammen, daß heute die Konkretheit politischen Handelns größeren Beifall erhält, während Theoriedebatten eher abgelehnt werden. Selbst allgemeine Themen müssen eine bildhafte Konkretisierung erfahren – deshalb tun sich Bauern nicht schwer, ihren Traktorauffahrten einen malerischen Anstrich zu verschaffen, und Ärzte, die in ihren weißen Kitteln durch die Straßen wandeln, machen immer einen imponierenden Eindruck. Dieses heroisierende Konkretisierungs- und Symbolisierungsbefürnis steht in einem gewissen Gegensatz zu einem Kompromißdenken, das von manchen, die mit fundamentalistischem „Touch“ an die Sache herangehen, allzuleicht als Verrat an bestimmten Zielen und Idealen gedeutet wird. Zugleich fließt das Bedürfnis nach Einfachheit und Überschaubarkeit in diese Stimmungslage mit ein, die sich auf klare Zielsetzungen richtet und deutliche Unterscheidungen zwischen Gut und Böse fordert.

Die auf diesem Wege forcierten Themen können schon deswegen weit konkreter angegangen werden, weil das „Personal“ der Protestbewegungen für ganz spezielle Offerte politischer Güter empfänglich ist; man glaubt dadurch loszukommen von dem kompromißhaften Getriebe der „hohen Politik“, von jenen „politischen Supermärkten“, auf denen die Großparteien versuchen, durch Vagheit und Inkonkretheit mehrheitsfähig zu bleiben und möglichst keine Gruppe zu vergrämen. Bürgerinitiativen und grün-alternative Parteien hingegen können eine gezielte Schwerpunktthematik anbieten, ohne auf breitgelagerte Wählerstimmenmaximierung achten zu müssen – meist sind es „single issue“-Bewegungen, die ein spezielles Anliegen durchzubringen suchen.

Damit wurden sechs Gründe genannt, die das Entstehen von Bürgerinitiativen begünstigen. Die klassische Politik war im

Rückstand. Die Reichweite der politischen Eingriffe läßt die einfache Mehrheitsargumentation nicht mehr als plausibel erscheinen. Politikverdrossenheit verbreitet sich. Die Mediengesellschaft macht den informellen Protest rentabler. Das Protest-Know-how ist vorhanden. Die Konkretheit einer Protestpolitik ist für viele attraktiv. — Diese Momente erklären, wie sich die neue politische Institution etablieren konnte. Doch bei aller Gemeinsamkeit ist es angebracht, die Protestinitiativen recht genau zu besehen. Sie mögen als demokratische oder als entdemokratisierende Kräfte, als Zeichen einer „reifen Demokratie“ ebenso wie als gefährliches Destabilisierungssphänomen betrachtet werden. Es hängt jeweils von der konkreten Vorgangsweise und dem Selbstverständnis dieser Gruppen ab. In der Folge sollen drei Aspekte kurz angesprochen werden: Fragen der Rechtswidrigkeit, der Sachlichkeit und der Gesamtorientierung von Bürgerinitiativen.

Zum Problem der Rechtswidrigkeit

Die Existenz von Bürgerinitiativen und verwandten Gruppierungen wirft das „klassische“ Demokratieproblem wieder auf. Einzelinteressen und partikuläre Identitäten müssen in einer handlungsfähigen Gesamtheit aufgehoben werden; Freiheit und Vielfalt dürfen nicht die politische Handlungsfähigkeit eines politischen Gemeinwesens zum Verschwinden bringen.²² Der herkömmliche Modus der Entscheidung — das Majoritätsprinzip — wird aber in Frage gestellt von Minderheiten, die im Namen ihrer höheren Einsicht das Recht proklamieren, auch gegen den Willen von Mehrheiten Maßnahmen zu verhindern oder durchzusetzen. Deshalb wird auch im allgemeinen die Fiktion vorgetragen, daß die „wahre“ Mehrheit — nicht jene, die durch politische Filter- und Repräsentationsprozesse verzerrt ist — auf der Seite der Bürgerinitiative steht. Das ist freilich eine Fiktion, die sich keiner formalisierten Überprüfung stellen muß — auch wenn sie oft richtig sein mag. Oft ist sie aber auch falsch, besonders dann, wenn Bürgerinitiativen mit sehr partikulären Anliegen auftreten: keine Mülldeponie in meiner Gemeinde! Da mag die Mehrheit der Gemeinbürger wohl derselben Meinung sein, wahrscheinlich aber nicht die Mehrheit der Bürger des Landes. Die jeweilige „Mehrheit“ ist eine Funktion der Bestimmung jener, die als von einer Maßnahme „betroffen“ gelten dürfen — deshalb auch das immer wieder zu beobachtende Ringen um die „Anrainerstellung“ in irgendwelchen Verwaltungsverfahren. Dies aber relativiert die basisdemokratischen Ansprüche der Protestgruppen.

Freilich kann ein bestimmtes Ausmaß „zivilen Ungehorsams“ auch als Zeichen einer „reifen“ Demokratie angesehen werden; dennoch sind der Ausübung ei-

nes solchen Widerstands „rechtes“ auch in einer gefestigten demokratischen Ordnung enge Grenzen gesetzt, zumindest jene Grenzen, die durch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel gesteckt sind.²³ Es muß sich — so hat der Philosoph John Rawls gefordert — um ein wichtiges Anliegen, d. h., um Fälle wesentlicher und eindeutiger Ungerechtigkeit handeln; es müssen weiters gewöhnliche aufrichtige Appelle an die Mehrheit gescheitert und auch die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft sein; und die Rechtsverstöße dürfen nicht in einem solchen Umfang erfolgen, daß die Achtung vor Gesetz und Verfassung generell zerstört wird. Natürlich muß man auch bereit sein, die Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns zu übernehmen. Denn die regelmäßige Hinnahme von Rechtsverstößen, die nicht mehr nach Maßgabe der gültigen Normen geahndet werden, also die Hinnahme eines selektiven Rechtsgehorsams, verändert auch das Rechtsbewußtsein und löst im Laufe der Zeit die Verbindung von Demokratie und Rechtsstaat auf. Es verfestigt sich ein Repertoire von „Duldungsforderungen“: Im Zuge der gewohnheitsmäßigen Ausübung bestimmter unkonventioneller Protestformen wird die Nichtanwendung bestehender Gesetze als „Normalverhalten“ der Behörden wahrgenommen und letztlich auch — als „gehöriges“ Verhalten — gefordert. Die faktisch öfter erfolgende implizite Anerkennung solcher „Freiräume“ wiederum macht das Repertoire gesetzesverletzender Protestaktivitäten noch „verfügbarer“; letzte Bedenken werden ausgeräumt; was „Ausnahme“ war — nämlich die Verletzung bestehender Gesetze — wird zum Normalfall.

Eine solche Perspektive muß — angesichts der trotz aller „Krisen“ beachtlichen Stabilität der demokratischen Gemeinwesen — nicht dramatisiert werden; dennoch werden dadurch nicht nur rechtspraktische, sondern auch demokratietheoretische Probleme aufgeworfen. Wenn Protestgruppen sich für Aktionen entscheiden, so müssen diese mit Entschiedenheit, aber auch mit Zurückhaltung und Vorsicht erfolgen — nur dann können sie demokratiepolitisch akzeptiert werden.²⁴ Es gibt noch einen zweiten Grund, der den Ratschlag zur behutsamen Vorgangsweise unterstützt: Kalkulierte Gewaltakte erweisen sich oft als Bumerang, sie entziehen dem Protest seine Legitimität und ermöglichen es den politischen Instanzen, sich ohne Schwierigkeiten über jene „Straftäter“ hinwegzusetzen.

Sollen sie daher als Element einer demokratischen Ordnung anerkannt werden, müssen Bürgerinitiativen sehr behutsam mit dem Instrument der bewußten Rechtsverletzung umgehen. Sie müssen in der Lage sein, die relative Wichtigkeit ihres Anliegens gegen die Bedeutung einer intakten Rechtsordnung, das für ihr Problem erreichbare Aufsehen gegen die Gefährdung ihres Legalitäts- und Legitimi-

tätsanspruchs abzuwägen. Dasselbe gilt natürlich für die zur Wahrung des Rechts verpflichteten Instanzen. Wenn man auf jede Verwaltungsübertretung mit voller Härte reagiert, wird sich der Protest aufschaukeln; wenn man jegliche Rechtsverletzung untätig duldet, ist die öffentliche Ordnung in Gefahr. Behutsamkeit ist von beiden Seiten gefordert.

Zum Problem der Sachlichkeit

Es war schon die Rede von der engen Medienverbundenheit der Bürgerinitiativen. Wir leben in einer Informationsgesellschaft, und das heißt, daß die Individuen über mehr Informationen verfügen, als sie verarbeiten können. Im Zeitdruck der Informationsproduktion können ausgefeilte Konzepte von den Akteuren des Informationsmarktes gar nicht zur Kenntnis genommen werden, wichtig sind vielmehr: „gute Sager“, prägnante Begriffe, Übersimplifizierungen, rasche und dramatisiert dargestellte Neuigkeiten. Dieser Druck der Medienwelt erzeugt zahlreiche Potemkinsche Dörfer im Lande der Politik. Durchbrochen wird diese sprachliche, aber letztlich auch inhaltliche Tristesse nur durch Gags, durch originelle Worte, Begriffe, Aktionen, Bilder — Politik wird zum Showgeschäft.

Gerade die Bürgerinitiativen und die grün-alternativen Parteien haben diese Medienzentriertheit des Politikmachens — mit ihrer spezifischen Gesetzmäßigkeit — genutzt: Sie haben die Medienöffentlichkeit bewußt als Druckmittel eingesetzt, und sie haben vor allem die Medien mit fotografierbaren Aktivitäten, mit Gags und schlagwortträchtigen Begriffen gefüttert. Zwar läßt sich dabei auch ein gewisser Abnutzungseffekt verzeichnen, nicht zuletzt deshalb, weil die politischen Aktionsgruppen auf diese Weise eine erhebliche Thematisierungskompetenz, keineswegs aber auch eine entsprechende Realisierungskompetenz unter Beweis stellen können. An einem Beispiel: Es ist weit medienwirksamer, eine Lastwagenfuhr mit Müll vor das Rathaus zu kippen als ein hundertseitiges Müllkonzept vorzulegen; auf Dauer werden damit aber doch keine Probleme gelöst. Den neuen Bewegungen und Protestinitiativen ist es aber auf diesem Wege zunächst gelungen, in den Medien in einem erstaunlich hohen Maße präsent zu sein und ein positives Image aufzubauen, während sich die etablierten Parteien erst in einem mühsamen Lernprozeß und in einem allmählichen Nachholverfahren diese Zugangsmöglichkeit angeeignet haben. Eine Medien-gesellschaft ist aber in jedem Falle die Vorbedingung für die Wirksamkeit von Bürgerinitiativen und ähnlichen Assoziationen, denn ihre Aktivitäten versanden ohne Resonanz, wenn nicht ein gewisser „öffentlicher“ Druck auf dem Weg über die Massenmedien erzeugt werden kann. Aber Bürgerinitiativen können sich auf Dauer nicht als Verhinderungs- oder Er-

zwangungsagenturen verstehen, deren Horizont und Kompetenz durch ihren „Einzelfall“ begrenzt und deren Wirksamkeit auf publikumswirksame „Gags“ beschränkt ist. Dies ist ein Ansinnen, wie es — oft wider die Zwänge des politischen Alltags — auch an die etablierte Politik gestellt werden muß. Bürgerinitiativen müssen sich auch auf die Sachprobleme einlassen, denen politisches Handeln in einer modernen Industriegesellschaft ausgesetzt ist; sonst bleiben sie interessenorientierte Gaukler auf dem Medienmarkt.

Zum Problem einer Gesamt-orientierung

Schließlich besteht die Gefahr, daß sich aus dem Zusammentreffen eines medienzentrierten politischen Konkurrenzkampfes mit einer wirtschaftlichen Stagnationssituation ein allseitiger Immobilismus ergibt, der eine Problembewältigung unmöglich macht. Denn in einer Wachstumsgesellschaft muß über Ansprüche, die von verschiedenen Gruppen angemeldet werden, nicht entschieden werden: Die Forderungen müssen nur „gereiht“ werden, nicht zum Zuge kommende Gruppen werden auf spätere Jahre vertröstet; Reformen können aus den „Zuwächsen“ finanziert werden. In einer Stagnationsgesellschaft — einer Null-Summen-Gesellschaft — ist hingegen jede Reform für irgendwelche Personen belastend, die Verteilungskämpfe werden härter. Fördert man sozial Schwache, beschneidet man die Chancen der Mehrheiten; schützt man bestimmte Produktionszweige, müssen die Konsumenten mehr zahlen; stellt man die Konsumenten besser, erhöht man die Kosten der Unternehmer; erhöht man die Energiepreise, verarmen die Bezieher niedriger Einkommen; verbindet man entlegene Regionen infrastrukturell mit den wirtschaftlichen Zentren, belastet man die Straßenanrainer. Wenn sich in dieser Lage nun alle Einzelgruppen mit Erfolg gegen Belastungen wehren können, gibt es für beliebige Probleme keine Lösung mehr.²⁵ Jeder weiß beispielsweise, daß der anfallende Zivilisationsmüll, soweit er nicht verarbeitet werden kann, irgendwo gelagert werden muß; mit Sicherheit aber formieren sich Bürgerinitiativen, wenn die ersten Gerüchte von neuen Plänen für Mülldeponien zu kursieren beginnen. Wenn es den ersten derartigen Gruppierungen aber bereits gelungen ist, die Plazierung der Deponie in ihrer jeweiligen Gemeinde zu verhindern, muß sich jeder nachfolgende potentielle Deponienachbar als Idiot vorkommen, wenn er es duldet, daß die Anlage in seiner Gemeinde errichtet wird; also wird er mit noch größerer Vehemenz versuchen, diese Ansiedlung zu vermeiden. Gemeinschaftsfragen werden auf diese Weise in regionale, lokale oder kommunale Sonderprobleme umdefiniert, an denen deutlich wird, daß

Bürgerinitiativen vor allem eine hohe Verhinderungskompetenz besitzen. Sie sind im allgemeinen Vetoorganisationen, und da sie vielerorten entstehen, ist das Resultat eine politische Blockade von allen Seiten. Nichts geht mehr.²⁶ Die Industriegesellschaften können dann in die Unbeweglichkeit treiben, in die „industrielle Sklerose“.²⁷

Aber auf der Ebene der konkreten Interessenabwägung müssen Lösungen gefunden werden — oder sie werden gar nicht gefunden und die Probleme werden verdrängt. Daß man eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Energiepolitik will, darauf kann man sich freilich leicht einigen. Wenn es aber darum geht, durch welche Maßnahmen man diesem Ziel näherkommt, beginnen die Kontroversen. Über die Bedeutung eines Fernheizwerkes läßt sich jedoch nur sinnvoll sprechen, wenn man eine Vorstellung von der Gesamtwärmeversorgung einer Großstadt hat. Maßnahmen wie die Schließung einer Schule oder einer Klasse können nur dann beurteilt werden, wenn man sich auf anstehende Probleme der kommunalen Schulentwicklung einläßt. Tun die Protestgruppen das nicht, sind sie Egozentriker, die sich schlicht auf die Durchsetzung ganz persönlicher Interessen konzentrieren. Ihr Anspruch reicht aber meist darüber hinaus.

Bürgerinitiativen können nur dann als Bereicherung einer demokratischen Ordnung angesehen werden, wenn sie sich auch auf allgemeine Konzepte einlassen, auf jene weiterreichenden Planungsaufgaben, unter deren Berücksichtigung auch ihre speziellen Anliegen erst ihre richtige

Einschätzung erfahren können. Das aber erfordert neue Formen der sachlichen Kommunikation zwischen dem politischen Apparat und den Protestgruppen und neue Verfahren, um Interessen einzubringen und abzuwägen.

Über den Fortbestand der Bürgerproteste

Damit komme ich abschließend zur Frage, ob die große Zeit der Bürgerinitiativen vorbei ist — denn dies wird oft vermutet. Es gibt einen für alle Bürger unliebsamen Umstand, der den Bürgerinitiativen und den neuen sozialen Bewegungen in die Hände spielt: die in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend deutlich gewordene Tatsache, daß wir — gerade im Hinblick auf ökologische Probleme — erst am Beginn einer langen Reihe von mehr oder minder großen Katastrophen stehen, vom Trink- bzw. Grundwasser bis zur Atomkraft. Es läßt sich prophezeien, daß immer dann, wenn die Resonanz, welche die neuen Bürgergruppen erfahren, zu erlöschen droht, irgendein Skandal, ein Unfall, eine Katastrophe geschehen wird, wodurch die allgemeine Protestbereitschaft wach gehalten wird. Zwar sind von seiten der etablierten politischen Kräfte Anstrengungen zu verzeichnen, sich den neuen Themen zu öffnen, die Protestszene in gewissem Sinne zu „pflegen“, Personen daraus zu integrieren, ja schließlich auch diese Bestrebungen gewissermaßen zu „kanalisieren“, sie rechtlich etwa durch den Einbau direktdemokratischer Verfahrensweisen in Verfassungswerke „einzufangen“. Aber dennoch wird das „Spielbein“ — ein von den grün-alternativen Parteien verwendeter Ausdruck — bestehen bleiben: Gerade die „Doppelstrategie“ — als Partei in den einschlägigen Institutionen, als „Bewegung“ in vielerlei Formen außerhalb des herkömmlichen Politikapparates zu wirken — hat sich bei vielen Anliegen als recht wirksam erwiesen.

Auch die anderen von Bürgerinitiativen thematisierten Probleme werden kaum geringer werden: Verkehrspolitik etwa wird zu einem immer aktuelleren Problem, Emissionen aus Wirtschaftsbetrieben werden sich auch in Zukunft nicht immer gänzlich vermeiden lassen, und der Müll der Konsumgesellschaft muß auch irgendwo verarbeitet und deponiert werden. In vielen Bereichen werden die Spielräume kleiner und das Ringen um den angemessenen Anteil des verfügbaren „Kuchens“ wird demgemäß härter. Immer mehr Güter werden zu „positionellen Gütern“²⁸, d. h., sie sind nicht vermehrbar. Auch ein noch so hohes Wirtschaftswachstum kann nicht mehr Platz in den Städten schaffen und keine unberührten Seelandschaften herbeizaubern. Solche Güter verknappen, und die Politik muß sie verteilen. Auch Bürgerinitiativen werden an dem Verteilungsspiel teilnehmen.

*„Als Bürgermeisterin
würde ich in unserem
Krankenhaus Bes-
stellungen und ein
Kindersprogramm
aufstellen...“*

*„Wenn ich Bürger-
meister wäre, würde
ich Tierversuche ver-
bieten und keine Gift-
spritzmittel spritzen
lassen.“*

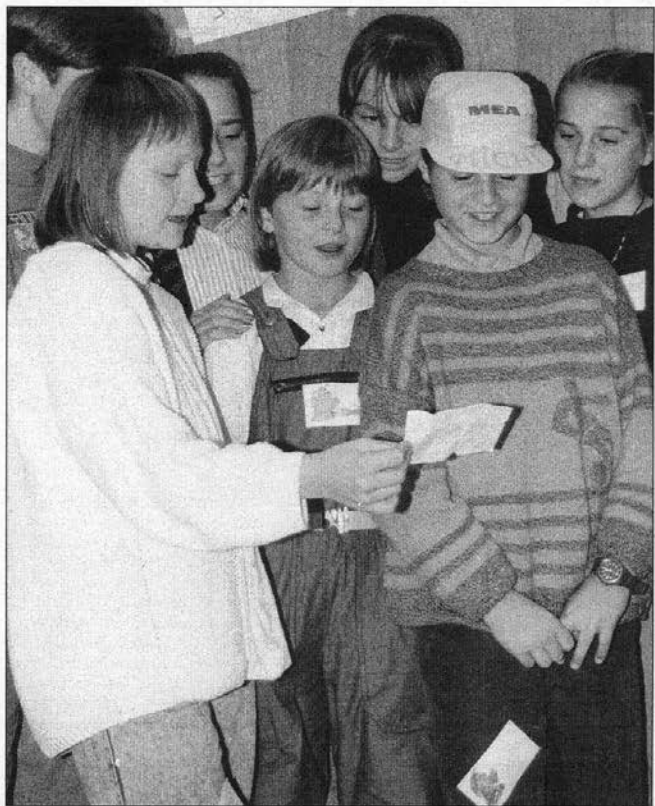
Regelmäßige Schübe an Mißtrauen und Anlässe zur Verärgerung werden die Verdrossenheit gegenüber den politischen Institutionen am Leben erhalten — und gleichzeitig damit auch das Verlangen nach dem „direkten“ Zugang der Bürger zur Politik. Es sind ja nicht nur die Themen, die eine gewisse Zugkraft entfalten, sondern allein der Umstand, daß es Gegenorganisationen gibt, welche die Welt der „großen Apparate“ attackieren. Damit läßt sich allemal — wie immer es auch mit politischen Inhalten steht — ein Protestpotential binden. Mit Bürgerinitiativen, so meine ich, ist deshalb auch in Zukunft zu rechnen.

Anmerkungen

1. Wir gehen von jenen Erfahrungen aus, die wir als aufmerksame Beobachter dieser Zeit haben, und lassen uns dabei von unserem Vorverständnis leiten. Als Beispiel einer einschlägigen Definition mag nur jene aus dem „Wörterbuch der Soziologie“ (Hrsg. von Günter Endrweit und Gisela Trommsdorff, 3 Bände, Stuttgart: dtv/Enke, 1989, S. 112) dienen: Bürgerinitiative ist eine „Bezeichnung für eine auf die Dauer eines akuten, lokal begrenzten Interessenkonflikts angelegte, offene Sekundärgruppe von unmittelbar oder mittelbar betroffenen Bürgern, die spontan und öffentlich auf wahrgenommenes Fehlverhalten des politisch-administrativen Systems reagieren und verändert auf den politischen Entstehungsprozeß hinsichtlich eines einzigen, spezifischen Anliegens (z.B. Umweltschutz) einwirken wollen.“ (Siegfried Tasselt). Anton Pelinka betont die folgenden Merkmale: Bürgerinitiativen seien plötzlicher, weil sie auf einen direkten Zusammenschluß von Bürgern beruhen; sie seien spontan, weil sie eine unmittelbare Betroffenheit voraussetzen; sie seien autonom, weil sie von Parteien und Verbänden unabhängig sind; sie seien begrenzt, weil sie im Regelfall nicht dauerhaft und generell organisiert seien, und sie seien schließlich radikal-demokratisch, weil sie demokratische Ansprüche verkörpern wollen (vgl. Anton Pelinka: Stichwort „Bürgerinitiativen“, in: Handlexikon zur Politikwissenschaft, Hrsg. von Wolfgang Michel, München, S. 45–47).
2. Vgl. als Überblick Böscher, Klaus Peter: Bürgerinitiativen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt-Bern: Lang, 1982.
3. Dabei wird manchmal eine sonderbare Ambivalenz sichtbar. Die politischen Umwälzungen in den Oststaaten werden von manchen deswegen mit Begeisterung begrüßt, weil sie glauben, dort werde nun endlich die „wahre Demokratie“ realisiert. In Wahrheit geht es bloß um das mühsame Geschäft, einige jener Einrichtungen zu schaffen, die bei uns unter die Beschimpfungen der Politikverdrossenen fallen.
4. Vgl. etwa Wolfgang Manlt: Representation and Identity. Demokratie im Konflikt. Ein Beitrag zur modernen Staatsformenlehre, Wien-New York, 1975; Karl Acham: Bürokratisierung und Demokratisierung — zur wechselseitigen Kontrolle von Selbstbindungstendenzen, in: Geschichte und Gegenwart 1 (1982), S. 7–41.
5. Vgl. zur Studentenbewegung etwa Helmut Fogt: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell, Opladen 1982; Leopold Rosenmayr: Introduction. New Theoretical Approaches to the Sociological Study of Young People, in: International Social Science Journal, 24 (1972), S. 216–256; Klaus R. Allerbeck: Some Structural Conditions for Youth and Student Movement, in: International Social Science Journal, 24 (1972), S. 257–270; Heinz Sahner: Studentischer Radikalismus. Politische Sozialisation oder Generationskonflikt?, in: Zeitschrift für Soziologie, 6 (1977), S. 279–296.
6. Vgl. Peter Cornelius Mayer-Tasch: Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. Reinbek b. H. S., überarb. Aufl. 1985.
7. Vgl. Herbert Dachs: Bürgerlisten und Grün-Alternative Parteien in Österreich, in: Anton Pelinka / Fritz Passler (Hrsg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien-Köln-Graz 1988, S. 181–207.
8. Es gibt wohl hinreichende Indizien dafür, daß so etwas wie ein veränderter „Zeitgeist“ in den westlichen Industrieländern zu konstatieren ist. Das ist durchaus vereinbar mit einem Zweifel daran, ob man mit Fug und Recht von einem „Wertewandel“ sprechen kann. Gerade jene sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, welche den „Wert-Boom“ der Empiriker ausgelöst haben, verdienen durchaus manche Kritik — wegen mangelnder theoretischer Fundierung ebenso wie wegen unzureichender empirisch-methodischer Ausführung.
9. Vgl. etwa Ronald Inglehart: The Silent Revolution. Changing Values and Political Systems among Western Publics, Princeton 1977; vgl. dazu auch Manfred Prisching: Krisen. Soziologische Analysen, Böhlau-Verlag, Wien-Köln-Graz 1986.

10. Vgl. Peter A. Ulram: Thematischer Wandel im österreichischen Parteiensystem, in: Pelinka / Passler 1988, S. 209–234.
11. Vgl. Fritz Passler / Peter A. Ulram: Unbehagen im Parteiensystem: Jugend und Politik in Österreich, Wien-Köln-Graz 1982.
12. Claus Offe: Politische Legitimation durch Mehrheitsentscheidung?, in: Journal für Sozialforschung, 22 (1982), S. 311–335, hier S. 321.
13. Vgl. Christian Brünner (Hrsg.): Korruption und Kontrolle, Wien-Köln-Graz 1981.
14. Vgl. Bernd Guggenberger: Umweltschutz und neue Parteibewegung. Wieviel Zukunft hat die Volksparteiendemokratie?, in: Christian Graf von Krockow (Hrsg.): Brauchen wir ein neues Parteiensystem? Frankfurt a. M.: Fischer, 1983, S. 75–104, hier S. 99.
15. Vgl. Christian Brünner (Hrsg.): Korruption und Kontrolle, Wien-Köln-Graz 1981.
16. Vgl. Fritz Passler: Parteien unter Streß. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien 1987.
17. Vgl. Samuel H. Barnes / Max Kaase et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills 1979.
18. Vgl. etwa Herbert Asher: Presidential Elections and American Politics, Homewood, Ill. 1980; Klaus von Bismarck / Günter Gaus / Alexander Kluge / Ferdinand Sieger: Industrialisierung des Bewußtseins, München-Zürich, 1985; Murray Edelman: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handlungen, Frankfurt-New York, 1976; Peter Hunziker: Medien, Kommunikation und Gesellschaft. Einführung in die Soziologie der Massenkommunikation, Darmstadt, 1988; Harry Pross / Claus-Dieter Rath, Hrsg.: Rituale der Medienkommunikation. Gänge durch den Medienalltag, Berlin, 1983; R.-G. Schwartzberg: Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht, Düsseldorf-Wien, 1980.
19. Vgl. z.B. Fritz Passler / Peter A. Ulram / Manfred Welan (Hrsg.): Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft, Wien-Köln-Graz 1983.
20. Hans-Georg Weidung: Kommunalpolitik, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.): Westliche Industriegeellschaften.

- Wirtschaft — Gesellschaft — Politik, Pipers Wörterbuch zur Politik 2, München-Zürich: Piper, 1983, S. 174–183, hier S. 183.
21. „Kritisierende“ Artikel oder Glossen möchte ich deutlich von „kritischen“ unterscheiden. Das kritische Nachdenken einer üblichen Kritik, das affirmative Rationieren über Stammtischgespräch, das verbreitete Maulen über die Politik im allgemeinen und im besonderen — alles das ist Kritik, der die Wurzel dieses Begriffs — im Griechischen unterscheiden, erkennen, entscheiden — abhandeln gekommen ist.
 22. Trotz aller Pluralisierung muß die Einigkeit über die gemeinsame Grundlage vorhanden sein; die geschichtliche Basis des Parlamentarismus, so hat Hermann Heller gesagt, ist gar nicht so sehr die rationale Diskussion als vielmehr „der Glaube an die Existenz einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage und damit die Möglichkeit eines fair play für den innenpolitischen Gegner“. (Hermann Heller: Politische Demokratie und soziale Homogenität, in: Ulrich Matz, Hrsg.: Grundprobleme der Demokratie, Darmstadt, 1973, S. 7–19, erstmals 1928; hier S. 12). Nicht immer scheinen Mitglieder von Protestgruppen diese grundlegenden Spielregeln einer demokratischen Ordnung internalisiert zu haben.
 23. Vgl. zu den Bedingungen eines gerechtfertigten „zivilen Ungehorsams“ John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1979, Kap. 6. Vgl. zur Aufspaltung zu einer zweistufigen Legalität etwa Carl Schmitt: Legalität und Legitimität, München-Leipzig 1932, sowie die heftige Legitimationskrisendiskussion in den 70er Jahren.
 24. Vgl. etwa die Ratschläge von Mayer-Tasch 1985.
 25. Vgl. Lester C. Thurow: Die Null-Summen-Gesellschaft. Einkommensverteilung und Möglichkeiten wirtschaftlichen Wandels, München 1981 (engl. 1980).
 26. Vgl. z.B. einige Facetten der Regierungsdebatte, so etwa in Wilhelm Henning / Peter Graf Kielmannsegg / Ulrich Matz (Hrsg.): Regierungsdebatte. Studien zu ihrer Problematisierung, 2 Bde., Stuttgart 1977–79.
 27. Vgl. OECD, Hrsg.: Interfutures. Facing the Future. Mastering the Probable and Managing the Unpredictable, Paris, 1979.
 28. Vgl. Fred Hirsch: Die sozialen Grenzen des Wachstums. Eine ökonomische Analyse der Wachstumskrise, Frankfurt a. M. 1980.



KOMMUNALE ELITEN

Erst durch eine inhaltliche Überleitung des traditionellen Elitenbegriffs — besonders des belastenden politischen Begriffs — in den wertfreien der „Funktionseliten“, wie er in der neueren Elitendiskussion beispielsweise von Friedrich Fürstberg und Urs Jaeggi verwendet wird, konnte die Spannung zum gegenwärtigen Demokratieideal entschärft werden. So sehen auch die Autoren des 1975 von W. Göhrlich herausgegebenen Readers „Demokratische Elitenherrschaft“ überwiegend keinen unüberwindbaren Gegensatz zwischen Eliten und Demokratie. Unter der Voraussetzung der prinzipiellen Offenheit des Zugangs zum System der Eliten und der daraus ableitbaren allgemeinen Partizipationschance akzeptiert beispielsweise der liberale Sozialwissenschaftler und Politiker Ralf Dahrendorf die in die Existenz von Eliten zum Ausdruck kommende Form der Ungleichheit.

Zu den Wirkungen realer Ungleichheiten, der Sinnfälligkeit und der Gefahr, daß Funktionen, Aktivitäten und natürlich auch Macht im Sinne von Funktionseliten auf wenige delegiert werden, gehört die soziale Bühne der Gemeinde, also das Stichwort der „Kommunalen Eliten“. Die Chancen und Gefahren, welche die sozio-emotionale Zuwendung auf den lokalen Raum bringt, ist ein Teil des Dilemmas der Gewichtung von Internationalität, Gesamtstaatlichkeit, Landeszugehörigkeit und lokalem Bezugsfeld — um als Teil einer großen Ungleichheitsdiskussion nur wenigstens die räumlichen Bezugssysteme zu nennen. Alles zusammen kann nicht gleich stark, oder womöglich vorrangig, bewertet werden. So überschneiden sich auch im Bereich der Eliten die Aktivitätsebenen und Einflüßbereiche. Eine objektiverte und so quasi „gerechte“ Gewichtung zwischen den Ebenen, auf denen Macht, Einfluß und Ansehen zur Wirkung oder zur Darstellung kommen können, ist unmöglich. Schließlich haben wir noch andere Interessen als die auf Gemeinden oder Regionen bezogenen, auch wenn diese uns so attraktiv nahe erscheinen.

Die mittlere Ebene sozialer Organisation zwischen Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis und der Umwelt von Arbeit und Freizeit einerseits und von höherrangigen, indirekten sozialen Organisationsformen — wie Land oder Staat — andererseits, stellt die Gemeinde dar (R. Merton). Der Gemeindebegriff umfaßt zunächst eine politische Organisation, die aber auch in anderen Bereichen sozialer Aktivitäten, wie Wirtschaft, Kultur und Freizeit, eine bedeutsame Einheit für die Bewohner darstellt. Aus unserer allgemeinen Betroffenheit, in einer Gemeinde zu leben und damit ein Teil ihres Sozial-

systems zu sein, kann auch die Antwort auf die Frage nach der Wichtigkeit lokaler Eliten abgeleitet werden. Einen Überblick zum Stand der Forschung über kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen gibt der von K. Schmals und H. Siwert herausgegebene Reader.

Im Sinne der hier gewünschten kurzen und übersichtsartigen Darstellung soll berichtet werden über:

- Empirische Elitenuntersuchungen
- Differenzierung der Eliten
- Machtzugang und Machterhaltung
- Zugehörigkeit der Eliten
- Umfang der Eliten
- Reformvorstellungen

Zur Identifikation lokaler Eliten werden meist drei Techniken eingesetzt, wobei hier nur das Grundsystem der Erhebung beschrieben werden kann (Drewe). Den geringsten Aufwand, allerdings verbunden mit nicht sehr befriedigenden Ergebnissen, bringt die Positionstechnik. Hier wird nach jenen Personen gefragt — bzw. diese werden etwa aus dem Amtsalmanach herausgesucht —, die nominell Entscheidungspositionen innehaben. So wird im Sinne einer Selffulfilling Prophecy die Bestätigung der Hypothese erbracht, daß die Träger wichtiger Positionen auch wichtig seien. Mittels einer etwas anspruchsvolleren Technik wird nach den Trägern von Macht, Ansehen und Einfluß gefragt (Reputationstechnik), wobei die vermutete Elitenzugehörigkeit mit dem tatsächlichen Einfluß gleichgesetzt wird. Innerhalb des Personenkreises, der tatsächlich den Funktionseliten zuzurechnen ist, herrscht relativer Konsens über seine Zusammensetzung. Personen, die aus Irrtum oder aus Gefälligkeit genannt wurden, erhalten im System der wechselseitigen Nennungen zu wenig Zustimmung, und fallen bei der notwendigen Korrektur wieder weg. Diese Technik kann leicht in Zusammenhang mit soziometrischen Fragen und Auswertungstechniken gebracht werden (z.B. Kubinzky, Stagl). Ungleich aufwendiger und mit noch besserem Erfolg belohnt sind Untersuchungen, die mittels der Entscheidungstechnik empirisch feststellen, wer tatsächlich an wichtigen Entscheidungen beteiligt war. Hierfür sind beispielsweise inhaltsanalytische Auswertungen von Protokollen und Hintergrundbefragungen der handelnden Personen notwendig. Bei allen diesen Untersuchungen kann durch Berücksichtigung persönlicher sozialer Variablen, wie Alter, Geschlecht, Beruf, Ausbildung, Dauer der Ortsansässigkeit, politische Funktion, Dispositionsmöglichkeit über eigenen oder fremden Besitz u.ä. zusätzliches Material für die Interpretation des Elitensystems gewonnen werden. Gleichwohl ist die Kluft zwischen den vielen empirischen und auf den

konkreten Raum bezogenen Elitenstudien und den Versuchen, daraus eine taugliche Theorie der kommunalen Eliten mit allgemeinerer Anwendbarkeit abzuleiten, auffallend; eine solche Diskrepanz ist jedoch für die Sozialforschung nicht untypisch.

Die große Zeit der empirischen Untersuchungen zur Frage, wer denn in der unmittelbaren Lebensumwelt, in der Organisationsform der Gemeinde, „wichtig“ ist, scheint zwar vorbei zu sein — besonders in den Vereinigten Staaten gab es eine wahre Mode, Community Power Studies zu erheben —, die typischen Erscheinungsformen ungleicher Machtverteilung, aber auch die Problematik, bleiben erhalten (R. L. Warren). Insgesamt ist es zumindest ebenso wichtig zu entscheiden, welche Konsequenzen aus den Ergebnissen von Community Power Studies gezogen werden sollten, etwa im Sinne einer Erstellung von Strukturanalysen lokaler Macht- und Einflüßkonstellationen. So verlagert sich die Forderung nach Aktivität und damit auch die Verantwortung vom Sozialforscher zum Politiker und zum mündigen Wähler. Trotz aller gerade für die Kommunalpolitik kennzeichnenden Sachorientierung zeigt es sich, daß auch in vordergründig nicht politischen Entscheidungen ein hoher Anteil von Politik im weiteren Sinne enthalten ist. So ist auch die Frage nach dem Handeln der kommunalen Eliten eine eminent politische, ohne deshalb unbedingt parteipolitische Dimensionen zu besitzen. Allein schon die Frage nach der Nutzung des Entscheidungsspielraumes oder nach den Entscheidungsprioritäten löst das Objektivitätssyndrom der Kommunalpolitik auf.

Vergleicht man Elitenstudien der letzten 40 Jahre, so zeigt es sich, daß Strukturmerkmale von Eliten im allgemeinen stabil und langlebig sind. Die Annahme schneller Veränderungen in der Gegenwart — meist sind es Wunschprojektionen zum Positiven oder Ängste vor einer Rückentwicklung zum Schlechten — gehört zu den Mythen des jeweiligen Zeitgeistes. Dies kann trotzdem nicht über die mittel- bis langfristige Adaption sozialer Merkmale von Elitenangehörigen hinwegtäuschen, seien die allgemeinen Indikatoren des sozialen Wandels nun von sich aus aktiv oder nur passive Prozessregler im Sinne von abhängigen Variablen. Bei einer Dreiteilung in eine politische Elite, eine wirtschaftliche und eine kulturelle, erweist sich die politische Ebene als die bedeutungsvollste und bekannteste, auch außerhalb der unmittelbaren Führungsschicht. Jakob Moreno spricht in ähnlichem Zusammenhang von den „populären Führern“; dies mag sich zwar parallel mit der Wertschätzung für Politiker

ändern, der Bekanntheitsgrad bleibt jedenfalls konstant hoch. Je einwohnerreicher eine Gemeinde ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich spezialisierte Teilsysteme entwickeln, deren Kontakt untereinander mit zunehmender Differenzierung abnimmt. Dementsprechend steigt die Bedeutung von formalisierten und informellen Organisationen, die Vertreter von unterschiedlichen Facheliten (sektoralen Eliten) zusammenbringen.

Elitenstudien zeigen das umfangreiche Informations- und auch Kommunikationsnetz, das — im Sinne des Führungsanspruchs von kommunalen Eliten — notwendig ist. Die formale Positionsmacht wird durch die einbringbaren Ressourcen ergänzt. Auch wenn viele Entscheidungen vordergründig nur auf der Macht der Definitionsgewalt beruhen, so addieren sie sich häufig zu größeren Machtkonzentrationen. Im Rahmen notwendiger und möglicher Koalitionen zwischen einzelnen Interessen erscheint es wichtig, die Freiheit, Koalitionen schließen zu können, zu erhalten. Eine weitere Grundforderung ist das Vorhandensein von Entscheidungen, die auf lokaler Ebene getroffen werden können. Dies ist im Sinne von Zentralisierung und Nivellierung durchaus keine Selbstverständlichkeit, denn der Wunsch nach Gleichheit und Rechtssicherheit kann leicht mit lokalen Interessen in Konflikt geraten. Dementsprechend befinden sich die kommunalen Eliten in einem latenten Loyalitätsdilemma zwischen ihrer Glaubwürdigkeit innerhalb der Gemeinde und überregionalen Institutionen, denen sie ebenfalls verpflichtet sind.

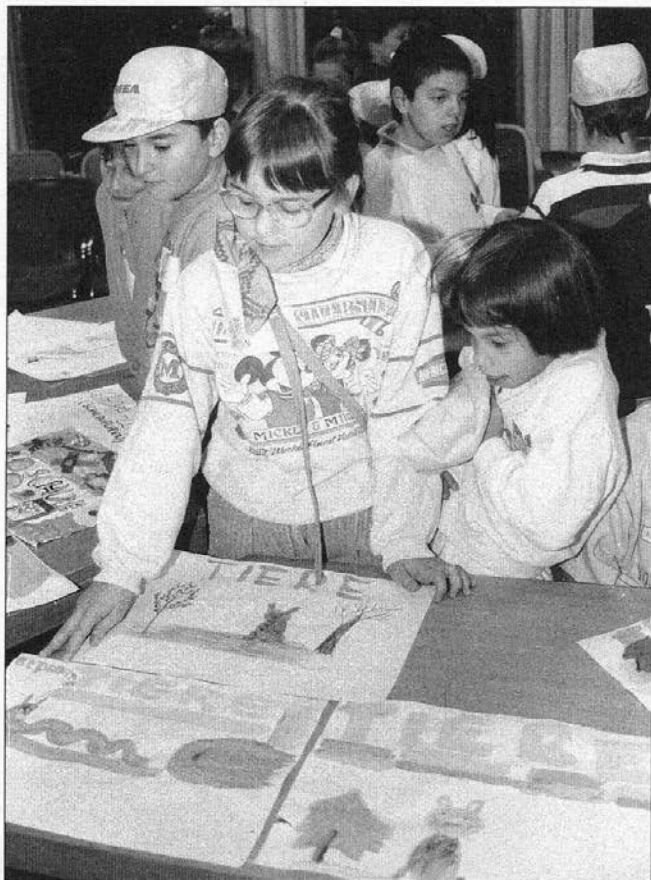
Der Bürgermeister fast jeder Gemeinde hat dabei eine so überragende Position, daß man hier von Rudimenten patriarchalischer Machtkonstellation im Sinne einer alten „authentischen Gesellschaft“ sprechen kann (Redfield). Der gleichsam symbolische Charakter des Bürgermeisters bringt eine emotionale Gleichsetzung mit der Gemeinde. Dazu trägt — trotz der Schwäche, nur ein Vertreter einer Partei zu sein — auch der zwar kleine, aber doch vorhandene Spielraum für politische Entscheidungen bei. Sogar der Führer der Opposition hat als Leiter der potentiellen Gegenelite Anteil an der Reputation der Gemeindeführung. Im Rahmen der doppelten Aktivitätsebene als Politiker und vordergründig höchster Beamter der Gemeinde — dies ist weniger formaljuridisch als praktisch-emotional gemeint — gibt der Bürger im allgemeinen dem Bürgermeister als Chef der Verwaltung den Vorzug. Daher ist es nicht sonderlich verwundernswert, daß Bürgermeister eher überdurchschnittlich alt sind, meist längere Amtszeiten über mehrere Wahlperioden hinweg tätig sind und daß der Austausch von Bürgermeistern, etwa durch Abwahl oder Amtsverzicht, ein kommunalpolitisches Krisenzeichen ist.

Sowohl im Rang des Bürgermeisters, als auch insgesamt bei der Zugehörigkeit zur

lokalen Elite, fällt auf, daß Frauen überaus selten Spitzenpositionen besitzen. Dies kann nicht nur mit der de facto schlechteren Position von Frauen in Politik, Wirtschaft und Kultur erklärt werden. Die über alle Erwartungen hinaus geringe Bedeutung von Frauen im Funktionsgefüge der Gemeinde kann interpretativ etwas gesteigert werden, indem man den indirekten, eher diffusen Einfluß berücksichtigt, den Frauen als Erzieherinnen, Töchter, Mütter, Ehefrauen usw. über jene Männer ausüben, die selbst wiederum „bedeutsam“ sind. Einem ähnlichen Modell ist auch oft der Einfluß jener wenigen Frauen zuzuschreiben, die in der definierten Elite vertreten sind, häufig allerdings zur Zeit nur als Vertreterinnen eines geschlechtsspezifischen Politikreservats. Aber dies mag nur ein Übergang zur politischen Emanzipation sein. Der Vergleich von Elitenstudien aus Kleingemeinden und größeren Städten zeigt einen typischen Unterschied. Zwar sind auch in — der Einwohnerzahl nach — kleineren Gemeinden Personen vorhanden, die auf Grund höherer Bildungsabschlüsse zumindest theoretisch lokalen

Eliten gehören müßten, doch liegt deren Aktivitätsfeld meist außerhalb der Gemeinde und häufig damit auch außerhalb des kommunalen Führungssystems. Sie sind daher erstaunlich schlecht in das soziale System der Gemeinde integriert. Sollten sie Einfluß auf die Gemeinde nehmen wollen, so geschieht das häufig von außen oder/und über Mittelspersonen. Anders verhält es sich in den kommunalen Eliten der Städte. Hier gibt es erwartungsgemäß höhere berufliche Qualifikationen, meist sind sie durch akademische Titel abgesichert. In Rahmen städtischer Disparität, also der räumlichen Ungleichverteilung von sozialen Merkmalen, sind dementsprechend Elitenzugehörige weit über den Durchschnitt hinaus in bestimmten Vierteln ansässig und auch die Plätze für ihre Arbeits- und Freizeitaktivitäten entsprechen nicht dem Bevölkerungsdurchschnitt.

Die Zahl der in Gemeinden wichtigen Entscheider, eine quantitative Näherung an den Elitenbegriff, ist trotz aller auf Breitenwirkung ausgerichteten Demokratisierungsbestreben sehr gering. So wächst mit einer demokratischen Adap-



tion des politisch-gesellschaftlichen Systems die Zahl der Entscheider nicht proportional mit. Der formalen Ausweitung steht dann im Ausgleich die Verschärfung der Elitkriterien gegenüber. Eine andere Form, den Trend zur personellen Ausweitung abzuschwächen, ist die Bedeutungslosigkeit, die einzelnen der Position nach einflussreichen Personen nachgesagt werden kann. Viele werden höchstens durch ihre Stellvertreterfunktion bedeutsam, die Macht selbst bleibt auf wenige konzentriert. Diese abwertende Aussage bezieht sich z.B. auf jene Gemeinderäte, die nur eine zahlenmäßige Bestätigung der Macht anderer sind. Einem anderen Grundmodell des politischen Elitenverständnisses folgen jene, die in Entscheidungspositionen gerne Personen berufen, die schon auf anderen Sozialbühnen Einfluß haben. Es gibt aber auch taktische Überlegungen mancher Entscheider, die zur Absicherung der eigenen Macht gerne einflusslose Personen um sich sehen. Dies gehört allerdings zu den allgemeinen politischen Überlegungen; natürlich können sie aber auch in der Gemeinde angewandt werden. Meist sind weniger als ein Prozent, selten etwas mehr als ein Prozent der Bewohner an kommunal wichtigen Entscheidungen beteiligt. Zwischen diesen Personen besteht, unabhängig von ihrer politisch-ideologischen und auch beruflichen Zugehörigkeit, ein hohes Maß an wechselseitiger Bekanntheit. Auch wenn es an gegenseitiger Anerkennung fehlen sollte, besteht ein Informations- und Kommunikationsnetz, das diese Personen verbindet. So kann beispielsweise auch eine politische Opposition — im Sinne einer Gegenelite und als zur Zeit ruhendes Potential — Bestandteil eines solchen Systems sein. Erst bei einwohnerreichen Städten gibt es Anonymitätsgrenzen zwischen Elitengruppen, besonders wenn

diese unterschiedlichen Bereichen zuzurechnen sind (z.B. Wirtschaft und Kultur). Überdurchschnittlich stark sind Personen in der Elite vertreten, die entweder direkt politisch organisiert, oder eindeutig politisch zuzuordnen sind (Siewert). Je kleiner die Einwohnerzahl einer Gemeinde ist, desto geringer ist — den Erwartungen entsprechend — die Zahl der Elitenangehörigen und desto größer ist der Konsens innerhalb dieser Gruppe über ihre Funktion und Qualifikation. Bei Kleingemeinden korreliert ein errechenbarer Integrationskoeffizient für die Gemeinden positiv mit der Kleinheit der Gemeindefraktionen und mit dem Prozentsatz der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten (Gordesch, Stagl). Überhaupt sind die landwirtschaftliche Standesorganisation und ihre Funktionäre, soweit dies die Berufsstruktur der Gemeinde zuläßt, gut in der kommunalen Führung vertreten. Dazu tragen besonders die berufsbedingten Interessen und die hohe Identifikation mit der eigenen Lebenswelt bei. Ähnliches, wenn auch deutlich abgeschwächt, trifft auch für die Vertreter der Wirtschaft zu, wobei allerdings kommunalpolitisches Engagement und Standespolitik in Konkurrenz stehen können. Deutlich unterrepräsentiert in kommunalen Eliten sind Unselbständige aller Qualifikationsebenen. Interessant ist es, daß je nach persönlicher Affinität aus solchen Aussagen zwei recht unterschiedliche Schlüsse zulässig sind. Die unterschiedliche Bedeutung und das unterschiedlich starke Interesse verschiedener Sozialgruppen mag als Bestätigung der Wichtigkeit jener Personengruppen verstanden werden, die schon bisher in den kommunalen Eliten stark vertreten waren. Eine andere mögliche Interpretation wäre der Hinweis auf die gegenwärtig

nach noch recht schwach in den kommunalen Eliten vertretenen Berufs- und Sozialgruppen und die daraus ableitbare Forderung nach ihrer stärkeren Berücksichtigung. Die Bühne für allfällige Veränderungen kann allerdings nicht nur das System der repräsentativen Demokratie sein, sondern muß auch im kommunalpolitischen Einsatz liegen. Die Idee einer absoluten Proportionalität zwischen Bevölkerungsanteil und Vertretung in kommunalen Elitensystemen widerspricht nicht nur dem Grundkonzept von Eliten, sondern auch der Realität und dem Wunsch, optimale Entscheidungen und Leistungen zu erhalten. In diesem Zusammenhang muß jedoch wiederum auf den Wunsch nach der Offenheit von Funktionseliten im Sinne von Chancengleichheit und auf die Forderung nach der Integrationsfähigkeit für Eliten hingewiesen werden. So kann sich aus den beiden oben geschilderten — vordergründig widersprüchlichen — Darstellungen des Selbstverständnisses ein durchaus wünschenswertes Konkurrenzmodell entwickeln, das auch konsensuale Merkmale tragen kann.

Literatur:

- Drewe Paul: Lokale Machtstrukturen — alte Kontroversen, neue Ansätze. In: Aitschler Peter, Hamann Bernd (Herausgeber): Materialien zur Siedlungssoziologie, Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 69, Köln 1974, S. 356—364.
Gordesch Johannes, Stagl Justin: Über die Integration von kommunalen Eliten im Umland von Graz, Schriften des Rechenzentrums Graz, Graz 1969.
Kubitzky Karl A., Stagl Justin: Kommunale Eliten im Umland, Graz 1971.
Rodfield Robert: The Little Community Peasant Society and Culture, Chicago 1965 (4. Aufl.).
Röhrich Wilfried (Herausgeber): „Demokratische“ Elitenherrschaft, Darmstadt 1975.
Schmalz Klaus M., Siewert Hans-Jörg (Herausg.): Kommunale Macht- und Entscheidungsstrukturen, Beiträge zur Kommunalwissenschaft 3, München 1982.
Siewert Hans-Jörg: Lokale Elitensysteme, Sozialwissenschaftliche Studien zur Stadt- und Regionalpolitik, Bd. 12, Königstein/B. 1979.
Warren Roland L.: Soziologie der amerikanischen Gemeinden, Köln-Opladen 1970.

„Sch? Bürgermeister? würde eine Aufgabenin-
formation für Schüler einrichten und ein Kirchhilfe-
haus für alle Kinder bauen...“

Bürgermeisterin: „Nein keine Oma hat, kann sich
eine Ersatzoma aus dem Altersheim aussuchen...“

STADTERNEUERUNG STADTGESTALTUNG

Zum Nutzen der Bürger? Zur Selbstdarstellung der Gemeinde? Zur Inszenierung durch Planer?

Wir gestalten unsere Gebäude und anschließend gestalten diese uns."

Dieser Satz von Winston Churchill gilt in besonderem Maße für die Stadt.

So wie wir sie formen, wirken sie auf uns zurück.

Mehr und mehr wird uns allen deutlich, wie sehr menschliches Verhalten, menschliche Entwicklung mit der baulich-räumlichen Ausformung unserer Umwelt zusammenhängt. Nicht nur die Entwicklung des einzelnen, sondern vor allem auch das Zusammenleben sozialer Gemeinschaften wie Familie, Nachbarschaft und Gemeinde sind davon betroffen.

Allmählich beginnt es uns zu dämmern, daß der Mensch nicht von Wohnung und Infrastruktur allein lebt und deshalb fragen wir uns: Warum wirken viele unserer Städte oder doch zumindest die neueren Teile von ihnen so unwirksam?

Warum flüchten wir uns heute so gern in die Vergangenheit; schwärmen nostalgisch von alten Plätzen, Winkeln und Gassen?

Ein wichtiger Grund ist sicher der, daß die Bedeutung der Stadt als Lebensraum und Lebensform — uns wieder bewußt geworden ist — ihre Funktion für Gemeinschaft und Gesellschaft, für Öffentlichkeit als Voraussetzung für Gemeindegut und Demokratie, für Kommunikation und Meinungsaustausch als Grundbedingung einer lebendigen Kultur. Deshalb ist es wichtig, sich mit Stadterneuerung und Stadtgestaltung zu befassen, und zwar nicht nur in historischen Bereichen, sondern auch in Neubaugebieten und Gewerbebezirken.

Es geht nicht eigentlich darum, wie Gebäude gestaltet oder Straßen und Plätze mobliert werden und schon gar nicht um Freiraum- und Fassadenkosmetik.

Es gilt vielmehr zu erkennen, welche Rolle die verschiedenen Flächen und Gebäude heute spielen, wer sie braucht, wie sie benutzt werden wollen und wie man sie diesen Funktionen entsprechend gestalten sollte.

Damit kommen auch die drei Untertitel zur Sprache, die wir dem Thema unterlegt haben:

- Stadterneuerung und Stadtgestaltung:
- zum Nutzen der Bürger,
- zur Selbstdarstellung der Gemeinde,

— oder Inszenierung durch Planer?

Sind das Gegensätze, schließt das eine das andere aus? Ist die eine Zielrichtung besser als die andere? Oder: Lassen sich diese Gesichtspunkte zusammenbringen?

1. Zum Nutzen der Bürger

Bei Architektur und Städtebau geht es nie allein um Gestaltung. Beim Bauen geht es immer auch um Funktionen. Gebäude und Freiflächen dienen einem Zweck, sie haben eine Aufgabe, sie werden benutzt. Erst im Zusammenspiel von Gestalt und Funktion können städtebauliche Qualitäten entstehen. Vernachlässigt man diesen Zusammenhang, so hat man am Ende „Leere Formen und unbefriedigte Bedürfnisse“ (Norberg-Schulz).

Was sind nun diese Funktionen, worin besteht der Nutzen des Bürgers? Im Zusammenhang mit Initiativen zur Stadtgestaltung sei hier auf eine Aufgabe hingewiesen, die zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Die Stadt braucht vor allem wieder überschaubare Bereiche für örtliche Gemeinschaft und darauf aufbauend Raum für öffentliches Leben, für städtische Gesellschaft.

Stadtluft macht frei — so hieß die Parole. Für viele Menschen ist jedoch diese Freiheit zur Unsicherheit, die Ungebundenheit zur Anonymität geworden. Es hat sich gezeigt, daß der Rückzug in die Privatheit letztlich nicht befriedigen kann. Das öffentliche Leben und damit politische Teilhabe, Mitverantwortung und Mitgestaltung wird zunehmend wieder als notwendiger komplementärer Teil zum privaten Bereich begriffen. Viele Menschen suchen deshalb wieder überschaubare Verhältnisse, gerade auch in sozialer Hinsicht. Gemeinschaften, mit denen man sich identifizieren und in denen man mitgestalten kann, sind gefragt. Nicht von ungefähr sind vor allem in Großstädten Versuche zu beobachten, die weitläufigen Häusermeere durch kleinräumige Stadtteilkonzepte in überschaubare städtebauliche Grundeinheiten zu gliedern.

Allerdings sollte man nicht glauben, mit Quartier und Nachbarschaft, mit Kleinräumigkeit und Überschaubarkeit — so wichtig dies ist — sei es bereits getan: Die Stadt als Ganzes muß mehr sein als

die Summe ihrer Teile. Die kleinen überschaubaren Bereiche müssen vielmehr als Voraussetzung begriffen werden für das, was die Stadt erst zur Stadt macht: Für öffentliches, städtisches Leben.

Die Quartiere und Nachbarschaften sind gleichsam die „Kammern“ im „Gebäude Stadt“, die uns ganz vertraut sind, in die wir uns zurückziehen können und die uns dadurch die notwendige Sicherheit geben für die gesellschaftliche Bühne draußen, wo auch das Fremde und das Ungewohnte, das Besondere und Übersteigerte zum Leben dazugehört. Urbanes Milieu, städtischer Raum als integrierende Pole zu den eher zentrifugalen Kräften einer pluralistischen Informationsgesellschaft.

Öffentlichkeit und urbane Gesellschaft brauchen jedoch als Entsprechung und Ausgleich überschaubare Gemeinschaften mit örtlich begrenztem Charakter. Erst in der Rückversicherung zu kleinräumig angelegten und übersichtlich gegliederten Einheiten wie Nachbarschaft und Quartier gelingt Teilhabe am öffentlichen Leben in einer urbanen, weltoffenen Gesellschaft.

2. Selbstdarstellung der Gemeinde

Stadterneuerung und Stadtgestaltung sind letztlich die Gelegenheiten zur Selbstdarstellung für Städte. Was das Haus und seine Einrichtung für die Bürger ist, sind Straßen und Plätze für unsere Gemeinwesen.

Hier können sie zeigen, was sie sind — manchmal auch, was sie sein möchten. In Verbindung mit der umgebenden Architektur wird hier das Erscheinungsbild — das Image — einer Ortschaft geprägt. Es ist wohl kein Zufall, daß entscheidende Impulse, die zumindest in Ansätzen zu einem neuen Verständnis von Städtebau und Dorfentwicklung geführt haben, nicht von der Soziologie kamen, sondern aus dem Denkmalschutz. Unter seinem Einfluß begann man die geschichtlich gewordene Stadt als schützenswertes Erbe anzusehen — mehr noch, alle neuen Projekte sollten in einem angemessenen Verhältnis zum überlieferten Ortsbild stehen. Was steht aber letztlich hinter diesem neu erwachten historischen Interesse? Es muß wohl im Zusammenhang mit der geradezu hektischen Dynamik unserer

gesellschaftlichen und technischen Entwicklung gesehen werden:

Je mehr uns die Gegenwart an zivilisatorischer Mobilität abverlangt, je schneller und gründlicher also sich alles um uns herum verändert und je einheitlicher und nivellierter damit das Erscheinungsbild wird, desto mehr klammern wir uns an Dinge, die Halt und Orientierung geben könnten, an denen wir noch sehen, woher wir kommen und was uns von anderen unterscheidet.

So richtig und wichtig dieses Umdenken ist, es steckt die Gefahr darin, daß das Pendel wie schon oft in der Geschichte zu weit in die andere Richtung schlägt: Eine manchmal fast schon manische Rückbesinnung auf historische Vorbilder breitet sich aus — die Darstellung der Vergangenheit, oder dessen was dafür gehalten wird, unterdrückt so die Darstellung der Gegenwart.

Was nützt aber — so muß man doch fragen — ein historisch ja kunstgeschichtlich aufbereiteter Kernbereich, wenn er vor lauter Denkmälern und Straßenpolen kaum mehr nutzbar ist und wenn außerdem draußen in den Neubau- und Gewerbegebieten die Entwicklung in eine ganz andere Richtung läuft?

Es darf nicht allein darum gehen, das Alte zu konservieren und schon gar nicht darum, Neues so zu machen, daß es wie alt aussieht. Das Gesicht eines Ortes kann und soll sich ändern, aber es sollte sein eigenes Gesicht bleiben und nicht zur Maskerade einer gerade gängigen Mode werden.

22 Ziel bei der Entwicklung unserer Städte muß es sein, die **Identität** zu wahren, das eigene Bild zu suchen. Der alte Kern wird hierfür eine wichtige Grundlage sein, aber weiterentwickelt werden muß dieses Bild in dem was verändert wird — sei es durch Neubau oder Umbau.

So liegt sicher eine wichtige Aufgabe der Architektur und nicht zuletzt auch der Freiraumgestaltung in einer neuen **Selbstdarstellung**. Wir tun uns damit heute schwer — vor allem wohl deshalb, weil wir Mühe haben, nach den hektischen Ereignissen der vergangenen Jahrzehnte mit all ihren Um- und Einbrüchen den Anschluß an eine gemeinsame geschichtliche Entwicklung wieder zu finden.

3. Inszenierung durch Planer?

Hand in Hand mit der Darstellungslust der Gemeinden ist die Inszenierungsfreudigkeit der Planer gewachsen.

Aber — wir dürfen vor einem die Augen nicht verschließen: Gestaltung ist immer auch ein bißchen Schein, ein bißchen Kosmetik — warum auch nicht, wenn das Leben immer auch ein bißchen Theater und die Umwelt immer auch ein bißchen Kulisse darstellt.

Dies ist aber noch lange kein Freibrief für gestalterische Willkür und postmodernen Schnickschnack.

Im Gegenteil:

Gerade weil es so wichtig ist ein positives, natürliches Verhältnis zur Selbstdarstellung zu entwickeln, dürfen wir Planer die Gemeinden nicht zu gestalterischem Mummenschanz verführen. — Und: Die Gemeinden sollten lernen, allen willkürlich-spektakulären Angeboten zu widerstehen.

Sie sollten sich nicht grundsätzlich gegen eine Inszenierung sperren, sie sollten sich jedoch genau überlegen, welche Inszenierung zu ihnen paßt — welche Requisiten (= städtebauliche Gegebenheiten) ohnehin da sind und gestalterisch eingebracht werden können bevor aus irgendeiner gerade angebotenen Requisitenkammer Ersatzstücke übernommen werden. Das ist dann „Kostümierung in geliehenen Identitäten“ (Habermas).

Und letztlich heißt dies auch: Standard statt Standort. Mit der Zeit sind dann nämlich alle gleich kostümiert, tragen alle die gleichen Pflasterstreifen und Wartehäuschen.

Fazit:

Wenn schon inszeniert werden muß, dann soll die Inszenierung gut sein und das bedeutet zweierlei:

Sie darf den Nutzen der Bürger nicht außer acht lassen, d.h. sie muß die Funktionen des öffentlichen Raumes berücksichtigen und sie muß die Individualität einer Stadt ernst nehmen und mit allen ihren Maßnahmen und Gestaltungsvorschlägen

die Persönlichkeit eines Ortes unterstützen.

Architekten und Städtebauer tragen sicher nach wie vor besondere Verantwortung bei der Entwicklung und Gestaltung unserer Umwelt. Aber letztlich bauen wir alle an unseren Städten mit durch unsere ganz persönlichen Überlegungen und Entscheidungen, wie und wo wir wohnen wollen und in welcher Weise wir unser Zusammenleben gestalten.

Wichtig erscheint mir, daß die Fachwelt der Architekten und Städtebauer und die Welt der Bürger wieder näher zusammenrücken.

Architektur und Städtebau sind Dinge, die uns alle angehen, über die wir letztlich alle mitreden können und mitreden sollen.

In dieser weitgehend verwissenschaftlichten und hochgradig arbeitsteilig organisierten Welt haben wir es uns angewöhnt, die meisten Felder unseres Lebens Spezialisten und Professionellen zu überlassen.

Im Bereich der Architektur und des Städtebaus sollten wir alle versuchen, einen Teil unserer Kompetenz zurückzugewinnen. Nicht, indem wir uns einfach Befugnisse anmaßen. Vielmehr müssen wir uns verstärkt mit diesem wichtigen Bereich der Gestaltung unserer Umwelt auseinandersetzen. Wir müssen wieder lernen, uns und die Gesellschaft in der wir leben, darzustellen.



DER HARTE WEG ZUR „SANFTEN MOBILITÄT“

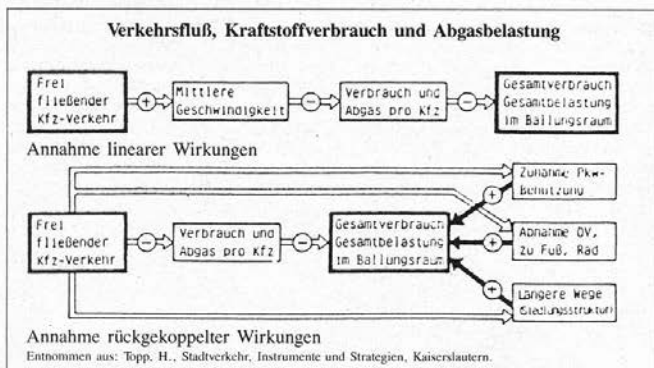
Seit den 50er Jahren schien das Problem der Mobilität gelöst. Mit der Verbreitung des „Auto-Mobils“ — was nichts anderes (ver-)heißt als „selbstbeweglich“ — hatte jeder, der es sich leisten konnte und das waren immer mehr, plötzlich den Inbegriff der individuellen Freiheit zur Verfügung. Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs wurden aufgegeben — in Graz wurden ganze Straßenbahnlinien demontiert, O-Buslinien eingestellt etc. —, dem Auto wurde Platz geschaffen. Viele Jahre lebten (Verkehrs-) Politiker vom „Banddurchschneiden“, wenn neue Straßen für den Verkehr freigegeben wurden. Man wurde dafür belächelt, gab man ja dem freien Bürger Raum. Der Traum von Mobilität und Freiheit schien sich zu erfüllen. Wenn es auf der zweispurigen Straße eng wurde, kam die vierspurige...

Inzwischen ist dieser Traum — gerade in Städten Europas mit ihren im Lauf von Jahrhunderten gewachsenen Strukturen — zum Alptraum geworden. Die Schlagzeilen der internationalen Presse dokumentieren die verheerende Entwicklung: „Verkehr heißt heute immer öfter — dichter Himmel, verstopfte Autobahnen, blockierte und verpestete Städte“, „Die autogeschädigten Städte sind am Ende“, „Letzte Versuche, unsere Städte vor den Autos zu retten“, „Autos raus, damit die Stadt Zukunft hat“ usw. usf.

Der Autoverkehr hat sich als unersättlicher Moloch erwiesen, je mehr Flächen ihm zur Verfügung gestellt wurden, desto mehr wächst er an. Hierin liegt auch ein Grund-Dilemma: Viele glauben immer noch, man könne durch den Bau neuer Hochleistungsstraßen in der Stadt den Verkehr so einfach „verflüssigen“.

Sie denken dabei in linearen Ketten ohne Rückkopplung, etwa nach dem Schema: Mehr Autos brauchen mehr Platz, wenn mehr Platz da ist, gibt es keine Staus, flüssiger Verkehr verbraucht weniger Kraftstoff, damit sinken auch die Emissionen. Also mehr Straßen — weniger Schadstoffe! Diese Denkweise verkennt, daß es Rückkopplungseffekte gibt, die eine Zunahme des Autoverkehrs und damit auch eine höhere Gesamtbelastung bewirken (siehe Grafik).

Der Bau neuer Straßen in der Stadt kann die Verkehrssituation nur für kurze Zeit entschärfen, den drohenden Kollaps nur hinauszögern. Der Verkehr ist eben keine statische Größe, die man nur entsprechend zu verteilen braucht. Jedes neue Angebot zieht eine neue Nachfrage nach sich, es handelt sich also um einen sich ständig selbstaufschaukelnden Regelkreis.



Viele Städte haben versucht, diesen — im wahren Sinne des Wortes — „atemberaubenden“ Wettlauf zu gewinnen, und mit einem großzügigen Angebot am Straßensektor den „Verkehrsfluß“ zu verbessern. Und was haben diese Maßnahmen gebracht? Die gleichen Probleme wie vorher, nur um ein Vielfaches verschärft. Wenn es leicht geht, fahren noch mehr Menschen mit dem Auto, benötigen noch mehr Kraftfahrzeuge Parkraum, ist der neue Infarkt bereits absehbar.

Wir in Graz unternehmen demnach nicht den „heillosen“ Versuch, die Stadt den Anforderungen des Autoverkehrs anzupassen, sondern wollen vielmehr die Verkehrsabläufe so steuern, daß organisch gewachsene Strukturen nicht zerstört werden. Das im Dezember '85 beschlossene Gesamtverkehrskonzept geht von einem ökosozialen Denkansatz aus und verfolgt als Hauptziel eine Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitiger Forcierung stadt- und um-

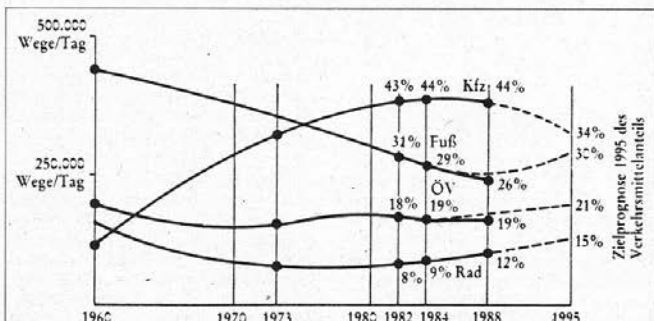
weltverträglicher Fortbewegungsarten. Im Sinne der Förderung „Sanfter Mobilität“ wird dabei eine ausgewogene Verkehrsmittelaufteilung angepeilt (siehe Grafik).

Betrachtet man das bisher Erreichte, so zeigt sich, daß bei der Entwicklung des Verkehrs der Grazer Wohnbevölkerung die gesetzten Maßnahmen langsam zu greifen beginnen.

● Der Kfz-Verkehrsanteil ist in den letzten Jahren trotz weiterer starker Zunahme der Motorisierung nicht mehr gewachsen.

● Der abnehmende Trend des öffentlichen Verkehrsanteiles konnte abgefangen werden, im vergangenen Jahr konnten die GVB sogar einen Zuwachs von 4 Millionen Fahrgästen verzeichnen.

● Im Radverkehr zeigen die intensiven Förderungsmaßnahmen ihre Früchte, während der Fußgängeranteil entgegen den Zielsetzungen, aber im internationalen Trend liegend, infolge dezentraler



Entwicklung und angestrebte Verkehrsmittelaufteilung des Verkehrs der Wohnbevölkerung von Graz.

Siedlungsentwicklung verbunden mit einer Zunahme der Wegeentfernungen weiterhin sinkt.

Bemerkenswert ist, daß der Anteil der Nicht-Grazer am Kfz-Verkehr in der Stadt von 27% im Jahre 1973 auf 43% im Jahre 1988 angestiegen ist. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung liegt in der relativ ungesteuerten regionalen Siedlungsentwicklung. Angesichts der rund 63.000 Kraftfahrzeuge, die täglich innerhalb von 16 Stunden die Stadtgrenze in beiden Richtungen passieren — etwa die Hälfte davon sind Arbeitspendler — ist die Einrichtung eines funktionierenden Verkehrsverbundes mit allen Begleitmaßnahmen (P & R an den Haltestellen der regionalen Verkehrslinien, Taktfahrplan, Einheitsfahrtschein etc.) unbedingt erforderlich.

Die Grazer Verkehrssituation im Herbst '89, vor allem aber der Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes, sowie Maßnahmen zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs, hier insbesondere die Busspuren, lösten in den letzten Wochen heftige Diskussionen aus. Kampagnen der Autofahrerclubs, anderer Interessensgruppen und einzelner Medien, verunsicherten viele Grazerinnen und Grazer. Man redete ihnen ein, daß mutwillig Straßen gesperrt und Fahrbahnen verengt würden, nur um bewußt Staus zu erzeugen und die Autofahrer zu ärgern. Jene Mitbürgerinnen und Mitbürger, die das Grazer Gesamtverkehrskonzept nicht kennen — und das ist leider naturgemäß die überwiegende Mehrheit — müssen, solcherart „informiert“, die einzelnen Baumaßnahmen schlicht als Schikane empfinden. Um hier die Dinge ins rechte Licht zu rücken, ist noch viel an Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir befinden uns gegenwärtig in vielen Bereichen in einer Umbruchsphase; es gilt vorzudenken, weiter als bis zur nächsten Wahl. Das aber führt zu Weichenstellungen, die oft unpopulär scheinende Maßnahmen implizieren.

Es ist immer „hart“, bisherige Sicherheiten und liebgeordnete Gewohnheiten — wie etwa das so bequeme Autofahren — in Frage zu stellen. Man muß aber den Mut aufbringen, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen und sich negativen Entwicklungen in den Weg zu stellen. Man kann nicht allen alles versprechen und „große Lösungen“ in Aussicht stellen, die, wenn sie überhaupt durchgesetzt und finanziert werden können, bestenfalls zu einer zeitlichen und örtlichen Problemverschiebung führen.

Politik, die ökosozialen Ansprüchen genügen will, muß beim Menschen selbst ansetzen, sie muß den einzelnen stärker als bisher in den Prozeß der Willensbildung einbeziehen. Zentralistisch getroffene Entscheidungen führen meist zu großen Projekten, zu Stadtautobahnen, zu Großkraftwerken, zu zentralen Mülldeponien usw. Die Verantwortung wird einfach nach „oben“ delegiert. Die Bürger werden zwar anteilmäßig mit den Investitions- und Folgekosten belastet,

eine bewußte Auseinandersetzung mit dem Problem selbst aber findet nicht statt; das Verhalten der einzelnen bleibt unverändert. Und gerade hier muß die Lösung ansetzen. Heute schält es sich klarer denn je heraus, was die Politik leisten kann und was nicht. Sie kann Rahmenbedingungen schaffen, Anreize geben, Erleichterungen bieten, etc. Die Eigenverantwortung aber kann sie dem einzelnen und allen Bürgern nicht abnehmen, nämlich das, was jeder mit seinem persönlichen Verhalten beitrage muß. Nur wenn jeder das tut, was ihm möglich

ist, können wir Sonderrechte.

Ebenso sollen nach und nach auch die in den Außenbezirken liegenden Wohngebiete Tempo-30-Zonen werden. Flächenhafte Geschwindigkeitsreduktion außerhalb des Vorrangstraßennetzes bringt nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch weniger Lärm- und Abgasbelastung.

2. Fußgänger- und radfahrfreundliche Stadt

Neben dem konsequenten Ausbau des Fuß- und Radroutennetzes und der Beseitigung bestehender Schwachstellen soll in Graz insgesamt ein fußgänger- und radfahrfreundliches Klima geschaffen werden, damit immer mehr Mitbürger bereit sind — so oft es „geht“ — diese besonders dienstverträglichen und umweltfreundlichen Fortbewegungsarten zu wählen.

3. Attraktiver Öffentlicher Verkehr

Damit die öffentlichen Verkehrsmittel in der Stadt eine zumutbare Alternative zum Privatauto darstellen können, müssen sie einen zeitgemäßen Standard erhalten. Behinderungen für Tram und Bus werden abgebaut, ein Taktfahrplan mit kürzeren, gestaffelten Intervallen eingeführt und das Linienangebot erweitert.

„... Wenn ich Bürgermeisterin wäre, ich würde einen Autofreien Tag einführen ... und mehr Radwege ...“

Der in diesem Herbst von der TU-Graz im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung erstellte Emissionskataster zeigt den Verkehr als eindeutig größten Schadstoffproduzenten. Wenn Graz eine Stadt zum Leben und „Aufatmen“ bleiben soll, müssen wir unsere Mobilität überdenken, neu definieren und stadtvorgängliche Fortbewegungsarten fördern. Es geht dabei — ganz deutlich möchte ich das gerade im Hinblick auf viele polemische Fehldarstellungen und Verzerrungen unterstreichen — nicht um eine simple „Verteufelung des Autos“, auch nicht um einen „Glaubenskrieg“ zwischen Autofahrern, Radfahrern, Fußgängern und ÖV-Benützern, sondern um das rechte Maß in der Verkehrsmittelwahl, um ein sinnvolles Zusammenspiel der unterschiedlichen Fortbewegungsarten. In diesem „Miteinander“ hat auch das Auto — überlegt, gezielt und sparsam eingesetzt — seinen Platz. Am besten symbolisieren dies für mich konkrete Menschen selber. So erhielt ich in letzter Zeit viele Briefe, in denen sich die Schreiber selbst „identifizierten“, und zwar in einer Person — als Autofahrer, aber nur, wenn unbedingt nötig — wo immer möglich als Fußgänger und Radfahrer — wenn zumutbar als ÖV-Fahrgast.

Wenn jeder sich so ein „Spektrum von Möglichkeiten“ erschließt und sich überlegt, wie er das Gewicht zunehmend auf Formen der „Sanften Mobilität“ verschieben kann, dann wird uns in Graz die Luft nicht ausgehen...

ist, schaffen wir auch das heute vielleicht noch unmöglich Erscheinende.

Von dieser Einsicht ist die Grazer Verkehrspolitik getragen, wenn sie in ständigem Dialog mit den Bürgern den Weg der „Sanften Mobilität“ beschreitet. Folgende Projekte sind dazu bereits in Realisierung:

1. „Platz für Menschen“

Im Rahmen dieses Vorhabens wird die gesamte Altstadt Schritt für Schritt als Fußgängerbereich ausgestaltet, die entfallenden Parkplätze werden durch Erweiterung des Garagenrings um das Zentrum ersetzt.

Gleichzeitig werden die daran angrenzenden innerstädtischen Wohn- und Geschäftsgebiete verkehrsberuhigt, der Parkraum wird bewirtschaftet, die Be-

Erich EDEGGER ist Profi-Fußgänger, Semi-Profi-Radfahrer, Amateur-ÖV-Benutzer und Hobby-Autofahrer.

EG UND GEMEINDEUMWELT

London versinkt im Meer, Hautkrebs in Australien, Österreichs Beitrag zu Treibhauseffekt und Ozonloch ist minimal, kaum messbar im internationalen Vergleich. Wozu Umweltschutz?

Die EG verfolgen in erster Linie wirtschaftliche Ziele. Umweltschutz ist dabei bedeutungslos, oft sogar hinderlich. Im Osten Europas gibt es kein Geld für den Schutz der Umwelt. Bis zu 80% der wichtigsten Schadstoffgruppen „importieren“ wir aus dem Ausland.

Wozu Umweltschutz?

Österreich ist klein. Und wir in unserer Gemeinde? Was können wir schon ausrichten?

Immerhin: 250 kg Hausmüll pro Kopf und Jahr und die zehnfache Menge an Gewerbe- und Industriemüll produzieren wir. Fast 1000 Liter Wasser pro Tag verbrauchen wir. Hunderte Kilogramm Luftschadstoffe pro Kopf und Jahr blasen wir in die Atmosphäre.

Waldsterben und Atemwegserkrankungen, Verlust der Artenvielfalt, Verseuchung des Grundwassers, Austrocknung der Landschaft durch Entwässerung und harten Wasserbau (wer prägte den Spruch vom „10. Bundesland“?), Raubbau an Rohstoffen und Energieträgern, aber kein Platz für Abfalldeponien, riesige Autobahnkreuzer, aber kein Platz für Radwege und Alleen — Zeichen unserer Tüchtigkeit.

Handeln tut not:

- In unserem unmittelbaren Lebensbereich
- österreichweit
- europa-, ja weltweit.

Umweltschutz wird ein Hauptthema der 90er Jahre sein. Nicht nur, weil wir persönlich und unmittelbar von Schäden betroffen sind, nicht nur, weil uns mittel- bis langfristig auch „exportierte“ Schäden wieder erreichen werden:

Verantwortung für die Schöpfung

Umweltschutz wird unser Handeln auch deshalb bestimmen müssen, weil wir als Christen besondere Verantwortung tragen für die Schöpfung. Mit unseren technischen Möglichkeiten ist die Reichweite unseres Handelns gigantisch gewachsen: Weltweit und für viele kommende Generationen sind die Auswirkungen unserer Lebensweise zu spüren. Christliche Nächstenliebe und Partnerschaft nach dem Salzburger Programm der ÖVP müssen daher nicht nur für die Mitmenschen hier und jetzt, sondern für alle kommenden Generationen und für die Natur insgesamt gelten.

Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor

Nicht nur das Beispiel Japan zeigt, daß Vorreiter in Umweltfragen auch wirtschaftlich Vorteile lukrieren können, auch kleine Staaten wie z.B. Dänemark haben das bewiesen. Österreich hat durch konsequente Haltung z.B. in Fragen der Atomenergie nicht nur Politik im eigenen Land gemacht, sondern auch internationale Erfolge verzeichnen können. Resignation wäre der falsche Weg, Aktivität und Engagement sind gefragt!

EG und Umwelt

Auch die Umweltpolitik der EG ist besser als ihr Ruf. Seit 1987 stehen Umweltziele gleichberechtigt neben den wirtschaftlichen. Viele Entscheidungen der letzten Monate und Jahre zeigen klar die neue Haltung in Umweltfragen, so etwa das Pflandflaschenurteil für Dänemark. Heute zweifelt auch niemand mehr daran, daß bis zu einem allfälligen Beitritt Österreichs auch die Katalysatorfrage (einige der wenigen Punkte, wo Österreich nach derzeitigem Stand auf strenge Regelungen verzichten müßte) positiv gelöst sein wird. Überdies nehmen die Möglichkeiten nationaler Alleingänge in Umweltfragen zu.

Andererseits gibt es Umweltbereiche wie z.B. Umweltverträglichkeitsprüfung, Wasser, Chemie und zum Teil Luftreinhaltung, wo Österreich hinter dem derzeitigen EG-Standard liegt und rasch aufholen muß.

Insgesamt muß es Österreichs internationale Strategie sein, eine Verbesserung der Umweltpolitik in der EG und in ganz Europa anzustreben. National sind dabei vorbildliche Standards aufrechtzuerhalten bzw. zu schaffen. Wer heute dafür eintritt, Österreich zu isolieren, verfolgt sicher nicht das Ziel des Umweltschutzes.

Ökosoziale Marktwirtschaft

Für Österreich selbst kann Vizekanzler Riegler's Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft einen Quantensprung, eine neue Qualität der Umweltpolitik bringen: Heute ist im allgemeinen Schutz der Umwelt teurer als die Umweltbelastung. Umweltgüter wie reine Luft und sauberes Wasser stehen den Belastern steuerfrei und gratis zur Verfügung.

Während uns der Ruf nach regulativen Vorschriften, nach neuen Gesetzen leicht von den Lippen geht, haben wir bisher die finanzielle Seite des Umweltschutzes übersehen — nicht nur österreichweit, sondern überall auf der Welt. Ziel der ökosozialen Marktwirtschaft ist

es deshalb, umweltgerechtes Verhalten auch finanziell zu belohnen, Umweltbelastung aber zu „bestrafen“.

„Umweltschutz muß billig, Umweltschmutz aber teuer werden“, formulierte Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Schüssel am Zukunftsparitätstag in Graz. Mit der ökosozialen Marktwirtschaft will die ÖVP finanzielle Anreize zur Schonung der Umwelt erreichen. Wichtig ist dabei, daß

— trotz der erforderlichen Öko-Abgaben durch Senkung anderer Steuern eine sinkende Gesamtbelastung ermöglicht wird und

— keine sozialen Probleme entstehen.

Konkret überlegen wir:

- eine Umweltabgabe auf nicht erneuerbare Energieträger, die sich an ihrer Umweltrelevanz (z.B. CO₂-Emission) orientiert;
 - die Orientierung der Kfz-Steuern an den Emissionen;
 - Emissionsabgaben für Belastung von Luft und Wasser und für Abfälle;
 - Pfandlösungen, um das Recycling bzw. die Wiederverwendung zu fördern;
 - finanzielle Belastung des Einsatzes bestimmter Chemikalien und Rohstoffe.
- Nach dem Schritt von der freien Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vor 30 Jahren könnte die Weiterentwicklung zur ökosozialen Marktwirtschaft nicht nur für Österreichs Umweltpolitik rasche und wichtige Fortschritte bringen, sondern weltweit eine neue, zukunftsorientierte Entwicklung einleiten.

Und wir in der Gemeinde?

Ökosoziale Marktwirtschaft, ökosoziale Politik ist auch in der Gemeinde möglich und wichtig:

Freilich werden wir nicht die Steuerpolitik des Bundes übernehmen können. Es wird vielmehr darauf zu achten sein, daß die Gemeinden im Wege der Steuerungsschichtung nicht finanziell die Verlierer sind. Der nächste Finanzausgleich wird die Veränderungen und die Aufgaben der Gemeinden zu berücksichtigen haben.

Es gibt aber viele Möglichkeiten, selbst aktiv ökosoziale Umweltpolitik zu machen:

Vorbildfunktion:

Die Gemeinden müssen sich so verhalten, wie sie es von den Haushalten und Betrieben erwarten. Vom öffentlichen Beschaffungswesen über das Energiesparen bis zum Fahrverhalten reicht hier die Palette der Möglichkeiten.

Beispiele sind:

- Einsatz von Solarenergie und Biomasse für Gemeindeeinrichtungen,
- Verwendung von Biodiesel und Kata-

lysatornachrüstung bei Gemeindefahrzeugen,

- Schaffung ökologischer Ausgleichsflächen auf gemeindeeigenem Grund,
- Errichtung einer Kompostierungsanlage,
- getrennte Müllsammlung und Recycling,
- Verwendung von Recyclingpapier,
- minimaler Chemikalieneinsatz etc.

Information:

Beratungsangebote (Energiesparen, Müllvermeidung und -trennung, Chemikalieneinsatz in Haushalt, Garten, Landwirtschaft etc.) sind zu sichern. In allen Umweltfragen tut Rat und Hilfe not!

Behördentätigkeit:

Die Gemeinde ist aber auch als Behörde dem Umweltschutz verpflichtet. Bei Genehmigungen, in der Ortsplanung (Verkehrsberuhigung, keine Zersiedelung, Begrünung von Straßenräumen...) in der überregionalen Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden kann und muß sie Um-

weltinteressen vertreten. Viele konkrete Beispiele und Anregungen für die Praxis in allen Umweltbereichen finden Sie im Arbeitsbuch Umweltschutz der Politischen Akademie (erscheint im März 1990, Preis öS 698,—).

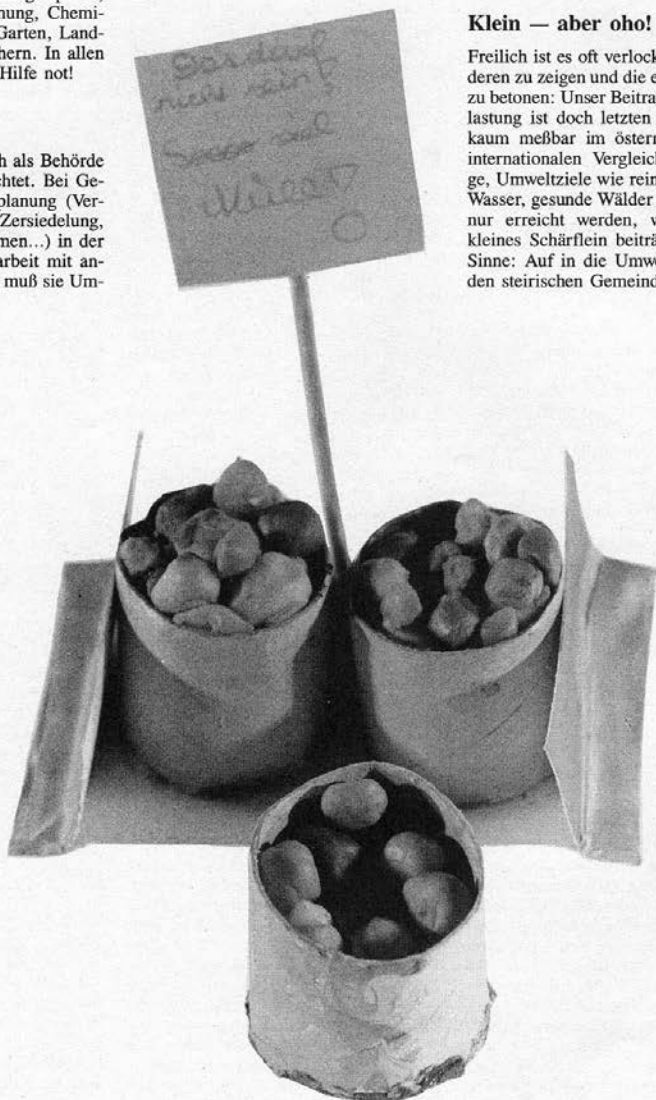
Finanzielle Anreize:

Auch auf Gemeindeebene geht es darum,

das wünschenswerte umweltgerechte Verhalten finanziell zu belohnen. Die budgetären Möglichkeiten und die Gestaltung der Gebühren müssen diesem Ziel dienen. Verhältnismäßig kleine Zuschüsse können wirksame private Initiativen wecken, wenn zugleich Beratung und Service angeboten werden. Schließlich kann es sich bezahlt machen, den Ehrgeiz der Gemeindebürger anzusprechen: Wettbewerbe erregen Aufsehen, wecken Initiative und — kosten fast nichts, wenn sie geschickt aufgezogen sind.

Klein — aber oho!

Freilich ist es oft verlockend, auf die anderen zu zeigen und die eigene Ohnmacht zu betonen: Unser Beitrag zur Umweltbelastung ist doch letzten Endes minimal, kaum meßbar im österreichweiten oder internationalen Vergleich. Umwelterfolge, Umweltziele wie reine Luft, sauberes Wasser, gesunde Wälder etc. können aber nur erreicht werden, wenn jeder sein kleines Schärfflein beiträgt — in diesem Sinne: Auf in die Umwelt-90er-Jahre in den steirischen Gemeinden!



DIE WICHTIGSTEN GESETZE ZUM SCHUTZE DER UMWELT UND IHRE ANWENDUNG IN DER GEMEINDE

I.

In der Steiermark kennen wir vom Aufbau her 2 Selbstverwaltungskörper mit Rechtspersönlichkeit, die Gemeinden und das Land, während die Bezirksverwaltungsbehörden keine Selbstverwaltungsbehörden sind, da sie keine Organe besitzen und für deren behördlichen Aufgaben nicht vorgesehen ist. Sie sind lediglich als Verwaltungssprengel zu qualifizieren.

Wenn auch die Gemeinde im hierarchischen Aufbau die unterste Stufe darstellt, so läßt dies keinen Rückschluß auf ihre Wichtigkeit bzw. Bedeutung zu, denn Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde. Hier laufen alle Fäden zusammen, hier wird tatsächlich bürgernahe Verwaltung praktiziert. Es werden Rechtsakte gesetzt, die unmittelbar auf das zur Setzung des Rechtsaktes berufene Organ rückwirken. Als Beispiel dafür dient mir die Bau- und Raumordnung. Spätestens im Zeitpunkt des Sichtbarwerdens des Bauvorhabens ist entweder Zustimmung oder Kritik da. Ebenso in der Raumordnung bei der Nutzungsausweisung im Flächenwidmungsplan, denn nach meiner Auffassung soll sich in der Nutzungsausweisung die beabsichtigte Entwicklung der Gemeinde niederschlagen.

Weil die Gemeinde die kleinste Verwaltungseinheit darstellt und unmittelbar für den Bürger „greifbar“ ist, sind die Anforderungen an die Gemeindeverwaltung besonders von den Sorgen und Wünschen der Mitbürger geprägt. Das verlangt aber von den Organen und Bediensteten der Gemeinde nicht nur ein hohes Verantwortungsbewußtsein und Fachwissen, sondern vor allem eine Denkhaltung, die die Gemeinde als Ganzes, als Einheit sieht. Es sind gleichsam von vornherein bei jeder Entscheidung auch ihre Auswirkungen auf das weitere Zusammenleben in der Gemeinde mitzubetrachten.

Dieses auf der Gemeindeebene praktizierte umfassende Denken wird vom Landesgesetzgeber auch in seinem Gesetz vom 21. 6. 1988, LGBl. Nr. 78, über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt gefordert. Nach § 1 ist Ziel dieses Gesetzes „die Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Durch den Schutz von Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tieren sollen insbesondere die Sicherung und Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen

und die Erhaltung der Nutzung und Leistungsfähigkeit sowie Vielfalt und Schönheit der Natur ermöglicht werden.“

Dieses vom Landesgesetzgeber vorgegebene Ziel ist die Antwort des Landesgesetzgebers, die sich auch mit dem Bundesgesetzgeber deckt — auf die immer wiederkehrende, vielfach zur Beruhigung des eigenen Gewissens gestellte Frage, „was ist unter Umweltschutz zu verstehen?“ Da nach der Rechtsliteratur der Umweltschutz eine sogenannte „Querschnittsmaterie“ ist, bedeutet das, daß er in allen Materiegesetzen mitzubetrachten ist. Aus meiner Sicht heraus sind daher alle Organe des Landes und der Gemeinden verpflichtet im Vollzug auf der Grundlage des anzuwendenden Gesetzes alles zu tun, damit das vom Landesgesetzgeber im Vorjahr beschlossene Ziel erreicht wird. Diese Verpflichtung ist auch Richtschnur für meine Entscheidungen, da ich aus dieser Sicht heraus alle Bescheide der Behörden beurteile. Anders ausgedrückt, ich prüfe, ob die Behörden im Rahmen der Rechtsordnung alle Möglichkeiten zur Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Pflanzen ausschöpfen.

II.

Als Umwelthanwalt habe ich die Interessen des Umweltschutzes im Vollziehungsbereich des Landes wahrzunehmen. Dazu zählen auch vielfach die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinden, wie insbesondere die Bauordnung 1968 mit ihren Nebengesetzen, die Raumordnung 1974, das Stmk. Veranstaltungsgesetz 1969, das Stmk. Müllwirtschaftsgesetz 1987 und das Stmk. Luftreinhaltegesetz 1974.

Ich versuche, einige von der Gemeinde zu vollziehenden Gesetze nach dem bereits mehrmals zitierten Ziel des Landesgesetzgebers zusammenfassend darzustellen:

1.) Die geltende Bauordnung in ihrer Fassung LGBl. Nr. 14/1989 ist eine Ordnungsvorschrift, die das Zusammenleben der Menschen auf engstem Raum regelt. Daher ist es notwendig, bei allen Entscheidungen den Menschen im Mittelpunkt zu sehen, denn er soll sich in allen Belangen wohl fühlen. Dazu zählen sowohl der innere Friede als auch eine weitestgehende Übereinstimmung mit der Natur.

Was sind nun die Verpflichtungen der Gemeinde in der BO zum Schutze von Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tieren? Hierher zählt vor allem die Bestimmung des § 1, die die Lage und Beschaffenheit von Bauplätzen regelt. Daraus möchte ich nur die Forderungen nach der Besonnung, Hochwasserfreiheit, einwandfreie Abwasserbeseitigung sowie geeigneter Zufahrtsmöglichkeit hervorheben, denn bei einer stärkeren Beachtung dieser Erfordernisse könnten viele Umweltbelastungen vermieden werden. Ebenso wird viel zu wenig in den Bauverfahren von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ausreichenden Raum für Höfe, Grünflächen und Kinderspielflächen sicherzustellen, sowie durch Bepflanzung das Kleinklima zu verbessern, wie es die §§ 8 und 8a vorschreiben.

Sehr wichtig ist die Bestimmung des § 15 in ihrer Forderung, daß jeder Bau in all seinen Teilen und nach seinem Verwendungszweck und den örtlichen Verhältnissen u.a. den Anforderungen der Hygiene entsprechen hat. Mit dieser Bestimmung habe ich sowohl eine direkte Verbindung zu den Zielsetzungen des Gesetzes von 1988 als auch die Verpflichtung, zum einheitlichen Denken. Auch eine stärkere Beachtung des § 16, der von der Tauglichkeit der Baustoffe spricht, wäre wünschenswert, denn auch Baustoffe können mitunter eine Bodenbelastung sein, arbeitet doch der sogenannte Bautenschutz sehr weitgehend mit chemischen Mitteln. Ob hier alles unbedenklich ist?

Daß sich nach § 23 der Wärmeschutz einer baulichen Anlage nach dem Verwendungszweck, der Lage und den klimatischen Verhältnissen zu richten hat, darf nicht nur von der Wohnbauförderungsabteilung, wie die Praxis zeigt, gefordert werden, sondern muß vom Projektanten mitberücksichtigt und von der Baubehörde geprüft werden. Gleiches gilt für den Schallschutz, denn Bauten haben einen erhöhten Schallschutz zu erhalten, wenn nach ihrer Lage und nach der Art ihrer Verwendung ihnen ein erhöhtes Schutzbedürfnis vor Außenlärm zukommt; gleiches gilt für die Schallentwicklung im Inneren des Baues, allerdings ist hier ein erhöhter Schallschutz zugunsten der Nachbarschaft vorgesehen.

Von größter Wichtigkeit ist die Neufassung des § 37 in den Abs. 3 und 4 mit dem LG. Nr. 14/1989. Mit dieser Bestimmung und der darin erhaltenen Verord-

nungsermächtigung soll nicht nur ein unnötiger Energieverbrauch vermieden, sondern die Abgabe luftverunreinigender Stoffe an die freie Atmosphäre möglichst gering gehalten werden. Die geltende Heizungsanlagenverordnung wird daher im Sinne dieser Neuordnung geändert. Im engsten Zusammenhang mit der Reinhaltung der Luft steht § 39, wonach Rauchfänge so anzulegen sind, daß eine wirksame **Ableitung der Verbrennungsgase** gewährleistet ist und keine unzumutbare Belästigung eintritt.

Wenn auch schon bisher für das Sammeln und die Beseitigung von Schmutzwässern nach § 44 vorzuziehen war, so haben seit der Novelle LGBl. Nr. 14/1989 die Sammelgruben für Schmutzwasser ein ausreichendes Fassungsvermögen aufzuweisen. Über die regelmäßige Entleerung ist ein Grubenbuch, in dem jede Entleerung durch den Entleerer zu bestätigen ist, zu führen und ist dieses Grubenbuch von der Baubehörde zu kontrollieren.

Während Holz sicherlich geeignet ist, die Wohnqualität zu verbessern und dafür vom Gesetzgeber mit Abs. 4 des § 53 neue Möglichkeiten geschaffen wurden, gewinnt § 54 immer mehr an Bedeutung, müssen doch Stallungen, Düngerstätten, Silos und dgl. zu anderen fremden Gebäuden soweit entfernt sein, daß sie für die Bewohner dieser Gebäude keine das örtliche Ausmaß übersteigende Belästigung verursachen. Wie läßt sich aber diese Bestimmung mit der Anlegung von Kompostsammelstellen vereinen? Ich glaube, hier muß vorausschauend und mit Unterstützung der Raumordnungsinstrumentarien von den Gemeinden vorgeordnet werden.

Die Lebensbedingungen können vielfach auch durch Werbe- und Ankündigungseinrichtungen beeinträchtigt werden wie z.B. durch eine Lichtreklame, die die Nachbarschaft in ihrem Schlaf beeinträchtigt. Für solche Fälle gibt es nach § 56 für die Gemeinde die Möglichkeit der Untersagung, der Bewilligung unter Auflagen oder bei konsensloser Installation sogar die sofortige Entfernungsmöglichkeit.

Eine vielfach vergessene, jedoch äußerst hilfreiche Bestimmung ist § 57 Abs. 1 lit. h, wonach die Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten und Gegenständen, wenn u.a. hierdurch eine das örtliche Ausmaß übersteigende Belästigung für die Nachbarschaft verbunden ist, bewilligungspflichtig ist, sofern die Aufstellung nicht in einer der Gewerbeordnung unterliegenden Betriebsanlage vorgenommen wird. Darunter kann z.B. der Betrieb einer Stereoanlage eines Nachbarn in einem Mehrparteienhaus fallen; ebenso eine Heutrockenanlage in der Landwirtschaft.

Abgerundet werden alle bisher dargestellten Bestimmungen mit der im § 61 Abs. 1 enthaltenen Forderung des Gesetzgebers, daß der örtlichen Erhebung und mündlichen Verhandlung die erforderlichen Sachverständigen beizuziehen sind.

Warum werden bei umweltrelevanten Bauführungen die Distriktsärzte so selten beigezogen, obwohl gerade vom Arzt die Fragen nach einer möglichen Beeinträchtigung der Luft, des Wassers und des Bodens am ehesten beantwortet werden können? Ich glaube, hier bedarf es eines Umdenkens, sind doch die Behörden zum Schutz von Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tieren verpflichtet.

2.) Ergänzend zu den dargestellten Bestimmungen sind natürlich die in den sogenannten Baunebenbeseitigungsgesetzen enthaltenen Regelungen zu sehen. Dazu zählt die Stmk. Garagenordnung 1979, mit der die Errichtung, Änderung und Erweiterung von Garagen, Abstellflächen und dazugehörigen Nebenanlagen auf eine rechtliche Grundlage gestellt wird.

In völliger Übereinstimmung mit der Bauordnung, wonach mit der Widmung die Abstellflächen für Kraftfahrzeuge festzusetzen sind, steht die Regelung des § 4 über die Pflicht zur Schaffung von Abstellflächen oder Garagen durch den Bauherren. Eng damit verbunden ist die Regelung der Zu- und Abfahrten (§ 6), die Lüftung von geschlossenen Mittel- und Großgaragen (§ 17) und die Verpflichtung des Anschlusses aller Abläufe über Mineralöl-Abscheider an die Abwasseranlage, wenn die Garage oder Abstellfläche zum Betanken, Waschen oder Warten von Kraftfahrzeugen geeignet ist. Es soll mit diesen Bestimmungen eine Belastung der Luft durch Abgase, des Bodens und des Grundwassers durch Mineralöle, Fette und Waschlösungen sowie der Nachbarn durch Lärm vermieden werden.

In den Bemühungen auf Reinhaltung der Luft kommt dem Stmk. Ölfeuerungs-gesetz eine entscheidende Bedeutung zu. Nach § 4 müssen die Ölfeuerungsanlagen und Öfen so ausgeführt, instand gehalten und betrieben werden, daß sie nach dem Verwendungszweck und den örtlichen Verhältnissen u.a. den Anforderungen des Schallschutzes und der Hygiene entsprechen. Auch hier ist der Begriff „Hygiene“ i.S. der eingangs zitierten Zielsetzung des Landesgesetzes aus 1988 zu verstehen. So ist es notwendig auch darauf zu achten, daß die im § 5 festgelegten Schwefelgehalte in den verschiedenen Heizölsorten nicht überschritten werden und Altöle und deren Mischungen nicht zu Heizzwecken verwendet werden. Die Verbrennungseinrichtungen müssen so beschaffen sein, daß durch ihren Betrieb keine unzumutbare Belästigung durch Lärm, Geruch, Rauch und Ruß eintritt (§ 10) sowie der Staub- und Rußgehalt sowie der Kohlendioxidgehalt der Rauchgase die gesetzlich festgelegten Werte (§ 17) nicht überschreitet. Die Behörde hat daher zu kontrollieren, ob die Ölfeuerungsanlage wohl einmal jährlich von einem Sachverständigen auf die Betriebswerte der Rauchgase i.S. § 24 Abs. 4 geprüft wird.

Während die periodische Überprüfung der Rauchgase im Interesse der Luftrein-

haltung liegt, liegt es im Interesse des Gewässerschutzes, daß unterirdisch verlegte Lagerbehälter nach allen größeren Instandsetzungen, mindestens aber alle 5 Jahre, auf ihre Dichtigkeit kontrolliert werden. Beträgt die Heizölspeicherung mehr als 1000 l und kommt die Anlage außerhalb eines wasserrechtlich besonders geschützten Gebietes (Schutz- und Schongebiet, Gebiet einer wasserwirtschaftlichen Rahmenvorrichtung) zur Aufstellung, so bedarf die Anlage auch der Bewilligung nach § 31 a WRG, wofür ebenfalls der Bürgermeister zuständig ist.

Da heute der Lärm auch als die Ursache vieler menschlicher Fehlleistungen gilt und der Maschineneinsatz bei Bauführungen notwendigerweise mit Lärm verbunden ist, bezweckt das Stmk. Baulärmgesetz 1974 die Sicherung eines ausreichenden Schutzes der Umwelt vor Baulärm. Dieses Gesetz und die Bestimmung des § 64 Abs. 2 der BO, daß jede Gefährdung und Belästigung durch Lärm, Staub und dgl. zu vermeiden ist, gibt der Behörde die rechtliche Möglichkeit, nicht nur die Lärmfrage im Baubewilligungsverfahren mitzubetrachten, sondern auch bei Nichteinhaltung der im § 5 festgelegten Grenzwerte den Betrieb einzelner oder aller Baumaschinen einzustellen. Dabei ist die Emissionsgrenzverordnung, die die zulässigen Emissionswerte von Baumaschinen beinhaltet, zu beachten (LGBl. Nr. 194/1975).

Während das Kanalgesetz 1955 lediglich die Ableitung der auf einer Liegenschaft anfallenden Niederschlags-, Drainage- und Schmutzwässer regelt, bezieht sich das geltende Kanalgesetz 1988 zumindest ansatzweise auch auf die Entsorgung. Gerade in diesem Punkt sind noch viele Probleme zu lösen, soll nicht weiter die Grundwasserverschmutzung vorangetrieben werden.

Zwei Bestimmungen des geltenden Kanalgesetzes verdienen der besonderen Beachtung, nämlich § 4 Abs. 1 und 5. Während der Anschlussverpflichtungsbereich im allgemeinen 100 m beträgt, entsteht die Anschlusspflicht unabhängig vom Abstand zum Kanalstrang auch dann, wenn sich die Grundstücksecke im Bauland (§ 23 des Stmk. Raumordnungsgesetzes 1974) befinden und durch den Kanalstrang ein zusammenhängender Baulandbereich erschlossen wird. Es kommt hier also auf die geographische Geschlossenheit an. Genauso wichtig erscheint mir die Möglichkeit der Versickerung und Verwendung der Regenwässer auf eigenem Grund.

Alle bisher dargelegten Bestimmungen setzen im wesentlichen ein konkretes Vorhaben voraus und lassen nur eine beschränkte vorausschauende Gestaltung zu. Ganz anders hingegen das Stmk. Raumordnungsgesetz 1974, das die nachhaltige und bestmögliche Nutzung und Sicherung des Lebensraumes im Interesse des Gemeinwohls zu gewährleisten hat. Dabei nimmt der Umweltschutz einen ganz besonderen Stellenwert ein, ist

doch gemäß § 1 Abs. 2 in der Raumordnung auf die Erfordernisse des Umweltschutzes bedacht zu nehmen. Welches Instrumentarium ist besser geeignet für einen vorausschauenden Umweltschutz als die Raumordnung? Das Raumordnungsrecht zwingt die Gemeinden gerade dazu, auf dem Umweltschutzsektor zu agieren und nicht nur zu reagieren.

Während die im § 1 Abs. 2 ausgesprochene Verpflichtung, auch auf die Erfordernisse des Umweltschutzes in der Raumordnung bedacht zu nehmen, programmatischer Natur ist, erfolgt ihre Konkretisierung in den Raumordnungsgrundsätzen des § 3. Diese Grundsätze sind der Kern des Gesetzes und danach haben sich alle Überlegungen und Entscheidungen zu orientieren. Entscheidungen, die diese Grundsätze verletzen, sind gesetzeswidrig. So ist zur Sicherung gesunder Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Bevölkerung die Erhaltung und Wiederherstellung eines ausgewogenen Haushaltes der Natur sowie die Qualität und Regenerationskraft ihrer Faktoren wie Boden, Wasser, Luft, Klima, Pflanzen- und Tierwelt als Lebensgrundlage nachhaltig anzustreben.

Die Raumordnungsgrundsätze verpflichten aber nicht nur das Land, sondern gelten auch für die regionalen Entwicklungs- und Sachprogramme (§ 10). So sind durch sie die anzustrebende ökologische Entwicklung der Planungsregion und die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Naturhaushaltes und der natürlichen Umwelt darzustellen. Auch auf Gemeindeebene selbst kommen die Raumordnungsgrundsätze vollinhaltlich zum Tragen, denn neben der Verpflichtung nach § 18 dürfen z.B. als vollwertiges Bauland nur solche Grundflächen ausgewiesen werden, die u.a. keiner der beabsichtigten Nutzung widersprechenden Immissionsbelastung (Lärm, Luftschadstoffe, Erschütterungen u. dgl.) unterliegen (§ 23 Abs. 1 Z. 5).

Weil sich die örtliche Raumplanung ebenfalls nach den Raumordnungsgrundsätzen zu orientieren hat, ist der Schutz von Boden, Wasser, Luft, Klima, Pflanzen- und Tierwelt nicht nur in den Bauverfahren gegeben, sondern in allen Entscheidungen der Gemeinde, denn alle Verordnungen und Bescheide der Gemeinde aufgrund von Landesgesetzen dürfen weder einem Flächenwidmungsplan noch Bebauungsplan widersprechen, widrigenfalls sie nach § 32 Abs. 3 mit Nichtigkeit bedroht sind.

Die Raumordnung erscheint mir somit keines Rechtsinstrumentarium in der Gemeinde zu sein, daß am ehesten für eine vorausschauende Umweltpolitik brauchbar ist. Es ist nur notwendig, dieses Instrumentarium im Sinne der programmatischen Erklärung des Landesgesetzgebers zu handhaben und die Raumordnungsgrundsätze zu beachten.

III.

Welche Möglichkeiten stehen eigentlich den Gemeinden zur Verfügung, im eigenen Wirkungsbereich innerhalb geltender Normen einen wirksamen Schutz der Umwelt zu erzielen?

Primär erscheint es notwendig zu sein, daß Auflagen in Bewilligungsbescheiden auch auf ihre Erfüllung hin kontrolliert werden. Bloße Absichtserklärungen des Konsensinhabers genügen sicherlich nicht, ebenso Auflagen, die ungenau oder ohne Befristung vorgeschrieben werden. Die Auflagen müssen so formuliert sein, daß ihre Erfüllung u.U. auch über die Ersatzvornahme erzwungen werden kann.

Nach § 70 der Bauordnung führt die Baubehörde die Aufsicht über den Bauzustand der bestehenden Bauten und hat der Eigentümer dafür zu sorgen, daß die Bauten in einem der Baubewilligung und den baurechtlichen Vorschriften entsprechenden Zustand erhalten werden. Daraus läßt sich die Kontrollpflicht der Behörden ableiten, denn es ist ungenügend, mit der Benützungsbewilligung das Bauverfahren für alle Zeiten als abgeschlossen zu betrachten. Welchen Sinn hätte dann die Pflicht zur Führung eines Grubenbuches über die regelmäßige Entleerung der Sammelgrube oder die Vorschreibung der jährlichen Prüfung der Betriebswerte der Rauchgase, wenn nie mehr ein Prüfungsnachweis gefordert wird? Die dauernde Kontrolle auf Einhaltung der Auflagen ist unbedingt erforderlich.

Eine weitere Möglichkeit für die Gemeinden, aktiven Umweltschutz zu betreiben besteht auch in der Ausschöpfung der

Verordnungsermächtigungen wie z.B. über die Größe und Gestalt der Baupläze, die Bepflanzung von Abstellflächen und Betriebsanlagen, die Voraussetzung für Kleingartenanlagen oder in der Überprüfung der vorhandenen Raumordnungspläne und die Gebrauchnahme von den vorausschauenden Planungsmöglichkeiten (§ 23 Abs. 16 ROG) in Blickrichtung auf einen verstärkten Umweltschutz im Sinne der §§ 1 und 3 des Raumordnungsgesetzes. Auch die stärkere Inanspruchnahme des selbständigen Verordnungsrechtes im Sinne § 41 der Gemeindeordnung 1967 bietet sich an wie etwa zur Lärmbeschränkung durch Rasenmähen oder Betrieb von Modellflugzeugen. Neben all diesen Möglichkeiten, die künftig noch durch das bereits vom Stmk. Landtag beschlossene Baumschutzgesetz ergänzt werden, ist sicherlich ein konsequenter und umweltbezogener Vollzug der Gesetze die wichtigste Maßnahme, die eine Gebietskörperschaft für einen wirksamen Umweltschutz setzen kann. Die Ausschöpfung aller vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten, die Fortentwicklung der Gesetze im Sinne eines wohlverstandenen Umweltschutzes sowie der Wille, auftretende oder bereits erkennbare Umweltfragen im Sinne der geltenden Rechtsordnung zu lösen, geben den Gemeinden genug Möglichkeiten, die vorhandenen Lebensbedingungen zu verbessern. Nicht das bloße Aufzeigen umweltrelevanter Probleme ist gefragt, sondern die gleichzeitige Erarbeitung von Lösungsvorschlägen, wie dies das Landesgesetz Nr. 78 1988 im § 10 bereits von den Gemeindeumweltausschüssen verlangt.

„... Als Bürgermeister würde ich ein Ge-
seß machen, daß man beim Wildlauf
Müll sammeln darf... und zur Papier-
erzeugung nur Altpapier...“

HOHE QUALITÄT ZU TRAGBAREN KOSTEN

Eine „hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ im geförderten Wohnbau zu erzielen, muß das Ziel aller Überlegungen jener sein, die im Wohnbaugeschehen der Steiermark involviert sind. Mit der hohen Qualität verbindet man automatisch erhöhte Kosten. Dies scheint auch vom „Hausverstand“ her gesehen, richtig zu sein, sollte jedoch genauer untersucht werden, ob nicht doch Optimierungen möglich sind. Der Begriff der Qualität müßte definiert, und die tragbaren Kosten in jedem Fall einer ökonomischen Wertung unterzogen werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt scheint der Qualitätsbegriff vorwiegend durch die Qualität im städtebaulichen — gestalterischen — und nach jahrelanger gutgemeinter Anforderungsoptimierung in vielen Ausführungsbereichen besetzt zu sein.

Die immer wieder im Vordergrund stehende Architekturqualität kann noch nicht als das non plus ultra im Gestalten von Wohnbauten angesehen werden.

Es muß auf Grund der Ergebnisse vermerkt werden, daß es nur wenige Beispiele gibt, die sich wie aus einem Guß gemacht, darstellen.

Die Inflation auf dem Planungsmarkt bringt wohl eine gewisse Vielfalt mit sich, jedoch können **Jahrhundertbauwerke**, wie sie von vielen angestrebt werden, im sozialen Wohnbau der Steiermark selten die Anforderungen im Bezug auf Haltbarkeit und Reparaturfreiheit in **Jahrzehnten** erfüllen.

Darüber hinaus ist in den letzten Jahren aus den vorgenannten Gründen das **Wohnbauvolumen** auf der Strecke geblieben.

In der Steiermark wurden im Jahre 1985 5.850 Wohnungen neu gebaut, das sind 5 Wohnungen je Tausend Einwohner. Im gesamtösterreichischen Vergleich liegen wir damit um 4% unter dem Durchschnitt. Dieses verminderte Wohnbauvolumen hat unter anderem bewirkt, daß in den Ballungsgebieten der Steiermark ein großer Wohnungsfehlbestand besteht. Konkret sind im Grazer Raum allein im Sozialbereich 3.200 Wohnungssuchende vorgemerkt. Der Fehlbestand scheint auf, obwohl die Förderungsmittel seitens des Landes vorhanden wären. Die Prognose für Graz weist überdies bis ins Jahr 2000 aus, daß ca. 18.000 Wohnungen fehlen werden. Die in Zukunft erforderliche erhöhte Wohnbauleistung kann daher **keinesfalls ohne gemeinsame Überlegungen**, eine hohe Qualität zu tragbaren Kosten zu erzielen, möglich gemacht werden.

Wie Beispiele aus unserem Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland zeigen, lassen sich befriedigende Ergebnisse, welche sowohl ökonomische als auch architektonische Komponenten erfüllen, bei gutem Willen aller am Wohnbau Beteiligten erzielen, und dies, ohne in „Schlichtwohnungsbau“ zu verfallen.

Die momentan in der Steiermark praktizierten **Stärkedemonstrationen** seitens der Architektenschaft als planende, und der Gemeinnützigen Genossenschaften als vorwiegend ausführende, sind einer Entwicklung in dieser Richtung keinesfalls dienlich.

An den **gemeinsamen Tisch** der Überlegungen für bestmögliche Ergebnisse gehören aber auch Land, Stadt und Gemeinde. Eine nachfolgend keinesfalls als vollständig zu bezeichnende Auflistung von Maßnahmen könnte eine Lösung in dieser Richtung bringen.

1. Minimieren des **Grund- und Bodenbedarfs** durch **flächensparendes Planen**.

Hier müßte seitens der Gemeinde eine Bodenpolitik betrieben werden, die ohne auf einen Schema-Städtebau zu verfallen, gute soziale Brauchbarkeit, hohe Wohnumfeld- und viel architektonische Gestaltungsqualität ermöglicht, z.B. durch langfristige, großräumige bereichsübergreifende Planungen, die damit auch Wirtschaftlichkeit im Grundstückserwerb ermöglichen.

2. Daraus folgend — vermindern der **Erschließungs-, Ver- und Entsorgungskosten** und Schaffen rationeller umweltschonender Energieversorgungseinrichtungen.

Ziel muß es sein, eine Harmonisierung in der Anwendung des Energieplanes des Landes zu erreichen und die darin enthaltenen Zielvorstellungen **logisch und vernünftig** zu erreichen versuchen. Mehrkosten dürfen nicht entstehen, wenn infolge Gebietsschutz Monopole aufgebaut werden, die marktwirtschaftliche Entscheidungen unmöglich machen.

3. Vermehrte Investitionen in Planungen für **Umfeldgestaltung** damit die Bewohner im Geschloßwohnungsbau ihr Domizil möglichst auf Lebzeiten behalten.

Die Hebung der Umfeldgestaltungsqualität wäre ein Element der Verbesserung, damit die „Flüchter“ an Wochenenden ausbleiben. (Generationenhaus, Altenteil mit Gartenschluß). Aber auch die Möglichkeit einer vermehrten Eigenleistung bei der Herstellung der Außenanlage sollte überlegt werden, da dies zu Kosteneinsparungen führen würde. Die

Möglichkeit der Eigenleistung wäre auf dieser Ebene vorstellbar, da Haftungs- und gewerberechtliche Überlegungen nicht gravierend sind.

Zur Umfeldgestaltung gehört aber auch eine realistische Einschätzung des ruhenden Verkehrs, der in erhöhtem Ausmaß in Zukunft auftreten wird (Zweitwagen).

Die vorwiegend unterirdische Anordnung der Abstellplätze mit Begrünung und somit doppelte Nutzung der Flächen sollte angestrebt werden.

4. Entflechten und hausverständlich Gestalten der **Baugesetze und Verordnungen**. Besonders im Bezug auf Brandschutz, Holzbau, Raumhöhen, Notkamine, Stiegenanlagen, Abwasserversorgungsanlagen. Zumindest jedoch Schaffen von **Gesetzesnischen** für spezifische den Gegebenheiten angepaßten kostensparenden Entscheidungen.

5. Schaffen von **Bauherrengemeinschaften**, z.B. zwischen Gemeinnützigen Genossenschaften und Architekten, die **gemeinsam die beste Lösung** zu suchen bestrebt sein müssen. Die Form des Bestimmens des Architekten, sollte so wie die Festlegung des Bauträgers auch auf Vertrauenswürdigkeit und Erfahrung Rücksicht nehmen. Die Honorierung der Planungsleistung könnte an die erzielten Ergebnisse gekoppelt werden, wobei für Mehrkosten kein Mehrhonorar, jedoch bei Minderkosten ein zusätzliches Erfolgshonorar zu vereinbaren zweckmäßig wäre.

Der Bauträger als ausschreibendes und baubeaufsichtigendes Organ sollte, wie im staatlichen Kanalbau vor Kurzem neu eingeführt, für eine Gewaltenteilung und somit für eine automatische Kontrolle Garant sein.

Der Bauträger als Gemeinnützige Genossenschaft, wo der Apparat noch überschaubar ist, wo jeder jeden kennt, wo der Vorstand noch entscheiden kann und der Bauleiter als gestandener Mann noch stolz auf seine Bauten ist, könnte auch hier die Zukunft sein. Die Verbindung mit dem Architekt, der voll genommen wird, und **brauchbare Details** liefert, wäre erstrebenswert. Unter den vorangeführten Aspekten, wieder Wohnbau zu betreiben, müßte, wie in der Bundesrepublik bereits vorerzogen, eine Kosteneinsparung von 10 bis 15% bewirken.

Die aus dieser Kosteneinsparung mögliche Mehrfinanzierung könnte in der Steiermark jährlich 300 bis 500 zusätzliche Wohnungen bringen, was dem Ziel, hohe Qualität zu tragbaren Kosten, entsprechen würde.

25 EMPFEHLUNGEN ZUR QUALITÄTSSICHERUNG BEI BAUVORHABEN

Was ist Qualität? Ganz allgemein ist Qualität die Gesamtheit der Eigenschaften und Merkmale eines Produktes oder einer Tätigkeit, die sich auf seine oder deren Eignung zur Erfüllung gegebener Erfordernisse bezieht. Diese Definition zeigt die Komplexität des Begriffes Qualität. Qualität muß aus der Perspektive der oft ungewöhnlichen Vorstellungen des „Kunden“ gesehen werden, hat aber auch eine moralische und eine nicht zu unterschätzende ästhetische Dimension. Qualität ist ebenso in der Form oder Aussage eines Briefes bzw. die Höflichkeit einer Telefonistin. Übertragen auf den Baubereich kann daraus abgeleitet werden: Wenn ein Bauwerk Qualität haben soll, muß alles zum Entstehen Notwendige (Mensch, Sachmittel, Organisation) solchen Qualitätsmerkmalen unterworfen sein.

Planung mit Qualitätssicherung

1. Als **Planer** werden „Profis“ berücksichtigt, also „Söldner“ im besten Sinne des Wortes, die ihr Handwerk verstehen und mit Engagement und Erfahrung ziel-sicher ins Schwarze treffen. Jedoch auch **junge, hungrige Planer** erhalten eine Chance. Gesunde **Konkurrenz** sichert Planungsqualität.
2. Eine **Umfrage** stellt sicher, ob **Planer** tatsächlich **Qualität** erbringen; wenn nicht, dann werden sie ohne Ausnahme auf die „watchlist“ gesetzt.
3. Es wird darauf geachtet, **nicht die Gebührenschraube** anzuziehen, sondern die **Qualitätsschraube**! Eine teure, aber gute Planung ist immer noch billiger als das Lösen von Planungsproblemen in der Bauphase.
4. Die **Grundlagen** für die Planung in den Bereichen Technik, Funktion, Qualitätsstandard, Termin und Kosten werden zu Beginn eindeutig **klargestellt**. Zu beantworten sind die gängigen Fragen: was, wie, wo, wann, wer und wieviel.
5. Bei der **Planung läßt man sich Zeit**. Als Regel gilt: mindestens den gleichen Zeitaufwand für die Planung wie für die Ausführung.
6. Für den **Planungsvorlauf** ist ein **organisatorisch klar gegliedertes Verfahren** vorzugeben und unter weitgehender Ausschöpfung aller einschlägigen Planungstechniken fortzuentwickeln.
7. Die Vielzahl der an der Planung Beteiligten muß in ihrem Miteinander organisiert werden. Planung ist ein **Teamwork** aller Beteiligten mit einem voll **verantwortlichen „Projektleiter“**.
8. Ein gutes Mittel gegen Planungsänderungen ist der „**Änderungsstopp**“, der vorher vereinbart wird und dem sich alle Beteiligten verpflichtet fühlen. Sinnvollerweise ist dieser „Redaktions-schluß“ nach der Entwurfsplanung zu setzen oder nach der Einreichplanung einschließlich der Verwaltungsrechtlichen Verfahren. Die **Berücksichtigung von Nutzerwünschen** nachher ist nicht mehr möglich.

9. Bei allen wesentlichen Entscheidungen während der Planungsphase wird die **Wirtschaftlichkeit** geprüft. Bewährte, gängige technische Lösungen sind gegenüber Experimenten mit übertriebenen „Spielchen“ vorzuziehen.

10. In den Verträgen wird die **Planungsverantwortung** und **Planungsqualität** durch Haftungs- und Pönalbestimmungen sichergestellt, denn Planung bedeutet eine Reduzierung der unternehmerischen Kühnheit auf ein für die Finanzierung erträgliches Maß.

11. Aus Gründen der Sicherheit der Aussagen werden die verwaltungsrechtlichen und sonstigen **Verfahren** vor Baubeginn abgeschlossen. Es erfolgt die **Detaillplanung** aller Leistungen und nur auf dieser Grundlage die Erstellung der **Leistungsverzeichnisse** mit den **Massenermittlungen**. Alle Leistungen werden gleichzeitig ausgeschrieben, es sind möglichst wenige Varianten und keine „Eventualpositionen“ vorzusehen: „**Fertigungs-gerechte Planung!**“

Ausführung mit Qualitätssicherung

12. Für den **Vergabevorgang** werden die „**Spielregeln**“ auch gegenüber den **Bietern** **klargestellt**, d.h., es werden die Grundlagen für die Vergabemodalitäten bzw. Vergabevorschriften dargelegt.
13. Abgestimmt auf die Größe und Besonderheit des Bauwerkes wird die günstigste Art der **Unternehmer-einsatzform** gewählt (Generalunternehmer oder Alleinunternehmer). Summarische Festpreisverträge, „**Leistungspauschalen**“ entlasten die Baukontrolle, da im wesentlichen nur mehr eine Qualitäts- und Terminkontrolle stattfindet.
14. Ein objektiver Wettbewerb mit Gleichbehandlung aller Bieter sichert ein angemessenes Preis-/Leistungs-niveau. **Nur der Bestbieter wird beauftragt**; Glücksritter und sonstige Spekulanten werden rigoros ausgeschlossen. Keine Sorge, sie suchen und finden Geschäfte woanders. Mit insolventen Firmen macht man keine Geschäfte.

15. Bereits an Firmen **beauftragte Leistungen** werden nur dann geändert, wenn **entscheidende fachliche Mängel vorliegen**, die zwingend behoben werden müssen; oder die Funktion, d.h. der Gebrauch der Sache nicht gewährleistet ist. Diese Änderungen werden ausführlich schriftlich begründet. Folgende Fragen sind zu stellen und zu beantworten:
 - Entstehen Mehrkosten und welche sonstige Folgewirkungen (technische oder wirtschaftliche) ergeben sich?
 - Liegt nicht eine Haftung der Planer durch Fehlleistungen vor?
 - Ist nicht die Firma haftbar, denn nach den Vertragsbedingungen hat sie zeitgerecht auf offensichtliche Fehler hinzuweisen?
16. Nach Fertigstellung des Bauvorhabens werden die **Firmen hinsichtlich Eignung und Leistung mit einer Prüfliste** durchleuchtet. Wenn die Qualität nicht gegeben ist, dann kommt die Firma auf die „watchlist“.

Allgemeine Überlegungen zum Planungs- und Ausführungs-prozeß

17. Es gibt kein einheitliches Erfolgs-muster für die „Superabwicklungsorganisation“, das für alle Baustellen gleich gut anwendbar ist. **Gute Organisationen sind lebende Organismen**, denen neue Muskeln wachsen, um die wechselnden Ansprüche zu erfüllen. Ein starrer Plan nimmt den Mitarbeiter Mut und Motivation.
18. Sowohl für die Planungs- als auch für die Ausführungsphase hat sich ein „**jour-fixe**“, bei dem alle Beteiligten regelmäßig zusammenkommen und vor allem die kommenden Aufgaben regeln, bewährt. Wichtiger Grundsatz beim Teamwork: keine Entscheidungen aufschieben, sondern möglichst sofort fällen. **Protokoll** mit: Wer hat was bis wann zu machen.
19. Für alle sollten von Anfang an die „**Spielregeln**“ festgelegt sein. Bewährt haben sich **klare Zielvorgaben**. Z.B. muß das Bauvorhaben bestimmte Funktionen erfüllen, termingerech fertig sein und vor allem nicht mehr als „30 Millionen Schilling“ kosten. **Alle verpflichten** sich, diese Rahmenbedingungen einzuhalten.
20. Die **Kostenverfolgung beginnt am ersten Tag** des Projektanstoßes und reicht bis zur **Abrechnung** der Gesamtbaukosten. Sie kann durch händische Aufzeichnungen über die einzelnen Kostenfaktoren erfolgen, aber auch mit Hilfe

der Automation.

21. Bei der **Delegierung von Aufgaben** an Externe wird auch die **Verantwortung (Entscheidungsberechtigung)** mitübertragen und sollte dort möglichst „in einer Hand“ sein. Dies erleichtert wesentlich die Beantwortung von Fragen nach dem „Schuldigen“ bei Fehlleistungen; andernfalls entsteht ein überaus unangenehmes „Schwarzer Peter“-Spiel und der „Bauherr“ bleibt letztlich auf der Strecke.

22. Ein wichtiges **Hilfsmittel** bei der Aufgabenabwicklung zur Verdeutlichung der Kosten- und Terminalsituation ist die **Automation**. Sie zwingt, Daten auf dem neuesten Stand zu halten.

23. Die stichprobenweise „begleitende Kontrolle“ neben der Bauabwicklung ist ein Unsinn. Wird „Mist“ gebaut, bleibt die Verantwortung unweigerlich beim Kontrollorgan. Macht man die begleitende Kontrolle laufend und genau, dann ist der Aufwand so hoch, daß die Abwicklung besser selbst wahrgenommen wird. Im übrigen: Ein Produkt ist vor allem deshalb so gut, weil es gut hergestellt wird, aber nicht, weil es nur kontrolliert wird.

24. Es zählt sich aus, **regelmäßig** die „Kunden“ (Geldgeber, Planer, Ausführer, Interessensvertretungen usw.), aber vor allem die Nutznießer zu **kontaktieren** und **ehrlich zu informieren**. Alle am Bau Beteiligten sind mit allen Freuden, aber auch mit allen Leiden teilhaben zu lassen. Das ganze Baugeschehen ist eingebettet in einem großen System zu sehen.

25. Nach dem Abschluß des Bauvorhabens soll eine **kritische Beurteilung** des Bauvorhabens erfolgen, die Lernprozesse für künftige Aufgabenabwicklungen auslösen soll. Jedoch Vorsicht mit Soll/Ist-Vergleichen: Die Statistik ist eine sehr gefällige Dame. Nähert man sich ihr mit entsprechender Höflichkeit, dann verweigert sie einem fast nie etwas.

„Wenn ich Bürger =
meisterin wäre, würde
ich direkt bei der
Schule ein Schwimm-
becken bauen lassen,
damit sich die
Kinder nach der
Schule abkühlen
können.“

Karl Glawischnig

DAS ORTSBILD

Anfangs erlaube ich mir, 2 Begriffe zu definieren: Landschaft — Ortsbild.

Die **Landschaft** ist jener Teil der Erdoberfläche, dessen Erscheinungsbild nur ein ihm eigentümliches Gepräge hat. Dabei betrachten wir in diesem Bild die organische und anorganische Natur oder die vom Menschen bewirkten Eingriffe. Im ersten Fall handelt es sich um Naturlandschaft, im zweiten Fall um Kulturlandschaft.

Die **Ortschaft** ist somit jener Teil der Kulturlandschaft, dessen Erscheinungsbild — **Ortsbild** —, verglichen mit anderen Orten, unverwechselbar ist. Dabei ist der Ort in einer definierten und gebauten Einheit zu sehen, wie z.B. ein Bauernhof, eine Siedlung, ein Dorf, eine Stadt, eine Straße... Das auf uns wirkende Bild lebt durch Proportionen (Maßstäbe), Vielfalt in Bild (Reize), Struktur und Ordnung (Entzifferung), durch Kontraste (Material, Schatten, Farbe) sowie Symbole und Fixpunkte. Wenn diese 7 Komponenten in Harmonie zueinander stehen, so wirkt das Bild auf uns „schön“.

Das Ortsbild entsteht aus einem Wechselspiel zwischen dem Ort und den darin wirkenden Bewohnern. Weiters ist es das Ergebnis historischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen. Es bildet aber keinen unverrückbaren Zustand, sondern es wurde und wird immer wieder verändert. Die Gründe der Veränderung eines Ortsbildes gehen mit den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen einher.

Ohne weit in die Geschichte zurückgreifen zu müssen, seien hier nur die letzten 45 Jahre seit Ende des 2. Weltkrieges betrachtet. Dabei erkennt man 3 Veränderungsphasen, die mit jeweils ca. 15 Jahren begrenzt sind:

Die Aufbauphase (1945 — 1960). Hier galt es, Verlorenes und Notwendiges wieder aufzubauen, wobei durchaus auf die vor erwähnten 7 Ortsbildkomponenten

bescheiden Rücksicht genommen wurde. **Die Verbrauchsphase (1960 — 1975).** Hier wurden vor allem durch den Irrtum „ALLES — IST — MACHBAR“ Lebensgrundlagen rigoros verbraucht (z.B. Bodenverbrauch). Großer Gesichts- und Identitätsverlust in unseren Orten wurde spürbar. Heimat im wahrsten Sinne ging verloren. Letztlich wurde aber auch ein Umdenkungsprozeß (zum Schutze der Umwelt = Ortsbild) eingeleitet.

Die Ordnungsphase (1975 bis heute). Hier wurden die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zur Ordnung des gesamten Lebensbereiches geschaffen (z.B. Raumordnungsgesetz, Naturschutzgesetz, Ortsbildgesetz).

Wir haben jetzt zwar die Gesetze, die et was regeln, jedoch die Gesinnung können sie nicht schaffen. Dazu brauchen wir Besinnung und Aufklärung — Besinnung auf die wahren Werte aus der Tradition, aber auch die Besinnung auf den fortschrittlichen Geist unserer Zeit. Dabei muß die Qualität als oberstes Gebot im Baugeschehen und in Gestaltungsaufgaben Vorrang haben. Aufklärung ist vor allem über den Ort und durch den Ort notwendig, wobei die baulichen Ordnungsprinzipien, die typologischen Zusammenhänge und der Maßstab zu wahren sind. Als Basis dafür gilt es, den Gemeinschaftsgeist eines Ortes zu wecken und zu pflegen. Die Verantwortung für das Ortsbild, welches auch als Spiegel der Bewohner steht, wird dann auch gemeinschaftlich getragen.

Als würdiges Beispiel einer Gemeinde mit Ortsbildgesinnung kann hier Lassing (stellvertretend für viele andere Gemeinden) genannt werden. Lassing wurde und wird laufend durch einschneidende Baumaßnahmen umgestaltet (z.B. Dorfplatz, Raika, Gemeindeamt, Schule, Mehrfamilienwohnhäuser), wobei das bewährte Alte genauso seinen Platz findet wie das gute Neue.



WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Sichere Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmungen stellen nicht nur die Grundlage für den Wohlstand der Bevölkerung dar, sie sind auch die Basis für die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben und Leistungen der Gemeinden. Die Erhaltung einer gesunden Wirtschafts- und Branchenstruktur liegt also nicht nur im Interesse des Landes und des Bundes (dem aufgrund der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung die wirtschaftspolitische Hauptverantwortung zufällt), sondern beeinflusst auch unmittelbar das Leben in den Gemeinden.

Wirtschaftsförderung ist daher auch nicht eine ausschließliche Aufgabe des Bundes und der Länder, sondern ebenso sehr eine zentrale Aufgabe – ja sogar Verpflichtung – der Gemeinden. Ebenso klar ist allerdings auch, daß die finanziellen Möglichkeiten einer Gemeinde keinesfalls ausreichend sind, um mit der nationalen und internationalen Förderungskonkurrenz mithalten zu können.

Das monetäre Förderungsinstrumentarium – seien es nun nicht rückzahlbare Beihilfen und Zuschüsse, zinsbegünstigte Darlehen oder die Übernahme von Ausfallhaftungen – ist in ganz Österreich (so wie in allen Industriestaaten) und auch in den einzelnen Bundesländern stark ausgeprägt, in seiner Gesamtheit nur noch von wenigen Experten überblickbar und, was für die Unternehmer am unangenehmsten ist, auf verschiedene, voneinander unabhängige Einrichtungen zersplittert. Hier wurden seitens des Landes bereits Maßnahmen zu einer Entbürokratisierung und Koordinierung eingeleitet.

Bis vor wenigen Jahren waren im Bereich des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung nicht weniger als vier Abteilungen mit Förderungsaufträgen befaßt. Im Sinne einer Verbesserung des Zuganges zu den Förderungen und auch zum Zwecke der besseren Koordinierung wurden zu Beginn des Jahres 1989 sämtliche Förderungsaufträge im Bereich des Landes zusammengefaßt. Seit rund einem Jahr gibt es daher in der Steiermark als einzige Anlaufstelle für sämtliche unternehmensbezogenen Förderungen die Fachabteilung für Wirtschaftsförderung (nach wie vor eigene Bereiche bleiben die Landwirtschafts- sowie die Wohnbauförderung). Damit wird sowohl den Unternehmern als auch den mit Wirtschaftsförderung betrauten Funktionären in den Gemeinden eine zentrale Informationsstelle für sämtliche Förderungen geboten: Wie und vor allem wofür man eine Förderung erhalten kann, aber auch darüber, was in Aktionen des Landes und des Bundes bzw. in den kooperativen Förderungsaktionen nicht förderbar ist.

Auch die mit spezifischen Aufgabenbereichen betrauten „Vorfeldorganisationen“ der Steirischen Wirtschaftsförderung (wie etwa die Betriebsansiedlungsgesellschaft BEA) wurden organisatorisch stärker eingebunden. Ihre Tätigkeit wird vom Wirtschaftskordinator des Landes auf die Erfordernisse der Landesförderung abgestimmt.

Wirtschaftsförderung darf aber keinesfalls nur monetär gesehen werden. Finanzielle Unterstützungen können bestenfalls eine Starthilfe darstellen, einen Beitrag, um risikoreiche Projekte überhaupt erst beginnen zu können, neue Technologien rechtzeitig einsetzen zu können oder aber als Ausgleich für echte Standortnachteile. Auch regionale Beschäftigungsprobleme größeren Umfangs können der Anlaß dafür sein, durch temporäre Förderungsmaßnahmen Standortentscheidungen von Unternehmern zu beeinflussen und damit zur Stabilisierung der Beschäftigung beizutragen. Als Beispiel dafür sei hier die Strukturmodernisierung der Verstaatlichten Industrie angeführt, wo es innerhalb von wenigen Jahren zur Freisetzung von Tausenden von Arbeitskräften gekommen war. Hier konnten durch gemeinsame finanzielle Anstrengungen des Bundes und des Landes für den überwiegenden Teil der Betroffenen in privaten Unternehmungen bzw. privatisierten Teilbereichen der Verstaatlichten Arbeitsplätze geschaffen werden.

Parallel zur monetären Wirtschaftsförderung existieren immaterielle Förderungsmöglichkeiten, welche ebenfalls die strukturellen Probleme unserer Wirtschaft bewältigen helfen. Ausländische Investoren geben auf die Frage, welche Gründe sie zu einer Ansiedlung bewegen haben, immer wieder die Antwort, daß die monetären Förderungen nicht unwesentlich, aber keinesfalls entscheidend gewesen seien. Als diese entscheidenden Faktoren werden immer häufiger das Vorhandensein voll erschlossener, baureifer Grundstücke, eine optimale verkehrsmäßige Anbindung der Standorte (Straße, Schiene, Luft) sowie, als zentraler Faktor, ein ausreichendes, gut ausgebildetes Fachkräftepotential genannt.

Betriebsansiedler bringen in der Regel die neuesten technischen Geräte und Verfahren mit. Und sie stellen Personal ein, das nach relativ kurzer Einschulungszeit in der Lage sein muß, die neuen Techniken zu beherrschen und einen möglichst geringen Anteil an Ausschußprodukten herzustellen. Dasselbe gilt auch für expandierende heimische Betriebe, deren Weiterentwicklung immer häufiger durch einen Mangel an geeigneten Arbeitskräften behindert und verzögert wird. Die Aus- und Weiterbildung von (sowohl technischen als auch kaufmännischen)

Fachkräften ist damit ein Schwerpunkt einer neuen steirischen Förderungspolitik. Ein weiterer Schwerpunkt liegt im Bereich der Technologie. Im Zuge der zunehmenden Internationalisierung der Wirtschaft und angesichts der Entwicklungen in Europa (der EG-Binnenmarkt soll Ende 1992 vollendet sein, die Öffnung der Grenzen und die Liberalisierung der Wirtschaft Osteuropas sind voll im Gange) kommt diesem Bereich für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe allerhöchste Priorität zu.

Die Einführung neuer Technologien ist eine der risikoreichsten Unternehmensentscheidungen. Die Wahl der falschen Technologie oder die zu späte oder auch zu frühe Einführung der richtigen Technologie kann das Unternehmen ruinieren. Bereits Anfang der 80er Jahre wurde auf Initiative des Landes die **Technova** gegründet (diese Gesellschaft zeichnet übrigens auch für den äußerst erfolgreichen Steirischen Technologiepark in Graz sowie für den kürzlich eröffneten Technologiepark in Niklasdorf verantwortlich) und mit der Beratung steirischer Unternehmen in Technologiefragen betraut. In den letzten drei Jahren wurden tiefgreifende Beratungsprogramme (das Steirische Innovationsprogramm, das Strukturverbesserungsprogramm Obersteiermark etc.) gestartet und erfolgreich abgeschlossen. Weiters wurde im Juni dieses Jahres ein umfassender Kooperationsvertrag mit der deutschen Steinbeis-Stiftung, welche weltweit tätig ist und über mehr als 2000 Mitarbeiter für die Lösung beinahe sämtlicher Technologiefragen beschäftigt, geschlossen.

Damit erscheint die Steirische Wirtschaftsförderung gewappnet, den Herausforderungen der Zukunft mit neuen Strategien erfolgreich entgegenzutreten. Als Beitrag der Gemeinde zum Gelingen der neuen Förderungspolitik, wären folgende Maßnahmen wünschenswert: Längerfristige Planung hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten von Grund und Boden, zügige Abwicklung verschiedener behördlicher Verfahren, Vermittlung von Kontakten und Informationen und letztlich auch die finanzielle Beteiligung an den monetären Förderungen des Landes im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten.

Erfolgreiche Wirtschaftsförderung verlangt ein aktives Gestalten des Umfeldes, welches dynamische und zukunftsorientierte Unternehmen für ihre Entwicklung benötigen. Diese Rahmenbedingungen können langfristig seitens des Landes nur in Zusammenarbeit mit den Gemeinden geschaffen werden und letztlich dazu beitragen, daß die Steiermark mit „Unternehmerland“ assoziiert wird.

BRAUCHT EINE REGION EIN TOURISTISCHES LEITBILD?

Was versteht man unter dem „Leitbild“ für eine Tourismusregion?

Der Begriff „Tourismusleitbild“ wird in der Literatur und in Fachgesprächen immer wieder gebraucht. Häufig bleibt aber unklar, was genau darunter zu verstehen ist. Gelegentlich geht aus dem Zusammenhang hervor, daß damit eigentlich ein „Tourismuskonzept“ umschrieben wird und nicht nur ein Teilelement daraus, eben das Leit-Bild.

Aus unserer Sicht handelt es sich dabei um den berühmten „roten Faden“, die Orientierungshilfe für alle am Tourismus Beteiligten in der Region (im Ort), damit Zukunfts-Entscheidungen für den Tourismus weniger „nach dem Gefühl“ getroffen werden sollen.

Vor allem geht es aber darum, — ein Versprechen zu formulieren, das der Region die Erfüllung ihrer touristischen Ziele gewährleistet und es ihr ermöglicht, sich von der Konkurrenz abzuheben.

— Dieses Versprechen muß einfach und direkt sein, eine klare Botschaft für die Gäste und eine Art „Schlachtruf“ für die am Tourismus-Beteiligten auf allen Ebenen.

Das „Konzept“ (Arbeitsprogramm) soll das Versprechen in Maßnahmen ummünzen. Die Ziele sollen möglichst konkret und kontrollierbar werden.

Leit-Bilder sind leider zu oft eher allgemein und grundsätzlich formulierte Aussagen (und damit wenig verbindlich). Manchmal sind es auch Visionen, denen der Bezug zur Realität fehlt. In vielen Tourismusorten wäre es schon schön, zumindest Visionen zu haben; diese würden eine gute Basis zur Erarbeitung eines Leit-Bildes darstellen.

Warum braucht eine Region eine touristische Orientierungshilfe?

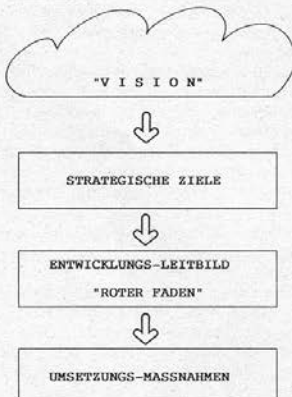
Die Entwicklung des Tourismus in den letzten 15 Jahren war von extremen Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Viele Tourismusregionen erlebten in dieser Zeit einschneidende Veränderungen.

Zunächst — in den 70er Jahren — profitierten alle von der touristischen Hochkonjunktur. Als nach 1981 die Nächtigungszahlen zu sinken begannen, konnten sich viele Tourismuszentren behaupten und touristische Randregionen verloren von Jahr zu Jahr mehr an Boden. Die Entwicklung war in den Orten und

Regionen äußerst unterschiedlich — vielfach „passierte“ der Fremdenverkehr ganz einfach. Nur in den selteneren Fällen konnte ein gezielter, strategischer Aufbau einer touristischen Entwicklung beobachtet werden.

Einige erfolgreiche Fremdenverkehrs-Orte und -Regionen gingen dabei nach einem klaren „Arbeitsprogramm“ oder „Konzept“ vor. So zum Beispiel Bad Kleinkirchheim in Kärnten, dessen Entwicklungsschritte in einem Entwicklungskonzept klar abgesteckt sind.

Heute werden die Bedingungen am Tourismusmarkt immer schärfer und der Wettbewerb der Orte immer härter. Zudem haben viele Gemeinden und Kleinregionen Probleme im „Inneren“ — durch Konflikte und Uneinigkeit zwischen ihnen angehörigen Verbänden und Fraktionen (in einer Tiroler Fremdenverkehrs-Gemeinde erlebten wir einmal drei Verbände, die nicht miteinander konnten...). Trotz solcher schwierigen Rahmenbedingungen sind touristische Entwicklungskonzepte und — damit verbunden — Entwicklungsleitbilder noch relativ selten Wirklichkeit.



Wer sollte das Leitbild erarbeiten?

Nun — grundsätzlich können es Fremdenverkehrs-Verantwortliche der Region (des Ortes) oder „Experten von außen“ sein. In vielen mittleren und kleineren Orten wird die Bedeutung des Tourismus zu wenig ernst genommen, und daher ist dafür kaum Zeit und Geld übrig. In größeren Orten unterliegen Tourismusdirektoren oft dem Zwang, rasche Erfolge zu bringen. Damit wird ihnen oft gar nicht die Zeit gegeben, in Ruhe an einem Kon-

zept zu arbeiten.

Zudem glaubt man oft dem „Propheten im eigenen Land“ nicht. Manchmal werden „Experten von außen“ beigezogen. So wurden auch wir — die „Edinger Tourismusberatung“ — bereits rund 50 mal beauftragt, ein Entwicklungskonzept für einen Ort oder eine Region zu erarbeiten. Viele Konzepte sind leider in der Schublade (von Gemeindefachleuten) liegen geblieben. Manche haben Gemeindepolitiker als Argument oder als Alibi gebraucht. Nur in seltenen Fällen hatten wir das Gefühl, daß wirklich ein innerer Antriebsdruck da war, aus der Region heraus etwas zu entwickeln und sich der Meinung von Experten zu bedienen.

Wir können heute grundsätzlich drei Formen von Tourismuskonzepten unterscheiden:

1. Das „Expertenpapier“, das vom Experten ohne direkte Beteiligung der Auftraggeber erstellt wird.
2. Der Erfolg: Besonders prädestiniert für die Schublade.
3. Eine Konzept-Ausarbeitung mit 2–3 Arbeitstagen für die Tourismus-beteiligten im Ort.

Der Erfolg: schon besser.

3. Die moderierte Orts-Entwicklungs-Studie, an der der betroffene Ort stark mitarbeitet. Sie ist für alle Beteiligten (Dauer 8–12 Monate) am anstrengendsten, am teuersten, aber auch am erfolgreichsten.

Grundvoraussetzung aus unserer Sicht ist jedoch, daß sich in der Region (im Ort) „7 Zugpferde“ finden. 7 x initiativ Menschen, die am Konzept und später an der Umsetzung maßgeblich mitarbeiten. 3 sind zu wenig — denen unterstellt man sofort Eigennutz.

Wenn in einer Region kein VW-Bus voll an engagierten Leuten zusammengebracht werden kann, wird auch das Konzept in der Schublade bleiben. Der Experte von außen kann relativ wenig bewegen, wenn das unternehmerisch-menschliche Potential in einem Ort nicht vorhanden ist.

Vom externen Berater geht meist ein starker Motivationseffekt aus. Als „neutrale Person“ kann er im Ort (in der Region) bestehende Schwierigkeiten und Konflikte leichter überbrücken. Wenn es uns als neutrale Experten von außen irgendwo gelungen ist, eine Entwicklung in einer touristischen Region einige Millimeter weiterzubringen, dann nur dort, wo wir ein Feuer entfachen konnten. Dort, wo ein Ort oder eine Region ein Leitbild bekommen hat, einen roten Faden, eine Vision...

Damit die Umsetzung des Konzeptes dann nicht stecken bleibt, müssen laufend (zumindest kleine) Erfolgsergebnisse entstehen.

Das Leitbild als Ausdruck einer „neuen Denkweise“?

Tourismuskonzepte sind eine sensible Sache. Sie beschäftigen sich nicht nur mit der Wirtschaft, sondern auch mit der Ökologie und der soziokulturellen Struktur. Nicht alle Investitionen, die sich im Sinne einer ganzheitlichen Kosten-Nutzen-Prüfung rechnen, sind langfristig sinnvoll.

Daher sollte versucht werden, vom „Infrastruktur-Denken“, wo touristische Erfolge und Mißerfolge primär auf bestehende oder fehlende infrastrukturelle Angebote zurückgeführt werden, wegzukommen.

Hin zu einer „neuen Art des Denkens“:

- Wir sollen versuchen, in Situationen für den Urlauber zu denken, den Feriort (die Ferienregion) als „Gesamtprodukt“ sehen und Fraktionsdenken über Bord werfen. Den Gast interessiert die örtliche Kirchturnpolitik nicht.

- Aus der Sicht des Gastes stellen die Orte bzw. Gemeinden in der Situation der Urlaubsentscheidung (Entscheidung für ein Urlaubsziel) kein touristisches Angebot dar, in dem man etwas anfangen könnte. **Er sucht keinen Ort, sondern ein Urlaubsangebot, das seinen Wünschen und Ansprüchen gerecht wird.** Wo dieses Angebot zu finden ist, ist aus der Sicht des Gastes nur in zweiter Linie bedeutend. Daher muß im touristischen Marketing neben der Region als größere Einheit, das auf die Wünsche des Gastes abgestimmte „Angebotspaket“ (Problemlösungspaket) im Vordergrund stehen. So sehr das „Kirchturndenken“ aus der Sicht der Ortschaften verständlich sein mag — aus der Sicht des Gastes ist es völlig unmaßgeblich.

- Der Feriort bzw. die Ferienregion sollte nicht nur aus seinen touristischen Infrastruktur-Einrichtungen bestehen (die sich ja überall in ähnlicher Form wiederholen). Vielmehr sollte eine „Botschaft“ (Philosophie) geschaffen und ausgegeben werden. Sie sollte sich zum gemeinsamen „Schlachtruf“ am Markt entwickeln und sich als „Philosophie“ des Ferienortes wie ein roter Faden durch das Ferienereignis des Gastes ziehen.

Das gemeinsam erarbeitete Tourismuskonzept und Tourismusleitbild wird bei moderierten Ortsentwicklungs-Studien mit dem Rückenwind der Motivation leichter umgesetzt. Es handelt sich ja um das gemeinsame „Baby“ der mitarbeitenden Tourismus-Beteiligten. Das ist besonders wichtig, denn für eine erfolgreiche Entwicklungsarbeit ist nur zu 10% das Konzept aber zu 90% die Arbeit an der Umsetzung (an Selbstverständlichkeiten!) erforderlich. Ohne das eine geht aber das andere nicht.

Helmut Moser

EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUM TOURISMUS

Der steirische Tourismus ist im Aufbruch. Personelle und strukturelle Veränderungen bringen ihn wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Das Wort „Fremdenverkehr“ wird abgelegt. Nicht als bloßes Lippenbekenntnis, sondern als Synonym dafür, daß Touristen bei uns keine Fremden sind, sondern willkommene Gäste. Der Steirer hat sich der landschaftlichen und kulturellen Ressourcen der Steiermark besonnen und setzt auf einen neuen Wirtschaftszweig: Tourismus.

Die alten Industrien sind im Sinken und bringen gewaltige Strukturprobleme mit sich. Vormalige klassische Industriezentren, aber auch Regionen, die immer mit strukturellen Problemen zu kämpfen hatten, setzen auf diesen neuen Wirtschaftszweig und wollen am Tourismuskuchen mitnaschen. Tourismus ist sicher eine Wachstumsbranche. Kürzere Arbeitszeiten bringen längere Freizeiten mit sich. Höhere Lebenserwartung verbunden mit größerer Mobilität — auch im Alter — schaffen neue Zielgruppen, die sich auch in den Prognosen über die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges niederschlagen. Laut einer Genfer Studie sollen sich die Umsätze verdoppeln.

Ein Wirtschaftswachstum bringt sicher sehr viele positive Seiten mit sich, doch gerade die letzten Jahre zeigen verstärkt auch die Probleme auf, die eine intensive touristische Nutzung mit sich bringt. Tourismus als Dienstleistungsgewerbe speziell in Gebieten mit saisonbedingten Spitzen, bringt eine Veränderung der Lebensverhältnisse mit sich. Eine Untersuchung über Tiroler Familien, die im Tourismus beschäftigt sind, zeigt die Problematik sehr gut auf. Die andere Seite! Die ökologischen Auswirkungen durch eine Überbelastung, wie z.B. die Adria und die Alpenproblematik, einige Almen in Südtirol, die von Tourismusuhorden niedergetrampelt werden als Sommerbeispiele, aber auch Winterkatastrophen wie z.B. Murenabgänge in Skiregionen bzw. die Diskussion über die Belastungen durch Kunstschnee sind bereits auf breiter Basis diskutierte Auswirkungen eines Tourismus.

Wohin geht die Steiermark? Massentourismus — „Sanfter Tourismus“ sind die beiden Pole, die in die Diskussion eingebracht werden. Der Euphorie von manchen Touristikern werden bereits warnende Beispiele aus dem Westen von Österreich gegenübergestellt. Doch eines am Anfang: Trotz der guten Ergebnisse des steirischen Tourismus sind wir nach wie vor eine touristische Randregion.

(Wir bräuchten diese Zuwachsraten noch einige Jahre um dorthin zu kommen, wo wir schon einmal waren — und damals haben nur wenige von Tourismus als Wirtschaftszweig gesprochen). Mit wenigen Ausnahmen (Dachstein-Tauern-Region) ist die Steiermark ein touristisches Entwicklungsland. Aber gerade darin besteht eine große Chance für die Steiermark sich als Tourismusland zu profilieren. Das touristische Produkt „Steiermark“ ist in weiten Teilen erst herzustellen und hier könnte (müßte) man von den Fehlern oder Entscheidungen, die in Sackgassen führen, lernen. „Wieviele Touristen pro Hektar Strand“ war der auslösende Artikel von Robert Junkh (1980) und unter dieser Prämisse sollte diskutiert werden. Wohin sollte er sich entwickeln — einen Entwicklungsrahmen festzulegen und dieser sollte auf einer breiten Basis aller direkt und indirekt Betroffenen und unter gleichzeitiger Bewußtmachung, was unser Produkt ist, und wo eine zu starke Frequenz beginnt, das Produkt zu zerstören, diskutiert werden. Tausend Leute in einem Erlebnisbad können bei entsprechender Konzeption durchaus zu verkraften sein, 1000 Paddler oder Rafter auf 40 km Flußlänge zerstören das, was diesen Sport so attraktiv macht. 2000 Leute in einem Schigebiet und 300 Tourenfahrer auf ein und demselben Gipfel — Zahlen, die nicht miteinander vergleichbar sind. Sanfter Tourismus heißt nicht weniger Touristen, sondern heißt, sorgfältige Planung des Tourismuspaketes unter der größtmöglichen Einbeziehung einer regionalen Identität und der Bevölkerung.

Tourismus ist eine Wachstumsbranche, aber dieses Wachstum spielt sich immer mehr in Zentren ab (extensive Regionen werden weiter abfallen), d.h. es ist die Aufgabe aller Verantwortlichen dieses Landes, touristische Zentren zu entwickeln (nicht jede Gemeinde kann sich als Tourismus-Gemeinde profilieren) und von der Qualität dieser Profilierung wird es abhängen, ob sich die Steiermark als Tourismusland etablieren kann.

Ein marktgerechtes (vielleicht marktorientiertes) Entwicklungskonzept soll das Nahziel, das von allen mittelbar und unmittelbar Betroffenen getragen wird, sein.

SANFTER TOURISMUS

Seit Robert Jungk 1980 in seinem berühmten gewordenen Artikel „Vielviel Touristen pro Hektar Strand“ eine Kontrastliste von „hartem“ und „sanftem“ Reisen (siehe Kasten) veröffentlichte, ist der Begriff „Sanfter Tourismus“ in aller Tourismusfachleute Munde. Allerdings ist es auch nach knapp 10jähriger Diskussion noch immer nicht gelungen, diesem Terminus eine eindeutige Begriffsbestimmung zu verpassen. Zu unterschiedlich sind die Zugänge diverser Spezialisten, die sich dem Thema verschrieben haben. Aufgrund der in jüngster Zeit massiv auftretenden Umweltschäden auch infolge der touristischen Übererschließung (z. B. verheerende Murenabgänge 1983 in der Axamer Lizum und 1987 im Veltintal) stürzen sich viele Experten im Namen des „Sanften Tourismus“ nur auf den ökologischen Aspekt (etwa W.-J. Reith, A. Spiegler, Österreichische Raumordnungskonferenz u. a.) und vergessen in ihren Definitionsversuchen, daß natürlich auch das Sozialgefüge und der kulturelle Bereich der bereisten Regionen teilweise massiv Schaden nehmen.

So soll hier ganz bewußt die Definition des schweizer „Tourismuspapstes“ Jost Krippendorff in ihrer vollen Länge wiedergegeben werden, um einer ganzheitlichen Betrachtungsweise des Phänomens gerecht zu werden. Er umschreibt nämlich den „Sanften Tourismus“ als

„Gewährleistung einer optimalen Befriedigung der vielfältigen touristischen Bedürfnisse für Menschen aller Volksschichten im Rahmen leistungsfähiger Einrichtungen und einer intakten Umwelt unter Berücksichtigung der Interessen der ortsansässigen Bevölkerung.“ — Zusammengefaßt in einem Schlagwort: Umwelt- und sozialverträglicher Tourismus.

Um die in Österreich schon ziemlich massiv auftretenden ökologischen Bedenken in Hinblick auf den herkömmlichen Tourismus auch um die — meiner Meinung nach — noch zuwenig beachtete soziokulturelle Facette zu erweitern, sei hier kurz ein vorbildhaftes Modell aus dem obersten Rhönetal, dem Obergoms, vorgestellt: **INNS OBERGOMS — EINE INITIATIVE FÜR EINE ZUKUNFT MIT ZUKUNFT**.

Am Anfang war der Protest. Ins Haus stand den Obergomern nämlich die Realisierung eines aus den frühen 70er Jahren stammenden Erschließungsprojektes einer kleinen Gruppe von Promotoren, das „Initiativkomitee Sidelhorn“. Damit sollte dem Obergoms, das sich bis dahin ganz dem sanften Schlinglauf verschrieben hatte, ein nicht ins touristische Leitbild passendes Alpinschiebgebiet inklusive Transportanlagen mit einer Förderkapazität von 5500 bis 6000 Personen pro Stun-

de um 20 Mio. sfr (Preisbasis 1983) beschert werden.

Dabei war es vor allem die Verweigerung einer öffentlichen Diskussion des Projektes von seiten der Promotoren, die viele Einheimische verärgerte, und die Selbstherrlichkeit, mit der diese Gruppe selbst die Behörden von sechs der zwölf Talgemeinden bei der Planung übergang. Dieses Vorgehen löste Widerspruch unter der Bevölkerung aus. Erstmals wurde Tourismus im Obergoms gesprächsfähig und Diskussionsthema auch am Wirtshausstisch.

Das Unbehagen führte bald zum organisierten Widerstand: 1984 wurde nämlich die Bürgervereinigung „Inns Obergoms — Initiative für eine Zukunft mit Zukunft“ gegründet, der Anfang 1987 200 Mitglieder aus allen Schichten der Bevölkerung angehörten: Bauern und Arbeiter, Hoteliers wie Gewerbetreibende, jugendliche Grüne wie ergraute Wertkonservative.

Dabei bedeutet der Name „Inns Obergoms“ keine imperative Aufforderung, ins Obergoms zu kommen, sondern kommt aus dem Dialekt und bedeutet soviel wie „Unser Obergoms“. Dahinter verbergen sich mehrere Anliegen: Die Sorge ums Tal, ein gewisses Selbstbewußtsein auch, das in der Vergangenheit ziemlich Schaden genommen hatte, und vor allem der Anspruch, daß die Menschen im Obergoms in jedem Fall selber bestimmen möchten, wieviel von welchem Tourismus sie haben wollen.

Diese Einstellung spiegelt sich schon in den Statuten des Vereins wider — nach Artikel 3 lautet nämlich der Vereinszweck folgendermaßen:

„Der Verein bezweckt den Zusammenschluß der fortschrittlich und kritisch denkenden Leute im Obergoms mit den Zielen:

a) Fragen der künftigen Entwicklung und insbesondere des Tourismus in der Region Obergoms zu einem Diskussionsthema zu machen.

b) Unter Einbezug möglichst aller Bevölkerungsschichten und Interessen die tatsächlichen Entwicklungsbedürfnisse abzuklären.

c) Die betroffene Bevölkerung über die Vor- und Nachteile, die Folgen und Gefahren einer touristischen Entwicklung nach gängigem Schema zu informieren.

d) Nach anderen, für das Obergoms besser geeigneten Entwicklungsmöglichkeiten und Wegen zu suchen, die auf den langfristigen gemeinsamen und nicht auf den kurzfristigen Profit ausgerichtet sind.

e) Dafür einzustehen, daß die Entwicklung in jedem Fall kontrolliert und nachvollziehbar verläuft und daß Meinungsbildung und Entscheidungen in der Region und ihren Gemeinden auf demokrati-

scher Grundlage erfolgen.“

Was aber sind nun die Vereinsaktivitäten? Da wäre einmal die Informationstätigkeit durch eine regelmäßig erscheinende und an alle Haushalte der Region verteilte Zeitung („Innschi Zitig“), Vorträge, Diskussionsveranstaltungen und Filmvorführungen, die bislang ein überraschend gutes Echo fanden.

Herzstück der Tätigkeit jedoch ist die Arbeit in mehreren Arbeitskreisen, die beispielsweise den Richtplan beraten, sich mit dem touristischen Ausbau der Region befassen, Verkehrsprobleme erörtern, Vorträge und Exkursionen organisieren. Für unseren — den soziokulturellen — Bereich am interessantesten ist ein Arbeitskreis, dessen Ziel „die Beschäftigung mit Kulturgeschichte im weitesten Sinn unter Berücksichtigung der lokalen Möglichkeiten und Eigenheiten“ ist. 10 bis 12 Obergommer, Männer und Frauen unterschiedlicher Berufe und Altersklassen, setzen sich mit einem kantonalen Kulturarbeiter zusammen, und bald kristallisierte sich ein Arbeitsschwerpunkt ab: Man einigte sich aufgrund der außerordentlich gut erhaltenen Siedlungslandschaft des Obergoms auf das Thema „regionale Architektur“. Im „Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz“ sind von den 15 Obergommer Siedlungen nicht weniger als 11 höchstmöglich als von nationaler Bedeutung eingestuft!

Als Methode bot sich der Lehrpfad an. In einer ersten Phase sollte ein Pfad entstehen, der einerseits alle Dörfer der Region miteinander verbindet und andererseits im Sinne einer Grundinformation das Repräsentative und Sehenswürdige berücksichtigt. Der nun verwirklichte kulturhistorische Wanderweg will die Besucher zu markanten wie versteckten Punkten der Obergommer Siedlungs- und Kulturlandschaft hinführen und dabei hervorragende wie typische Äußerungen der Kulturgeschichte dieser Region sichtbar machen und entschlüsseln.

In der gemeinsam im Arbeitskreis erstellten Broschüre „Durchs Obergoms — ein kulturhistorischer Wanderweg“ werden dem Interessierten neben Ortsplänen und zum Vergleich anregenden historischen Fotos auch vielfältige Informationen geboten, wobei sich die Angaben nicht nur auf das „Sichtbare“ beziehen, sondern die Objekte in ihrem Kontext darstellen: Die Kirchenausstattung als Spiegel barocken Geistes, Gebäude als Niederschlag sozialen Lebens, der Nutzbau als Ausdruck von Selbstversorgung und Genossenschaftssinn usw.

Durch die intensive Beschäftigung häuften sich eine Fülle von Material über die eigene Kultur an, sodaß im Arbeitskreis die Idee des „wachsenden Werkes“ aufkam:

Das Projekt „Durchs Obergoms“ sollte zu einem formal und inhaltlich offenen Langzeitprojekt werden. Daher sind — sobald es die finanzielle Lage des Vereins erlaubt — weitere Pfade geplant, wofür folgende Themen in Frage kämen: Mensch und Natur, traditionelle Landnutzung, Alpwirtschaft, kollektive Arbeitsformen, traditionelle Gewerbe, ländliche Architektur, ausgestorbene Siedlungen, das alte Wegenetz, Spuren historischer Ereignisse, alte Reiseberichte, Sagen u.a.m.

Soweit der momentane Stand des Projektes. Das Faszinierende und Innovative liegt dabei wohl in mehreren Punkten: — Einheimische setzen sich selbst intensiv mit der eigenen Kultur und Tradition auseinander. Folge davon ist ein gestärktes Selbstbewußtsein, eine geförderte regionale Identität, was die Position der „Bereisten“ gegenüber den Reisenden wesentlich verbessert.

— Gleichzeitig wird diese lokale Kultur von den Einheimischen in einer differenzierten Art aufbereitet und den Gästen als touristisches Angebot im Sinne einer Kulturbegegnung — statt Kulturkonfrontation — präsentiert. Traditionelle Kultur einmal nicht im folkloristischen Kleid! — Außerdem wird den Forderungen der Vereinsstatuten von „Inns Obergoms“ und eines sozial- und umweltverträglichen Tourismus Genüge getan, indem das Projekt „Kulturlehrpfad“ Formen aufweist, die den örtlichen Gegebenheiten angepaßt sind. Das heißt einmal: Nutzung des Bestehenden — also keine neue

Infrastruktur etwa in Form eines Museums, heißt weiter: Aufbauen auf bzw. Aufnehmen von laufenden Entwicklungen (z.B. Wander- und Langlauf Tourismus), heißt schließlich auch: Schaffung eines Angebots, das Stärken und Qualität der Region hervorhebt (z.B. Intaktheit der Siedlungslandschaft).

Übrigens: Durch intensive Kontakte des projektbetreuenden Kulturarbeiters zu Wissenschaft und Forschung konnte eine Studentin des Fremdenverkehrsinstitutes

der Universität Bern dazu angeregt werden, sich intensiver mit der Obergommer Region zu beschäftigen. In Folge erstellte sie im Rahmen ihrer Abschlußarbeit ein ähnliches Projekt für St. Ulrich — eine der Obergommer Gemeinden — allerdings auf Interessen, Fähigkeiten und Möglichkeiten von Kindern abgestimmt. Titel: „Kindern Kultur vermitteln“ — eine Möglichkeit, die auch österreichische Fremdenverkehrsregionen nutzen könnten!

HARTES REISEN

Massentourismus

Wenig Zeit
Schnelle Verkehrsmittel

Festes Programm
Außengelentk
Importierter Lebensstil
„Schenswürdigkeiten“
Bequem und passiv
Wenig oder keine geistige Vorbereitung
Keine Fremdsprache
Überlegenheitsgefühl
Einkaufen („Shopping“)
Souvenirs

Knipsen und Ansichtskarten
Neugier
Laut

SANFTES REISEN

Einzel-, Familien- und Freundesreisen
Viel Zeit
Angemessene (auch langsame) Verkehrsmittel
Spontane Entscheidungen
Innengelentk
Landesüblicher Lebensstil
Erlebnisse
Anstrengend und aktiv
Vorhergehende Beschäftigung mit dem Besucherland
Sprachenlernen
Lernfreude
Geschenke bringen
Erinnerungen, Aufzeichnungen, neue Erkenntnisse
Fotografieren, zeichnen, malen
Takt
Leise



GESUND LEBEN DURCH WECKUNG DER EIGENVERANTWORTUNG

Der Mensch unseres Jahrhunderts ist ein merkwürdiges Wesen. Auf der einen Seite begegnet er jeglicher Autorität mit Skepsis und betrachtet sie als Einschränkung seiner Freiheit, auf der anderen Seite ist er vielfach unfähig, diese seine Freiheit zu nützen und mit Verantwortung zu tragen.

Letztlich sind wir eine Gesellschaft der Abhängigen geworden, eine Gesellschaft, die davon lebt und davon überzeugt ist, daß es Aufgabe der Fachleute und des Staates sei, für alle wichtigen Dinge des Lebens zu sorgen. Sollte uns etwas widerfahren, das unsere Gesundheit betrifft, so sind wir davon überzeugt, daß es die Pflicht der modernen Medizin und der Sozialversicherung sei, alles wieder in Ordnung zu bringen. In allen Belangen, in denen Eigenverantwortung getragen werden könnte, wird die Öffentlichkeit und der Staat als Verantwortungsträger apostrophiert. Das heißt, alle Bürger unseres Wohlfahrtsstaates haben ein Recht auf Gesundheit.

Auf die Problematik dieses Rechtes haben wir in dieser Zeitung schon einmal reflektiert. Ein Recht ist etwas Schönes, aber was tun, wenn dieses Recht etwas Unmögliches fordert? Zwar ist es der modernen Medizin gelungen, in den letzten 150 Jahren die Lebenserwartung von 30 auf 80 Jahre zu steigern, aber die Vorstellung der Menschen, daß die Medizin allmächtig sei, ist eine Illusion; ja wir müssen uns eingestehen, daß die kurative Medizin ein Niveau erreicht hat, der nur mit unendlichen Kosten erhöht werden kann. Seit Beginn der 70er Jahre dämmert am Horizont eine neue Epoche der Medizin mit ungeheuren Möglichkeiten, und zwar die Vorsorgemedizin, die von jedem Menschen in Eigenverantwortung gehandhabt werden kann. In den letzten 10 Jahren zeigen sich erste, aber deutliche Ansätze einer meßbaren Effektivität. Hier geht es darum, daß die Patienten immer weniger Konsumenten ihrer Ärzte sind und gesundheitliche Leistungen nicht nur gefordert, sondern auch selbst erbracht werden. Der Gedanke einer Krankheitsvermeidung wird zur Idee einer Gesundheitsförderung. Den Unterschied zwischen den zwei Begriffen zeigt sehr gut das Beispiel des Umgangs mit kontaminiertem Wasser, die Möglichkeit dieses Wasser abzukochen (Krankheitsvermeidung) ist für das Hier und Jetzt wichtig und notwendig, eine dauernde und sinnvolle Änderung dieses Zustandes ist nur durch Änderung diverser Umweltbedingungen und Vermeidung der Kontaminationsquellen zu erreichen (Gesund-

heitsvorsorge).

Daß die Ansätze einer solchen eigenverantwortlichen Gesundheitsvorsorge in unserem Volke noch recht wenig verankert ist, soll das Beispiel des Mutter-Kind-Passes, sowie der Helm- und Gurtentzug untermauern. Im ersten Falle hat es sich gezeigt, daß die kostenlose Untersuchung und Betreuung des werdenden Kindes so wenig in Anspruch genommen wurde, daß man sich veranlaßt sah, die Frauen dafür zu bezahlen, diese Untersuchung in Anspruch zu nehmen, und so die Chance des werdenden Lebens zu optimieren. Im Falle Gurtentzug hatte diese erprobte wirksame Vorsorge erst Erfolg, als man die Strafe eingeführt hatte. Es scheint also, daß bis vor kurzem Gesundheitsvorsorge nur nach der Zuckerbrot-Peitschentheorie möglich war.

Das Ziel der Gesundheitsvorsorge besteht darin, dieses Gefühl der Eigenverantwortung in der Bevölkerung zu wecken, und jeder einzelne ist dazu aufgerufen, verantwortungsbewußte Gesundheitsvorsorge zu betreiben und darüber hinaus als Multiplikator zu wirken, die Information zu übernehmen und sie in Form des Schneeballsystems hinauszutragen.

Wir sollten uns bewußt sein, daß es sinnlos ist, fasziniert nach außen zu starren und unsere Umwelt, wie Abgase und Ozonloch für alle gesundheitlichen Probleme verantwortlich zu machen. Wir wollen uns mit jenem Teil der Gesundheitsvorsorge befassen, wo wir selbst — jeder einzelne von uns — in der Lage sind, etwas dazu beizutragen und zu unternehmen, das ein gesundes Leben garantiert.

Vielleicht verdient hier auch Erwähnung, daß zwei Drittel der auf internistischen Abteilungen von Krankenhäusern eingelieferten Patienten keine Akutfälle, wie akute Lungenentzündungen oder Darminfektionen sind, sondern Fälle, die bereits einen über Jahre hindurch aufgebauten, aber durch entsprechende Lebensform vermeidbaren Dauerschaden aufweisen. Man muß die Grundregeln der Vorsorgemedizin kennen lernen, dann kann man gezielt Verantwortung tragen und dieses Wissen weitergeben. Wichtig ist natürlich, daß man sich dabei an Erkenntnisse hält, die wissenschaftlich gesichert sind und nicht modebedingte Theorien darstellen, wie z.B. die vor 10 Jahren so propagierte Fleischdiät zur Gewichtsreduktion, die mehr Schaden als Nutzen brachte.

Wir wollen einen kurzen Streifzug durch die verschiedenen Lebensabschnitte des

menschlichen Lebens machen und sehen, wo Vorsorgemedizin im Hinblick auf ein gesundes Leben sinnvoll ist und in Eigenverantwortung getragen werden sollte: Für das ungeborene Leben sind die Eltern verantwortlich. Eine gesunde Lebensform der werdenden Mutter ohne Nikotin- und Alkoholgenuß, sowie regelmäßige Kontrollen an Hand des Mutter-Kind-Passes sind zu beachten. Das Neugeborene wird mit Hilfe des Mutter-Kind-Passes bis zum 6. Lebensjahr betreut. Die vorgeschriebenen Impfungen sind lebenswichtig und für die Gesundheit der ganzen Bevölkerung unerlässlich. Impfen, die wir durch eigene Schuld verursachen, können das Wiederaufblühen von vermeintlich ausgestorbenen Seuchen bewirken.

Bereits das Schulkind sollte lernen, teilweise Eigenverantwortung für seine Gesundheit zu tragen. Wenn es gelingt, dem Kinde verständlich zu machen, wie nötig die tägliche ausreichende Zahnpflege ist und welchen Schaden ein Übermaß an Zucker- und Schokoladengenuß den Zähnen zufügt, ist ein wichtiger Schritt gesetzt.

Eine weitere Aufgabe für Eltern wäre es, ihre Kinder auf Haltungsschäden hin zu beobachten. Einige optische Kontrollen, von jedermann erlernbar, können viele Schäden, die sich erst später manifestieren und fallweise zu drastischen Bewegungseinschränkungen führen vermieden werden. Jedenfalls ist Sport um jeden Preis kein Allheilmittel, im Gegenteil, Sport falsch betrieben, ist eine nicht zu unterschätzende Gefahrenquelle.

Dem pubertären Halbwüchsigen muß eine Kenntnis seiner geschlechtlichen Funktionen von den Eltern vermittelt werden, damit sie später mit Zeugung und Geschlechtsverkehr verantwortungsbewußt umgehen können. Diese Aufklärung wird heute weitgehend von den Schulen vermittelt, weil man zur Erkenntnis gekommen ist, daß dies von den Eltern meist mangelhaft oder gar nicht geschieht ist. Nach wie vor ist natürlich eine Aufklärung durch die Eltern der standardisierten Schulaufklärung weitaus vorzuziehen, doch dürfen sich erstaunlich viele Eltern vor dieser Verantwortung drücken.

Der junge Mensch, der das Elternhaus verläßt, steht meist am Gipfel seines Gesundheitsgefühles und der Gedanke, Gesundheitsvorsorge für ein gesundes Leben zu treffen, liegt ihm ebenso ferne, wie Alter und Tod.

Hier wäre vielleicht der Moment, etwas über Krebs- und Karzinomprophylaxe zu

DER HAUSARZT IM SOZIALEN NETZWERK DER GEMEINDE

sagen. Es ist ein psychologisches Problem, daß der Mensch um viele Dinge weiß, aber dieses Wissen vielfach verdrängt. „Nur nicht hinschauen! Solange ich nichts weiß, fehlt mir nichts“, ist eine gängige Vogel-Strauß-Aussage. Krebsvorsorge ist eine Aufgabe, die in das Bewußtsein weitester Schichten der Bevölkerung getragen werden muß, denn Krebs muß nicht schicksalhaft sein. Natürlich gibt es verschiedene Formen von bösartigen Tumoren, die schicksalhaft sind und deren Frühstadium nicht bekannt ist, wie z.B. Hirntumore oder Tumore innerer Organe wie z.B. der Bauchspeicheldrüse etc. In der Frauenheilkunde gibt es eine ganze Reihe von bösartigen Tumoren, die, rechtzeitig erkannt, absolut heilbar sind. Würden die Frauen regelmäßig ihre alljährlichen Abstrichuntersuchungen machen, dürfte es überhaupt keinen keinzigen Fall von Gebärmutterhalskrebs mehr geben, dessen operative Entfernung im Frühstadium übrigens eine Kleinigkeit ist.

Zum Hautkrebs nur soviel, daß das Hautkrebsrisiko durch unverantwortlich lange durchgeführte Sonnenbäder um das 8fache steigt!

Wer denkt als junger Mensch schon an Arteriosklerose! Und doch wird der Keim zu dieser „Volkskrankheit“ bereits in der Jugend gelegt und kann durch Vermeidung bzw. Behandlung verschiedener Risikofaktoren wie Bluthochdruck, Cholesterin und Rauchen vermieden und ihr schicksalhafter Stachel genommen werden.

Chronische Bronchitiden werden oftmals nicht beachtet und mit der Bezeichnung „Raucherhusten“ abgetan, doch gehören diese behandelt, da sie sonst bis zur drastischen Leistungseinschränkung führen können.

Auch gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung (nicht Leistungssport) gehören zu den Grundpfeilern, auf denen ein gesundes Leben aufgebaut ist.

Doch auch die beste Vorsorgemedizin kann uns nicht vor dem Tode bewahren. Die Endgültigkeit des Todes, sowie der Sinn des Lebens und die Leidensbewältigung müßten in unserem Denken integriert werden. Nur die Integration dieser Gedanken gewährleisten eine gesunde Psyche, welche die Grundvoraussetzung für einen gesunden Körper darstellt, wie dies schon die alten Römer in ihrem bekannten Sprichwort „mens sana in corpore sano“ ausgedrückt haben.

Gesundheitsvorsorge soll vor allem Positiven beinhalten und nicht suchen „Wie krank bin ich?“ sondern fragen, „wie gesund bin ich und was kann ich tun, um noch besser zu werden und ein langes, gesundes, ausgeglichenes Leben als Ziel vor mir zu haben.“ Wir sollen selbstbewußte, mündige Menschen werden, die auf Grund ihres Wissens auch bereit sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich versuchen, die Möglichkeiten eines Hausarztes im sozialen Netzwerk der Gemeinde zu skizzieren und zu begründen, warum gerade der Praktische Arzt auch in weiterer Zukunft eine zentrale Stellung im Rahmen jeder psycho-sozio-somatischer Primärversorgung in seiner Gemeinde einnehmen wird.

Den Hausarzt alten Stils gibt es nicht mehr, jenen Bilderbuchdoktor, der als „Allround-Arzt“ für den ganzen Menschen ganz alleine zuständig war und noch selbst alles diagnostizierte und behandelte. Man bräuchte auf diesen Strukturwandel im Berufsbild des Praktischen Arztes nicht hinzuweisen, wenn nicht unglückseligerweise immer wieder Fernsehserien diesen Typ von Arzt romantisierend wiederauferstehen lassen würden.

Wir Praktischen Ärzte verstehen uns heute als Glieder in einem System, die die allgemeine ärztliche Versorgung für gesunde und kranke Menschen jeden Alters und Geschlechts zu erfüllen haben. Diese allgemeinen Aufgaben lassen sich in folgende vier Bereiche gliedern:

Nach der international gebräuchlichen Definition leistet der Hausarzt „primary, personal, continuing and comprehensive medical care“. Dies bedeutet:

1. Der Hausarzt ist der erste Ansprechpartner und die **primäre ärztliche Bezugsperson** im Versorgungssystem.
2. Er erfüllt **patientenorientierte**, allgemeine ärztliche Aufgaben.
3. Er übernimmt über Jahre hinweg eine **kontinuierliche Versorgung** und
4. er ist in **umfassender Weise** für die gesundheitlichen Belange des gesamten Menschen zuständig.

Zusammenfassend kann der Versuch einer Definition eines Selbstverständnisses einer Allgemeinmedizin im Jahr 1989 in etwa so aussehen:

Allgemeinmedizin ist die Kurz- sowie Langzeitbetreuung und -behandlung von gesunden und kranken Menschen mit körperlichen und seelischen Gesundheitsstörungen, unabhängig von Alter und Geschlecht, unter besonderer Berücksichtigung der Gesamtpersönlichkeit, der Familie und der sozialen Umwelt.

Der Hausarzt an der Grenze zwischen Selbsthilfe und professioneller Hilfe

Zahlreiche Gesundheitsstörungen heilen ohne ärztliche Hilfe. Vielerlei Beschwerden bessern sich ohne Behandlung, ehe sie das Stadium einer objektiv nachweisbaren Krankheit erreicht haben. Patienten kurieren ihren Infekt oft mit Hausmitteln allein aus. Nur mit einem kleinen Teil aller Gesundheitsstörungen kommen sie zum Arzt.

Die Medizin in ihrer Gesamtheit nimmt kaum Notiz von der Selbstmedikation und Selbstbehandlung der Patienten, zum Unterschied vom Hausarzt, der an der Grenze zwischen Selbsthilfe und professioneller Hilfe steht. Er wird im Idealfall versuchen, alle Möglichkeiten des Menschen zur Eigenregulation und Selbstheilung zu unterstützen und seine Selbstverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern.

Darüber hinaus soll der Patient stimuliert werden, auch während der medizinischen Behandlung ein Maximum an Eigenaktivität zu entfalten. Ziel all dieser Konzepte muß eine zunehmende Autonomie des Menschen in gesundheitlichen Fragen sein.

Michael Lukas Möller faßt diese Überlegungen in folgendem kurzen Satz zusammen:

„Die selbstbestimmte Änderung des eigenen Verhaltens und der eigenen Lebenssituation bei optimaler Information durch den Experten wird die Heilmethode der Zukunft werden müssen.“ M. L. Möller (1981)

Der Hausarzt als Katalysator der Selbsthilfe

Auch wenn es gelingt, den Menschen die notwendigen Kenntnisse, das Wissen, die Methoden und Verhaltensweisen zu vermitteln, damit sie in gesundheitlichen Fragen zu sinnvoller Selbsthilfe gelangen, so ist es doch erforderlich, daß für alle Zweifelsfälle und offenen Fragen ein individueller und familiärer Berater zur Verfügung steht.

Im Gegensatz zu den vielen in den letzten Jahrzehnten gegründeten Beratungsstellen für bestimmte Fragestellungen im Gesundheitssystem (Suchtberatung, Ehe- und Familienberatung usw.) kennt der Hausarzt den Patienten meist schon aus seiner Tätigkeit als Berater in gesunden

Tagen und muß sich nicht allein an einer ausgegrenzten Problemstellung orientieren, sondern kann in all seine Überlegungen sein vorbestehendes Wissen über die Individualität des Patienten im Hinblick auf seine Lebensbewältigung und Gesundheitserhaltung miteinbeziehen.

Der Hausarzt ist also de facto wirklich der einzige Arzt, der den Patienten in der prämedizinischen Phase begleitet und berät und der auch dafür sorgen kann, daß der Patient diese Phase nach Inanspruchnahme medizinischer Hilfe bald wieder erreicht.

Das Entscheidende dabei ist, daß er durch seine Kenntnis des Patienten und der Familie als einziger objektiv einschätzen kann, ob und in welchem Umfang Bedarf an medizinischer Hilfe vorhanden ist und wieviel persönliche Eigenaktivität und Selbsthilfe noch möglich und erwünscht sind. Hier bestehen nämlich erhebliche Unterschiede:

Der in den letzten Jahren oft mißverständene Gleichheitsgrundsatz, daß jeder auf die gleiche Gesundheitsleistung Anspruch habe, hat unter anderem auch zu einer unnötigen Verteuerung unseres Gesundheitswesens geführt. Gute Hausärzte haben immer schon die Meinung vertreten, daß sie ihrem Patienten nicht damit helfen, indem sie jedem das gleiche und jedem so viel wie möglich verschreiben, sondern, daß sie ihm nur dann nutzen, wenn sie von ihm auch so viel Eigenleistung wie möglich verlangen.

Nach meinen einführenden Überlegungen zu einem zeitgemäßen Selbstverständnis einer Allgemeinmedizin, zur Stellung des Hausarztes zwischen Selbsthilfe und professioneller Hilfe und der Beschreibung der möglichen Katalysatorfunktion des Hausarztes schon in der prämedizinischen Phase möchte ich auf eine mögliche arbeitsteilige Gliederung einer medizinischen Versorgung im Netzwerk der Gemeinde eingehen.

Arbeitsteilung im medizinischen Versorgungssystem

In Ergänzung zu dem zuvor Gesagten kann eine Aufgabe des Hausarztes auch so umschrieben werden, indem man sagt, daß der Hausarzt das Versorgungssystem für den Patienten zugänglich und benutzbar macht und dafür sorgt, daß der Bedarf der Patienten an gesundheitlichen Leistungen optimal gedeckt wird. Dies bedeutet, daß der Hausarzt mit allen im Gesundheitsbereich Tätigen kooperieren muß und die für den einzelnen notwendigen zu erbringenden Leistungen koordinieren soll.

Es würde den Rahmen dieses Referates bei weitem sprengen, wenn ich auch nur beispielhaft auf die Fülle der Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen einer medizinischen Versorgung eingehen würde. Lassen Sie mich ganz allgemein einige Feststellungen zu diesem Thema aus meiner Sicht, als seit nunmehr 8 Jahren in ei-

ner kleinen Landgemeinde niedergelassener Hausarzt, machen:

— Wie in vielen Bereichen, so ist auch im Bereich der medizinischen Versorgung derzeit das Stadt-Land-Gefälle in qualitativer und quantitativer Hinsicht inakzeptabel groß.

Es gibt seit Jahren positive Ansätze von seiten niedergelassener Hausärzte durch Integration von Diätassistenten, Physiotherapeuten, Logopädinnen und Sozialarbeitern in die Hausarztpraxis.

— Hausärzte würden im Sinne einer besseren Versorgung der Bevölkerung durch Kooperation liebend gerne — wie übrigens in fast ganz Europa üblich — in Praxisgemeinschaft mit einem oder zwei Kollegen ordinarieren. Der Gesetzgeber und die Verantwortlichen im Hauptverband der Sozialversicherungen leisten seit vielen Jahren anhaltenden Widerstand gegen eine Realisierung dieses Vorhabens.

— Es gibt in zunehmender Anzahl — aber leider noch nicht flächendeckend in der Steiermark — Hauskrankenpflegedienste, die für alle Gemeinden zu fordern sind, und von deren Mitfinanzierung sich die Sozialversicherungen nicht weiter entschlagen dürfen.

— Und es gibt in den Reden unserer Gesundheitspolitiker immer öfter den Begriff der „Sozial- und Gesundheitssprengel“, die vom Ansatz her in idealtypischer Weise ein regionalisiertes und breit gestreutes Angebot an Gesundheitsleistungen bringen könnten. Doch deren Finanzierung scheint nicht nur noch weniger geklärt als der weitere Ausbau der Hauskrankenpflege, auch sind die Konzepte dafür so verschwommen ausgearbeitet, daß mir die Befürchtungen sehr glaubwürdig sind, daß die von unserem Gesundheitsminister so favorisierten Sozial- und Gesundheitssprengel ein erster Schritt in Richtung staatlicher Gesundheitsdienst sein könnten, wie wir ihn z. B. in Schweden und Griechenland in der patientenfeindlichsten Form erleben.

Lassen Sie mich zum Schluß meiner Ausführungen auf eine Möglichkeit im sozialen Netzwerk der Gemeinde kommen,

...die in der kleinsten Gemeinde realisierbar wäre,

...die in der Durchführung beinahe kostenneutral ist,

...die mit hoher Effizienz und hoher Dichte seit vielen Jahrzehnten weltweit Anwendung findet,

...die in Österreich aber ein Stiefmütterchensein führt und

...um deren Weiterverbreitung, nicht nur in Hausarztpraxen, ich mich mit viel Freude seit vielen Jahren bemühe.

Gemeint ist die institutionalisierte Form der Hilfe zur Selbsthilfe in der Gruppe: die Selbsthilfegruppe.

Hausarzt und Selbsthilfegruppen

Das Erfolgsgeheimnis der Gruppen ist einfach: Die Gruppe kann mehr als der einzelne. Sie steigert die Chance des einzelnen, seine Probleme zu lösen. Die Gruppen sind im offenen Erfahrungsaustausch in der Lage, die psychosoziale Kompetenz des einzelnen zu steigern. Die kleine überschaubare Gemeinschaft ist unsere natürliche und deswegen optimale Umwelt.

Wir finden Selbsthilfearbeit eingebunden in unterschiedlichste Organisationsformen. Jeder Betroffene kann eine Selbsthilfegruppe gründen. Es gibt hunderte Themen, die einer Gruppenarbeit zugänglich sind: Begonnen von der schon sehr lange bestehenden Gruppenarbeit ehemaliger Alkoholiker, über Gruppen Übergewichtiger, bis hin zu Elterngruppen herzkranker Kinder.

Wir können nur: Impulse setzen, einzelnen Betroffenen die Idee näher bringen, sie zur Gruppengründung motivieren, bei der Suche nach geeigneten Räumen für die Treffen helfen und dann die Gruppe aus einiger Distanz begleiten und ihr zur Verfügung stehen, wenn sie fachlichen Rat wünscht.

Das klingt nicht nur, sondern ist auch genauso einfach wie hocheffizient. Jeder im sozialen Netzwerk einer Gemeinde kann seinen Beitrag zum Gelingen einer Selbsthilfegruppenarbeit leisten. Hausärzte bieten sich — auch, jedoch nicht nur — begründet durch ihre Nähe zu den Patienten, zur Initiierung und Thematisierung von Selbsthilfegruppenarbeit nahezu idealtypisch an.

Schlußbemerkung

Ich habe versucht, das weite Spektrum der Möglichkeiten des sozialen Netzwerkes einer Gemeinde aus meiner Sicht als Hausarzt zu beschreiben und mich bemüht, kritisch eine Bestandsaufnahme von Bestehendem und zu Initiierung zu machen. Darüber hinaus versuchte ich darzustellen, daß im sozialen Kleinbereich der Gemeinde, wie in allen anderen Bereichen auch, Eigeninitiative und Nachbarschaftshilfe essentielle Wichtigkeit besitzen.

„Wir wollen mehr Aufklärung und Forschung über AIDS.“

MITREDEN UND MITBESTIMMEN IN DER GEMEINDE

Mitreden und Mitbestimmen war ein Schwerpunkt der kommunalpolitischen Tage 1989 im Josef-Krainer-Haus. Die engagierte Diskussion zu diesem Arbeitskreis bestätigte eine Umfrage des Dr.-Fessel-Institutes für Meinungsforschung, die eine Veränderung der „politischen Beteiligungskultur“ durch Anstieg des Interesses an und des Wunsches nach mehr politischer und sozialer Beteiligung signalisiert, und gleichzeitig eine Abwendung von institutioneller hin zu eher bereichs- und themenspezifischer Partizipation aufzeigt. So stiegen die Mitbestimmungswünsche beim Umweltschutz seit 1976 um 7% auf 43% im Jahre 1987 und bei der Gestaltung der Wohnumwelt um 4% auf 39% der Befragten (Quelle Dr. Fessel + GfK, Politische Umfragen).

Dazu kommt ein genereller Anstieg der Parteien- und Politikverdrossenheit mit der Folge einer verstärkten Hinwendung zu Protestbewegungen oder dem Rückzug aus der Politik. Das Unbehagen am Parteienstaat drückt aber vor allem auch das Unbehagen an der Verwaltung aus. Das heißt, das Gefühl einem undurchschaubaren, kaum beeinflussbaren und anonymen Apparat weitgehend ausgeliefert zu sein führt dazu, daß an die Stelle einer „Rechtsstaatskultur“ zunehmend eine „Interventionskultur“ tritt. Dies paßt gut zum Politikverständnis des Österreicher, der meint, Politik sei das, was die da oben machen, und das sich äußert im bekannten Raunzen sowie der Einstellung, helfen könne einem ohnedies nur Vitamin „B“. Die Palette, wie man der Verwaltung ein Schnippen schlagen könne, reicht daher von der Suche nach Schlupflöchern, nach Umgehungsstrategien, über das ins Spiel bringen guter Freunde oder Freundinnen bis hin zu Bestechungsversuchen.

Unter diesen Voraussetzungen ist bürgerfreundliche Verwaltung nicht nur eine politisch zugkräftige Forderung, bei der man stets auf Zustimmung und Wählerstimmen hoffen kann, sondern sie ergibt sich vielmehr mit zwingender Notwendigkeit, aus der Änderung der Aufgaben öffentlicher Verwaltungstätigkeit. Diese Änderung ergibt sich aus der Entwicklung vom Obrigkeitsstaat über den Rechtsstaat hin zum Dienstleistungsstaat. Mitreden und Mitgestalten erfordert nicht nur die Bereitschaft, es zuzulassen, sondern es ist nach meinem Dafürhalten ein vordringliches Ziel der politischen Bildung, die Bürger zur Mitarbeit einzuladen und aufzufordern, die Möglichkeiten die es gibt auch wahrzunehmen.

Bericht aus dem Arbeitskreis

Die Erfahrung zeigt, daß die Möglichkeiten des Stmk. Volksrechtgesetzes nicht nur den meisten Bürgern bisher verborgen geblieben sind, sondern auch viele Kommunalpolitiker noch nichts richtiges damit anzufangen wissen.

Es gibt große Auffassungsunterschiede über die Brauchbarkeit des Volksrechtgesetzes je nachdem, ob die betroffene Fraktion den Bürgermeister stellt, oder ob sie sich selbst in der Minderheit befindet. Während ein starker Bürgermeister das Volksrechtgesetz als „Stmk. Gemeinderats-Entmündigungsgesetz“ bezeichnet, bietet es gerade Minderheitsfraktionen gute Möglichkeiten, die dominierende Mehrheit besser zu kontrollieren. Speziell das Instrument der Gemeindeversammlung kann bei guter Vorbereitung sehr viel dazu beitragen, Entscheidungen des Gemeinderates transparent zu machen und damit einen wichtigen Beitrag zur Information der Bevölkerung leisten.

Bei allen Gesprächen mit Betroffenen wurde und wird bestätigt, daß vor allem die mangelnde Information, die Unüberschaubarkeit und Anonymität von politischen Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen ein ständiges Ärgernis darstellen und Zweifel an der Richtigkeit solcher Entscheidungen nähren. Diese Unüberschaubarkeit und Anonymität bedeutet für viele Bürger darüber hinaus eine Quelle von Angst, Verunsicherung und Demütigung. Wie sehr dies auch von den Arbeitskreisteilnehmern so empfunden wurde, soll die Aufzählung der Erwartungen wie sie anlässlich der kommunalpolitischen Tage formuliert wurden, verdeutlichen.

Die Erwartungen bezogen sich darauf, unter welchen Voraussetzungen Gemeindeglieder bereit wären in der Gemeinde mitzureden und mitzugestalten:

- 1) Verbesserung der Information nach innen — in der Partei
nach außen — in der Gemeinde
- 2) Vertrauensbildende Maßnahmen
- 3) Motivation zur Mitgestaltung (=verantwortung)

Wie dies geschehen soll, wurde im folgenden Wunschskatalog formuliert:

- Information der Bevölkerung
- Information der Gemeindeverantwortlichen über das Geschehen in der Gemeinde
- Den Informationsfluß aus der Gemeinde verstärken
- Information vor Entscheidungen
- Über anstehende Probleme in der Gemeinde informiert werden
- Einbindung möglichst vieler Bürger in das Gemeindegesehen, um Zielvorstellungen durch die Zustimmung und Mitverantwortung des Bürgers zu erleichtern

- Die Jugend soll herangezogen werden
- Mehr Mitarbeit durch die Bürger
- Vertrauen zu Bürgermeister und Gemeinderäten

Diese Erwartungen, wie sie von den Teilnehmern im Arbeitskreis formuliert wurden, zeigen sehr deutlich, daß vor allem ein großes Informationsdefizit für das Unbehagen verantwortlich ist. Dazu kommt, daß die mangelnde Information und Transparenz schon innerhalb der Fraktionen beziehungsweise der Parteien für Demotivation und Frust sorgen. Das heißt, Mitreden und Mitbestimmen muß zunächst einmal innerhalb der Parteien möglich sein. Jeder Politiker sollte sich darüber Gedanken machen, wie oft Diskussionen und notwendige Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Parteilinien nicht mehr zugelassen, wie häufig unter Hinweis auf Statut und Festhalten an Formalismen die „Unbequemeren“ nicht gehört, ausgedrückt oder zu Querulanten abgestempelt werden.

„... Ich würde schon den Bürgermeistern machen.“

Das ständige Taktieren unter Hinweis auf sogenannte Sachzwänge wird weder von den Mitarbeitern noch von den Wählern länger akzeptiert.

Voraussetzungen effektiver Bürgerbeteiligung

Günther Kienast, der Leiter der NÖ Verwaltungsakademie hat anlässlich eines Symposiums „Neue Formen der Bürgerbeteiligung“ das vom Büro für Bürgerinitiativen der Stadt Graz im November 1989 veranstaltet wurde, einige Voraussetzungen für effektive Bürgerbeteiligung genannt, die als Leitlinien für jeden Kommunalpolitiker gelten sollten:

- Zeit und Geduld für's Zuhören und gemeinsame Prozesse

- eine grundsätzlich positive Einstellung.

Die Bürgerinitiativen, bestehend aus initiativen Bürgern, sind die Basis für eine lebendige Demokratie. Sie sind daher keine Querulanten;

- notwendig sind, wahrnehmungspsychologische, rollen- und gruppendynamische, soziologische und kommunikationswissenschaftliche Kenntnisse mit Praxisbezug.

- klarer politischer Wille zur Bürgerbeteiligung, im Wissen, daß Laienplaner wichtige Aspekte einbringen und daß Widerstand auch positive Aspekte für Projektverwirklichung bringt

- Klärung der Frage, wer hat Angst wovon?

- ein systematisch geplantes Vorgehen (fachlich, bezügl. Information und Beteiligung)

- klare Rahmenbedingungen

- vernetzte Gesamtkonzepte

- klare Trennung zwischen Entscheidungsvorbereitung (Prozeß) und der eigentlichen Entscheidung.

Vertrauensbildend und glaubwürdig

Abschließend möchte ich Barbara Wicha zitieren, die im Politicum Nr. 37 auf Seite 45 schon deutlich ausgedrückt hat, welche Zukunftsperspektiven sich im Hinblick auf eine vielleicht neue politische Kultur ergeben könnten:¹

„Die Wähler/Bürger — hier insbesondere jene, die als neue Avantgarde (besser ausgebildet, jünger, parteiungebunden, mobiler) anzusehen sind — sind ohne Zweifel in der Mobilität den traditionellen Institutionen voraus. Ob sich daraus eine endgültige Verlagerung der Zustimmung ergeben wird, wird von der Bereitschaft der Großparteien zur Reform und zum Verzicht auf leicht durchschaubare Rituale im Interesse des Machterhalts abhängen.“

Wenn die Parteien diese Reform nicht schaffen, werden sie weiter das Vertrauen der Wähler verlieren. Sie müssen daher trachten, möglichst vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen, um wieder glaub-

würdig und damit wählbar zu werden. Langmaack, Braune-Krickau² haben vier Aspekte genannt, unter denen der Mensch bereit ist Vertrauen wachsen zu lassen:

Zugehörigkeit

Er möchte beachtet werden, dabei sein können, auch wenn er sich anders verhält. Er möchte nicht gleich unter den Druck des Sich-ändern-Müssens geraten.

Wertschätzung und Zuneigung finden

Er will mit seiner Art und seinen Grenzen respektiert werden. Er möchte ernst genommen und geachtet werden, auch wenn er nicht immer etwas beitragen kann. Er möchte unterstützt werden bei dem Versuch, etwas für ihn Neues auszuprobieren.

Einflußnahme

Er möchte mitbestimmen können, wohin die Reise geht. Er will Störungen und

Wünsche äußern dürfen und damit gehört werden. Er will selbst entscheiden, was er tun oder lassen soll.

Spielraum haben

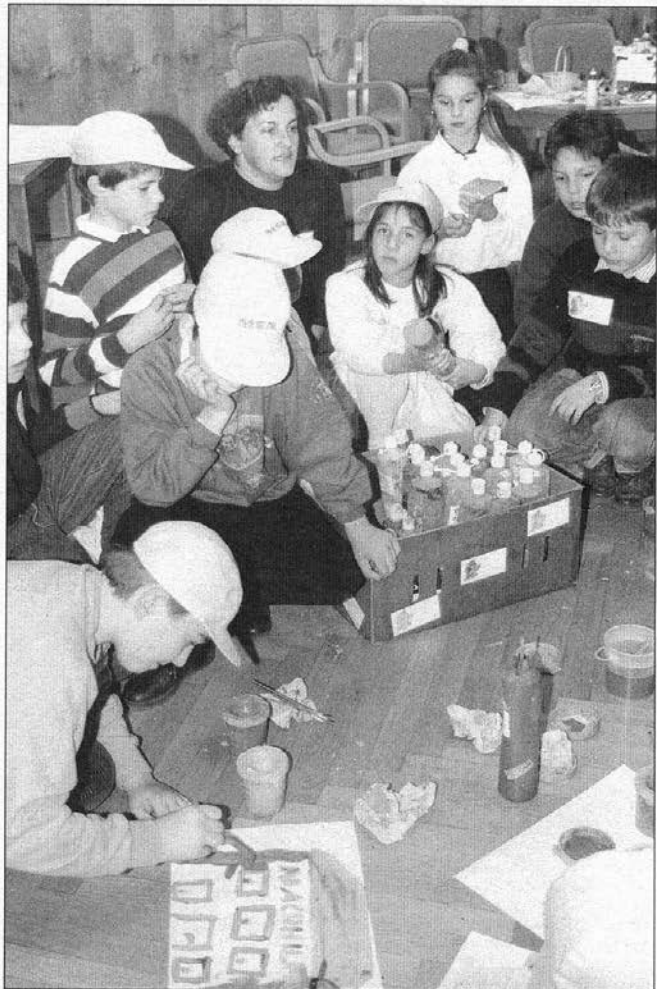
Er möchte experimentieren können, sich verändern dürfen und nicht gleich für den Rest der Zeit festgelegt werden.

Das Motto des diesjährigen Gemeinderatswahlkampfes heißt „Unterwegs zu neuen Zielen“. Wenn das Ziel das Miteinander und nicht das Gegeneinander ist, dann können die Verantwortlichen in den Gemeinden auf die Zustimmung ihrer Wähler rechnen. Wer eine Politik für den Bürger und mit dem Bürger macht braucht sich vor Bürgerinitiativen nicht zu fürchten.

Literatur

1 Barbara Wicha: Politicum Nr. 37, Hrg. Josef-Kraimer-Haus, S. 45.

2 Barbara Langmaack, Michael Braune-Krickau: Wie die Gruppen laufen lernen. Anregungen zum Planen und Leiten von Gruppen. München 1987. S. 138 f.



KIND-SEIN IN DER GEMEINDE

*Das Schönste für Kinder ist der Sand
Ihn gibt es immer reichlich
Er rinnt unvergleichlich
Zärtlich durch die Hand.*

*Weil man seine Nase behält,
Wenn man auf ihn fällt
Ist er so weich
Kinderfinger fühlen,
Wenn sie in ihm wühlen
Nichts und das Himmelreich.*

*Denn kein Kind lacht
über gemahlene Macht.*

Ringelmatz

So sehen die Assoziationen Joachim Ringelmatz' zu Kindheit, Kind-Sein und Kinderfreuden aus.

„Das Schönste für Kinder ist der Sand... Kinderfinger fühlen, wenn sie in ihm wühlen, nichts und das Himmelreich.“ Wer denkt nicht ähnliches? Unbelastet sein, frei sein von den grauen Alltagssorgen der Erwachsenenexistenz, einfach glücklich sein, weit weg vom sogenannten „Ernst“ des Lebens. — Das sind doch die gängigen Klischees, die man mit der Kindheit, der — auch so unbeschwerter Zeit — verbindet, vielleicht auch gerade dann, wenn man an seine eigene zurückdenkt. Doch hier ist der Haken: die verflusste Zeit läßt einen diese Jahre glorifizieren, der Mantel des Vergessenhabens verdeckt so manche Unbill, unter der man gelitten hat. Gottlob ist das so, wer wollte denn sich bewußt mit Sorgen, die er vor Jahren, ja Jahrzehnten hatte, heute noch herumärgern?

Nun macht es uns aber besonders dieser an sich segensreiche Mechanismus so schwer, uns in die Welt unserer Kinder zu versetzen und die Erwachsenenwelt aus ihren staunend-neugierigen und lernwilligen Augen zu sehen.

Wie verschieden diese Blickwinkel tatsächlich sind, kann man ganz einfach an sich selbst erproben: Wir alle haben doch noch starke Erinnerungen an unsere eigenen Volksschulen: die Gänge, die Garderoben, die Bedrohlichkeit der Stiegen, die Klassenzimmer mit den hohen Fensterbrettern und den Türschnallen in Schulterhöhe. Meist hat sich in uns das Bild unserer Schule konserviert, das wir als Zehnjährige hatten, als wir sie endgültig verlassen haben. Wer immer noch kann, der möge heute als Erwachsener „seine“ ehemalige Schule besuchen und sich das Interieur mit seinen „Erwachsenenaugen“ genau besehen und den Vergleich mit dem Bild in der Erinnerung wagen. — Wie verschieden doch die Welten sind! Innerlich berührt von einem solchen Aufeinandertreffen zweier Ichs, die doch ein und die selbe Person ausmachen, wird es sicherlich leichter fallen, mit wachen Augen unsere Jüngsten zu beobachten, um sensibel zu erkennen, wo sie der Schuh drückt und wo wir Verän-

derungen setzen können.

Denn dies ist ja evident: Kinder haben nicht die Artikulationsfähigkeit anderer Bevölkerungsgruppen, sie werden von keiner Lobby unterstützt, sie bedürfen also der Erwachsenen gleichsam als Stellvertreter und Anwälte. Nun liegt es an den Erwachsenen, den unmittelbaren Lebensraum der Kinder zu gestalten. Angefangen mit der elterlichen Wohnung, über die Wege zu Schulen und Kindergärten bis hin zur Freizeitgestaltung, zum Hineinwachsen der Kinder in die örtliche Gemeinschaft und zum sozialen Lernen reicht der Bogen.

1. Kinderfreundliche kommunale Einrichtungen:

In Diskussionen mit Eltern und Kindern wird immer deutlich, welche besondere Stellung gerade dieser Bereich einnimmt: Er ist sozusagen der Reibebaum des elterlichen Unmutes, oft und oft wird darauf verwiesen, daß hier „etwas zu geschehen hätte“.

Die kommunalen Einrichtungen sind nur in indirekter Weise dem Einfluß des einzelnen Elternpaares zugänglich, bedarf es doch der Gemeindeverwaltung, oft sogar der Gemeinderatsbeschlüsse, um hier etwas zu verändern und zu verbessern. Wegen der nur mittelbaren Zugänglichkeit dieses Sektors entstehen seitens der Kinder und Eltern des öfteren Ohnmachtsempfindungen, vor allem in Verbindung mit dem typisch österreichischen Charakterzug des „Nur-nicht-anecken-Wollens“. Dabei geht es in vielen Fällen um Kleinigkeiten, meistens aber um Maßnahmen der Schulwegsicherung. Hiezu nun einige Überlegungen.

a) Schulwegsicherung

- Gibt es Gehsteige zur Schule?
- Wie sind die Straßenübergänge im Bereich der Schulen, Kindergärten und Bushaltestellen gesichert? (Zebrastrifen, Ampeln, Wartafeln...)
- Liegt die Schule, der Kindergarten an extrem befahrenen Straßen?
- Bestehen zwischen den Schulen, Kindergärten und Straßen, die daran vorbeiführen, Zwischenräume, sodaß die Kinder, die nach dem Unterricht aus dem Gebäude „stürzen“, nicht unmittelbar vor die Autos laufen? Oder gibt es Absperren, Geländer etc., die das verhindern?
- Gibt es Schülerlotsen?
- Werden Geschwindigkeitsbeschränkungen im Bereich der Schule eingehalten? — Zusätzliche polizeiliche Überwachung, Einsatz von Politessen, die am Morgen und zu Mittag den Verkehr regeln...

● Kann man eine verkehrsberuhigte Zone um die Schule errichten? — Fahrverbote, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Einbau von Schwellen, Umleitungen, Errichtung von Wohnstraßen.

- Gibt es Radwege zur Schule?
- Wie weit ist der Schulweg? — Busse
- Wie gefährlich ist der Schulweg?
- Wie steht es um die Beaufsichtigung der Fahrschüler vor und nach dem Unterricht? — Können allfällige Förderstunden so eingeteilt werden, daß sie diesen Zeitraum überbrücken?

● Wie weit sind die Unterrichtszeiten mit dem Fahrplan abgestimmt? Viele dieser Aspekte gelten genauso für Bereiche um Spielplatz, Sportstätten und Mehrzweckhallen.

b) Spielplätze

Als besonderes Anliegen der Kinder tauchte immer wieder die Gestaltung von Spielplätzen auf. Quantitativ wurde schon sehr viel getan, qualitativ bleibt noch einiges zu tun.

Tendenziell läßt sich ein Wertungswandel erkennen: Man begreift den Spielplatz eher als einen Spielraum, wo Spielräume in die Tat umgesetzt werden können. Zum „anständigen“ Indianerspielen sind nun einmal Hecken, Büsche, Bäume und Bodensenkungen nötig. Eine völlig plane Fläche wirkt wenig phantasieanregend. Heiß begehrt sind auch kleine Teiche und Gewässer — natürlich mit den entsprechenden Absicherungen (Wassertiefe, Ufergestaltung...). Um sich das selbst zu verdeutlichen, denke man an seine eigenen Spiele zurück: Welche Attraktion bildeten doch Baumhäuser, Bäche und Wälder.

c) Kindergärten

Kindergärten erfüllen höchst wichtige Funktionen: Die Kinder lernen dort in einer anderen als der häuslichen Gemeinschaft zu leben, sich anzupassen, sich durchzusetzen und sich einzuordnen. Praktische Fähigkeiten werden dort erworben, Grundwerte des Zusammenlebens werden spielerisch erfaßt. Für die Eltern andererseits stellen Kindergärten eine willkommene Entlastung dar: Das Kind ist beaufsichtigt und man kann seinen eigenen Arbeiten nachgehen. Probleme ergeben sich aber immer wieder in folgenden Bereichen:

- Öffnungszeiten (beispielsweise für alleinstehende Mütter, die im Handel tätig sind: Arbeitsbeginn oft vor 7.00 Uhr).
 - Zu wenige Kindergartenplätze.
 - Zu große Kindergartengruppen.
 - Finanzierungsprobleme.
- Um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, könnte man den Kindergartenbesuch schichtweise staffeln und so „Stoßzeiten“

vermeiden, die weitere Kindergärtner und Helfer erforderlich machen, die Kinderanzahl in den Gruppen unnötig erhöhen und eine unnötige Mehrbelastung schaffen. Ein derartiges Staffe-
lungsmodell kann auf die Bedürfnisse der Eltern abgestimmt werden (Teilzeitarbeit am Vormittag oder am Nachmittag).
Über die Gemeinden könnten darüber hinaus auch Babysitter, Leihopas und Leihomas, Tagesmütter und Lernbetreuungen vermittelt werden.

2. Veranstaltungen für und mit Kindern

Wesentlich für Kinder ist es, neue Kontakte zu knüpfen, Menschen kennen zu

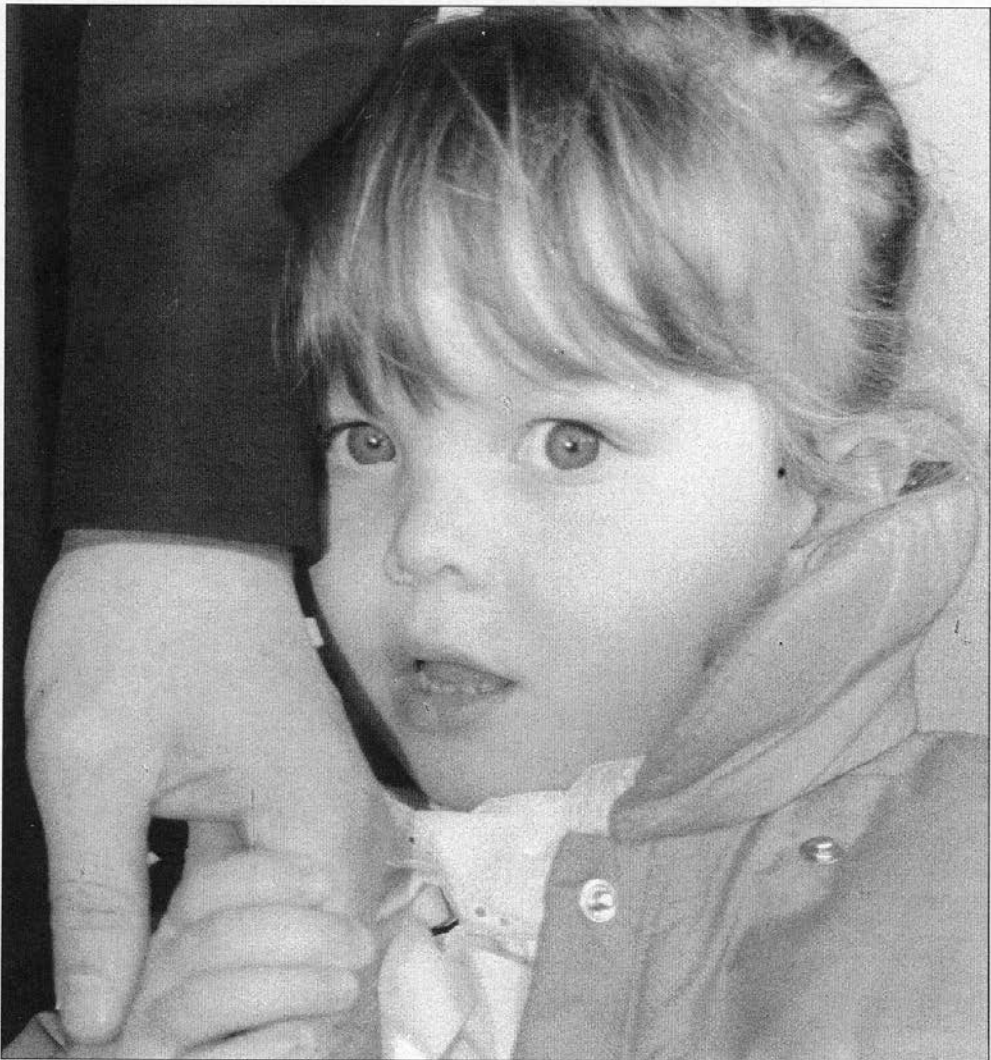
lernen und sich zu sozialisieren. Andererseits kann man gerade so das Engagement der späteren Jugendlichen und Erwachsenen fördern, wenn man ihnen schon frühzeitig ein Betätigungsfeld eröffnet. Hierzu bieten sich vor allem Sportvereine an: Das Spektrum reicht vom Jugendtennis, Langlauftraining, Schifahren, Rodeln, Wandern, Schlittschuhfahren bis zum Haltungssternen und beispielsweise zu Ballettkursen.

Im kirchlichen Bereich bieten Jungscharen viele Möglichkeiten. Daneben begeistern Kinder Theatergruppen und erste „Gehversuche“ in örtlichen Musikvereinen.

Örtliche Vereine könnten spezielle Kinderveranstaltungen aufziehen (bspw.: Frauenbewegung, Senioren, Sportver-

eine, Musik, Feuerwehr etc.): Spielfeste, Kinderfasching, Kindermaskenbälle, Ostereiersuchen, Nikolausfeiern, Laternenfeste, Krampuskränzchen, Bergwanderungen, Ausflüge zu Ausstellungen (Dinosaurierausstellung), Radfahren, Grillfeste, Kinderparties zu verschiedenen Anlässen.

Daneben wird es für Kinder interessant sein, örtliche Betriebe zu besichtigen, bei Gemeinderatssitzungen teilzunehmen und den Bürgermeister und die Gemeinderäte kennen zu lernen. Andererseits sollten gerade die Gemeindeverantwortlichen den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen pflegen. Sei es via Teilnahme an Kinderveranstaltungen, sei es, daß sie mit den Kindern ihre Probleme besprechen.



KINDER SIND SPIEGELBILDER DER ERWACHSENEN

Heute, in einem kleinen oder größeren Verwaltungsbezirk bei uns Kind zu sein, ist eine gute Sache. Eingegliedert in eine soziale Geborgenheit fehlt es nicht an Sättigung elementarer Bedürfnisse.

Da allzu vielen Mitbürgern das Äußere, geschmückt mit wechselnden modischen Textilien und Pretiosen, und das Innere gefüllt mit eß- und trinkbaren Kostlichkeiten, die das Werbefernsehen offeriert, als Gipfel erstrebenswerter Lebensart der Wichtig- und Notwendigkeit erscheint, ist somit alles in Ordnung.

Aber da sich seit der Zeit der Aufklärung der Wahrheitsgehalt über dieses wichtige Gedankengut, daß die Menschen durch Beispiel und Belehrung erzogen werden können, kaum etwas geändert hat, wird das „Kind in der Gemeinde“ schon zu einem ein wenig weniger guten Fall. Denn Muster für Erwachsensein sind, ob er oder sie wollen oder nicht, doch stets die Kindheits- und Jugendzeiterindrücke, frühe Freunde und diverse Situationen aus der die Kinder umgebenden Erwachsenenwelt. Ist diese, das Kind umgebende Erwachsenenwelt, dann voller Gier, Neid und Oberflächlichkeit, ohne jede sensitive Ästhetik, dann wird aus dem Kinde selten ein erwachsener Mensch im Sinne eines humanitären Weiterführens. Kinder sollen immerzu als Hoffnungsträger für eine schönere Zukunft bedacht und aufgenommen werden. Daher soll das sinnliche Empfinden, das rationale Denken behutsam gehegt und erzogen werden. Junge Menschen dürfen nicht unterschätzt werden. Auch gegen die Meinung mancher Pädagogen und Soziologen, die vehement gegen Erziehung der sogenannten Kinderstube sind und dies als repressive Verhaltensweise abtun. Aber in einem selbst kleinsten Miteinander ist ein gewisses Verhaltensmuster vonnöten und erspart die erste Barriere des Kennenlernens. Denn Vorleben und auch Grenzssetzungen geben Anstoß und Bestimmung für das spätere Sein, Führung der Vernunft und Humanität.

In unserer Pluralistischen Gesellschaft sind der Mannigfaltigkeit an Formen, Wucherungen mit oder ohne Disziplin ohnehin kaum Grenzen gesetzt. Nicht außer acht zu lassen ist dabei die Wechselwirkung, die eine gute Kind-Erwachsenenbeziehung ergibt. Denn sind Traditionen die Wurzeln, aus denen das Leben seinen Bestand hat, so sind die Kinder die Blüten, die zu guten oder schlechten Früchten reifen werden. Blüten müssen Wind und Wetter ausgesetzt sein, somit sollen auch Kinder die Möglichkeit haben, sich ihre Freunde, ihr Umfeld selbst

wählen zu können, um persönliche Erfahrungen zu sammeln. Möglichkeiten zu ergründen und darauf hoffen zu dürfen, daß die Erfahreneren ihre speziellen Talente und Zuwendungen erkennen, ernstnehmen und fördern, ohne Prestigedenken, irreführendem Ehrgeiz oder Desinteresse. In einem Miteinander mit/in verschiedenen Schichten der Gesellschaft, mit konstruktiver Kritik, ohne Abwertung der unterschiedlichen Leistungsfähigkeiten, voll Lebensfreude und dadurch klare Denkweisen und Zivilcourage erzielend. Kind sein in der Gemeinde bedeutet, aus der Vielsamkeit sein Ich ohne Vereinnahmung (er-)wachsen lassen zu können. Daß dies positiv gelinge, liegt in unser aller Hände. Und wie zwei dezidierte Beispiele zeigen, ganz besonders in den Händen couragierter Lehrerinnen.

1. **Der Vater brutal, arbeitsunwillig, geringer IQ, Säuer, zuckerkrank, arbeitslos.**

Die Mutter wortkarg, hilflos, geringer IQ, als Putzfrau tätig.

Die beiden haben drei Kinder, wovon zwei, die Älteste und der Jüngste, gezähmt, verschüchtert durch Worte und Schläge, marionettenhaft funktionieren. Nur das mittlere Kind, nennen wir es Helmut, pariert nicht. Schläge und diverse Strafen nützen nichts bevor er in die Schule kommt, und steigern während der Schulzeit auch nicht seinen Lernerfolg.

Die Lehrerin sieht nicht nur die blauen Flecken, sondern spricht auch darüber und zeigt die Eltern bei den dafür zuständigen Behörden an. Helmut kommt ins Heim. Den Eltern ist dies sehr recht. Ferien und Festtage verbringt Helmut auch im Heim, außer die berufstätige Großmutter erbarnt sich seiner und holt ihn zu sich.

Vorsichtig, hinter vorgehaltener Hand, leise ausgesprochener Wunschgedanke der „zu Hause“ verbliebenen Geschwister: „Mir wern nun a schlimmen, dann kumma a ins Heim und zur Omama.“

Hätte eine Lehrerin nicht den Mut gehabt, den die lieben Nachbarn in der Gemeinde nicht aufbrachten, darüber öffentlich zu reden, wäre Helmut vielleicht eines Tages zum Krüppel geschlagen, ins Krankenhaus eingeliefert worden.

2. Gibt es aber auch das „positive“ Ärgernis im Gemeindeleben eines Kindes am Lande.

Der Vater Akademiker, gleichermaßen vom Beruf wie vom gesellschaftlichen Leben besessen.

Die Mutter Akademikerin, detto...

Haushälterin, Kindermädchen, Reisen mit und ohne Kinder rund um die Welt. Kinder sind nur in den besten Schulen, haben nur ausgewählte Freunde aus der besten Gesellschaft, Freizeit: Ballett, Flöten- und Klavierunterricht, Tennis, Reiten, schon im Kindergarten mindestens eine zusätzliche Fremdsprache, Schüleraustausch (mit vorherigem Kontrollbesuch), Scheinkrankheiten für Unterrichtsausfälle, Pillen für und Pillen gegen und der stete Hinweis, sich nicht mit den „Dorftrotteln“ einzulassen. Zwischen Weihnachten und Neujahr schnell irgendwohin auf eine warme Insel; und der seufzende Aufschrei „Mama, warum bleiben wir nicht einmal zu Hause?“ wird ignoriert oder als Bonmot lächelnd weiter erzählt.

Zwei Extrembeispiele, wie ein Kind nicht in einer Gemeinde leben und mit ihr in Verbindung gebracht werden will / soll / darf.

Ob Mißbrauch aus Wohlstand oder Mißbrauch aus Vulgarität, immer ist es ein Mißbrauch an der gesamten Menschheit, die versuchen muß, ohne zu nivellieren, indem alles als eben „menschlich“ anerkannt und abgetan wird, friedlich und schöpferisch sich dem Absoluten zu nähern.

Und das unterlassen wir, wenn wir einem Kind nicht behutsam führend und voll Respekt leitend zur Seite stehen. Kinder sind Spiegelbilder der Erwachsenen!



FAMILIENFREUNDLICHE GEMEINDE

In einer Epoche der Selbstbezogenheit, der Bindungslosigkeit sind die gewachsenen Gemeinschaften, die das Fundament des Staates bilden — nämlich die Ehe und die Familie — stark gefährdet. Menschliche Bindungen müssen stärker durch eine Politik für die Partnerschaft zwischen Mann und Frau, der Familie, für das Miteinander der Generationen, der Nachbarn, Freunde, der Gemeinde gefördert werden.

Gerade die „Gemeindepolitik“ von heute versteht sich nicht mehr nur als Verwaltungsapparat, sondern als Servicestelle, die zum Wohle der Bevölkerung zu dienen hat und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht. Das Schicksal unseres Staates, unserer Gemeinden hängt vom Zustand der Familien ab, oder, wie Arnold Toynbee einmal sagte: „Das Überleben einer Kultur hängt davon ab, ob auf neue Herausforderungen neue Antworten gefunden werden.“

Ein wichtiger Bestandteil dazu ist, eine gemeinsame Aufgabe zu haben, sozusagen verschiedene Bänder, welche die einzelnen Teile zusammenhalten. Jeder träumt von einer gesunden, schönen und finanziell gut fundierten Gemeinschaft, in der die Möglichkeit besteht, Ideen und Vorstellungen einzubringen. Dem einzelnen die Chance einer Einbindung zu geben, um die Zukunft mitzugestalten und ein geistiges Leitbild zu prägen, sollte das erste Gebot einer zukunftsorientierten „Gemeinde-Familien-Politik“ werden.

Wie kann sich nun Gemeinschaftssinn von Familien, Familien- und Kinderfreundlichkeit in der Gemeinde ausdrücken? Welche Initiativen können gesetzt werden?

Vorschlag dazu: Werden sie eine **familienfreundliche Gemeinde!** Ich höre Sie jetzt sagen: „Jetzt gibt es schon die Aktionen ‚Gesunde Gemeinde‘, ‚Jugendfreundliche Gemeinde‘, ‚Dorferneuerung‘ usw. und jetzt noch eine neue Aktion?“ Versuchen Sie es — eine Lösung von Problemen jeder Art ist nämlich auf Dauer gesehen nur in ganzheitlicher Sicht möglich! Unsere Gesellschaft wird menschliche Wärme und Geborgenheit nur in jenem Maße ausstrahlen, in dem jeder einzelne seiner Verantwortung gerecht wird in der Familie, in der Gemeinde, gegenüber Schwächeren und Benachteiligten. Dazu ein paar Fragen (zum Weitersagen und Weiterfragen) zur Ist-Situationserhebung:

- Wie kümmert man sich in der Gemeinde um die Neuzugezogenen?
- Wer kümmert sich in der Gemeinde um jugendliche Arbeitslose, Behinderte, Alleinerzieher, Scheidungswaisen, Pendler und Familien in wirtschaftlichen und sozialen Notsituationen?
- Gibt es in der Gemeinde Familien-

gruppen und Nachbarschaftshilfe; ist diese „Politik der kleinen Netze“ die gleiche Solidarität, in der Gemeinde Wunsch oder Wirklichkeit?

- Ist in der Gemeinde ein Brückenschlag zwischen den Generationen gefunden oder sind ältere Mitbürger an den Rand gedrängt?

- Was wird getan, um die wichtigen Lebensbereiche „Familie“ und „Arbeitswelt“ zusammenzuführen?

- Sind die Wege zum Kindergarten und zur Schule und alle Verkehrsflächen kindergerecht gestaltet?

- Gibt es genügend Angebote, z.B. im kulturellen Bereich, die die Gesamtheit und nicht nur die einzelnen Mitglieder der Familie ansprechen?

- Gibt es für bauwillige, junge bzw. kinderreiche Familien preiswerte Baugründe und eine familiengerechte Sanierung des Altbaubestandes?

- Gibt es einen örtlichen Familiensprecher als Anlaufstelle für alle Probleme, wo Familien „der Schuh drückt“ (Familien-Servicestelle)?

- Werden in der politischen Arbeit der Gemeinde Anliegen der Familie mit Vorrang behandelt?

Wie könnte sich nun **Familienfreundlichkeit** in der Gemeinde ausdrücken:

a) Finanzielle Unterstützung:

- Familienfreundliche Tarifgestaltung bei allen kommunalen Einrichtungen; Familien (heißt auch: Mutter/Kind oder Vater/Kind...) sollten die Möglichkeit haben, gemeinsam verbilligt Veranstaltungen zu besuchen.

- Kinderbetreuung bei diversen Veranstaltungen; Veranstalter verpflichten sich, automatisch für ein Kinderprogramm bzw. für die Betreuung zu sorgen.

- Aufbau einer Bücher-, Spielzeug- und Kinderkleider-Tauschzentrale; Kleidung, Spielzeug, Kinderwagen, Gitterbetten oder sonstige Artikel können getauscht, verkauft werden.

- Gemeinde-Patenschaft für Selbstentrichtungen; die Gemeinde übernimmt die Patenschaft für Selbsthilfegruppen, z.B. nach bestimmten Richtlinien und bestimmten Leistungen.

b) Eine familienfreundliche Gemeinde

läßt sich aber nicht nur an finanziellen Maßstäben messen. Sie muß sich im Alltag, im sozialen Klima unserer Gesellschaft erweisen.

Dazu gehört auch die Gestaltung von Familienfreizeitprogrammen, wie z.B.:

- Familientreffpunkte, Familientage zum Diskutieren, Spielen..., z.B. unter dem Motto „Familien der Gemeinde lernen sich kennen“.

- Familienkurse, d.h., Anbieten von Kursen für Erwachsene mit Kindern, z.B. Malen, Tanzen, Töpfern, Singen...

- Bildungsprogramm für Familien.

- Verstärkte Bewußtseins-, Partner- und Elternbildung, z.B. durch Vorträge, Seminare...

- Aktivitäten zur Pflege des Brauchtums in der Familie.

- Zusammenarbeit Elternhaus — Schule intensiver (Abbau von Ängsten zwischen Eltern — Lehrern).

- Kommunale Familientage organisieren.

- Familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltung, d.h., mehr Kinderbetreuungseinrichtungen am Arbeitsplatz schaffen, oder u.a. auch mindestens 1 x jährlich die Kinder des Arbeitnehmers einladen, einen Arbeitstag der Mutter, des Vaters im Betrieb mitzuerleben...

- Verstärkte Förderung von Tagesmuttermodellen vor Ort.

- Lernbetreuungs- und Nachhilfeunterrichtsangebote; z.B. durch das Einsetzen einer stellenlosen Lehrerin (Lehrer) der Gemeinde über die Aktion 8000, usw.

- Leihoma/Leihopa-Aktion; viele ältere Menschen suchen eine sinnvolle Beschäftigung und wären bereit, für ein geringes Entgelt Kinder stundenweise zu betreuen. Eine „Börse“ dazu ließe sich evtl. in jeder Gemeinde einrichten.

In einer steirischen Familienoffensive müßte es daher — um die Anliegen der Familien besser zu transportieren — zu einer Verankerung von einem „**Familien-gemeinderat**“ in jeder Gemeinde kommen.

Das Ziel wäre, die Gleichgültigkeiten gegenüber Familien aufzudecken und angemessene Abhilfe zu schaffen.

Marilyn Ferguson sagte einmal: „Die Zukunft liegt in der Hand derer, die der kommenden Generation triftige Gründe dafür geben können, dafür zu leben und zu schaffen.“

„Es soll bei uns mehr
Schwarzbeeren geben
... und wir nicht so
viele wohnen, Kleinkinder,
die nur 2 Schilling
kosten.“

MODELLE - IDEEN - PROJEKTE - INITIATIVEN

Zusammengestellt von Helmut Oberrauner

Ständiges gemeinsames Nachdenken über die künftigen Aufgabenstellungen und neuen Herausforderungen angesichts der geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen war immer schon die Grundlage für eine verantwortungsvolle und erfolgreiche Politik in der Gemeinde.

Das Motto der Kommunalpolitischen Tage im März 1989 war „Gemeinde mein Zuhause — unterwegs zu neuen Zielen“. Über 300 der verantwortlichen Gemeindepolitikerinnen der Steirischen Volkspartei — Bürgermeister, Gemeinderäte, Jung und Alt, aus Stadt und Dorf, aus Mehrheit und Minderheit — sind der Einladung gefolgt. Fragen der Dorf- und Stadterneuerung, Managementaufgaben im Verwaltungsbereich, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Chancen der Gemeinden waren die Inhalte dieser Tagung. Einen zentralen Schwerpunkt aber bildete die Installierung von zwölf Arbeitskreisen unter dem Vorsitz von Gemeindevorständen. Die Zielsetzung war und ist es, die neuen Qualitäten in der Kommunalpolitik für ein besseres Zusammenleben in der Gemeinde sichtbar zu machen.

Für die Politik der Steirischen Volkspartei bedeutet dies, ein Klima zu schaffen, das

— Strukturen baut, die zum gemeinsamen Gestalten, Mitdenken, Mitreden und Mitverantworten des Einzelnen motivieren;

— das Gemeinschaftsleben fördert und dem Bürger das Gefühl vermittelt, etwas zu sein und gelten zu können, das Identität und Heimatgefühl wiedergewinnen läßt;

— Offenheit, Kooperationsbereitschaft und Zusammenarbeit signalisiert und einen politischen Stil der Glaubwürdigkeit, der Zuversicht und der Selbstbescheidung zeigt;

— auf Ganzheitsdenken zielt und die Gemeinde als lebendiges Netzwerk erkennen läßt, im Bewußtsein, daß Entscheidungen in Teilbereichen die Gesamtentwicklung beeinflussen;

— dem Bürger das Gefühl gibt, etwas bewirken zu können;

— mit realistischem Optimismus an die Lösung der Aufgaben und Probleme herangeht.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Tu Gutes und rede darüber“, den Inhalt und Auftrag dieses Leitsatzes kann man wohl der Arbeit dieser Arbeitsgruppen zugrunde legen.

Die Themenstellung umfaßte folgende Bereiche:

● Jung sein in der Gemeinde

● Gast sein in der Gemeinde

● Umweltbewußt handeln in der Gemeinde

● Arbeiten und wirtschaften in der Gemeinde

● Kind sein in der Gemeinde

● Sport und Freizeit — Erholung in der Gemeinde

● Mitreden — Mitverantworten in der Gemeinde

● Alt werden in der Gemeinde

● Gemeinschaft erfahren in der Gemeinde

● Bauen in der Gemeinde

● Kultur (er)leben in der Gemeinde.

In Tagungen, Seminaren und Gesprächen wurde die Ausgangslage analysiert, Erwartungen an den Kommunalpolitiker und den Bürger formuliert und daraus die vielfältigsten Ideen und Zukunftsvorstellungen gesammelt und diskutiert, Projekte und Modelle erarbeitet.

Einige der Ideen und Projekte und Forderungen werden nun auf den nächsten Seiten dargestellt. Eines aber darf gleich vorweg genommen werden. Es ist unmöglich, die gesamte Breite von Beispielen und Initiativen in den Steirischen Gemeinden in diesem Heft zu dokumentieren. Deshalb erhebt die Sammlung der angeführten Projekte nicht Anspruch auf Vollständigkeit, sondern versteht sich als Anreger und Impulsgeber für die Arbeit und das Wirken unserer Gemeindepolitiker.



„Die Gemeinde hat viele Aufgaben“

Steirische Gemeindepolitik ist jener Teil der steirischen Landespolitik, der alle steirischen Landsleute am unmittelbarsten berührt. Denn sie betrifft seine Lebensumstände, seine Umwelt, seine Gemeinde, seine Heimat. Und Heimat ist immer dort, wo jeder Mensch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft direkt erlebt, am eigenen Leib, am eigenen Schicksal, gemessen an seinen eigenen Sorgen, Wünschen und Hoffnungen.

tionieren von Gemeinschaften zu fördern, die allen Gemeindemitgliedern die Chance bieten, etwas zu sein und gelten zu können und glücklich zu sein. Das wiederum kann nur durch viele Teilaufgaben bewältigt werden. Man könnte sie wie auf einer Uhr sehen, als 12er Kreis, der sich um die Bürger schließt, mit ihnen als Mittelpunkt und „Aufzeiger“.

Nach dem 12er, der Aufgabe der Vertiefung des Heimatbewußtseins,

1. Die Gemeinde muß funktionieren, die Gemeindefunktion, die Ver- und Entsorgung, die gegenseitige Information, die Führung aller kommunalen Betriebe.
2. Der Gemeindehaushalt muß stimmen, die Förderung der Finanzkraft durch Arbeit im Nahbereich, gesunde Betriebe, Langzeitentwicklungen etc.
3. Die Infrastruktur muß sich zukunftsorientiert entwickeln. Raumord-

senden Angebot.

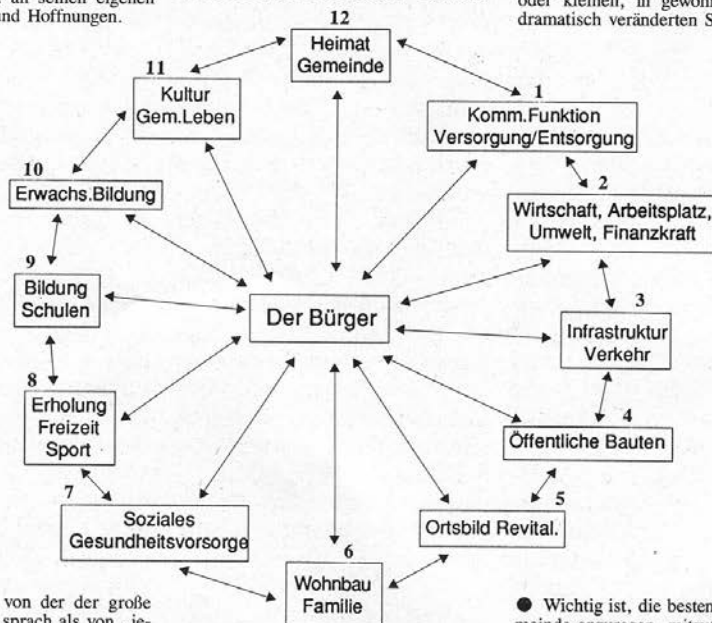
9. Die Schulen und Bildungseinrichtungen sollen dem Nachwuchs so viele Bildungschancen im Nahbereich, wie möglich, bieten.

10. Die Erwachsenenbildung darf dabei nicht zu kurz kommen.

11. Das Kultur- und Gemeinschaftsleben muß gefördert werden, die ganze Breite angebotener und angeregter Kulturserlebnisse, vor allem das Vereinswesen.

Damit schließt sich der Kreis zum Heimatgefühl, dem Gefühl der Geborgenheit und der Anregung.

Die Politik kennt keine schönere Aufgabe, als für die da zu sein, denen wir täglich in die Augen schauen können. Ob wir nun alles selbst verantworten müssen, ob wir in einer Mehrheits- oder Minderheitsgemeinde wirken, in einer großen oder kleinen, in gewohnten oder auch dramatisch veränderten Strukturen.



Es ist jene Heimat, von der der große Steirer Hanns Koren sprach als von „jemem Platz, der uns zugewiesen ist, um mit den Fragen der Welt und mit den Rätsele der Zeit fertig zu werden.“ Das bestimmt unsere gemeinsame Aufgabe. Ihre als Gestalter der Gemeinde und unsere als Träger unterstützender Landespolitik — unsere so vielfältige und vernetzte Aufgabe bewahrender und erneuernder Kommunalpolitik.

Drei große Aufgaben stehen allen Überlegungen voran:

I. Das Heimatgefühl in der Gemeinde vertiefen, das Geschichtsbewußtsein und das Wissen um das Schöne, um die Kostbarkeit und um das Liebenswerte der Heimatgemeinde, die Entwicklung der „Ortsidee“.

II. die materiellen, wirtschaftlichen und natürlichen Lebensgrundlagen der Bewohner zu erhalten, zu bewahren und zu entwickeln und

III. das Gemeinschaftsleben, das Funk-

tion, Raumplanung, Verkehrswege etc.

4. Die gemeindeeigenen, öffentlichen Bauten und Einrichtungen müssen vorbildlich errichtet und erhalten werden, was Zweck und Nutzen, Schönheit und Kosten betrifft.

5. Dem Ortsbild muß alle Pflege und Sorgfalt gewidmet sein, dem „Gesicht“ der Gemeinde, den gewachsenen Ortskernen, der erhaltungswürdigen Bausubstanz, dem Umland.

6. Wohnbauten sollen mehr sein als 4 Wände und ein Dach über dem Kopf, sollen familienfreundlich, funktionell und von Lebensqualität bestimmt sein.

7. Die soziale Verantwortung muß sich auf alle Menschen der Gemeinde beziehen, besonders auf die jungen, die alten und die Familien.

8. Erholung und Freizeitwert der Gemeinde müssen stimmen, von der Fantasie, der Rücksichtnahme bis zum umfas-

● Wichtig ist, die besten Köpfe der Gemeinde anzuregen, mitzutun.

● Wichtig ist, die Gemeindebürger einzuladen, „sich in ihre eigenen Angelegenheiten zu mischen“.

● Und wichtig ist zu wissen, daß wir „am Karmeliterplatz“, im Josef-Krainer-Haus und in den Bezirksparteisekretariaten helfen und fördern wollen und werden, wo immer wir unseren Beitrag für eine weitere Verlebendigung steirischer Gemeindepolitik leisten können.

„Unterwegs zu neuen Zielen“

Das steht auf unseren Plakaten — ist unser Motto für die bevorstehende Gemeinderatswahl. Ziehen wir Bilanz, reden wir intern darüber, wie wir selbst „funktioniert“ haben, dann sagen wir den Gemeindebürgern, was wir geleistet haben und dann krempeln wir uns — gemeinsam — die Ärmel hoch für das, was noch vor uns liegt. Glück auf!

Georg Herberstein



Junge Gemeinde

Kommunalpolitische Forderungsschwerpunkte der Jungen ÖVP Steiermark.

Die Umsetzung nachfolgender fünf Aufgabenbereiche erscheint aus Sicht der Jungen ÖVP Steiermark für eine zukunftsorientierte Kommunalpolitik notwendig und wird neben den jeweiligen ortsspezifischen Anliegen von den 302 JVP-Ortsgruppen im Gemeinderatswahlkampf 1990 mit Nachdruck vertreten werden:

- Bürgerdemokratie verstärken
- Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen ausbauen
- Sozialstationen in den Gemeinden errichten
- Ost-Partnerschaften und Kontakte aufbauen
- 544 Jugendgemeinderäten/innen eine Chance geben

1. Bürgerdemokratie verstärken

Nachdem es initiiert durch eine Urabstimmung der Jungen ÖVP bereits verpflichtend eine jährliche **Gemeindeversammlung** (§ 49 L-VG 1960 i.d.g.F.) und das **Initiativrecht** sowie das **Recht Volksbefragungen und Volksabstimmungen** auf Gemeindeebene einzuleiten, gibt, fordern wir eine **Reform der Gemeindevahlordnung 1960**.

Wahlpunktesystem einführen.

Die Möglichkeit auf den Stimmzetteln Änderungen vorzunehmen, muß erleichtert werden, um eine stärkere Einflußnahme des Wählers auf die Zusammensetzung der Gemeinderäte zu erreichen. So ist ein Wahlpunktesystem einzuführen. Jeder Wähler muß so viele Wahlpunkte vergeben können als Gemeinderäte gewählt werden können (z.B.: bei 15 Gemeinderäten 15 Wahlpunkte). Das heißt, er kann bis zu 15 Kandidaten der Liste, die er gewählt hat, je einen Wahlpunkt durch das Ankreuzen des betreffenden Namens geben.

Jene Kandidaten, die mindestens 50 Prozent der Wahlzahl, das ist jene Zahl an Stimmen, die für die Erreichung eines Mandates notwendig ist erhalten, sind entsprechend ihrer Wahlpunktezahls vorzuziehen (z.B.: bei 15 zu vergebenden Gemeinderatssitzen werden 750 gültige Stimmen abgegeben; $750:15=50$; die Wahlzahl ist daher 50, jeder Kandidat, der mehr als 25 Wahlpunkte hat, ist vorzuziehen).

Die Gemeindevahlbehörde muß gesetzlich verpflichtet werden, das Wahlpunktesystem spätestens eine Woche und frühestens zwei Wochen vor dem Wahltag der wahlberechtigten Gemeindebevölkerung mitzuteilen, damit dieses auch tatsächlich den Wählern bekannt ist und von diesen genutzt wird.

2. Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen ausbauen

● Müll vermeiden und trennen

In allen 544 steirischen Gemeinden sind Strategien zur Müllvermeidung und Mülltrennung raschest zu entwickeln und umzusetzen. Das „Wildoner Bio PaG-System“ (Biomüll, Papier und Glas werden in jedem Haushalt getrennt gesammelt, der Restmüll kommt in eine eigene Tonne, der Biomüll wird kompostiert) könnte als Vorbild dienen.

● Menschengerechter Verkehr

Jede Gemeinde müßte für sich ein Verkehrskonzept erarbeiten, das den Menschen und nicht das Auto in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt. Daher treten wir auch für verkehrsberuhigte Straßen (z.B.: Wohnstraßen) und Fußgängerzonen ein.

● Öko-Kataster

In allen Gemeinden sollte ein Öko-Kataster erarbeitet werden. Das ist eine flächendeckende, ökologische Bewertung des Gemeindegebietes mit dem Ziel die ökologische Gesamtsituation unter Mitbeziehung der Gemeindebewohner zu verbessern.

3. Sozialstationen in den Gemeinden errichten

Die Gemeinden sollten entweder alleine oder gemeinsam mit den Nachbargemeinden Sozialstationen errichten, um die

Hauskrankenpflege, Alten- und Nachbarschaftshilfe und andere mobile Dienste den alten, pflegebedürftigen und kranken Gemeindebewohnern bürgernah anbieten zu können.

Die Errichtung von Altenwohnhäusern ist gerade in größeren Gemeinden ein Gebot der Stunde. Junge von heute sollen im Alter nicht gezwungen werden, ihre Gemeinde verlassen zu müssen, um in ein Großaltenheim abgeschoben zu werden.

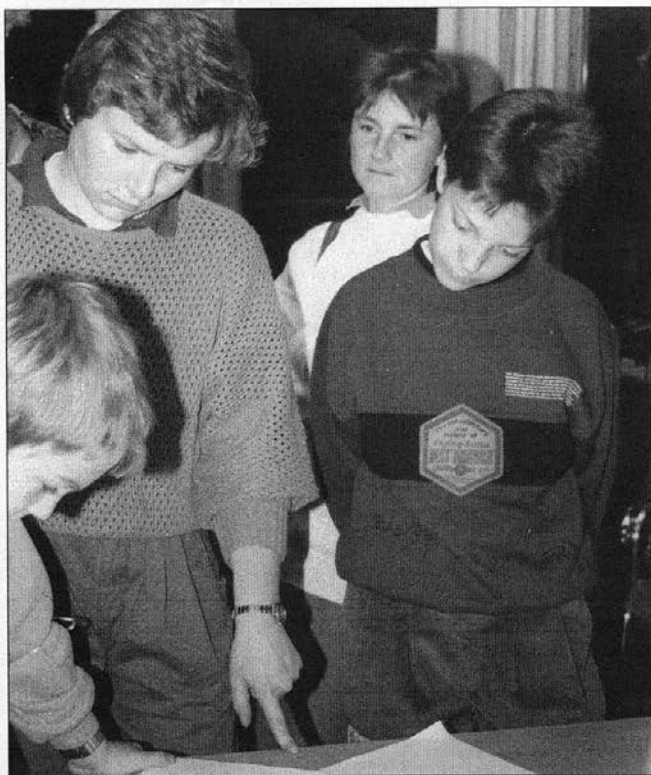
4. Ost-Partnerschaften und Kontakte aufbauen

Partnerschaften von Gemeinden mit Gemeinden und Städten im Ostblock können einen Beitrag zur Völkerverständigung und auch zu den Reformbestrebungen im Ostblock leisten.

Jugend-, Musik-, Sport- und andere Vereine sind in diese Partnerschaften einzubinden, um so Brücken zwischen Menschen zu schlagen, die bisher nicht möglich waren.

5. 544 Jugendgemeinderäten/innen eine Chance geben

In allen 544 Gemeinden muß es neben dem Umweltgemeinderat einen Jugendgemeinderat geben, der womöglich unter 30 Jahre alt sein und sich vor allem um die Anliegen der Kinder und Jugend kümmern soll, um so ein kinder- und jugendfreundliches Klima in den Gemeinden zu erreichen.





Die Arbeit der Kulturinitiative Ratschendorf

Die Kulturinitiative Ratschendorf in der kleinen südoststeirischen Gemeinde Ratschendorf wurde 1982 gegründet. Unmittelbarer Anlaß dazu war die Errichtung einer sogenannten „Mehrzweckhalle“ in dem knapp 700 Einwohner zählenden Dorf. Auch in Ratschendorf wurde — wie bei den meisten Gebäuden dieser Art — in Eigenregie gearbeitet. Die Frage „Herr Bürgermeister, wollen Sie im Achleitner stehen?“ (zit. G. Sperl, politicum 20, Mai 1984) wird leider noch immer zu selten gestellt.

Diese „Mehrzweckhalle“ (nach einem kurzen Intermezzo als „Kulturhalle“ nun endgültig (?) in „Teichhalle“ umbenannt) sollte von der Kulturinitiative Ratschendorf in Alternative zu ihrer tatsächlichen Verwendung (in erster Linie zur Abhaltung traditioneller Dorffeste genutzt) ihrem Namen als Mehrzweckhalle insofern gerecht werden, als versucht werden sollte, dieses Haus in erweiterter Form zu nutzen. Zunächst war „eine Ausstellung über das Dorf“ geplant. Bei den Vorbereitungen für dieses Projekt der Kulturinitiative Ratschendorf stellte sich jedoch bald heraus, daß eine allgemein gehaltene Ausstellung zum Thema „Geschichte von Ratschendorf“ — Dinge gesammelt, restauriert, kurz beschrieben und aufgehängt — nicht den Vorstellungen von „Kulturarbeit im Dorf“ entsprechen konnte. Die geplanten Arbeiten sollten sich im Konnex mit den traditionellen Lese- und Interpretationsmöglichkeiten der Bewohner des Dorfes bewegen und gleichzeitig wissenschaftlich fundierten, sozialgeschichtlich-kritischen Reflexionen entsprechen.

Ziel der Kulturinitiative Ratschendorf war und ist es, einerseits rückblickend eine Darstellung der geschichtlichen und sozialen Entwicklung des Ortes Ratschendorf zu geben und andererseits für die Zukunft zur Bewußtseinsbildung der Bewohner einen Beitrag zu leisten, z.B. im Bereich der Ökologie.

Es wurde daher versucht, diese Vorsätze durch jährlich eine Ausstellung, durch Vorträge und Veranstaltungen verschiedenster Art zu verwirklichen. Zu den Ausstellungen sollte jeweils eine Publikation erscheinen — zur Dokumentation der Arbeit, aber vor allem, um im Laufe der Jahre ein möglichst umfassendes, wissenschaftlich fundiertes Bild vom „Leben im Dorf“ zu bekommen und eine spätere Bearbeitung der verschiedenen Themen zu erleichtern. Bei all diesen Projekten wird auf eine Zusammenarbeit mit Fachleuten aus dem jeweiligen wis-

senschaftlichen Bereich größter Wert gelegt.

Auf der anderen Seite ist es aber auch das erklärte Ziel der Kulturinitiative Ratschendorf, Kulturarbeit für alle Bewohner des Ortes zu machen. Als Ergänzung zu den traditionellen kulturellen Strukturen sollen neue Möglichkeiten und Formen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und dem gegenwärtigen und zukünftigen Leben im Dorf geschaffen werden. Dazu gehört u.a., daß eine konstruktive Konfrontation von Traditionellem mit Neuem stattfinden kann. Dieses Neue kann von außen und aus der Dorfgemeinschaft selbst kommen.

Um diese Ideen unbelastet von parteipolitischen Überlegungen realisieren zu können, ist es ein wesentlicher Faktor im Programm der Kulturinitiative Ratschendorf, unbeschadet von parteipolitischen Vorstellungen und Ideologien zu arbeiten. So war es im Herbst 1989 erstmals auch möglich, ein gemeinsames Fest aller (Jugend-)Gruppen des Dorfes zu veranstalten: Die Junge Volkspartei, die Landjugend, die Junge Generation in der SPÖ — die gemeinsam den größten Teil der Dorfjugend erreichen — und die Kulturinitiative Ratschendorf organisierten gemeinsam ein Benefiz-Dorffest zugunsten des von der Kulturinitiative Ratschendorf in Zusammenarbeit mit der Gemeinde zu errichtenden „Römerzeitlichen Museums Ratschendorf“.

Die Zusammenarbeit der Kulturinitiative Ratschendorf mit den Bewohnern des Dorfes kann als gut bezeichnet werden, vor allem die (sozial-)geschichtlichen Arbeiten wären ohne ein entsprechendes konstruktives Klima und ohne gegenseitige Anerkennung und Toleranz nicht denkbar. Natürlich gibt es aber auch ausgesprochen gegenteilige Standpunkte — als praktisches Beispiel sei hier das Unterschutzstellungsverfahren eines römerzeitlichen Hügelgräberfeldes im Gemeindegebiet genannt. Exemplarisch sollen hier einige Beispiele von Ausstellungen, Publikationen, Vorträgen usw. genannt werden, die seit 1982 von der Kulturinitiative Ratschendorf in Ratschendorf veranstaltet wurden.

Ausstellungen u.a.:

„Gefährdetes Kulturgut — Raum Radkersburg — Ortsgemeinde Ratschendorf“ (1984, Ausstellung, Vortrag, Prospekt), „Braun nieda, grean auf und obenauf a blaus' Schöpferl drauf — Flachsbanbau und Flachsfasergewinnung vor 1939“ (1985, Ausstellung, Vortrag, Katalog), „Vereinswesen in Ratschendorf“ (1986, Ausstellung, Katalog), „Wir sehen uns alle heiligen Zeiten einmal — Wallfahrt am Beispiel Maria Helfbrunn“ (1986, dazu ein Feature in Ö1, ein Buch dazu erscheint im August 1990), „Der Boden, unsere Lebensgrundlage in Gefahr?“ (1989, Ausstellung, Vortrag) u.a.

Vorträge:

„Natur- und Umweltschutz in der Gemeinde“, „Die Grenzen des natürlichen Wachstums — stirbt es sich gemeinsam

leichter?“, „Ur- und Frühgeschichte des Bezirkes Radkersburg“ u.v.a.

1987 und 1988 wurden von der Kulturinitiative Ratschendorf im sogenannten „Hügelstaudach“ im Gemeindegebiet Ratschendorf, in Zusammenarbeit mit dem Landesmuseum Joanneum, Abteilung für Vor- und Frühgeschichte, und dem Bundesdenkmalamt Grabungen durchgeführt. Es mußte dabei ein Weg gefunden werden, die Vorurteile, die der Arbeit des Grabungsteams entgegengebracht wurden, abzubauen.

So wurden die Familien im Dorf gebeten, das Grabungsteam in täglichem Wechsel zum Mittagessen einzuladen. Damit war einerseits die Verpflegung der Grabungsteilnehmer gesichert, andererseits konnte beim gemütlichen Beisammensitzen täglich eine andere Familie von kompetenter Seite persönlich über die Arbeit informiert werden.

Aufgrund des unerwartet großen Erfolges der Grabung wird seit Frühjahr 1989 am „Projekt Römerzeitliches Museum Ratschendorf“ gearbeitet. Hier errichtet die Kulturinitiative Ratschendorf in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und mit Hilfe der erwähnten Jugendgruppen ein Museum unkonventioneller Art.

Das Museum ist als Gesamtprojekt Träger vieler verschiedener Inhalte. So wird z.B. aus einem ehemaligen „Kühlhaus“ ein behindertengerechtes öffentliches Gebäude.

Der, architektonisch gesehen, reine Zweckbau (einer dörflichen „Tiefkühlgemeinschaft“) und als solcher Träger einer sozialen Funktion soll in diesen beiden Inhalten erhalten bleiben.

Es wird hier nicht nur versucht, „anonyme Architektur“ vor dem — seit längerem geplanten und nur durch Zufall noch nicht durchgeführten — Abruch zu bewahren, sondern sie auch sinnvoll als ein Element der Volksbildung zu nutzen.

Dieses Haus („Museum“) soll Brücke sein zwischen einer historisch-sozialen Funktion und den zukünftigen Inhalten. Das Gestaltungskonzept sieht beim Gebäude selbst eine bewußte Reduktion auf die konstruktiven Elemente des Baukörpers vor. Das Gestaltungskonzept des musealen Inhaltes soll eine Synthese mit der baulichen Struktur bilden. Die Einrichtung wird von einem Künstler ausschließlich mit den Werkstoffen Stahl, Eisen und Glas gebaut.

Da es das Ziel sein muß, nicht nur Besucher von außen in dieses Museum zu bringen, sondern dieses auch im Dorf zu integrieren, bestand eine Idee darin, die gesamte Dorfjugend an diesem Haus mitbauen zu lassen. Auf diese Weise wird die Möglichkeit einer Identifizierung mit diesem Projekt auf breiter Basis geschaffen.

Viele der vorgesehenen Arbeiten konnten verwirklicht werden. Trotzdem einige selbstkritische Gedanken zum Schluß: Rückblickend auf 7 Jahre Kulturarbeit muß festgestellt werden, daß innerhalb der Kulturinitiative Ratschendorf — trotz

der erwähnten Erfolge — zukünftig mehr inhaltliche Auseinandersetzung mit der eigentlichen Kulturarbeit im Dorf stattfinden muß.

Die Kulturinitiative Ratschendorf wird sich wahrscheinlich im Frühjahr 1990 neu konstituieren; dabei werden auch neue Schwerpunkte für die zukünftige Arbeit festgelegt werden.

Eine Personengemeinschaft wie die Kulturinitiative Ratschendorf, die sich sowohl als Forum für die einzelnen Mitglieder als auch als Integrationspunkt einer Dorfgemeinschaft versteht, kann eine Möglichkeit für eine geistig-kulturelle Erneuerung darstellen ohne traditionelle Formen von Dorfkultur zu zerstören.

Heinrich Kranzlbinder



Straden aktiv

Straden aktiv wurde 1976 von Harald Domitner als selbständige Sektion des Fremdenverkehrsvereins Straden gegründet, stand von 1977 bis 1984 unter der geschäftsführenden Koordination von Berthold Rauch und wird seither von Wolfgang Seidl geleitet.

Die Gruppe verfolgt die Pflege kultureller Tätigkeiten, wie Konzert-, Literatur- und Filmveranstaltungen, Theaterspiel, Ausstellungen u.a.m. auf gemeinnütziger Basis.

Entstanden ist die Gruppe mit ihrer ersten Kabarettproduktion („Entschuldigung, bitte!“) anlässlich der 1. Stradener Kulturtag 1976 unter der Bezeichnung „Jugend Straden“, noch aktive Gründungsmitglieder sind: Harald Domitner, Ewald Hirschmugl, Paul Kindler, Berthold Rauch, Josef Schadl, Wolfgang Seidl und Ingrid Ulrich.

In verschiedensten Besetzungen wird bis heute noch einmal jährlich versucht, eine Theaterproduktion zu präsentieren, die alternativ im Sinne von ergänzend zum bestehenden Kulturangebot verstanden werden soll. Die Entwicklung der Gruppe auf diesem Gebiet kann am besten anhand ihrer Produktionen dokumentiert werden. Auf Boulevardkomödien („Kirsch & Kern“, „Kinder fallen nach oben“), auf eine Tragödie („Duell“, österr. Erstaufführung) folgen Eigenproduktionen, wie ein nonverbales Theaterstück („Schöpfungsgeschichte“) oder ein neues Volkstheater („Mimmerl mogst mi?“, „Steinerblut“); in den letzten Jahren liegt der Schwerpunkt auf Bearbeitungen von literarischen Texten (gespielte Monologe mit Musik).

Die Arbeit der Gruppe wird mit Einladungen zu regionalen und internationalen Theatertagen (1979 als Österreichvertreter bei den Europäischen Theatertagen in Heidenheim, BRD) anerkannt und mit

der Zuerkennung des Bauernbund-Preises für „die interessanteste Aufführung eines Theaters im ländlichen Raum“ (1981 in Bad Radkersburg für „Mimmerl mogst mi?“) honoriert.

Interessanter Höhepunkt war 1986 die Inszenierung eines Auftragswerkes des ORF-Landesstudio Steiermark („So frei sind wir in der Samstagnacht“ von Ernst Johann Schwarz, Regie: Peter Lutschak) und die Aufzeichnung als Fernsehspiel unter Pert Oberhauser.

1980 begann Straden aktiv mit dem Ausbau einer Backstube im Gasthof Schadl. Ursprünglich als Probenraum konzipiert, wird der Raum letztendlich als Veranstaltungsort adaptiert und am 22. Oktober 1982 eröffnet. Seither fanden 107 Veranstaltungen mit 253 Gruppen/Solisten aus den Bereichen Theater, Film, Literatur und Musik statt.

Die gebotenen Veranstaltungen werden zum Großteil von Gästen aus der Umgebung bis ca. 30 km besucht, Hauptanziehungspunkt ist die regional einmalige Programmierung. Unikal ist sicherlich auch die freiwillige finanzielle Unterstützung (Fördererbeitrag) dieser Gäste, die damit den Fortbestand dieser Institution sichern. Der Besuch der Ortsbevölkerung hält sich in Grenzen.

Die Durchführung der Südsteirischen Theatertage ist seit 1981 alljährlich der Schwerpunkt im Veranstaltungsreigen. Seit 1984 werden sie als „Kleinkunst & Kabarett-Tage“ abgehalten. Teilnehmer

dieses Festivals sind jährlich 15 Gruppen/Solisten aus dem In- und Ausland, Hauptaugenmerk liegt bei nicht von Berufsschauspielern präsentierten Theaterformen; als Anerkennung und Auszeichnung erhalten die Gruppen den „Stradener Kleinkunst-Ziegel“.

Ein weiterer Höhepunkt in den Veranstaltungsjahren 1983–1988 ist das „Stradener Straßenspektakel“, ein Dorffest für jung und alt, in Zusammenarbeit mit den Vereinen der Marktgemeinde Straden. Ca. 50–60 aktive Gruppen (Musik jeglicher Richtung, Literatur, Straßentheater, Ausstellungen, Präsentationen und Informationen) präsentieren auf 12 Plätzen rund um das Kirchenrefugium ihre Beiträge bei „Schwein & Wein“. Diese steiermarkweit einmalige und größte Veranstaltung für die ganze Familie am ersten Sonntag im September findet großes überregionales Interesse (im letzten Jahr ca. 4.500 Besucher) und ist Stradens wesentlichstes kulturelles Aushängeschild.

Zusammenfassend darf erwähnt werden, daß die von Straden aktiv angestrebten Ziele fast zur Gänze erreicht wurden. Nach anfänglichen Resentiments der Ortsbevölkerung, die mit dem Programmangebot großteils überfordert war, gelang es, diese Institution langsam im Stradener Kulturleben zu integrieren. Darüber hinaus wurde Straden aktiv zum einzigen österreichweit bekannten Werbeträger dieses Ortes.

Wolfgang Seidl





Planungssprechtag im Bezirk Liezen

Anlässlich einer Sitzung der Raumordnungsgemeinschaft des Gerichtsbezirks Schlading im November 1977 wurde die Einführung eines Planungssprechtales beschlossen. Mit Anfang 1978 begann diese Serviceeinrichtung zu laufen und der fixierte Planungssprechtag ist derzeit ein nicht mehr weg-zudenkender Bestandteil zumindest für das Hochbaugeschehen der sieben Gemeinden Schlading, Haus/Ennstal, Ramsau, Rohrhoos-Untertal, Pichl-Preunegg, Aich und Gösseberg. Im April 1979 wurde ein solcher Planungssprechtag für die drei Gemeinden der Raumordnungsgemeinschaft St. Gallen, Altenmarkt bei St. Gallen, Weibach/Enns installiert und seit September 1979 werden diese Beratungstage für die fünf Gemeinden der Raumordnungsgemeinschaft Admont, Ardnig, Hall, Weng und Johnsbach abgehalten. In variiert Form gibt es auch Beratungen in den Gemeinden Bad Mitterndorf, Pichl bei Aussee, Bad Aussee, Grundsee, Altaussee, Wörschach, Stainach, Trieben, Donnersbachwald, Pürgg/Trauteneis, Landl, Gams, Palfau, Oppenberg. In einigen anderen Gemeinden werden fallweise Beratungen durchgeführt.

Sinn und Zweck

Die für das Baugeschehen zu beachtenden und einzuhaltenden Gesetze müssen sinnvoll koordiniert und durchgeführt werden. Vor allem soll dem Bauwerber die Bewältigung der Probleme, die sich für ihn aus der Raumordnung, aus der Bauordnung, aus dem Naturschutz, aus dem Ortsbildschutz usw. ergeben, durch die zuständigen Sachverständigen und Behörden erleichtert werden. Diese Erleichterung wird hauptsächlich dadurch erreicht, indem der Bauwerber an Ort und Stelle für seinen Bauwunsch die fachkundige Beratung erhält.

Dabei ist es wichtig, daß noch keine fertigen und detaillierten Projektskizzen vorliegen, denn diese bringen oft Schwierigkeiten mit sich, die schwer zu beseitigen sind. Der fertige Plan ist meist „Bestandteil“ des Bewilligungswerbers und dieser kommt vom einseitig fixierten Gedanken-gut schwer los, auch wenn einleuchtende und sinnvolle Änderungen vorgeschlagen werden.

Bis zur endgültigen Einführung des ersten Planungssprechtales in einer Kleinregion oder Raumordnungsgemeinschaft vergeht meist eine geraume Zeit, denn in

der Gemeinde und bei der Baubehörde muß die Bereitschaft für diese Aktion erst wachsen. An konkreten Beispielen erkennt dann die Gemeinde, daß nicht sie alleine die gesamte „Verantwortung“ für das Baugeschehen in ihrem Hoheitsgebiet zu tragen braucht. Es ist ja nach der derzeitigen Gesetzeslage so, daß die Baubehörde wohl die endgültige Baubewilligung für ein Bauvorhaben erteilt, es müssen jedoch auch alle anderen für den Bau notwendigen Bewilligungen (z.B. naturschutzrechtliche Ausnahme-genehmigung) eingeholt werden.

Die für den Bau notwendigen Schritte sind meist vielfältiger Art und es ist öfters geschehen, daß spät nach erteilter Widmungs- und Baubewilligung durch die Baubehörde die anderen Bewilligungen zu erlangen waren und dies hat selbstverständlich den Unmut aller Beteiligten hervorgerufen. Die wahre Gesetzesflut der letzten Jahre (z.B. Stmk. Bauordnung 1968, Stmk. Raumordnungsgesetz 1974, Stmk. Naturschutzgesetz 1976, Stmk. Ortsbildgesetz 1977, Stmk. Garagenordnung 1979) bringt für den einzelnen, wenn er nicht gerade Fachmann ist, (wer ist das heute schon?), eine Unüberschaubarkeit, die zumindest einen Leit-faden benötigt. Als ein solcher Leit-faden sind die „Planungssprechtales“ gedacht und es wurde die Bezeichnung deshalb so gewählt, weil an diesem Tag die Maßnahmen zur Bauvorbereitung behandelt werden.

Ist der Wille für die Durchführung eines solchen Sprechtales in der Gemeinde gereift, so steht diesem nichts mehr im Wege, denn die Gemeinde ist dafür die unübergehbare Basis. Und gerade eine Hilfestellung an der Basis ohne Beigeschmack eines Diktates, ist Voraussetzung für das Gelingen dieses Vorhabens. Durch die Beratungen erfolgt nicht nur die Information für das Was und Wie eines Bauwerkes, sondern es bleibt auch die Planungs- und Gestaltungsfreiheit für den Betroffenen weitgehend erhalten. Die Berücksichtigung der Umgebung (Natur — Umwelt) ist hier wohl selbstverständlich. Die Rücksichtnahme ist gerade im Bezirk Liezen von besonderer Bedeutung, denn der Gesamtbezirk ist auf ca. ¼ seiner Größe mit Landschafts- und Naturschutzgebieten überdeckt.

Dieser Schutzgedanke stellt ein besonderes Prädikat für Natur und Landschaft in Verbindung mit den von Menschenhand geschaffenen Einheiten (Städte, Märkte, Dörfer, Weiler usw.) in diesem Bezirk dar. Es muß daher die gemeinschaftliche Bewahrung und Erhaltung dieser Region in ihrer Eigenart und Vielfalt unter Berücksichtigung der verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten ein Gebot für alle sein. Die Einführung des Planungssprechtales ist als ein Beitrag dafür gedacht.

Ort, Teilnehmer, Kosten, Zeitpunkt, Ablauf

Es hat sich als sinnvoll erwiesen, den Planungssprechtag im Zentrum einer Raumordnungsgemeinschaft oder Kleinregion abzuhalten (z.B. Schlading, St. Gallen, Admont, Bad Aussee) weil hier die Erreichbarkeiten noch günstig gegeben sind. Die Beteiligten sind außerdem in vertrauter Umgebung und das Unbehagen vor dem Marsch zur Behörde bleibt aus.

Teilnehmer:

Vertreter der Raumordnungsgemeinschaft oder Gemeinde (Gemeindevorstand)

Der örtliche Raumplaner (Kosten auf die Nebengebühren aufteilen, diese sind minimal, da der Ortsplaner ohnehin „Anwesenheitspflichten“ in den Gemeinden hat)

Vertreter der Baubezirksleitung (Ref. Hochbau, Landesbeamter)

Der Bausachverständige der Gemeinde (Kosten auf die Kommissionsgebühren aufteilen, die dann gleich bleiben, da sich die tatsächliche Kommissionsdauer verringert)

Sonstige Sachverständige (z.B. Ortsbildsachverständiger, Wildbach- und Lawinensachverständiger, Energiesachverständiger, der durch die Energieberatungsstelle des Landes kostenlos beige-stellt werden kann) und selbstverständlich:

Der Bewilligungsgeber (Bauherr) mit dem Objektplaner oder Baumeister.

Die Sprechtales werden öffentlich kundgemacht (Gemeindezeitung, Postwurfsendung oder ähnliches) und terminlich voraus fixiert. Meist finden sie monatlich oder auch alle 2 Monate statt, je nach der zu erwartenden Bautätigkeit.

Am Vormittag eines Sprechtales werden die einzelnen Widmungs- und Bauwünsche vorgebracht und protokolllarisch festgehalten. Am Nachmittag werden diese Wünsche dann an Ort und Stelle behandelt. Danach wird ein endgültiges Protokoll verfaßt, welches für die nachfolgenden Widmungs- und Bauverhandlungen als Verfahrenshilfe dient. Zusätzlich werden auch fallweise Skizzen dem Protokoll beigegeben.

Es kann festgestellt werden, daß sich die Planungssprechtales bewährt haben. Die rege Beteiligung durch die Bauwerber und Planer läßt erkennen, daß die Gemeinden und die Initiatoren den richtigen Weg eingeschlagen haben. Die Schwellenangst zum „Neuen“ wurde überwunden, wobei ein Rückgriff auf traditionelle Werte nicht mehr als Rückschritt angesehen wird. Vertrauen wurde gebildet! Das gemeinsame Vorgehen zur Erhaltung von Natur und Landschaft für die Sicherung einer lebensgerechten Umwelt wurde erkannt! Auch für die Planungssprechtales gilt die zu beachtende Regel:

Länger und mehr planen, dafür schneller bauen!

Karl Glawischnig



Bauen und Wohnen in der Gemeinde Ein Bericht des Arbeitskreises

Es ist begreiflich, daß der Arbeitskreis 8 seine Arbeit in erster Linie auf das Wohnen ausgerichtet hat, betrifft doch Heim und Wohnbau jeden von uns primär und unmittelbar. Unter der Leitung von Bürgermeister Paul Pucher, Baumeister Karl Pusterhofer und Kammerobmann Matthias Kranz wurden einige besonders brennende Probleme aufgegriffen und eine Reihe von neuen Verbesserungsansätzen angedeutet. Sie sind kurz und stichwortartig zusammengestellt.

In einem zweiten Teil sind Beiträge bzw. Ausschnitte daraus gesammelt, die die Raumordnung, die Bestimmung im öffentlichen Wohnbau, die Qualität insbesondere von öffentlichen Bauten, die Planung des Wohnungsfeldes, die Bauausführung und die Kontrolle aus der Sicht von Experten beleuchten. Die Beiträge konnten zum Teil nicht komplett abgedruckt werden. Es besteht aber die Möglichkeit, bei entsprechendem Interesse, die kompletten Unterlagen über das Josef-Kraier-Haus zu bekommen.

Noch ein Wort zum Thema im allgemeinen:

Bauen bedeutet zuerst einmal Stören bestehender Ordnungen in Natur, Landschaft und Kultur. Bauten wie Häuser, Fabriken, Straßen und Leitungen waren häufig so schwere Eingriffe in intakte Lebensräume, daß sich die „Erfolge der Technik“ heute vielfach als „Erfolgsschäden“, als Zerstörung erweisen. Wir haben damit Architektur zu Bautechnik, Wohnkultur zu Wohnsilo, Kunst zu Dekoration, Gestalten zu Vorschreibung und Sprache zu Information verstümmelt.

Seit einiger Zeit sind erfreulicherweise — auch in den Gemeinden — viele Versuche spürbar, Bauen als Reparatur und Sanierung alter Schäden, als Wiedergewinnung von gesunden Ordnungen und als Eingliederung menschlicher Bau-Schöpfungen in bestehende Kreisläufe zu verstehen. Die rechtlichen Notwendigkeiten, die Umweltverträglichkeit von Vorhaben nachzuweisen, ist sicher ein ganz besonders positiver Schritt in diese Richtung. Ein weiterer wäre es aber, a priori von einer gesunden Umwelt auszugehen und die baulichen und finanziellen Erfordernisse danach auszurichten. Es würden sich andere Vorränge in Wohnbauprogrammen, Verkehrskonzepten und Entwicklungsplänen abzeichnen. Uns fehlt bislang aber der politische Mut dazu, oder?

Jeder Gemeindebürger ist im Zusammenhang mit „Bauen und Wohnen“ ein Betroffener, allerdings mit unterschiedlichen Bedürfnissen.

So brauchen z.B.:

Junge Mitbürger — eine günstige „Startwohnung“ oder einen erschwinglichen Baugrund.

Familien mit höheren Qualitätsansprüchen — streben eine Eigentumswohnung oder ein Reihenhäuser im verdichteten Flachbau an. Häufig ist es aber für sie auch interessant, ihr schon älteres Eigenheim im Rahmen einer Althausanierung neu zu adaptieren.

Eigenheimbauer — suchen günstigen und erschlossenen Baugrund.

Einpender — sind vorerst mit einer Kleinwohnung als Zweitwohnsitz zufrieden. Später suchen sie auch eine größere Wohnung für die ganze Familie.

Ältere Mitbürger — möchten eine Kleinwohnung in einer Wohnanlage mit Gemeinschaftseinrichtungen in zentraler Lage.

Schüler und Studenten — suchen möblierte Garconnières, oder größere und preisgünstige Gemeinschaftswohnungen. Hat die Gemeinde einmal den Bedarf in einem dieser Bereiche festgestellt, so ist es meist nicht ganz einfach, für die Erfüllung zu sorgen, weil sich eine Unzahl von Problemen entgegen stellt:

1) **Die Raumordnung** bzw. die Erstellung des Flächenwidmungsplanes: Die im Bauland ausgewiesenen Flächen werden nicht verkauft oder entsprechen nicht den Förderungsrichtlinien für Geschöfwohnbauteilen (Lärmschutz, Aufschließungsanforderungen, etc.). Es gibt keine echte Differenzierung bei der Flächenausmessung für Eigenheimbau und Geschöfwohnbau. Es fehlen auch oft geeignete Bebauungspläne. Darüber hinaus kommt es häufig zu Interessens-Kollisionen mit bestehenden Verkehrsträgern wie überregionalen Bundesstraßen, Landesstraßen oder Eisenbahnen.

2) **Das Spannungsfeld** zwischen dem Planer (Architekten) und der Ausführung (Kosten).

3) **Die Erhaltung** und die Sanierung von Altbauten im Gemeindegebiet stößt meist auf unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten.

4) **Die Ver- und Entsorgung:** Durch fehlende Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen ist die Errichtung von geförderten Wohnanlagen oft unmöglich und die Errichtung von Eigenheimen teuer.

5) **Baugrundpreise:** Die Raumordnung hat zwangsläufig eine Einschränkung der verfügbaren Baulandflächen bewirkt. Das kleinere Angebot an Baulandflächen drückt den Preis nach oben. Zusätzliche Belastungen, wie die Erhöhung der Grunderwerbssteuer und die Einführung des Aufschließungskostenbeitrages erschweren vor allem den Eigenheimerrichtern den Start. Hinzu kommt, daß Grundflächen, welche als Bauland ausgewiesen sind, als „aufgeschlossener Baugrund“ gehandelt werden.

6) **Bauordnung** bzw. die einschlägigen Vorschriften aus der Bauordnung, aus Natur- und Landschaftsschutz, Feuerpolizei und den anderen Rechtsgrundlagen werden oft zu starr gehandhabt. Auch ist das Genehmigungsverfahren wegen der vielen Dienststellen, die eingeschaltet

werden müssen, sehr beschwerlich. Bei der Diskussion der Lösungsansätze und Visionen ging der Arbeitskreis davon aus, daß zum Wohnen mehr gehöre als die oft zitierten „Vier Wände“ und daß der Wohnbau mehr ist als eine zufällige Anhäufung von Ziegeln. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit oder gar Endgültigkeit zu erheben, wurden zu den Problemkreisen eine Reihe von Lösungsvorschlägen skizziert:

1) Mit einer **vorschaubaren Grundpolitik** kann die Gemeinde den Zwängen einer sich ständig in die Höhe schraubenden Preisspirale für Baugrund entgegen und stabilisierend auf eine vernünftige, das heißt spekulationsfreie Grundbeschaffung wirken. Dabei soll nicht nur der Ankauf von Wohnbaugründen gefördert werden, sondern auch der Erwerb von Grundstücken und Liegenschaften, die dann später gegen notwendigen Baugrund getauscht werden können. Zur weiteren Erleichterung in der Grundbeschaffung sollen überörtliche Grundauffanggesellschaften errichtet werden, die ebenfalls Landesförderungen für die Grundbevorratung erhalten sollen, wenn dadurch den Gemeinden Bauland zur Verfügung gestellt wird. Zusätzlich sollen vor allem die Verfahren bei den Flächenwidmungsplanänderungen noch weiter vereinfacht werden.

2) Die Architekten sollen mit der Planung auch eine Kostenschätzung abgeben und dafür verantwortlich sein. Dadurch könnten schon frühzeitig die wirtschaftlichen Komponenten entsprechend berücksichtigt und die häufig auftretende Diskrepanz zu den Ausführungskosten verkleinert werden.

3) Den Gemeinden sollen vor allem in den Dörfern für den **Erwerb** erhaltungswürdiger Alt-Gebäude Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Erhaltung von alten und schönen Bauwerken zu fördern ist ja ein besonderes Anliegen im Rahmen der OE.

4) Für Abwasseranlagen sollen durch intensivierte Forschungsarbeit Sparalternativen entwickelt werden, die dann den Gemeinden angeboten werden können.

5) Die neuen Belastungen bei der Errichtung eines Eigenheimes (höhere Grunderwerbssteuer, Aufschließungskostenbeitrag, etc.) ergeben zusammen mit den Anschlusskosten für Kanal, Wasser und Strom Beträge, die unter Umständen schon höher liegen als die möglichen Förderungsdarlehen. Eine weiter stufenweise Anhebung der Eigenheimförderung ist daher vor allem für jene Gemeinden erforderlich, in denen keine Geschöfwohnungen errichtet werden können. In diesem Zusammenhang wäre eine Gleichstellung zu den Förderungssätzen nur bei Wohnbauschicks anzustreben.

6) Es ist sicher möglich, die verschiedenen behördlichen Verfahren rationeller, das heißt vereinfachter, gemeinsamer, unbürokratischer und persönlicher abzuwickeln. Vor allem könnte durch eine gezielte umfassende Informations- und Beratungstätigkeit wesentlich dazu beigetragen werden, den aufgeblähten Bürokratismus etwas einzudämmen.

Paul Pucher, Karl Pusterhofer,
Matthias Kranz



Bodenpolitik trotz Raumordnung

In den Flächenwidmungsplänen der Gemeinden ist zwar genügend Bauland in günstigen Lagen ausgewiesen, die Grundeigentümer bestimmen aber, ob und wann sie ihr Bauland bebauen oder an Bauwillige verkaufen. Mit der Ausweisung als Bauland ist meist auch eine Steigerung der Bodenpreise verbunden, die in vielen Gegenden so hoch sind, daß sich ein Normalbürger kein Baugrundstück leisten kann. Durch die Hortung und durch die hohen Grundstückspreise in den Ortskernen wird auf Randlagen ausgewichen. Die Folge sind wieder Zersiedelungsansätze, Bildung von Randbebauungen, die einerseits maßgeblich in das Landschaftsbild eingreifen, andererseits in ihrer technisch-infrastrukturellen Erschließung hohe kommunale Kosten verursachen. Die Diskrepanz zwischen ausgewiesenem und verfügbarem Bauland war somit berechtigter Kritik der Gemeinde ausgesetzt, da die Praxis immer wieder zeigte, daß mittels Änderungen der Flächenwidmungspläne ausufernde Baulandausweisungen gefordert wurden, um den Baubedarf der Gemeinden abzudecken.

54 Sparsamer Bodenverbrauch und niedrige Infrastrukturkosten sowie die Erhaltung des Landschaftsbildes stellen Grundziele der Raumordnung hinsichtlich der Baulandausweisung dar.

Daher beschränkten manche Gemeinden bislang den Weg, in Eigeninitiative durch Ankauf von verfügbaren Flächen in zentraler Lage eine kommunalpolitische Bodenpolitik zu betreiben (aktive Baulandpolitik der Gemeinden). Es wurden, wenn finanziell möglich, über Kredite seitens der Gemeinden Grundkäufe getätigt, meist die Erschließung realisiert um dann Grundstücke an Bauwillige günstig weiterzuverkaufen.

Um diesbezüglich Abhilfe zu schaffen und den eingangs aufgezeigten Negativtrends entgegenzuwirken, wurden mit der Verankerung des „sanften Baugebotes“, § 23 a, Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 1974 idgF und mit der Gewährung von Zuschüssen an finanzschwache Gemeinden zur Erleichterung des Grunderwerbes für den Wohnbau seitens des Landes sowohl legislastische als auch monetäre Rahmenbedingungen gesetzt.

Durch die Festlegung einer Bebauungsfrist (mindestens 5 Jahre, höchstens 10 Jahre) gem. § 23 a, Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 1974 haben nunmehr die Gemeinden unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit, als Bauland ausgewiesene Grundflächen, einer

Bebauung zuzuführen. Diese Sicherstellung der Bebauung kann sowohl durch den Grundeigentümer, einem Dritten, als auch nach Grunderwerb durch die Gemeinde selbst gewährleistet werden. Um letzteres sicherzustellen, können nunmehr finanzschwachen Gemeinden der Steiermark nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel, Förderung in Anspruch nehmen. Diesbezügliche Anträge sind beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Rechtsabteilung 14, einzubringen. Anspruch auf Förderungsgewährung und Höhe der Förderung wird durch eine Richtlinie geregelt.

Harald Kranjec



Arbeitsgruppe Ökologisches Projekt Graz

Die Umweltbelastungen nur durch ganz normalen Gemeinde- oder Bürobetrieb sind, trotz der vordergründig „sauber“ erscheinenden Arbeitsplätze, nicht zu vernachlässigen: Müllanfall, Energieverbrauch, Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln oder Wasserverschmutzung erreichen in der Summe enorme Ausmaße, so entspricht beispielsweise alleine Energie, die für die Zellstoffherzeugung in Österreich (Zellstoff ist Rohstoff für Papier) benötigt wird, etwa der Leistung zweier Donaukraftwerke, die dabei verschmutzte Wassermenge dem halben Neusiedler See. Neben den verschiedenen Umweltspekten müssen häufig auch Gesundheitsbelastungen beispielsweise durch Lösemittel oder wie chronische Gehörschäden durch Lärm beachtet werden.

Die Beschaffungspraxis steht umweltfreundlichen Handeln oft entgegen: überbelastete Mitarbeiter/innen finden nicht die Zeit, sich auch noch mit Umweltaspekten zu beschäftigen, ein „Überangebot“ von „Bio“, „Grün“ und anderen Werbebezeichnungen führt die Konsument/inn/en in die Irre, vielfach sind umweltfreundliche Produkte schwerer erhältlich und — im Einzelhandel — teurer, dem Image umweltfreundlicher Produkte haftet der Geruch von schlechter Qualität an.

Werbung mit „Umweltschutz“-produkten unterliegt keinerlei Kontrolle, sodaß Manipulation (und der Beruhigung unseres Gewissens) Tür und Tor geöffnet sind. Welche Produkte tatsächlich als umweltschonend gelten, ist nur mit mühseligen Recherchen und einschlägiger Vorbildung zu erfahren. So bedarf es einer Hilfestellung durch unabhängige Institute und Beratungen.

Derzeit bestehen außerhalb der Ballungsräume noch Versorgungsdefizite mit fast allen der umweltfreundlicheren Produkte,

wo sie doch erhältlich sind, werden sie zu überhöhten Preisen angeboten. Umweltfreundliche Produkte sind bei gezielter Nachfrage für alle Händler verfügbar. Die Preise der umweltgerechten Artikel des täglichen Büro- und Gemeindebedarfs sind im Großhandel vielfach deutlich günstiger, nur bei der Beschaffung von Geräten und Maschinen bedingt das Qualitätsmerkmal Umweltfreundlichkeit eher höhere Kosten.

Die Vorreiterrolle für umweltfreundliches Wirtschaften bleibt der öffentlichen Hand, die durch ihre Nachfragemacht entsprechenden Produkten zum Durchbruch verhelfen kann und muß.

Der Gesetzgeber hat klare Anforderungen gestellt: Der Nationalrat hat aufgefördert, umweltfreundliche und energiesparende Systeme und Produkte bevorzugt anzuschaffen, das Amt der Steiermärkischen Landesregierung fordert im Müllwirtschaftskonzept die Berücksichtigung umweltfreundlicher Beschaffung. Die Widerstände können mit gutem Willen und fundierter Information überwunden werden. Wir sehen in der Arbeitsgruppe „umweltfreundliche Beschaffung“ unsere Aufgabe darin, konkrete Unterstützung bei der Umstellung auf umweltgerechteres Wirtschaften zu geben.

Unsere Arbeitsgruppe besteht aus Mag. Andrea Bunner (Volkswirtin), Margit Schmiedbauer, Ulrike Oberstler (Abfallberaterinnen) und Mag. Christian Holter (Biologe).



Umweltbewußt handeln in der Gemeinde

Lieber Leser, wenn Sie glauben, daß jetzt ein reichhaltiger Katalog mit Gemeindegemeinschaften folgt, muß ich Sie enttäuschen. Es wäre Zeit- und Platzverschwendung, sich nur damit zu beschäftigen. Vielmehr sollen die Rahmenbedingungen und Wechselwirkungen aufgezeigt werden, unter denen gemeindebezogen Umweltschutz heute vollzogen werden soll und muß.

Als Wichtigstes erscheint mir, daß der Bürgermeister und die Gemeinderäte selbst motiviert sind.

Denn nur, wer selbst motiviert ist, kann andere überzeugen!

Weiters muß versucht werden, die öffentlichen Meinungsbilder anzusprechen (Vereine, Jäger, Feuerwehren usw.). Denn nur, wenn es uns gelingt, die Menschen persönlich betroffen zu machen, können wir sie auch motivieren.

Es wäre aber eine einseitige Betrachtungsweise, würden wir nur vom Bürgermeister abwärtsblicken.

Deshalb gehört auch das Umfeld einbezogen, das, von der Gemeinde aufwärts,

den Bürger überhaupt erst zu diesem selbstmörderischen Konsumverhalten animiert.

Da sei an erster Stelle die bestens funktionierende Werbewirtschaft genannt, die mit einer reizvollen und verlockenden Palette von Konsumangeboten sehr oft mühelos das Zunichte macht, was wir umweltbewusste Bürgerbeeinflussung nennen.

Wie sollen wir die Jugend in den Schulen und Kindergärten nachhaltig zum umweltbewussten Handeln erziehen, wenn die gleiche Jugend tagtäglich, jahraus, jahrein, von Radio, Fernsehen, Zeitungen und Plakatwänden mit Konsumwerbung überschüttet wird. Die hier aufgezählten Fakten erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie sollen nur das Gesamtsystem beleuchten.

Die Konsequenz aus dem Gesagten ist, daß unerbitlich die Stunde der Wahrheit näherkommt, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir unser Verhalten ändern wollen oder uns mit Lippenbekenntnissen begnügen werden.

Nur eines müssen wir bedenken: Die Schöpfung läßt sich nicht beschwindeln und wird, wenn wir versagen, die Probleme selbst lösen, aber ohne Rücksicht auf liebgeordnete Gewohnheiten, Mandate, Wählerstimmen oder Aktienkurse.

Josef Rosenberger



Alt werden in der Gemeinde

Auszug aus dem Salzburger Programm der ÖVP vom 30. II. 1972: „Es ist die Pflicht der Gesellschaft, alles in ihrer Kraft Stehende zu unternehmen, um den vielfältigen Nöten, den Anpassungsschwierigkeiten und der Einsamkeit, denen ältere Menschen oft ausgesetzt sind, durch Gemeinschaftseinrichtungen und individuelle Hilfen entgegenzuwirken.“ Das Ziel von Altenhilfe sollte es sein, Aktivität und Selbstständigkeit ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten. Das bedeutet für uns alle ältere Menschen zu mehr Lebensbeteiligung zu ermutigen, auch wenn versorgen, verwalten und verwalten manchmal einfacher wäre.

Die ÖVP Steiermark sieht wesentliche Schwerpunkte ihrer künftigen Sozialpolitik vor allem in Hinblick auf die demographische Bevölkerungsentwicklung vor allem darin, eine flächendeckende Versorgung der älteren und hilfebedürftigen Personen durch eine ambulante sowie mobile Altenhilfe zu schaffen.

Damit soll erreicht werden, daß Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können, Familien bei ihrer Sorge um die Angehörigen unterstützt werden und die Nachbarschafts-

hilfe stärker verankert wird und eine Beschränkung des Altenheimausbauprogrammes bewirkt wird.

Die bestehenden Alten- und Pflegeheime sollten in lebensnahe Wohneinheiten umgestaltet werden, bei Neuerrichtungen sollten die Verantwortlichen den häufigen Erfordernissen moderner, menschlicher und den tatsächlichen Bedürfnissen in angepaßten Formen Rechnung tragen.

Auf ehrenamtliches Engagement und freiwillige Hilfe soll besonders Bedacht genommen werden, wobei neben den bestehenden Organisationen auch der Gemeinde ein besonderer Stellenwert zukommt. Ein wesentlicher Schwerpunkt der zukünftigen Sozialpolitik wird vor allem im Hinblick auf die Entwicklung der Bevölkerung eine flächendeckende Versorgung

der älteren Personen und somit eine mobile Altenhilfe sein müssen.

Aus der Sicht des Arbeitskreises wären daher folgende Ziele anzustreben:

- Menschen möglichst lange ein Verbleiben in ihrer vertrauten Umgebung und eine selbständige Lebensführung sowie zentrale Integration zu ermöglichen;
- Familien bei der ihr zukommenden Sorge um ihre Angehörigen durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zu unterstützen und zu entlasten;
- Dies würde vor allem auch im ländlichen Raum erforderlich sein.

Im Gegensatz zu den Städten, wo oft zahlreiche Senioreneinrichtungen bestehen, wird es im ländlichen Raum als selbstverständlich angesehen, daß die Familien ihre älteren Angehörigen pflegen.

Gesunde Gemeinde — Projektbeschreibung

Die Aktion „Gesunde Gemeinde“ wird von der Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge durchgeführt und hat zum Ziel, durch langfristige Maßnahmen das Gesundheits-/Vorsorgebewußtsein (und auch den Gesundheitszustand) der betroffenen Bevölkerung zu ändern / zu verbessern.

Konkrete Ziele sind:

- Verbesserung der Zahngesundheit durch Kariesprophylaxe-Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen
- Senkung der Raucherzahlen
- Senkung der Unfallzahlen
- Eindämmung des Alkoholmißbrauches
- Vermehrtes Wissen schaffen über:
 - Richtige Haltung / Gesunde Bewegung
 - Gesunde Ernährung
 - Herzinfarktrisiken
 - Krebsfrüherkennung
 - Bedeutung des Cholesterinwertes

Als Aktionen dafür werden derzeit durchgeführt oder sind geplant:

- Befragung von 20% der betreffenden Gemeinden zur Erfassung der Lebensgewohnheiten durch ein Team junger Ärzte
- Angebot eines Cholesterintests in allen „Gesunden Gemeinden“; nach bisherigen Erfahrungen von ca. 30 bis 40% der Bevölkerung angenommen
- Vorträge über gesunde Ernährung / Vollwertkost für Gasthäuser und Öffentlichkeit
- Ernährungsberatungsstunden
- Vorträge über diverse Vorsorgethemen, z.B. — Krebsfrüherkennung
 - Diabetes
 - Zahngesundheit
 - Orthopädie (Haltung)
 - Herzinfarktrisiko
 - Psychologie (Gesprächstherapie)
 - Alkoholmißbrauch
 - Unfallverhütung
- Sportaktivitäten besonders im Hinblick auf Haltungsschulung / „Gesundheitsport“ (Familien-/Dorf-Sportfeste)
- Kariesprophylaxe-Maßnahmen in Kindergärten und Schulen durch Ernährungswissenschaftlerin und Prophylaxehelferinnen (Richtiges Putzen / Richtige Ernährung)
- Raucheraufklärung hauptsächlich in den Hauptschulen („Gefährdetes Alter“ 13—16 Jahre!)
- Sportärztliche Untersuchungen / AKL-Test für Sportvereine, Sporthauptschulen und Interessierte
- Verkehrserziehung / Verkehrssicherung zur Unfallverhütung („Sichere Schulwege“)
- Verringerung des Alkoholkonsums durch preiswerte alkoholfreie Getränke in den Gaststätten

Joachim Gärner

Anerkennung fehlt!

● Die Nachbarschaftshilfe durch die Entwicklung von Initiativen und Anregungen zu stärken und ihr durch fördernde Maßnahmen zu einer stärkeren Verankerung in der örtlichen Gemeinschaft zu verhelfen; dazu sollte ehrenamtliches Engagement und freiwillige Hilfe in Nachbarschaft und Gemeinde gefördert werden.

● Ausbau der offenen Altenhilfe

Mobile Schwestern

Altenhelfer

Hauskrankenpflege

● Zur Kooperation der verschiedenen Altenhilfeeinrichtungen und für die Sorgen und Anliegen der Senioren sollte jede Gemeinde einen „Seniorenbeauftragten“ installieren.

Andrea Roth-Pichler Ingrid Sumnitsch



Sport und Freizeit — Erholen in der Gemeinde

Haben Sie sich schon darüber den streßgeplagten Kopf zerbrochen, was *Erholung* überhaupt bedeutet? *Erholung* leitet sich von *Holen* ab. Das althochdeutsche Wort *Halon* bedeutete soviel wie rufen, schreien. Ebenso im Althochdeutschen wurde die wichtige Zusammensetzung *ir-holon* (=erholen) verwendet, was soviel wie *erwerben, sich verschaffen; gutmachen, nachholen, wieder einbringen; neue Kraft gewinnen* bedeutet (→ Duden, Herkunftswörterbuch).

Das Wort *Erholung* läßt sich eindeutig definieren, doch wird es meist nur im Sinne von „neue Kraft gewinnen“ verstanden.

Welche Aufgaben haben die Kommunalpolitiker, wenn es um die Lösung der Probleme Freizeit, Sport und Erholung in der Gemeinde geht?

Ist der Weg, der bisher beschritten worden ist, der richtige, oder haben die Bürger gemeinsam zu bestimmen, was für sie Freizeit und Sport bedeuten und wann sie welche Aktivitäten wie lange — auch ohne Amateur — betreiben können und dürfen?

Für wen sollen öffentliche Einrichtungen zur Erholung in erster Linie errichtet werden, für die Gemeindebürger oder für die „Geld und Devisen bringenden Gäste“ (Denken wir nur an die Überlegungen einiger Vorarlberger Liftgesellschaften, die Anlagen für Tagestouristen zu sperren!) Verdeutlichen wir uns noch einmal die ursprüngliche Bedeutung des Wortes *erholen*, zeigt sich, daß all das, was wir unter *Erholung* verstehen, mit *Begegnung, Bewegung, Ernährung und Bildung* zu tun hat und diese „4 Säulen“ die *Erholung* im wahrsten Sinne des Wortes „tragen“. Das

Dach „Erholung“ wird nur dann allen Anforderungen des kommunalen Klimas trotzen, wenn es von allen vier Säulen zu gleichen Teilen getragen wird. In der Vergangenheit wurde manche Säule überdimensioniert, um die andere zu ersetzen, die Folgen könnten an zahlreichen Beispielen dokumentiert werden.

Daß die Gemeinde für eine gewisse Infrastruktur der Erholungseinrichtungen verantwortlich ist, steht außer Zweifel. Die Frage stellt sich nicht nach dem Ja oder Nein, sondern nach dem Wie. Der Einrichtung, Bereitstellung und Förderung von kommunalen Erholungsmöglichkeiten und -einrichtungen müssen folgende Prämissen zugrundegelegt werden:

● Die Bedürfnisse des Gemeindebürgers haben Priorität und müssen unbedingt vor den Bedürfnissen der Gäste befriedigt werden.

● Kommunalpolitiker müssen darauf achten, daß die Wünsche aller Bürger (nicht nur die der Lobbys, sondern auch jene der „Leisen“) erfüllt werden.

● Den 4 Säulen Begegnung — Bewegung — Ernährung — Bildung soll gleiche Bedeutung beigegeben werden (wenn sich auch manche Säule parteipolitisch besser „verkaufen“ ließe).

● Es muß darauf geachtet werden, daß auch beim Erholen zuerst die Existenzbedürfnisse (z.B. Ruhe, Gesundheit...) dann die Kulturbedürfnisse (z.B. Tennis, Bildung...) und erst zuletzt Luxusbedürfnisse (wie z.B. Golf) gedeckt werden.

● Erholung muß in Zukunft bedeuten: Der Mensch kann sich ideale Werte erwerben, sein Kommunikationsdefizit wieder einbringen, nicht erworbene Fähigkeiten erlernen, neue Kraft gewinnen und Sünden an seiner Gesundheit wieder gutmachen.

Reinhard Gande



Wünsche des Landesverbandes für Tourismus an die Gemeinden:

Auf Landesebene ist seit Mai 1989 ein jahrzehntelanges Anliegen verwirklicht worden: Die Vernetzung des touristischen Marketingbereiches, d.h. die Abkoppelung und Aufgabentrennung Amt/Hoheitsverwaltung — Tourismusverband. Und man arbeitet an den Grundzügen eines Gesetzes, das künftig die lokalen und regionalen Organisationen unter Einbindung aller Wirtschaftszweige zum Solidarbeitrag für den Tourismus motivieren soll.

Als erste Verbesserung der Finanzierungssituation der kommunalen Ebene tritt per 1. 1. 1990 eine Änderung bei der Landesabgabe „Ortstaxe“ ein: Statt bisher

3 Schilling verbleiben in den Gemeinden 5 Schilling, u.a. durch einen echten Verzicht des Landes auf je einen Schilling bei rund 9 Millionen Übernachtungen pro Jahr. Unser Hauptanliegen an die Gemeinden ist, daß davon drei Schillinge pro Übernachtung, wie es den Intentionen der Wirtschafts- und Tourismuslandesrätin Waltraud Klasic und des Landtages entspricht, wirklich verlässlich und ohne notwendige „Betel-Touren“ von den Gemeinden den örtlichen Tourismus-Organisationen zur Verfügung gestellt werden; und daß auch die restlichen zwei Schillinge entweder in diese Klasse fließen, wie dies in vielen fortschrittlichen Tourismus-Gemeinden längst selbstverständlich ist oder daß zumindestens die Gemeinden den Auftrag sehr sorgfältig interpretieren, den verbleibenden Ortstaxen-Teil tourismusfördernden Zwecken zuzuführen. „Ohne Geld — ka Musi“ — sagt ein traditioneller Spruch. Die örtlichen Organisationen des Tourismus können nur dann zum Wohl der gesamten Wirtschaft und zugunsten der Lebensqualität der Einheimischen positiv wirken, wenn ihnen minimale Mittel nicht vorenthalten werden.

Für die Durchsetzung des Tourismusförderungs-Gesetzes, hoffentlich im kommenden Jahr, bitten wir alle verantwortungsbewußten Kommunalpolitiker, uns zu unterstützen: mit uns Stimmung für diese in anderen Ländern längst durchgesetzte Grundlage für das Funktionieren des Tourismus zu machen, ihren Arbeitnehmern der Basis-Organisation gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und somit ihren Beitrag zur Weiterentwicklung dieser umweltverträglichen Industrie zu leisten.

Herbert Pohl



Betriebsansiedlung

Haben Sie keine Arbeitsplätze in Ihrer Gemeinde? Gibt es in Ihrer Gemeinde Grundstücke für Betriebsansiedlungen?

Solche und ähnliche Fragen werden den Gemeindeverantwortlichen fast täglich gestellt. Um aber all diese Probleme, die sich aus diesen Fragestellungen bzw. deren Beantwortung und Realisierung ergeben, lösen zu können, bedarf es vieler Gespräche und Lösungsvorschläge.

Welche Voraussetzungen müssen seitens der Gemeinde gegeben sein, um Betriebsansiedlungen zu ermöglichen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen?

● Rechtsgültiger Flächenwidmungsplan mit entsprechender Ausweisung der Bedarfsflächen.

● Schaffung der Infrastrukturen — Bau von Straßen, Wasser- und Abwasserleitungen.

- Förderung durch die Gemeinde in verschiedenster Form.
- Vermittlung und Unterstützung bei Förderungsanträgen bei Land und Bund.
- Hilfestellung beim Grunderwerb.
- Bereitstellung von Wohnungen für Arbeitnehmer.

Um bei den Betriebsansiedlungen keine unliebsamen Überraschungen zu erleben, hat es sich gezeigt, dass es immer von Vorteil ist, mit den unmittelbaren zukünftigen Anrainern an Betriebsflächen Gespräche zu führen. Dabei soll man „ehrlich“ die zu erwartenden Belastungen für die unmittelbaren Bewohner bekanntgeben. Nur so können Aktivitäten von Bürgerinitiativen von vornherein hintangehalten werden.

Mit dem Begriff Bürgerinitiative und Umweltbelastung wird zum Ausdruck gebracht, dass Betriebsansiedlungen auch mit Problemen und Sorgen behaftet sind. In diesem Zusammenhang ist die Verkehrslage, die Bereitschaft der Grundbesitzer für einen Verkauf der erforderlichen Grundstücke, der Ausbildungs- und Wissensstand der benötigten Arbeitnehmer, das Eigenkapital, die öffentlichen Mittel und die Entfernung Konsument – Produzent zu berücksichtigen.

Eine sinnvolle Betriebsansiedlung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der „eigenen“ Gemeinde darf nicht isoliert, also nur vom eigenen Standort aus, betrachtet werden.

Bei all diesen Überlegungen müssen auch die regionalen und überregionalen Entwicklungskonzepte ihren Niederschlag finden.

Gespräche mit Nachbargemeinden bezüglich gemeinsamer Aufschließung und Ausbaues von Verkehrsflächen und Infrastruktureinrichtungen ersparen oft Millionen.

Diese von öffentlicher und privater Hand investierten Millionen zum Arbeiten und Wirtschaften in der Gemeinde erweisen sich nur dann als sinnvoll, wenn das „Netzwerk Gemeinde – mein Zuhause“ als Lebensraum jedes einzelnen erhalten bleibt.

Adolf Pellischek

GEMEINDE
ZUHAUSE



Modelle

Die Wochenzeitung „DIE STEIRISCHE“ hat unter dem Motto „Gemeinde mein Zuhause – unterwegs zu neuen Zielen“ eine Serie gestartet und berichtet über Gemeinden, wo jenseits der Routineaufgaben neue Wege in der Kommunalpolitik beschritten werden.

Nachstehend drucken wir einige Beiträge dieser Serie ab, Beiträge aus steirischen Dörfern, Märkten und Städten, die beispielhaft unterwegs sind, zu neuen Zielen. Recherchiert wurden die Artikel von Jakob Erhardt.

Ideen für mehr Lebensqualität

Daß die Kaufleute automatisch ihren Kunden Papiertaschen statt Plastiksackerln anbieten, ist wohl nur in der Marktgemeinde Irnding die Regel. Der Irndinger Bürgermeister Josef Rudorfer: „Wir waren schon immer bestrebt, dem Umweltschutz Aufmerksamkeit zu schenken, weil's schließlich unsere Heimat ist – und die wollen wir sauberhalten. Wir müssen ja damit leben.“

Ideenbringer nicht nur für die Papiersackerl-Aktion, an der sich übrigens alle Kaufleute gern beteiligen, sondern für viele weitere beispielhafte Aktivitäten ist die Initiative „Gemeinsam für Irnding“. Von der örtlichen Volkspartei ins Leben gerufen, können in ihr ungeachtet irgendeiner Parteizugehörigkeit alle Irndinger ihr Gemeindeleben mitgestalten.

Auch über neue Wege in der Sozialarbeit weiß Bürgermeister Rudorfer zu berichten: „Die Gemeinde hat Krankenbetten und Krankenstühle angekauft und stellt diese der Bevölkerung zur Verfügung, falls nötig. Wir ermöglichen auf diese Weise manchem kranken Mitbürger die Hauskrankenpflege. Vor allem aber muß ich unsere beiden Krankenschwestern erwähnen, die sich um die alten Leute annehmen. Kostenlos – das möchte ich besonders betonen!“

Auch sonst ist die Bereitschaft des agilen Volkspartei-Teams zu tatkräftigem Handeln und unkonventionellen Lösungen eine gute Motivation für viele, auch selbst nicht beiseite zu stehen, wenn man gebraucht wird. Zum Beispiel die „Schulwegpolizistin“ Maria Dankelmaier, die freiwillig und unentgeltlich an einer gefährdeträchtigen Stelle in der Nähe der Schule steht: „Die Kinder verlassen sich darauf, sie haben Vertrauen, die Autofahrer sind sehr charmant und die Kinder sehr folgsam. Und das ist das Schönste für mich. Ich hab sofort ja gesagt, als man mich gefragt hat, ob ich diese Aufgabe übernehmen würde.“ Wer den Straßenübergang bei der Schule kennt, weiß, daß dieser Dienst nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die Marktgemeinde Irnding ist auf dem Weg zu einer Gemeinde, in der sich alle zuhause und auch mitverantwortlich fühlen, mit großem Erfolg unterwegs – es läßt sich von ihnen lernen, wie man gute Ideen gelungen umsetzt.

Freizeitzentrum Unzmarkt-Frauenburg

Unzmarkt-Frauenburg im obersteirischen Murtal – hier beginnt die malerische Strecke der Murtalbahn, hier finden viele auf der Fahrt von Wien nach Kärnten Rast und Erholung, und hier findet man ein aktives Gemeindeleben, das beispielhaft ist. Unzmarkt-Frauenburg war die erste steirische Gemeinde, die die Möglichkeit

einer Volksbefragung nach dem Steirischen Volksrechtsgesetz genutzt hat. Ausgangspunkt war ein neues Kraftwerk an der Mur, dessen Turbine in den Sommermonaten Abwärme liefert. Es wurde der Plan erwogen, ein Sport- und Freizeitzentrum zu errichten, in dessen Mittelpunkt ein von der Kraftwerksabwärme beheiztes Schwimmbad stehen soll, und...

...nachdem wir meinen, daß die Bürger selbst bestimmen sollten, haben wir das Volksrechtsgesetz genommen, haben gesagt, bitte, kommt's und sagt uns eure Meinung. Und es sind weit über 80 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gekommen, haben ihr Votum abgegeben und wir haben fast 60 Prozent Befürworter für dieses Freizeitzentrum erhalten.“

Die Erfahrungen mit der direkten Demokratie in der Gemeinde, die der Bürgermeister von Unzmarkt, Herbert Krotmayer, hier beschreibt, waren also ermutigend – und nicht allein im Hinblick auf das Projekt Freizeitzentrum.

„Natürlich hat sich auch eine gewisse Polarisierung ergeben, ein Für und ein Wider quer durch alle Parteien und durch alle Altersschichten, aber es ist unwahrscheinlich viel diskutiert worden. Es war eine echte Aufbruchsstimmung zu beobachten.“

Aus dem ursprünglich konventionell geplanten Freibad wird nun sogar eine steirische Pioniertat. Weil das zunächst vorgesehene beheizte Stahl-Schwimmbecken aus Kostengründen nicht realisiert werden kann, hat Bürgermeister Krotmayer auf der Suche nach Alternativen eine Lösung gefunden, die aus der finanziellen Not eine umweltverträgliche Tugend macht. Zusammen mit seinen Bürgern freut er sich nun auf „einen Teich, einen geheizten Teich, der sich selbst reinigt. Und da wir ohnedies zu sehr vertechnisiert sind, glaube ich, ist das der richtige Weg für dieses Gelände, das wir hier bauen wollen, um den Menschen Freude zu bereiten.“

Lebensraum und Museum

Wohl keiner, der Bad Radkersburg besucht, kann sich dem Reiz seiner gepflegten Altstadt entziehen. Das herrliche Ensemble überkommener Baukunst ist aber nicht nur Erbe, sondern auch Verpflichtung, wie Bürgermeister Werner Reiter zu berichten weiß: „Die Stadt selbst ist ja ein relativ kleines mittelalterliches Städtchen, hat wenig Baugrund, aber die Gemeinde besitzt doch etliche Altstadthäuser, die es zu pflegen gilt. Wir betreiben nun aber nicht nur Fassadenkosmetik, sondern echte Revitalisierung dieses Baubestands.“

So wurde etwa der „Johannes-Aquila-Handwerkshof“ eingerichtet, benannt nach einem mittelalterlichen Baumeister und Künstler der Region und heute leben-

diges Zentrum für kunsthandwerkliche Betriebe.

Ein Paradebeispiel für die sinnvolle Nutzung renovierungsbedürftiger Gebäude bildet auch die ehemalige Pistor-Kaserne, das Haus Hauptplatz Nr. 30 in Bad Radkersburg. Dort entstehen gerade neue, erschwingliche Gemeindegewohnungen, die zweifellos mehr Lebensqualität bieten als irgendein Bau auf der grünen Wiese und die zudem der Stadt Infrastrukturkosten ersparen.

Aber auch als Wirtschaftsimpuls ist so gekannter Umgang mit gemeindeeigenem Baubestand wertvoll. Bürgermeister Reiter: „Diese Umbaumaßnahmen in den Altsdathäusern bedingen sehr viel händische Arbeit, sodaß damit auch für das Handwerk ein entsprechender Arbeitsplatzfördernder Effekt erzielt werden kann: Je mehr mit der Hand gearbeitet wird, desto mehr Menschen können dabei beschäftigt werden. Gerade für uns, für diese Stadt und für die Region, ist diese Belegung der Wirtschaft bedeutsam.“ Dazu kommt eine spürbare Umwegrentabilität aus dem Fremdenverkehr — nicht nur die Therme, sondern auch das bezaubernde und überzeugend gepflegte Ensemble der Radkersburger Altstadt laden Gäste zum Verweilen ein.

Bad Radkersburg zeigt mit diesen Beispielen, wie weitgespannt der Nutzen einer entschlossenen, tatkräftigen Umsetzung von guten Ideen und phantasievollen Konzepten ist.

Von der Dynamik, die durch die Therme belebt wurde, bis hin zum verantwortungsvollen Umgang mit ihrer „Schatztruhe Altstadt“ lebt Bad Radkersburg, diese Stadt im steirischen Grenzland, nicht von Lippenbekenntnissen, sondern vom Tun.

Eine Gemeinde (er)lebt Kultur

„Durch Begegnung Brücken bauen über Grenzen hinweg“ — diesem Motto folgt die 1000-Seelen-Gemeinde Nestelbach im Bezirk Fürstenfeld, wenn sie sich alle vier Jahre daranmacht, Kulturtag zu veranstalten. Und zwar solche, die den anspruchsvollen Namen auch verdienen: Gäste aus Bayern, Jugoslawien oder der Schweiz treffen zusammen mit den Nestelbachern, mit ihren verschiedenen Familienmusiken, Sing-, Tanz- und Theatergruppen und vor allem mit engagierten Menschen, ohne die so ehrgeizige Kulturtag nicht durchzuführen wären. Denn es gibt kein einziges Hotelbett in Nestelbach...

...und da natürlich sind wir auf die Einstellung unserer Bevölkerung angewiesen, fremde Personen in ihren Häusern aufzunehmen, damit wir Gäste einladen können, sie verpflegen, unterbringen — da wird dann die Kultur zum gemeinsamen Erleben!“, freut sich Bürgermeister Hans Potzmann.

Immerhin hat bei den letzten Kulturtagen

jeder fünfte Nestelbacher aktiv mitgetan, und das ist viel wert in einer Gemeinde mit einem hohen Pendleranteil, die dennoch Heimat für ihre Bewohner bleiben soll. Der Nestelbacher Kulturreferent im Gemeinderat, Franz Pfister, sieht die ganz praktischen Aspekte dieser kulturellen Bemühungen:

„Sobald die Kinder die Volksschule beendet haben, pendeln sie aus der Gemeinde aus. Wir haben also etwas gebraucht, was den Zusammenhalt der Nestelbacher fördert — und unser ausgesprochen reges Kulturleben hat wirklich diese gemeinschaftsbildende Wirkung.“ „Kraftwerk“ der Nestelbacher Kultur(tage) ist Volksschuldirektor Hans Jörgen. Selbst begeisterter Musiker, veranstaltet er auch noch zweimal jährlich einen Musikantenstammtisch — „und da erinnert sich oft genug jemand, daß er auch noch eine Blockflöte oder eine Maultrommel irgendwo in der untersten Schublade hat, holt sie heraus und probiert es wieder“, schildert er plastisch den Weg, der vom Kultur erleben zum Kultur leben führt. Ein Weg, der den Nestelbachern nicht nur viele schöne Stunden und viele anregende Begegnungen mit internationalen Gästen beschert, sondern vor allem einer Gemeinde ihren inneren Zusammenhalt, ihre Identität gibt.

Wildon wirft nicht jeden Dreck weg

Die Müllberge wachsen. In der Marktgemeinde Wildon ist gleichzeitig auch etwas anderes gewachsen — das Bewußtsein nämlich, daß es eines der Hauptanliegen des Umweltschutzes sein muß, dieser Müllflut Einhalt zu gebieten. Aus der Theorie weiß man, daß es allein durch Mülltrennung und Wiederverwertung möglich ist, mehr als die Hälfte des Hausmülls von der Deponie fernzuhalten. Damit das in der Praxis auch so funktioniert, bedarf es allerdings besonderer Maßnahmen. Und die hat Bürgermeister Josef Hirschmann in Wildon gesetzt: „Ich habe in kleinen Straßensammlungen die Hausfrauen zu einem Gespräch gebeten und mit folgendem Argument eigentlich alle überzeugt: Aus Müllanalysen wußten wir, daß rund 30 Prozent des Hausmülls kompostierfähiger Abfall aus Küche und Garten sind. Nachdem wir rund 500 Tonnen alljährlich zur Deponie transportieren mußten, bedeutet dies bereits einen Anteil von 160 Tonnen Bio-Abfall im Jahr. Und in diesem sind nun wiederum etwa 70 Prozent Wasseranteil. Wenn wir das hochrechnen, dann kommen wir auf circa 120, 130 Tonnen Wasser, die wir über 52 km nach Halbenrain zu transportieren und dafür auch noch Müllgebühr zu bezahlen hatten. Das war tatsächlich ein schlagkräftiges Argument dafür, daß wir gesagt haben: Versuchen wir's wenigstens.“

Der Versuch ist gelungen — die Wildoner haben ihren Deponiemüll tatsächlich auf

weniger als die Hälfte reduziert.

Bürgermeister Hirschmanns Erfolgsrezept war ein bis ins Detail durchdachtes Konzept: „Es hat jeder Haushalt einen Müllabfuhrkalender erhalten, auf dem sehr übersichtlich alle Abfuhrtermine für jede einzelne Müllkategorie bis zum Jahr 1990 angeführt sind. Es ist außerdem notwendig, daß nicht nur die Mülltonnen vor die Tür gestellt werden, sondern gleichzeitig auch jeder Haushalt selbst einen kleinen Miniaturmüllkübel für den Bioabfall, den Mülli, und ein kleines Kistchen für das Altpapier zur Verfügung gestellt bekommt. Auf diese Weise wird man stets daran erinnert, die Mülltrennung durchzuführen. Man muß es einfach tun und nicht nur theoretisieren.“

Anerkennung findet die Wildoner Lösung auch bei denen, die im Alltag am meisten zur Müllvermeidung beitragen, bei den Wildoner Hausfrauen. Sie erleben selbst, wie die Restmüllanteile kleiner werden und sind begeistert von der durchdachten Organisation, die ihnen die Mülltrennung erleichtert.

Junges Wohnen — kleine Preise Admont bietet Jungfamilien Wohnraum zum Tiefstpreis

Admont. Die Gemeinde am Tor zum Gesäuse hat dem Besucher viel zu bieten — landschaftliche Schönheit, alles, was sich Wanderer oder Bergsteiger nur wünschen können und nicht zuletzt auch kulturelle Anziehungspunkte — allen voran die beeindruckende Bibliothek des Benediktinerstifts. Woran es allerdings derzeit fehlt, sind Arbeitsplätze und Wohnmöglichkeiten vor allem für die junge Admonter Bevölkerung. Vizebürgermeister Günter Posch sieht für das Arbeitsplatzproblem Chancen auf Lösungen im Ausbau des Admonter Fremdenverkehrs. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Was die Wohnungen betrifft, hat er bereits Konkretes in die Wege geleitet: „Wir bieten mit Baubeginn Frühjahr ein eigenes Jungfamilienwohnhaus an. Es wird nach den Förderungsschlinien der Steiermärkischen Landesregierung gebaut werden und in erster Linie jungen Familien angeboten, damit diese in Admont wohnen bleiben können.“

Erleichtert wird den Jungfamilien dieses Bleibens durch die niedrige finanzielle Einstiegsschwelle:

„Unser Projekt wird in finanzieller Hinsicht sehr interessant werden. Es ist in erster Linie einmal als Mietwohnhaus geplant, und nach zehn Jahren können sich dann die Mieter in das Eigentum einkaufen. Die Finanzierung ist so, daß momentanen Anzahlungen in Höhe von ca. 60–70.000 Schilling notwendig sein werden — das ist im Vergleich zu anderen

Wohnmöglichkeiten sehr wenig —, und auch die monatlichen Betriebskostenzahlungen liegen bei ca. 60, 70 Schilling pro Quadratmeter.“

Dieses Musterbeispiel von Jungfamilienförderung ist konkret gewordener Ideenreichtum. Vize Günter Posch legt aber auch Wert darauf, daß die Admonter Bevölkerung zuversichtlich in die Zukunft blicken kann: „Wenn man in der Politik, auch in der Gemeindepolitik, tätig ist, so hat man letztendlich nicht nur den Alltagskram zu bewältigen, sondern den Menschen auch Visionen zu bringen. Und eine dieser Visionen, aber eben eine sehr reale Vision, ist, daß wir uns bemühen, daß die Jugend bei uns bleiben kann.“ Es tut sich etwas in Admont — weil es dort Menschen gibt, die etwas tun für Admont!



Projekte

Eine Ideesammlung aus der Broschüre „Bürgervertrag“ von Erhard Busek

Ortsidee

Jeder Ort hat seine Besonderheiten, im Kulturellen, im Historischen oder im Geographischen. Die Aktion Ortsidee versucht, in jedem Ort (Sprengel) das hervorstreichende und zu präsentieren, was diese Besonderheit und spezifische Eigenart ausmacht.

Die Ortsbürger sind eingeladen, bei dieser Aktion mitzumachen, ihren Ort (neu) zu entdecken und Ideen für seine Gestaltung und Zukunft zu entwickeln: Vom Kulturspaziergang bis zum Ideenwettbewerb, von der Problemanalyse bis zur Problemlösungsphantasie spannt sich der Bogen bei dieser Orts-Gestaltungs-Aktion.

Blumenkistellaktion — Blumenmärkte — Blumenerde:

Blumenmärkte veranstalten, bei denen man zu günstigen Preisen Blumenerde und Blumenkisteln sowie eine Anleitung zur Pflanzenpflege erhalten kann. Dazu Blumenschmuckwettbewerb zur Prämierung der schönsten geschmückten Fassaden (an mehreren Standplätzen in der Gemeinde).

Bunter Bus:

Ein Bus, vollgepackt mit Spielen und Kinderideen, auf seiner Reise in den Sommerferien durch Siedlungsgebiete — das ist die Idee des „Bunten Busses“. Die Kinder sind bei all seinen Haltestellen zum Spielen eingeladen.

Bürgerbefragungen:

— Fragebogenaktion: Über den Zufriedenheitsgrad der Bürger mit ihrer Wohn- und Arbeitsumgebung sowie Dokumenta-

tion der Anregungen zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität.

— Befragungsaktion

Bürgerservice:

Beratungs- und Informationsstelle der Volkspartei — für alle Fragen der Gemeinde.

Club Gemeinde:

Veranstaltungsreihe mit in- und ausländischen Referenten aus den Bereichen Wissenschaft, Kunst, Politik, Religion, Philosophie und Wirtschaft.

Büro für Initiative Bürger:

Hilfestellung und Beratung für Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen.

Dreiradaktion:

Freie Fahrt für Kinder in Parkanlagen (Kinderräder, Dreiräder).

Eislaufplatz:

Jugend nimmt den Eislaufplatz im Ort in Eigeninitiative in die Hand.

Energiesparkonzept:

Zusammenstellung von Vorschlägen für einen sinnvollen Einsatz von Energie, Energiesparmaßnahmen sowie Anregungen zu einer wirkungsvolleren Erforschung und Nutzung der Alternativen (z. B. Sonnenenergie).

Erdäpfelacker:

Kinder betreuen ein Stück Acker und pflegen bis zum lustigen Erntefest im Herbst ihre „Erdäpfelplantage“.

Baumpflanzaktion:

Jungbäume (Setzlinge) werden zu verschiedensten Anlässen in der Gemeinde gepflanzt (Anlässe bei Verheiratung, Geburt eines Kindes...)

Fassadenaktion:

Ziel dieser Aktion ist die Verschönerung des Stadtbildes durch farbige Fassadengestaltung. Zur Fertigstellung der Fassade wird ein Fest (Regenbogenfest) durchgeführt (Altenheime, öffentliche Gebäude).

Grüner Hauseingang:

Das Aufstellen von Ziersträuchern vor den Portalen der Geschäfte in verschiedenen Straßen zur Verschönerung des Ortsbildes.

Humanes Wartezimmer:

Diese Aktion ist ein Versuch, das Warten bei Ärzten für Kinder menschlicher und angstfreier zu gestalten (Kinderbücher, Kinderspiele).

Ideencafé:

Ist eine Plattform für alle engagierten Bürger, die über die Parteigrenzen hinaus Ideen zur Lösung anstehender Probleme in der Gemeinde einsetzen wollen.

Ideenwerkstatt:

Neue Art einer Programmdiskussion, die sich die Verwirklichung von Ideen zum Ziel setzt, nach dem Motto: Phantasie

freisetzen — Ideen in die Welt setzen — Ideen durchsetzen.

Kinderfeste:

Kasperlnachmittage, Kinderbälle, Malwettbewerbe, Faschingsfeste, Kinderkino, etc.

Kinderschreibgarten:

Kinder bepflanzen und betreuen ihr eigenes Blumenbeet.

Kinderspielplätze:

Aktionen und Konzepte der Volkspartei für die Ausgestaltung von Kinderspielplätzen (vor allem in direkt verbaute Gebiete).

Kinderwagenaktion:

Mit dieser Aktion wird auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Mütter mit Kinderwagen auf der Straße hingewiesen.

Kinderwelt:

Kinder können hier spielen und auch Spiele lernen, die sie zu Hause mit ihren Eltern — ohne größere Geldanschaffung — durchführen können.

Kulturvereine:

Durch einen Aufbau und eine Unterstützung von Kulturvereinen, die in den Gemeinden und überregional arbeiten, können mehr Möglichkeiten vor allem für junge Künstler und für die Volkskultur geschaffen werden.

Kulturspaziergänge — Kulturwanderwege:

Eine Reise zu den Stationen der Vergangenheit im Ort, zu Bekanntem und Unbekanntem, zu den kleinen kulturellen Besonderheiten und Denkmälern im Ort, unter fachkundiger Leitung und Führung.

Literatur im Café:

Sonntag vormittag Veranstaltungen im Café, Gasthof...

Radwegaktionen:

Fahrradaktionen haben auf die Notwendigkeit der Errichtung von Radwegen hingewiesen. Radwegkonzepte erarbeiten. Mit Radaktionen und Radtagen die Forderung nach mehr gesicherten Fahrmöglichkeiten für Radler vertreten.

Rettet Straßenbäume:

Diese Aktion will durch Auflockern des Erdrreiches den Lebensraum von Bäumen sichern.

Soziales Hilfswerk:

Plattform und Institutionen zur Förderung und Unterstützung sozialer Initiativen (wie z. B. Nachbarschaftshilfenetzen, Initiativgruppen und Entwicklungshilfsprojekte) ist aber auch dazu da, um Bürgern im konkreten Einzelfall bei der Lösung persönlicher sozialer Probleme behilflich zu sein (z. B. durch die Aktion Tagesmütter, Essen auf Rädern, Wäschepflege- und Nähdienst, Hausbesuche, etc.).

BÜRGERMUT VOR FÜRSTENTHRONEN

Am Beispiel der Trassenführung der Pyhrnautobahn

Im Jahre 1970, also vor zwei Jahrzehnten, begann sich nicht nur die Entscheidung über das künftige städtebauliche Schicksal von Graz abzuzeichnen. Es stellte sich dabei auch die bedeutende Frage, ob und mit welchem Nachdruck die Grazer Bürger Willens und in der Lage sein werden, städtebauliche Entscheidungsprozesse mitzuentcheiden, mitzugestalten, um so der „Macht der Unfähigen“ (Pavel Kohout) sachliche Alternativen entgegenzusetzen. Ein systematischer Beginn wurde im Jahre 1970 anlässlich der von den beiden Rathaus-Großparteien vertretenen Führung der Pyhrnautobahntrasse quer durch das westliche Siedlungsgebiet von Graz (Eggenberg) gesetzt. Nach den vorangegangenen turbulenten Bürgerversammlungen, zahlreichen Aktionen und Protesten (z.B. des Schulverbandes von Eggenberg) versammelten sich am 12. Mai ein letztes Mal eine handvoll Fachleute, um ihr kompetentes, mahnendes Wort zu erheben. Dieses Statements wurden in der Kleinen Zeitung am 13. Mai dokumentiert, wo man sie heute noch nachlesen kann; sie sollen als schlichtes Zeugnis für den seltenen Mut von „Bürgern vor Fürstenthronen“ in Erinnerung gerufen werden.

60

Architekt Dipl.-Ing. Friedl Groß, „Werkgruppe“:

„Eine Autobahnplanung ist nicht nur ein verkehrstechnisches Problem, sondern ebenso ein landesplanerisches und somit ein soziologisches und hygienisches und in diesem Falle ein eminent städtebauliches. Es ist unrichtig, einen einzigen Faktor eines Problems isoliert zu betrachten. Für Graz wird zur Zeit ein Flächenwidmungsplan erarbeitet. Es ergibt sich daraus die glückliche Situation, daß hier alle planerischen Belange koordiniert werden können, und im Prinzip der Rückkopplung eine optimale Lösung erarbeitet wird. Eine Trassenführung soll erst dann beschlossen werden, wenn sie einem städtebaulichen Gesamtkonzept entspricht. In diesem Zusammenhang wäre wieder darauf hinzuweisen, daß die Stadtplanung in einer demokratischen Gesellschaftsordnung nur dann Verständnis und Zustimmung findet, wenn die Öffentlichkeit über die Probleme und Erfordernisse entsprechend informiert wird.“

Der Vorstand der Lehrkanzel für Städteplanung und Entwerfen, **Architekt Prof. Hoffmann**, verfaßte folgende Resolution, die im Grazer Forum Stadtpark von 30 Vertretern von Vereinigungen, Instituten, Ämtern und Firmen unterzeichnet wurde: „Die Methoden der Durchsetzung der Autobahn sind als undemokratisch zu bezeichnen.

Die Trassen und Trassenvarianten waren

bis vor einem halben Jahr nur dem engsten Kreis von Fachingenieuren bekannt. Eine Entscheidungsfrist von einem halben Jahr ist für den bedeutungsvollen Eingriff viel zu kurz.

Eine Information der politischen Gremien erfolgte nahezu ausschließlich vom technischen Standpunkt.

Die Argumentation der Landesregierung: das Geld ist jetzt und nur für diese Trasse vorhanden, enthebt nicht der Verpflichtung, die Trasse bzw. Varianten kritisch zu überprüfen.

Den Betroffenen ist bis heute kein Plan mit der Trasse der Autobahn bekannt geworden.

Bei dem Planungsvorgang der Pyhrnautobahn im Raum Graz ist zu bemängeln, daß nur technische, aber keine soziologischen städtebaulichen, die Landschaft und den Fremdenverkehr betreffenden Untersuchungen durchgeführt wurden. Nur durch diese Untersuchungen kann die Auswirkung auf den Flächennutzungsplan vom Gemeinderat studiert werden.

Nachdem die Eisenbahn bereits eine starke Trennung der westlichen Stadtgebiete darstellt, hat eine nochmalige Barriere durch die Autobahn bedenkliche soziologische Folgen: die Trennung vom Stadtkern, die Verhinderung der Bildung von Siedlungszentren, Störungszonen über weite Wohngebiete. Diese Nachteile wirken sich als soziale Abwertung ganzer Stadtviertel im Westen aus. Die soziale Abwertung wird auch ein Absinken der Grundstückswerte zur Folge haben.

Aus den obigen Begründungen erheben die Versammelten Bedenken gegen die Planungsmethode, das Verfahren, hinter verschlossenen Türen zu planen und die Trassenführung selbst. Es wird dringend ersucht, den Beschluß zur Ausführung der Trasse aufzuschieben, bis das Problem gründlich durch das Studium anderer Trassen, die von städtebaulichen und soziologischen Untersuchungen begleitet werden, geklärt und mit den Betroffenen behandelt wird. Es wird der Stadt Graz empfohlen, in bezug auf andere Varianten eine Initiative zu ergreifen.“

Architekt Dipl.-Ing. Eilfried Huth, Planungsgruppe Domenig-Huth:

„Das repräsentive Verhältnis zwischen unseren hierarchischen Kompetenzebenen (Bund, Land, Magistrat...) führt zu stoßtruppartigen Unternehmungen, die hinter verschlossenen Türen durch „Scheuklappentechniker“ vorbereitet werden. So geschehen bei der Trassenführung der Pyhrnautobahn durch Graz. Noch dazu im Endstadium einer Planung zur Flächennutzung für die Stadt Graz und deren Zukunft. Durch kurzfristiges Renditedenken wird interdisziplinäre Zusammenar-

beit zum Wohle der Gemeinschaft bewußt unterdrückt und durch mangelnde oder falsche Information unterstützt.

Eine Autobahn hat eine Funktion für sich und Funktionen zum Organismus einer berührten Stadt. Uns aber interessiert die Systemfunktion, denn das betroffene System ist ja unsere Stadt Graz. Die Vorgehensweise und die vorgeschlagene Lösung aber ist eine Mißachtung dieser Systemfunktionen von allen jenen (wenigen) Beteiligten, die man wahrscheinlich nie mehr zur Rechenschaft wird ziehen können.“

Architekt Dipl.-Ing. Dr. Heimo Widtmann, Mitglied der Zentralvereinigung der Architekten und der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung:

„Viele raumordnerische Probleme werden heute isoliert betrachtet, wodurch ihre Lösung angeblich erleichtert wird, jedoch der Blick für übergeordnete Bezüge verloren geht. Angesichts der zunehmenden Komplexität städtebaulicher „Ganzheiten“ erscheint es gegenwärtig zwingend geboten, in Zusammenhängen zu denken und zu planen. Bezogen auf das Problem „Pyhrnautobahn“ bedeutet dies unter anderem: Berücksichtigung aller „kommunalwirtschaftlichen Nachteile“ und der erheblichen Wohnungsverminderung eines für Siedlungszwecke sehr prädestinierten Gebietes.

Erstellung von qualifizierten Alternativmodellen, bei deren Erarbeitung nicht nur verkehrstechnische Belange, sondern in interdisziplinärer Zusammenarbeit möglichst alle städtebaulichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten; weitgehende Information der Öffentlichkeit über alle Vorschläge und Rückkopplung einer qualifizierten öffentlichen Meinung in den Planungsprozeß; Eingeständnis der Tatsache, daß eine den Stadtorganismus durchschneidende Autobahn weder eine Tangente im mathematischen noch im städtebaulichen Sinn sein kann.“ Bis zur Aufhebung dieses Gemeinderatsbeschlusses, der das Stadtgebiet wesentlich bedroht hätte, nach der umstürzenden Gemeinderatswahl, deren Ergebnis die Stimmen der empörten Wähler herbeigeführt hatte, und nach der klugen Beherrschung auf der Pyhrnautobahntrasse durch den Plabutsch waren die bis heute unbedankten „vier Aufrechten“ noch so manchem Gessinnungsdruck ausgesetzt. Doch der gemeinsame Erfolg hat sie und viele Menschen wieder froh gemacht, der unabhängige Geist hatte über bloß partielles Denken gesiegt. Und das ist eine wesentliche Voraussetzung für das Entstehen von Stadtbaukultur überhaupt.

Heimo Widtmann

1990 - DAS JAHR DER ABFALLVERMEIDUNG

Checkliste für Kommunalpolitiker

- Gibt es für unsere Gemeindeverwaltung selbst ein Müllvermeidungs- und -entsorgungskonzept?
- Wie wird die Müllentsorgung durchgeführt?
- Ist die Gefäßanzahl und sind die Abfuhrintervalle ausreichend?
- Wissen die Bürger über Menge und Beschaffenheit des Mülls im Gemeindegebiet Bescheid?
- Gibt es bereits getrennte Müllsammlung in der Gemeinde?
- Welche Wertstoffe werden getrennt gesammelt?
- Gibt es eine Komposttonne („Biotonne“) in den Haushalten?
- Wird organischer Müll getrennt gesammelt?
- Gibt es regelmäßig Problemstoffsammlungen?
- Gibt es regelmäßig Sperrmüllsammlungen?
- Welche Organisationen führen derartige Sammlungen durch?
- Gibt es die Möglichkeit der Kooperation mit diesen Gruppen?
- Gibt es einen Plan des Gemeindegebietes, in dem Sammelstellen und Container für getrennte Müllsammlung verzeichnet sind?
- Gibt es eine Stelle, an der organischer Müll für Kompostierung abgegeben werden kann?
- Gibt es wilde Ablagerungen im Gemeindegebiet?
- Gibt es im Gemeindegebiet aufgelassene Deponien?
- Besteht bei derartigen Standorten Gefahr für das Grundwasser?
- In welcher Form können wir die Gemeindebürger über die Möglichkeiten der Müllentsorgung noch besser informieren?
- Verwendet die Gemeindeverwaltung umweltfreundliche und abfallarme Produkte?
- Wie können wir durchsetzen, daß im kommunalen Beschaffungswesen umweltfreundliche Produkte bevorzugt werden?
- Gibt es freiwillige Vereinbarungen mit Geschäften und Betrieben in meiner Gemeinde über abfallvermindernde Maßnahmen?
- Gibt es Einrichtungen zur Bauschutt-Entsorgung in der Gemeinde?
- Gibt es private Kompostplätze und Kompostieranlagen in der Gemeinde?
- Wen könnten wir als „Kompostfachmann“ ausbilden lassen und für Beratungen anbieten?

WIR ERARBEITEN EIN ZUKUNFTSPROGRAMM FÜR UNSERE GEMEINDE

Eine Checkliste für die Programmplanung

Warum brauchen wir ein Zukunftsprogramm?

Weil

... nur der gestalten kann, der eine Vorstellung von der Zukunft hat. Wir wollen bewußt für unsere Visionen eintreten und die Entwicklung nicht dem Zufall überlassen.

... die Volkspartei eine politische Gemeinschaft ist und daher für die politische Zukunft (mit)verantwortlich ist.

... eine Gesamtschau aller Teilbereiche notwendig ist und diese „Zusammenschau“ ein Zukunftsprogramm vornehmen kann. Wir wollen vor allem versuchen, eine Vernetzung der oft von hochqualifizierten Experten entwickelten Teilprogramme der Politik (Verkehrspolitik, Wohnbau, Kultur,...) zu erreichen.

... durch ein gemeinsames Zukunftsprogramm die verschiedensten Interessen der einzelnen Organisationen integriert werden können.

62 ... wir eine gemeinsame Plattform wollen, auf deren Basis dann Details abgehandelt werden können.

... der Wähler wissen soll, woran er ist, wenn er uns wählt. Wir wollen darlegen, wie wir uns die Welt von morgen vorstellen.

Wir sollten beim Zukunftsplanen daran denken, daß ...

... wir in einer vernetzten Welt leben. Jede Lösung einer Frage hat Auswirkungen auf viele andere Fragen. Positive Auswirkungen einerseits können auch negative Auswirkungen andererseits haben.

... jede Lösung weiterlebt, eine Dynamik bekommt, Entwicklungen in Gang setzt oder andere, weitere notwendige Lösungen nach sich zieht, Mittel bindet oder freisetzt.

... niemand (auch wir nicht) im Besitz der objektiven Wahrheit sind. Möglicherweise denken manche Mitmenschen ganz anders darüber und haben auch ein Stückchen Recht.

... gerade in der Politik Behutsamkeit ein wichtiger Grundsatz ist. Wir brauchen sanfte Lösungen anstelle von schnellen und mit Gewalt durchgesetzten. Behutsame Lösungen haben eine längere Lebensdauer und schaffen in der Regel weniger Aggressionen.

... wir nicht nur in unserer Gemeinde leben und unsere politische Arbeit sich auf den Gesamtorganismus dieser Welt auswirkt.

... wir nicht alles nur mit dem Denken erfassen und erklären können. Manches können wir nur spüren und wir sollten diesem Wahrnehmungssystem seinen Wert in der Politik zugestehen.

Was steht in unserem Zukunftsprogramm?

Wie soll die Gemeinschaft gestaltet werden?

Wie soll der Lebensraum aussehen?

Wie wird die wirtschaftliche Versorgung funktionieren?

Welche kulturelle Entwicklung wollen wir einschlagen?

Wie soll sich das Leben der Menschen abspielen?

Wir wissen, daß Politik diese Ziele beeinflussen kann. Wir wollen daher in unseren Zukunftsprogrammen

■ diese gestellten grundsätzlichen Fragen beantworten.

■ die Maßnahmen, die wir für notwendig halten, vorstellen.

■ die Prioritäten nennen,

■ den zeitlichen Ablauf unserer Maßnahmen präsentieren.

Unsere grundsätzlichen Positionen bei der Zukunftsplanung

Alle können mitmachen. Jeder kann seine Vorstellungen, Wünsche, Sehnsüchte, Ängste ... einbringen und wird akzeptiert.

Wir wollen die Freiheit für den einzelnen so groß wie möglich halten, Institutionen sind Hilfsmittel, die Verwaltung ist für den Menschen da!

Wir wollen Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in der Planung berücksichtigen. Wo sind Ungerechtigkeiten und Übervorteilungen?

Welche Interessen werden über- oder unterrepräsentiert?

„Hilfe zur Selbsthilfe“ heißt, dem Bürger helfen und ihn dazu motivieren, anstehende Probleme selbst zu lösen.

Partnerschaft heißt für uns Solidarität mit in Not

Geräten. Welche Menschen können sich nicht selbst helfen?

Öffentliche Planung heißt umfassende Information für den einzelnen. Warum macht was wer für wen wann? Gründe für die Entscheidungen werden sichtbar gemacht.

Die einzelnen Schritte bei der Erstellung eines Zukunftsprogrammes

1

Wir stellen umfassende Analysen an!

Wo stehen wir! Wohin wollen wir? Welche Hindernisse gibt es dabei? Wieviel Mittel (personell, organisatorisch, finanziell) haben wir zur Verfügung?

2

Wir sammeln möglichst viele Ideen für Maßnahmen. Denken wir dabei auch an solche, deren Umsetzung nichts oder wenig an Geld kosten!

3

Wir legen gemeinsam Prioritäten fest!

Nicht alles ist möglich! Was kommt zuerst, was kommt später, was geht gar nicht?

4

Wir schreiben ein Programm!

Warum was wann wer

5

Wir trachten, daß alle unser Programm kennen und alle bei der Umsetzung helfen. Öffentlichkeitsarbeit und Verkauf!

6

Wir nehmen Anregungen auf und entwickeln unser Programm weiter! Unsere Umwelt ändert sich ständig. Nehmen wir diese Herausforderung auf!

Unsere grundsätzliche Haltung, wenn wir in Gruppen diskutieren.

Wir wollen

informieren Welchen Informationsstand haben die Beteiligten?

zuhören Welche Sorge steht dahinter?

motivieren Hat der/die Mitarbeiter(in) einen Grund, sich zu engagieren?

ausgleichen Wie kann ich Konflikte erkennen und austragen oder entschärfen?

integrieren Wo ist der gemeinsame Nenner?

koordinieren Wie bekomme ich die verschiedensten Stellen an einen Tisch?

planen Wie kommen wir zu einer Vorgangsweise, bei der alle mitmachen können?

überprüfen Wo sind wir? Was muß geändert werden?

Wie komme ich zu Ideen?

Gespräche führen und zuhören

Möglichkeiten für Diskussionen schaffen

Gesprächsrunden organisieren zu einem Thema, das die Menschen betrifft (Ortsteile, betroffene Gruppen...)

Projektgruppen bilden zur Lösung einer ganz bestimmten Frage

Wettbewerbe ausschreiben

Umfragen durchführen

Seminare, Enquêtes, Werkstätten, Klausuren veranstalten

Organisierte Ideenfindung (Brainstorming, Brainwriting...)

Es gibt jede Menge Broschüren und Bücher zu allen Bereichen der Politik.

Wichtig!

Immer daran denken, daß auch andere Menschen gute Ideen haben können. Hinhören ist daher das oberste Gebot für Politiker.

Unser Zukunftsprogramm ist fertig

jetzt wollen wir es auch „verkaufen“

es hat einen guten Namen,

es hat eine ansprechende Form (Buch, Broschüre, schöner Falter...),

es ist in einer verständlichen Sprache geschrieben, enthält Zeichnungen, Skizzen, Darstellungen und hat eine gute graphische Aufmachung.

Nicht vergessen

Der beste Verkauf ist die ständige Einladung an alle Gemeindebewohner mitzudenken, mitzureden, mitzugestalten, weiter zu entwickeln.

Außerdem wollen wir

unsere Mitarbeiter als begeisterte Träger für unser Programm einsetzen, das Gesamtprogramm vorstellen und diskutieren, einzelne Kapitel einem ausgewählten Publikum vorstellen, in unserer Zeitung unser Programm präsentieren, möglichst viele persönliche Gespräche führen, passende Aktionen durchführen, die unser Programm erklären können (Umwelt, Sozialbereich, Jugend, Sport und Freizeit...), unser Programm plakatieren, Zielgruppenbriefe schreiben, in Zeitungen inserieren, eine Hausbesuchsaktion durchführen.

Wichtig!

Bekannt wird unser Programm nur durch intensive und gründliche Informationsarbeit.

Dieser Beitrag ist ein Vorabdruck einer Checklistenreihe für Kommunalpolitiker. Die Reihe wird vom Josef-Krainer Haus gemeinsam mit der Politischen Akademie herausgegeben.

Redaktion dieser Nummer:

Dipl.-Ing. Reiner HAUBENHOFER
Kurt HÖRMANN
Helmut OBERRAUNER
Dr. Roswitha PREININGER-WEBER
Helmut WOLF

Wir danken Arno C. Hofer, Elfriede Hofer und Dir. Anneliese Edlinger, die mit Eltern und Kindern im Rahmen des Seminars „Kind sein in der Gemeinde“ die begleitenden Sprüche erarbeiteten. Geschrieben wurden die Texte von Elisabeth und Christoph Hirschmann.

Vorsitzende der Arbeitskreise:

GR Ing. Karl ALTENBURGER
GR Waltraud BURGSTALLER
Dir. Dr. Karlpeter ELIS
Prof. Mag. Reinhard GANDE
Mag. Eva GOLLOB
Bgm. Ing. Bernd GREGORY
Mag. Marielouise GREGORY
GR Dr. Claudius HANDL
Dr. Michael HASIBA
Dipl.-Ing. Reiner HAUBENHOFER
Ing. Karl HIPFACHER
Bgm. Prof. Mag. Josef HIRSCHMANN
Kurt HÖRMANN
Dir. Hans JÖRGER
GR Ulrike KERPICZ
Bgm. OSR. Dir. Erich KOSPACH
GR KO Matthias KRANZ
LAbg. Bgm. Hermann KRÖLL
Bgm. Helmut KROTMAYER
Vizebgm. Franz MAJENC
Romana MAUTHNER
Ing. Erich MEINX
Dr. Helmut MOSER
Andrea NIEVOLL
Bgm. Franz NINAUS
Bgm. Ing. Adolf PELLISCHEK
Bgm. Helmut PICHLER
Bgm. Gerhard PILZ
Vizebgm. Günther POSCH
Renate PRANGL
Bgm. Paul PUCHER
GK Karl PUSTERHOFER
Bgm. Dir. Werner REITER
Bgm. Peter RIESER
Bgm. Josef ROSENBERGER
Andrea ROTH-PICHLER
Marianne SABUTSCH
GR Sepp SCHLÖMMER
Dr. Rolf-Michael SEISER
Bgm. Adelheid SPRINGER
Bgm. Siegfried STALZER
Maria STEIBL
Vbgm. Ingrid SUMNITSCH
GR Helga WALT
Bgm. Dir. August WOLF
Bgm. Hermann ZOLLER
Prof. Mag. Bernhard ZUSER

Herzlich danken wir allen MitarbeiterInnen.

Fotos: Gerhard DUSEK
Adolf-Michael BEGSTEIGER

Autoren dieser Nummer:

Dr. Reinhold CHRISTIAN
Studienleiter der Politischen Akademie, Wien
Erich EDEGGER
Vizebürgermeister der Landeshauptstadt Graz
w. HR Dr. Karl-Heinz FEIL
Vorstand der Fachabteilung für Wirtschaftsförderung, Steiermärkische Landesregierung
Prof. Mag. Reinhard GANDE
Kommunikationstrainer
Mag. Joachim GÄRNER
Mitarbeiter in der Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge
Dipl.-Ing. Karl GLAWISCHNIG
Leiter der Baudirektion im Bezirk Liezen
Mag. Marielouise GREGORY
Juristin
Univ.-Prof. Karl HARNONCOURT
Vorstand des Institutes für Vorsorgemedizin, Forschungsgesellschaft Joanneum, Graz
Dr. Michael HASBIA
praktischer Arzt in Strallegg
Dipl.-Ing. Reiner HAUBENHOFER
FA IIa, Steiermärkische Landesregierung
GR Dr. Johannes HAWLIK
Bundesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV)
Ludwig HECK
Architekt und Stadtplaner, BRD
Georg HERBERSTEIN
Politikberater, Kommunikationsexperte, Wien
Ingeborg HIEL
Literatin, Eggersdorf bei Graz
Kurt HÖRMANN
Leiter des Büros für Bürgerinitiativen, Graz
w. HR Dipl.-Ing. Franz JOSEL
Vorstand der FA IVb, Amt der Stmk. Landesregierung
Dir. Ludwig KAPFER
Leiter des Josef-Krainer-Hauses
Charlotte KEIL
Institut für Vorsorgemedizin, Forschungsgesellschaft Joanneum, Graz
Dr. Josef KRÄINER
Landeshauptmann von Steiermark
Dipl.-Ing. Harald KRANJEC
Fachabteilung Ib
Matthias KRANZ
Gemeinderat in Spielberg, Kammerobmann
Heinrich KRANZELBINDER
Kulturinitiative Ratschendorf
LAbg. Hermann KRÖLL
Landesobmann der Kommunalpolitischen Vereinigung
Prof. Dr. Karl Albrecht KUBINZKY
Institut für Soziologie, Universität Graz
Dr. Helmut MOSER
Geschäftsführer des Vereines „Steirische Eisenstraße“
Mag. Leopold NEUHOLD
Universitätsassistent am Institut für Ethik und Sozialwissenschaft an der Universität Graz
Helmut OBERRAUNER
Geschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung Steiermark
ÖPUG-Ökologisches Projekt Graz
(Mag. Andrea BRUNNER, Margit SCHMIEDBAUER, Ulrike OBEROSLER, Mag. Christian HOLTER)
w. HR Dr. Alois OSWALD
Umweltanwalt der Steiermärkischen Landesregierung
Adolf PELLISCHEK
Bürgermeister von Feldkirchen bei Graz
Herbert POHL
Geschäftsführer des Tourismusverbandes Steiermark
Univ.-Doz. Dr. Manfred PRISCHING
Institut für Soziologie, Universität Graz
Paul PUCHER
Bürgermeister von Kalwang
Karl PUSTERHOFER
Gemeindekassier in Wörschach
Josef ROSENBERGER
Bürgermeister von Sinabelkirchen
Mag. Johannes ROSZBACHER
Mitarbeiter im Steirischen Volksbildungswerk
Andrea ROTH-PICHLER
Erwachsenenbildnerin
Dipl.-Ing. Dieter SCHOELLER
Geschäftsführer des Volksbildungswerkes
Wolfgang SEIDL, Geschäftsführer „Straden aktiv“
Maria STEIBL
Frauen- und Familienbeauftragte des Landes Steiermark
Ingrid SUMNITSCH
Vizebürgermeisterin der Stadtgemeinde Bruck
Mag. Werner TAURER
Tourismusberater, Mitarbeiter der Edlinger-Tourismusberatung Villach